

Stadt Köln

Band 2: Köln Klimaneutral 2035 - Aktivitätenportfolio der Stadt Köln

Oktober 2022



Quelle: Pixabay/TeroVesakainen

in Zusammenarbeit mit

ifeu - Institut für Energie- und Umweltfor-
schung Heidelberg gGmbH
Wilckensstraße 3
69120 Heidelberg

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal

Inhaltsverzeichnis

Inhalte des Aktivitätenportfolios	8
1 Gebäude und Quartiere werden klimaneutral	10
1.1 Öffentliche Gebäude und Anlagen	10
1.1.1 Klimaneutraler Gebäudebestand Konzern Stadt Köln	10
1.1.1.1 Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand	10
1.1.1.2 Sonderinitiative zu nachhaltigem und energieeffizientem Bauen	13
1.1.1.3 Fortführung LED Austauschprogramm Straßenbeleuchtung	15
1.1.2 Klimaneutraler sonstiger öffentlicher Gebäudebestand	16
1.1.2.1 Klimaneutralitätspartnerschaft mit Trägern anderer öffentlicher nicht-städtischer Gebäude	16
1.2 Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung	17
1.2.1 Stadtentwicklung und Stadtplanung klimaneutral gestalten	17
1.2.1.1 Fortschreibung von Klimaschutz-Leitlinien	17
1.2.1.2 Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand	20
1.2.1.3 Fachliche Begleitung von Großprojekten	23
1.2.1.4 Erprobung flächenschonender ökologischer und energieeffizienter Wohnmodelle	25
1.2.1.5 Nachverdichtung klimaneutral gestalten	27
1.2.1.6 Energetische Ertüchtigung des denkmalgeschützten Gebäudebestands	29
1.3 Klimafreundliche Bestandssanierung	32
1.3.1 Modernisierung selbstgenutzter oder privat vermieteter Wohngebäude	32
1.3.1.1 Köln Paket für die klimafreundliche Bestandssanierung	32
1.3.1.2 Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude	36
1.3.1.3 Etablierung zielgruppenspezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote	39
1.3.1.4 Qualitätsnetzwerk klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung	42
1.3.1.5 Sonderinitiative Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung	44
1.3.2 Modernisierung gewerblich vermieteter Wohngebäude	46
1.3.2.1 Initiative zur Erhöhung der Sanierungsquote für die Kölner Wohnungswirtschaft	46
1.3.2.2 „Allianz klimaneutrales Wohnen im Bestand“ -Kooperationsvereinbarung mit der gewerblichen Wohnungswirtschaft	48
1.3.2.3 Modellprojekt Serielles Sanieren („Energiesprung“)	50
1.3.2.4 Klimabonus-Modell (Anreiz zur energetischen Modernisierung von Wohnraum für einkommensschwache Haushalte)	52
1.4 Klimaneutraler Neubau	53
1.4.1 Nachhaltigen Neubau nicht-städtischer Wohngebäude fördern	53

1.4.1.1	Klimaneutraler Neubau – Unterstützungsangebote für private Baufamilien	53
1.4.1.2	Mietwohnungsneubau zukunftsfähig gestalten – Kooperationsvereinbarung und Erfahrungsaustausch mit der Wohnungswirtschaft	55
2	Klimaneutrale Energieversorgung erreichen	58
2.1	Energieversorgung im kommunalen Einflussbereich	58
2.1.1	Dekarbonisierung der Wärmeversorgung des Konzerns Stadt Köln	58
2.1.1.1	Identifizierung EE-Wärme und Abwärmepotenziale für Gebäude des Konzerns Stadt Köln	58
2.1.2	Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung des Konzerns Stadt Köln	60
2.1.2.1	PV-Initiative Konzern Stadt Köln	60
2.2	Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms	63
2.2.1	Ausbau der Photovoltaik auf Wohn- und Nichtwohngebäuden	63
2.2.1.1	Solkordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln	63
2.2.1.2	Aktivierungsoffensive PV (Stadtverwaltung Köln mit Partner*innen aus Unternehmen, Finanzinstitutionen etc.)	65
2.2.1.3	Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungs-instrumente für den PV-Ausbau	68
2.2.1.4	Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung	70
2.2.1.5	Fokusthema: Ausbau von Mieterstrom	72
2.2.2	Nutzung der PV-Freiflächenpotenziale	75
2.2.2.1	Fokusinitiative PV auf Freiflächen ausbauen	75
2.2.3	Ausbau der Windenergie	77
2.2.3.1	Aufhebung der Wind-Konzentrationsfläche	77
2.2.3.2	Fokusinitiative Windenergiepotenziale nutzen	79
2.2.4	Import erneuerbarer Strom	81
2.3	Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme	81
2.3.1	Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Wärmeplanung/Energienutzungsplanung	81
2.3.1.1	Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung	81
2.3.2	Dekarbonisierung der zentralen Wärmeversorgung	83
2.3.2.1	Erhöhung der Ausnutzung des Bioenergie-Potenzials aus kompostierbaren Abfällen	83
2.3.3	Dekarbonisierung der dezentralen Wärmeversorgung	85
2.3.3.1	Netzwerk Transformation Erdgasversorgung/Power to Gas entwickeln	85
2.3.3.2	Kampagnen zum Ersatz fossiler Heizungen	87
2.3.3.3	Informations- und Beratungsangebote zur Unterstützung des Solarthermie-Ausbaus	89
2.4	Ausbau der Energiespeicherung	91
2.4.1	Ausbau von Stromspeichern	91
2.4.1.1	Strategie: „Batteriespeicher zur Flexibilisierung der Energieversorgung“	91

2.4.2	Ausbau von Wärmespeichern	93
2.4.2.1	Strategie: „Wärmespeicher zur Flexibilisierung der Energieversorgung“	93
3	Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral	96
3.1	Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften durch und im Konzern Stadt Köln	96
3.1.1	Nachhaltige städtische Unternehmenskultur entwickeln	96
3.1.1.1	Klimafreundliche Stadtverwaltung Köln bis 2030	96
3.1.1.2	Kommunale Wirtschaftsförderung 4.0 – Förderung regionaler Wertschöpfung	98
3.1.2	Klimaschonende Beschaffung im Konzern Stadt Köln	100
3.1.2.1	Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung in städtischen Einrichtungen	100
3.1.2.2	Nachhaltigkeitskriterien verbindlich umsetzen	102
3.2	Klimaschutz in Agrar- und Ernährungswirtschaft	104
3.2.1	Erzeugung, Produktion und Vermarktung im Bereich nachhaltiger Ernährung fördern	104
3.2.1.1	Ausbau des Anteils nachhaltig bewirtschafteter Landwirtschafts-Flächen	104
3.2.1.2	Zentrale Handelsorte (Food Hub) und Märkte mit regionalen Angeboten	106
3.2.1.3	Urban Gardening in allen Stadtteilen	108
3.2.1.4	Verleihung eines Kölner Siegels im Bereich „Ernährung und Konsum“	110
3.3	Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten	112
3.3.1	Klimaschutz als Quartiersansatz	112
3.3.1.1	Einführung eines Gebietsmanagements für Klimaschutz in bestehenden und neuen Gewerbegebieten	112
3.3.1.2	Klimaschutz als Quartiersansatz in gewerblich geprägten Gebieten – „Whole District Approach“	114
3.3.1.3	„Servicestelle vor Ort“ für Klimaschutz in Unternehmen	116
3.3.2	Klimaschutz in energieintensiven Unternehmen	118
3.3.2.1	Strategieentwicklung klimaneutrale Energieversorgung für energieintensive Industrieunternehmen	118
3.3.2.2	Strategie: Smart sustainable industry – Integration der Aspekte Digitalisierung und Nachhaltigkeit	120
3.3.2.3	Förderung der Wasserstoffnutzung	122
3.3.2.4	Nutzung industrieller Abwärme	124
3.3.3	Förderung von Klimaschutz in Unternehmen	126
3.3.3.1	Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung bei Nichtwohn-Gebäuden	126
3.3.3.2	Klimaschonende Beschaffung und energiesparendes Verhalten in Betrieben	128
3.4	Kreislaufwirtschaft	130
3.4.1	Kreislaufwirtschaft auf- und ausbauen	130
3.4.1.1	Second Use & Second Life – Studie und Pilotprojekte zur Entwicklung zirkulärer Märkte in Köln	130

3.4.1.2	Branchenspezifische Aufbereitung von Ansätzen und Beratung zur Kreislaufwirtschaft	132
3.4.2	Kreislaufwirtschaft im Baugewerbe ausbauen	134
3.4.2.1	Recycling von Baustoffen fördern	134
3.4.2.2	Nachwachsende Rohstoffe als Baustoffe in die Verbreitung bringen	136
3.4.3	Bioabfallsammlung für das gesamte Stadtgebiet erhöhen	138
3.4.3.1	Ausweitung der braunen Tonne bis 2030	138
3.5	Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft	140
3.5.1	Klimaschutz-Kooperation zwischen Stadt Köln und Unternehmen	140
3.5.1.1	Sonderinitiative „Begleitung von Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität“	140
3.5.1.2	Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und Kölner Industrieunternehmen	142
3.5.2	Klimaschutz-Netzwerke in der Wirtschaft	144
3.5.2.1	Netzwerkarbeit der Wirtschaftsförderung zur Umsetzung von Pilotprojekten in der Kreislaufwirtschaft	144
3.5.2.2	Identifikation von Qualifizierungs-Bedarfen und Aufbau eines Qualifizierungs-Netzwerkes	146
3.5.2.3	Unternehmernetzwerk mit Informations- und Beratungsangeboten unterschiedlicher Intensität	148
4	Mobilität und Logistik werden klimaneutral	152
4.1	Mobilität im kommunalen Einflussbereich	152
4.1.1	Konzern Stadt Köln als Vorbild	152
4.1.1.1	Mobilität in Verwaltung, kommunalen Unternehmen und kommunalen Einrichtungen	152
4.1.1.2	Mobilität in Schulen und Kitas	156
4.2	Personenverkehr	158
4.2.1	Förderung ÖPNV	158
4.2.1.1	Quantitativer Ausbau des bestehenden ÖPNV- und SPNV-Angebotes	158
4.2.1.2	Attraktivierung des ÖPNV-Angebots	161
4.2.2	Förderung Nahmobilität	164
4.2.2.1	Förderung Fußverkehr	164
4.2.2.2	Förderung Radverkehr	167
4.2.2.3	Umgestaltung MIV	170
4.3	Wirtschafts- und Güterverkehr	174
4.3.1	Wirtschaftsverkehr und betriebliche Mobilität	174
4.3.1.1	Förderung betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)	174
4.3.1.2	Optimierung urbaner Wirtschaftsverkehre	177
4.4	Übergreifende Maßnahmen	180
4.4.1	Verbesserung von Effizienz und Antrieben	180
4.4.1.1	Förderung Elektromobilität	180
4.4.2	Verkehrsintegration und übergreifende Maßnahmen	184

4.4.2.1	Ausbau von Sharing-Angeboten und Multimodale Integration	184
4.4.2.2	Stadt der 15 Minuten – schnelle, sichere und komfortable Wege ohne Auto	187
4.4.2.3	Integrierte Verkehrsplanung und Planungsbeschleunigung	190
5	Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern	194
5.1	Klimaschutz im Alltag – Zielgruppe privater Haushalte	194
5.1.1	Mitmachkampagne zur Aktivierung und Qualifizierung Kölner Bürger*innen durchführen	194
5.1.1.1	Mitmachkampagne klimaneutrales Köln	194
5.1.2	Innovations- und Erfahrungsräume mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft fördern und erweitern	197
5.1.2.1	Neue Ideen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Köln fördern	197
5.1.2.2	Innovations- und Erfahrungsräume für Klimaschutz und Nachhaltigkeit schaffen	199
5.1.3	Klimaschonendes und nachhaltiges Verhalten in die breite Anwendung bringen	201
5.1.3.1	Wünsche und Anforderungen der Bürger*innen in Bezug auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit systematisch erfragen (z. B. Panel-Befragungen)	201
5.1.3.2	Lebensmittelverschwendung in der Außer-Haus-Verpflegung reduzieren	203
5.2	Klimaschutz in Bildungseinrichtungen – Zielgruppe Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Lehrende	205
5.2.1	Erfahrungs- und prozessbasierte Ernährungs- und Umweltbildung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit	205
5.2.1.1	Schulische Nachhaltigkeitsbildung zu Ernährung, Konsum und klimaschonendem Verhalten	205
5.2.1.2	Aufbau eines Monitorings im Bildungsbereich: Ernährung, Energie und Mobilität	208
5.3	Klimaschutz in Kultur und Freizeit – Zielgruppe Kulturschaffende und Anbieter von Freizeiteinrichtungen als Multiplikatoren	210
5.3.1	Kulturschaffende und Anbieter von Freizeiteinrichtungen als Multiplikatoren für Klimaschutz und Nachhaltigkeit fördern	210
5.3.1.1	Leitlinien für nachhaltiges Veranstaltungsmanagement	210
6	Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen	214
6.1	Transformation als kommunale Managementaufgabe	214
6.1.1	Transformationsstrategie für ein klimaneutrales Köln	214
6.1.1.1	Entwicklung und Umsetzung der Transformationsstrategie	214
6.1.1.2	Kommunikation des Transformationsprozesses	216
6.1.1.3	Kommunikationsstrategie für Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickeln und umsetzen	218
6.1.2	Monitoring und Controlling mit Multiprojektmanagement im Klimaschutzprozess einrichten	220
6.1.2.1	Das Multiprojektmanagement verankern und vernetzen	220
6.1.2.2	Das digitale Monitoring und Controlling entwickeln, dauerhaft anwenden und begleiten	222

6.1.2.3	Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren und im Prozess anpassen	224
6.1.3	Querschnittsthemen der Klimaschutzarbeit in Köln verankern	227
6.1.3.1	Soziale Gerechtigkeit als zentrale Anforderung verankern – Grundlagenstudie „Armutsrisiko und Klimaschutz“	227
6.1.3.2	Digitalisierung und Klimaschutz als Querschnittsthema integrieren	229
6.1.4	Integration des Ziels der Klimaneutralität in die Struktur des Konzerns Stadt Köln	231
6.1.4.1	Klimaschutz als Transformationsthema in der Organisationsstruktur verankern	231
6.2	Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten	233
6.2.1	Nachhaltigkeitstransformation der Wirtschaft und Neuansiedlung klimaneutraler Unternehmen fördern	233
6.2.1.1	Inkubator Energie- und Klimaschutz: Angebote und Instrumente zur Förderung der Transformation bestehender Unternehmen und Neuansiedlung	233
6.2.1.2	Unterstützung des Handwerks: Imagekampagne und Weiterbildungsoffensive	236
6.2.2	Stadt-Regionen Beziehungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickeln	238
6.2.2.1	Klimaneutralitätsregion Köln: Kooperation zwischen Stadt und Region bei Umsetzung gemeinsamer Klimaneutralitätsstrategien	238
6.2.2.2	Netzwerk Regionale Vermarktung	240
6.2.3	Politische Einflussnahme für Klimaschutz und Nachhaltigkeit	242
6.2.3.1	„Think Tank“ Energiewende (bundespolitische Rahmenbedingungen beeinflussen)	242

Inhalte des Aktivitätenportfolios

Wie bereits im Band 1 des Gutachtens erwähnt, werden die Aktivitätenempfehlungen im Rahmen des Aktivitätenportfolios als Steckbriefe beschrieben (vgl. Band 1 Kapitel 8.1). Die Steckbriefe wurden als Kurz- und Langfassungen ausgearbeitet. Anhand von Kriterien, wie bspw. quantitative und strukturelle Wirkung sowie Sichtbarkeit in der Stadtgesellschaft, wurden die Aktivitätenempfehlungen den zwei zuvor genannten Steckbriefformaten zugeordnet. Neben der allgemeinen Beschreibung der Aktivitätenempfehlung umfassen die Steckbriefe die folgenden, bewertenden Kriterien:

- Zeitaufwand
- Sachkosten
- THG-Einsparung

Nachfolgend werden die drei Bewertungskriterien vorgestellt:

Zeitaufwand

Über dieses Kriterium wird der Zeitaufwand für die Umsetzung einer Aktivitätenempfehlung in Vollzeit-äquivalenten abgebildet. Diese Angaben beziehen sich dabei auf die von der Kernverwaltung Stadt Köln aufzubringende Arbeitszeit. Es wird dabei nicht berücksichtigt, ob dieser Zeitaufwand bspw. verteilt an mehreren Stellen der Verwaltung anfällt, durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden kann oder welchen genauen Umfang einzelne neu zu schaffende Personalstellen hätten. Die Gesamtarbeitszeit weiterer Akteur*innen (z.B. von weiteren genannten Akteuren), sofern deren Mitarbeit Voraussetzung für die Umsetzung der Aktivitätenempfehlung ist, wird hier nicht berücksichtigt.

Eine Operationalisierung, im Sinne einer Übersetzung in Umsetzungsprozesse, Haushalts- und Stellenplanungen, kann und wird mit dem Gutachten noch nicht abgebildet. Dies muss durch die Stadtverwaltung Köln bei einer Konkretisierung der Handlungsempfehlungen erfolgen und unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen in künftige Planungen für den Haushalt und Stellenplan übersetzt werden.

Sachkosten

Im Rahmen der Sachkosten werden die für die Umsetzung der Aktivitätenempfehlungen durch die Stadtverwaltung Köln aufzubringenden Kosten (investiv und konsumtiv) beziffert. Dazu zählen beispielsweise Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, Gutachter sowie Investitionen.

THG-Einsparung

Für jede Aktivitätenempfehlung wird geprüft, ob eine Energieeinsparung, Effizienzsteigerung oder der Ersatz fossiler Energieträger zu quantifizieren ist, um darauf aufbauend die THG-Minderungspotenziale zu berechnen. Dies erfolgt nach heutigem Kenntnisstand und aktuell geltenden Rahmenbedingungen. Grundlage für die Quantifizierung bilden Ergebnisse aktueller Studien, Evaluationen sowie eigene Erfahrungen. Die THG-Einsparungen werden in zwei Varianten quantifiziert. Zum einen wird die Minderung des jährlichen Emissionsniveaus bei vollständiger Umsetzung der Aktivitätenempfehlung angegeben. Zum anderen wird die kumulierte THG-Einsparung beziffert, welche eine zeitliche Komponente beinhaltet.

1 Gebäude und Quartiere werden klimaneutral

1.1 Öffentliche Gebäude und Anlagen

1.1.1 Klimaneutraler Gebäudebestand Konzern Stadt Köln

1.1.1.1 Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.1.1.1.



Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zum klimaneutralen kommunalen Gebäudebestand

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Öffentliche Gebäude und Anlagen

2022

Ziel und Strategie

Die Strategie zielt auf die Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestandes perspektivisch für den gesamten Gebäudebestand im Konzern Stadt Köln (bspw. Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten, Feuerwehrgebäude oder Gebäude im Besitz der RheinEnergie AG) ab. Dabei müssen alle relevanten Aspekte im Hinblick auf die Bereiche Energieeffizienzsteigerung, Ausbau der erneuerbaren Energien und Sanierung integriert betrachtet werden.

Ausgangslage

Bislang liegt dem Konzern Stadt Köln keine einheitliche Strategie vor, die thematisiert, inwiefern der kommunale Gebäudebestand klimaneutral entwickelt werden kann. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln verfügt seit 2005 über Energieleitlinien, aktuell in der Fassung aus dem Jahr 2021, welche Vorgaben für alle städtischen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen enthalten. Diese sollen auch von allen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln angewendet werden. Inwieweit dies tatsächlich geschieht, ist unklar.

Beschreibung

Kommunale Gebäude und Anlagen unterliegen dem direkten Einwirkungsbereich des Konzerns Stadt Köln hinsichtlich der Erreichung des eigens aufgestellten Klimaneutralitätsziels. Für einen sukzessiven und strukturieren Umbau des kommunalen Gebäudebestandes wird als Grundlage die Erarbeitung einer Strategie empfohlen, welche u.a. die Erstellung bzw. Aktualisierung von bestehenden, strategischen Leitlinien und einem Umsetzungsfahrplan – unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen (z.B. Denkmalschutz, Kritische Infrastruktur) – umfasst. Die bestehenden Energieleitlinien der Stadt Köln sind im Hinblick auf die angestrebte Klimaneutralität zu prüfen und ggf. anzupassen. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf den Vorgaben zum Einsatz von erneuerbaren Energien im Hinblick auf Strom, Wärme und Kälte liegen. Die Energieleitlinien sind auf den gesamten Gebäudebestand des Konzerns Stadt Köln auszuweiten. Die derzeitige Anwendung ist zu prüfen und eine verpflichtende Umsetzung für alle Beteiligungsgesellschaften im Konzern verbindlich herzustellen. Im Rahmen des Umsetzungsfahrplans zur schrittweisen Erreichung der Klimaneutralität gilt es die strategische Vorgehensweise (z. B. Komplettsanierung versus Bauteilsanierung), die Organisation (z. B. Umbau im Bestand bei genutzten Bestandsgebäuden), den erforderlichen Ressourcenbedarf (Personal, Investitionen) und die Verantwortlichkeiten (Steuerung vor dem Hintergrund unterschiedlicher Zuständigkeiten) zu thematisieren. Zur besseren Durchsetzbarkeit bedarf es eines entsprechenden politischen Beschlusses, auch z. B. im Hinblick auf höhere Investitionskosten bei guter Wirtschaftlichkeit über den Lebenszyklus.

Innerhalb der Strategie sollte auch die energetische Sanierung von Denkmälern Berücksichtigung finden. Die Sanierung von Denkmälern stellt aufgrund der geltenden Denkmalschutzgesetze und -anforderungen sowie einzuholenden Genehmigungen bei baulichen Veränderungen eine anspruchsvolle Aufgabe dar. In der Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand ist die Vereinbarkeit zwischen Denkmalschutz und den Klimaneutralitätszielen dienenden Maßnahmen konkret zu erörtern und abzuwägen, um auch für diese Gebäude entsprechende Sanierungen realisieren zu können. Schließlich stellen Denkmäler bspw. aufgrund oftmals unzureichender Fassaden- oder Dachdämmungen ein sehr hohes Potenzial für energetische Sanierungen dar. Im Hinblick auf die Installation von Photovoltaikanlagen geht von den Denkmälern ebenfalls ein großes Potenzial aus.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Bestandsaufnahme der kommunalen Gebäude (Sanierungszustand, Energieträger, geplante Sanierungsmaßnahmen, Zuständigkeitsbereich etc.) und Priorisierung für den Umsetzungsfahrplan
2. Prüfung und ggf. Anpassung der strategischen Energieleitlinien sowie Ausweitung auf den gesamten Konzern
3. Erarbeitung des Umsetzungsfahrplans
4. Politischer Beschluss
5. Umsetzung
6. Evaluierung und Monitoring der Umsetzung
7. Regelmäßige Prüfung und ggf. Anpassung der Anforderungen an sich ändernde Rahmenbedingungen (bspw. Gesetzgebungen)



Akteure

Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Liegenschaften Vermessung und Kataster, Amt für Wohnungswesen, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Bauverwaltungsamt, Bauaufsichtsamt, Dezernat OB, RheinEnergie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, Bühnen der Stadt Köln, Kulturamt, Sportamt, Kämmerei, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Stabsstelle für Beteiligungssteuerung und öffentliches Finanz- und Unternehmensrecht, AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln



Zielgruppe

Konzern Stadt Köln (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, RheinEnergie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln etc.)



Zeitaufwand

5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

300.000€ externe Unterstützung bei Strategieentwicklung
Investive Mittel nicht quantifizierbar



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: Reduktion Strom- und Wärmeverbrauch kommunale Gebäude nach Klimaschutzplaner um 65%

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

52.800 t/a CO₂eq

Kumulierte THG-Einsparung (t):

216.300 t CO₂eq (unter Beachtung Veränderungen Emissionsfaktoren über Laufzeit)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Strategie wurde beschlossen und wird umgesetzt, Entwicklung der Energie- und THG-Emissionen



Weitere Wirkung

Ökonomie: ggf. regionale Wertschöpfung durch Umsetzung von Aktivitäten durch regionale Unternehmen

Ökologie: bei Umsetzung Reduktion Luftschadstoffe, Ressourcenschonung bei Baustoffauswahl

Soziales: Energiesicherheit und bezahlbarer Wohnraum



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlung: 1.1.1.2 Sonderinitiative zu nachhaltigem und energieeffizientem Bauen



Zielkonflikte

Fachkräftemangel



Breitenwirksamkeit

Die Strategie adressiert den gesamten Gebäudebestand des Konzerns Stadt Köln und bildet damit die strukturelle Grundlage für den Neubau bzw. die Sanierung für alle Gebäude des Konzerns Stadt Köln.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

1.1.1.2 Sonderinitiative zu nachhaltigem und energieeffizientem Bauen

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.1.1.2.



Sonderinitiative zu nachhaltigem und energieeffizientem Bauen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Öffentliche Gebäude und Anlagen

2023

Ziel und Strategie

Das Themenfeld der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz soll insbesondere in der Modernisierung öffentlicher, kommunaler Gebäude und Anlagen des Konzerns Stadt Köln, aber auch im Neubau stärker verankert werden. Durch die Sonderinitiative zu nachhaltigem und energieeffizientem Bauen sollen bestehende kommunale Gebäude klimaneutral entwickelt und Neubauten entsprechend realisiert werden.

Ausgangslage

Im Zuständigkeitsbereich der von der Gebäudewirtschaft unterhaltenen Gebäude (einschl. Kulturbauten) werden seit mehr als 15 Jahren erfolgreich Maßnahmen zur Reduktion des Strom- und Wärmeverbrauchs umgesetzt. Dies soll jetzt thematisch durch nachhaltiges und klimaangepasstes Bauen bei neuen Gebäuden erweitert sowie auch bei den Beteiligungsgesellschaften umfassend umgesetzt werden.

Beschreibung

Die Sonderinitiative zu nachhaltigem und energieeffizientem Bauen richtet sich in erster Linie an bestehende öffentliche Gebäude und Anlagen des Konzerns Stadt Köln. Aus der Umsetzung der Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand (s. Aktivitätenempfehlung 1.1.1.1.) ergeben sich unterschiedliche fachliche Herausforderungen, denen im Rahmen der Sonderinitiative begegnet werden soll. Die Fokusinitiativen setzen als Kernelemente der Sonderinitiative dabei jeweils thematische Schwerpunkte als Ergänzung bzw. Vertiefung der unterschiedlichen Leitlinien. Darüber hinaus zeichnen sich die Fokusinitiativen durch eine zeitliche Begrenzung bei der Identifizierung und Umsetzung von Projekten sowie durch eine separate Finanzierung aus. Themen für Fokusinitiativen können sein:

- Fokusinitiative „Ganzheitliche Sanierungen vor Bauteiloptimierung weiter etablieren“
- Fokusinitiative „Nachhaltiges und klimaangepasstes Bauen bei neuen Gebäuden erproben“
- Fokusinitiative „THG-Einsparpotenziale bei Sonderanwendungen erschließen“, z. B. durch Minimierung des Stromverbrauchs, ganzheitliche Sanierungen vor Bauteiloptimierung etablieren (Stadtentwässerung, öffentliche Beleuchtung, Verkehrsleittechnik etc.)

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung und Priorisierung möglicher Fokusinitiativen
2. Inhaltliche Planung einzelner Initiativen und schrittweise Umsetzung
3. Monitoring/Controlling der Effekte der Initiativen
4. ggf. Anpassung der Fokusinitiativen



Akteure

Konzern Stadt Köln (Beteiligungsgesellschaften wie RheinEnergie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln etc.)



Zielgruppe

Konzern Stadt Köln (Beteiligungsgesellschaften wie RheinEnergie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln etc. Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)



Zeitaufwand

in Zeitaufwand von 1.1.1.1 enthalten



Dauer der Aktivitätenempfehlung

bis 2030



Sachkosten

Investive Mittel nicht quantifizierbar



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.1.1.3 Fortführung LED Austauschprogramm Straßenbeleuchtung

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.1.1.3.



Fortführung LED-Austauschprogramm Straßenbeleuchtung

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Öffentliche Gebäude und Anlagen

2023

Ziel und Strategie

Durch die Fortführung des LED-Austauschprogramms soll der Energieverbrauch der öffentlichen Beleuchtung reduziert werden.

Ausgangslage

Die Stadtverwaltung Köln hat in Kooperation mit der RheinEnergie AG ein LED-Austauschprogramm für die öffentliche Beleuchtung aufgelegt und rüstet bereits die Leuchten auf LED-Technik um. Im Jahr 2021 lag der Anteil der LED-Leuchten bei ca. 20 %.

Beschreibung

Die Umstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf LED sollte im Zuge des LED-Austauschprogrammes weiter vorangetrieben werden. Neben der Energie- sowie Energiekosteneinsparung ermöglicht der Einsatz von LED-Technik eine intelligente Steuerung. Dazu zählt bspw. die Nutzung von unterschiedlichen Dimmstufen (z. B. zweifaches Dimmen (1. Dimmung um 23.00 Uhr auf 70 % und 2. Dimmung um 1 Uhr, teilweise Nachtabschaltungen um 24 Uhr) sowie die teilweise Nachtabschaltung. Um den gesamten Bestand der öffentlichen Beleuchtung bis 2035 auf LED umzustellen, gilt es die jährliche Austauschquote deutlich auf ca. 5.000 Leuchten pro Jahr zu erhöhen, um weitere 60.000 Leuchten (ohne Tunnelbeleuchtung) umzurüsten.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Fortführung und Intensivierung des LED-Austauschprogramms



Akteure

Amt für Verkehrsmanagement, RheinEnergie AG



Zielgruppe

Stadt Köln



Zeitaufwand

k.A.



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

78.000.000 € (6.500.000 € pro 5.000 Leuchten)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.1.2 Klimaneutraler sonstiger öffentlicher Gebäudebestand

1.1.2.1 Klimaneutralitätspartnerschaft mit Trägern anderer öffentlicher nicht-städtischer Gebäude

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.1.2.1.



Klimaneutralitätspartnerschaft mit Trägern anderer öffentlicher nicht-städtischer Gebäude

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Öffentliche Gebäude und Anlagen

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe einer Klimaneutralitätspartnerschaft sollen die Träger*innen anderer öffentlicher nicht-städtischer Gebäude, wie das Land NRW oder Vereine, auf dem Weg der Stadt Köln zur Klimaneutralität mit eingebunden werden. Die Stadt Köln agiert dabei im Sinne der Vorbildwirkung.

Beschreibung

Die öffentlichen nicht-städtischen Gebäude liegen nicht im direkten Einflussbereich der Stadt Köln. Daher wird die Bildung einer Klimaneutralitätspartnerschaft mit diesen Träger*innen empfohlen. Zentrales Element dieser ist die Partnerschaftvereinbarung, welche u.a. eine gemeinsame Zielsetzung enthält. Darüber hinaus kann die Vereinbarung bspw. Inhalte zu einem fachlichen Erfahrungsaustausch, Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten oder einem öffentlichen Monitoring enthalten. Die Partnerschaftvereinbarungen gilt es gemeinsam zu konzipieren und an sich ändernde Rahmenbedingungen anzupassen. Über die umgesetzten Klimaschutzprojekte sollte öffentlichkeitswirksam berichtet werden. Auf diese Weise soll die Stadtgesellschaft zum einen auf die Aktivitäten seitens der öffentlichen Träger*innen aufmerksam gemacht und zum anderen zum Nachahmen animiert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Auflistung und Priorisierung der öffentlichen nicht-städtischen Gebäude
2. Gezielte Ansprache von Träger*innen anderer öffentlicher nicht-städtischer Gebäude
3. Gemeinsame Entwicklung einer Partnerschaftvereinbarung
4. Kontinuierliche Unterstützung
5. Ggf. weitere Ansprache von Träger*innen
6. Evaluation und Monitoring



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz



Zielgruppe

Träger*innen öffentlicher nicht-städtischer Gebäude, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

langfristig etablieren



Sachkosten

Nicht quantifizierbar



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.2 Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung

1.2.1 Stadtentwicklung und Stadtplanung klimaneutral gestalten

1.2.1.1 Fortschreibung von Klimaschutz-Leitlinien

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.2.1.1.



Fortschreibung der Klimaschutz-Leitlinien

Themenschwerpunkt

Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Klimaschutz-Leitlinien ist es, dass der Klimaschutz frühzeitig in den verschiedenen Verfahren der Umsetzung nicht-städtischer Bauvorhaben in Köln berücksichtigt wird. Neben der Reduzierung der CO₂-Emissionen im baulichen Bereich sollen die Leitlinien auch einen Mehrwert in der internen Abstimmung zwischen den Dienststellen schaffen. Ziel ist eine Standardisierung der verschiedenen Anforderungen in den Verfahren zu erreichen, die den Klimaschutz betreffen.

Ausgangslage

Die „Kölner Leitlinien zum Klimaschutz in der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben“ wurden am 17. März 2022 vom Rat der Stadt Köln beschlossen.

Beschreibung

Vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität nimmt die energieeffiziente Planung und anschließende Umsetzung von Neubau- und Modernisierungsvorhaben eine immer wichtiger werdende Rolle ein. Die Leitlinien folgen einem modularen Ansatz. Das Stufenmodell sieht neben der Prüfung und ggf. Modifizierung der Anforderungen und Empfehlungen aus diesem ersten Modul auf Basis der gesammelten Praxiserfahrungen perspektivisch auch eine Erweiterung inhaltlicher Art vor. Jeder in sich inhaltlich abgeschlossener Baustein der Leitlinien, wie bspw. das Thema nicht-städtische Neubauvorhaben, ist zu verabschieden und konsequent anzuwenden.

Bedingt durch den modularen Ansatz handelt es sich bei den Klimaschutz-Leitlinien um ein „lebendiges“ Dokument, dessen Inhalte laufend an die geltenden Regelungen anzupassen und zu optimieren sind. Ergänzend dazu sind weitere Inhalte in die Klimaschutzleitlinien zu integrieren, wie bspw. Bauen im Bestand und Sanierung, Kreislaufwirtschaft bzw. das Thema ressourcenschonende Baustoffe und deren indirekte Treibhausgasemissionen, Mobilität sowie ggf. die Klimafolgenanpassung, wobei das Umweltamt hierzu bereits eine eigenständige Leitlinie erarbeitet. Am Ende des Prozesses ist in Abstimmung mit dem Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege zu erörtern, inwieweit die getroffenen Regelungen im sensiblen denkmalgeschützten Baubestand umgesetzt werden können. Auch wenn dieser nur ca. 2 % des Gesamtbestandes ausmacht, ist die Entwicklung einer eigenständigen Leitlinie wünschenswert.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Umsetzung der Leitlinie für nicht-städtische Neubauvorhaben und Fortschreibung
2. Ermittlung und Priorisierung weiterer Leitlinienbestandteile
3. Austausch mit anderen Kommunen
4. Austausch mit konzerninternen Akteur*innen
5. Erarbeitung und Abstimmung der weiteren Leitlinienbestandteile

6. Beschlussfassung

7. Anwendung und Fortschreibung



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Amt für Verkehrsmanagement, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, Wohnungsbauleitstelle, Amt für Liegenschaften Vermessung und Kataster, Amt für Wohnungswesen, Bauverwaltungsamt, Bauaufsichtsamt, Köln Business, Stabstelle Wirtschaftsförderung, Dezernat OB, Wohnungsbauforum, RheinEnergie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Haus und Grund, IHK und HWK



Zielgruppe

Bauherr*innen und Inverstor*innen, externe Projektentwickler*innen, Gebäudeeigentümer*innen etc.



Zeitaufwand

Kontinuierlicher Prüfaufwand in Abhängigkeit von Anzahl und Umfang der Verfahren, interner Koordinationsaufwand: 20-30 Arbeitstage plus Überarbeitung der Leitlinien: insgesamt 0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 - 2030



Sachkosten

Kosten für die externe Beauftragung der Überarbeitung der Leitlinien: bis ca. 30.000€



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Keine unmittelbare THG-Minderung durch die Erstellung einer Leitlinie, aber Basis für die Umsetzung von energiesparenden Maßnahmen. Diese sind jedoch nicht pauschal quantifizierbar.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

-

Kumulierte THG-Einsparung (t):

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Erarbeitung weiterer Leitlinien, politischer Beschluss der Leitlinien; Anwendung der Leitlinien: Anzahl geprüfter Verfahren



Weitere Wirkung

Ökonomie: Verbesserung der regionalen Wertschöpfung
Ökologie: Minderung von Luftschadstoffen
Soziales: Verbesserung der Lebensqualität und Gesundheit der Bewohner*innen



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlungen der Maßnahmen 1.2, 1.3, 1.4 sowie die Aktivitätenempfehlung 2.3.1.1 Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung



Zielkonflikte

Akzeptanz der Bürgerschaft, politische Diskussion



Breitenwirksamkeit

Die Leitlinien bilden die wesentliche strukturelle Grundlage für Bautätigkeiten (Sanierung und Neubau) auf dem Weg zur Klimaneutralität.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Da das erste Modul der Leitlinien bereits beschlossen wurde, kann dieses bereits angewendet werden. Mit den weiteren Modulen kann begonnen werden.

1.2.1.2 Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.2.1.2.



Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand

Themenschwerpunkt

Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Auch diese Aktivitätenempfehlung zielt auf die Steigerung der energetischen Sanierungsquote zur Reduzierung des Wärmebedarfs sowie die Ermittlung und Hebung von Stromeinsparpotenzialen. Darüber hinaus soll mithilfe weiterer Aktivitäten in den Bereichen (Klimawandel, Mobilität, Digitalisierung und Gesundheit) die Lebensqualität im Quartier gesteigert werden.

Ausgangslage

Der Kölner Wohngebäudebestand bietet ein sehr hohes energetisches Sanierungspotenzial. Die jährliche Sanierungsquote ist hingegen gering und insbesondere im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt Köln nicht ausreichend. Die Stadt Köln fördert energetische Sanierungen im Rahmen des Förderprogramms Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – Klimafreundliches Wohnen. Informationen zum Thema Sanierung etc. sind auf der Homepage der Stadt zu finden. Vor dem Hintergrund begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen seitens der Stadtverwaltung bietet sich der Quartiersansatz für die Steigerung der Sanierungsquote an.

Beschreibung

Das Einsparpotenzial variiert teilweise deutlich zwischen unterschiedlichen Gebäudetypen. Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere in großen Städten die konzentrierte Analyse zur Aufdeckung von Potenzialen und eine im Anschluss zielgruppengerechte und räumlich begrenzte Ansprache der Eigentümer*innen erfolversprechender ist als eine gesamtstädtische Sanierungskampagne.

Der Fokus sollte zunächst auf Quartieren liegen, welche einen hohen energetischen Sanierungsbedarf aufweisen. Auf die finanziellen Ressourcen der Gebäudeeigentümer*innen sollte bei der Auswahl ebenfalls geachtet werden. Neben den Themen Energieeinsparung und -versorgung sollten zusätzlich die Themen nachhaltiges Bauen, Digitalisierung, Mobilität und Gesundheit behandelt werden. Diese Aspekte werden bspw. in integrierten Quartierskonzepten betrachtet, welche u.a. von der KfW gefördert und von der Stadt bzw. dem Energieversorger beantragt werden können. Ergänzend dazu wird ein Austausch mit anderen Kommunen empfohlen.

Dabei kann man in Köln auf erfolgreiche Erfahrungen mit dem Projekt GrowSmarter (Stegerwaldsiedlung) aufbauen und Erfahrungen aus diesem Prozess in weitere Quartiere übertragen. Zur Umsetzung des Konzeptes bietet die KfW ebenfalls eine Förderung eines Sanierungsmanagements, um nach Möglichkeit mit weiteren Akteur*innen und deren Beratungsangeboten Sanierungsprojekte und Einsparmaßnahmen zu initiieren. Diese verstärkt auf die Zielgruppe der privaten Hauseigentümer*innen und Vermieter*innen abzielenden Quartiersprojekte ergänzen damit die Entwicklung von Quartiersprojekten für Bauträger*innen und Projektierer.

Es wird empfohlen, neben bauaufsichtlichen u. a. auch denkmalpflegerische Belange in die Konzeptionen zu integrieren (s. Aktivitätenempfehlung 1.2.2.1).

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Abstimmung der Akteur*innen über grundlegendes Vorgehen
2. Ermittlung von geeigneten Quartieren durch Auswertung städtischer Statistiken (Alter, Ein-

kommen etc.)

3. 2023 bis 2026 jeweils Erarbeitung von 3 Quartierskonzepten pro Jahr
4. Im Anschluss je Quartierskonzept Durchführung Sanierungsmanagement über 5 Jahre



Akteure

Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, Amt für Verkehrsmanagement, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, Amt für Wohnungswesen, Rhein-Energie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln, KVB, Wohnungsbauforum, Verbraucherzentrale



Zielgruppe

Bürger*innen, Unternehmen im Quartier



Zeitaufwand

Koordination Konzepterstellung durch Stadt: 0,5 Vollzeitäquivalente für je 3 Konzepterstellung pro Jahr
Koordination Sanierungsmanagement: 0,5 Vollzeitäquivalente für je 3 Sanierungsmanagements pro Jahr
1 Sanierungsmanager über 5 Jahre zur Umsetzung pro Konzept
Insgesamt durchschnittlich 8 Vollzeitäquivalente pro Jahr



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 bis 2031



Sachkosten

Kosten für Grundlagenkonzept: ca. 50.000 – 90.000 €, angesetzt werden 75.000 pro Konzept.
12 Konzepte in 2023 bis 2026: 900.000 € gesamt



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel sowie Förderung KfW-Programm 432 (Förderung für Konzept sowie für Sanierungsmanagement)



THG-Einsparungen

Annahme: Jeder Sanierungsmanager stößt pro Jahr 200 Sanierungen zu je 76 qm an (Senkung um rd. 40 kWh/qm)

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Ca. 78.400 Tonnen CO₂eq/a (vorläufige Berechnung)

Kumulierte THG-Einsparung (t):

313.400 Tonnen CO₂eq (unter Berücksichtigung sich verändernder Emissionsfaktoren)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl initiiertener energetischer Sanierungen differenziert nach Umfang;
Endenergie- und THG-Minderung



Weitere Wirkung

Ökonomie: sinkende Energieverbräuche stärken die Kaufkraft der Haushalte und Unternehmen und damit die regionale Wertschöpfung; ggf. Aufträge für regionale Unternehmen

Ökologie: Ressourcenschonung bei der Baustoffauswahl, Reduktion lokaler Luftschadstoffe

Soziales: Integrierte Quartiersentwicklung als Basis für die Entwicklung eines lebenswerten gesunden Stadtteils



Synergieeffekte

Gute Umsetzbarkeit durch Kooperationsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Akteur*innen,

Aktivitätenempfehlungen: 1.3.1.2. Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude, 1.3.1.1. Köln Paket für die klimafreundliche Bestandssanierung, 1.3.1.5. Sonderinitiative Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung, 2.3.3.2. Kampagnen zum Ersatz fossiler Heizungen, 1.3.1.2. Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude



Zielkonflikte

-



Breitenwirksamkeit

Der Anzahl der Quartierskonzepte kann weiter nach oben skaliert werden.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

1.2.1.3 Fachliche Begleitung von Großprojekten

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.2.1.3.



Fachliche Begleitung von Großprojekten

Themenschwerpunkt

Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Im Hinblick auf die Klimaneutralität bieten Großprojekte ein enormes Potenzial und gleichzeitig geht von diesen, bedingt durch ihre Außenwirkung, ein großes Handlungserfordernis im Sinne der Vorbildwirkung aus. Durch eine fachliche Begleitung des gesamten Planungsprozesses soll die Einhaltung der Zielsetzung Klimaneutralität im Rahmen der Projekte sichergestellt werden.

Ausgangslage

In der Stadt Köln befinden sich derzeit einige Großprojekte in der Planung. Dazu zählen beispielsweise die Entwicklungsprojekte Deutzer Hafen, Kreuzfeld, Parkstadt Süd, Mülheimer Süden und Rondorf NW. Die Planungen für diese Projekte befinden sich zum Teil in einem Stadium, indem noch Einfluss auf die Planung genommen werden kann.

Beschreibung

Bei der Entwicklung der Großprojekte muss die Stadt Köln ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und das Ziel der Klimaneutralität anstreben. Insbesondere diese Projekte entfalten eine große Außenwirkung. Neubauprojekte bieten die Möglichkeit, die Klimaschutzrelevanten Aspekte, wie bspw. eine energieeffiziente Bauweise sowie die Energieversorgung, bereits frühzeitig und umfassend im Planungsprozess zu berücksichtigen. Im Bereich der Energieversorgung bieten sich bspw. Quartierslösungen mit erneuerbaren Energien an.

Das Ziel der Klimaneutralität umfasst jedoch nicht ausschließlich die Gebäude und die damit verbundenen direkten Emissionen. Insbesondere die Themenfelder der ressourcenschonenden Baustoffauswahl und der damit verbundenen „indirekten“ Treibhausgasemissionen sowie der Mobilität bzw. Erreichbarkeit gilt es darüber hinaus in Ergänzung zu den „Leitlinien zum Klimaschutz in der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben in Köln“ genauer zu beachten.

Im Fokus der Aktivitätenempfehlung steht jedoch die fachliche Begleitung des Planungsprozesses durch ein Begleitinstitut. Dies soll dazu beitragen, den Themen Klimaneutralität und Nachhaltigkeit einen angemessenen Stellenwert in der Planung einzuräumen. Auf diese Weise soll zudem die bestmögliche Lösung für das Großprojekt gefunden werden. Darüber hinaus kann das Begleitinstitut verstärkt die Klimaschutz-Leitlinien (s. Aktivitätenempfehlung 1.2.1.1.) berücksichtigen und zu dessen Einhaltung beitragen.

Neben der fachlichen Begleitung bildet die Überprüfung der bereits erfolgten Planung einen elementaren Bestandteil, um diese auf ihre Konformität mit dem Ziel der Klimaneutralität zu überprüfen und im Zweifel frühzeitig gegensteuern zu können.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Kontaktaufnahme mit den relevanten Akteur*innen der Großprojekte
2. Überprüfung der bisherigen Planung
3. Begleitung des Planungsprozesses
4. Evaluierung und ggf. Fortschreibung der Leitlinien

 Akteure z. B. Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Amt für Liegenschaften, Wohnungsbauleitstelle, Vermessung und Kataster und andere Dienststellen aus anderen Dezernaten. Begleitinstitut, externe Projektentwickler, RheinEnergie AG	 Zielgruppe Entwicklungsgesellschaften, externe Projektentwickler*innen
 Zeitaufwand Annahme: Begleitung von 5 Projekten pro Jahr: 0,5 Vollzeitäquivalente	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 bis 2030
 Sachkosten Begleitinstitut: 20.000 € pro Projekt, 100.000 € pro Jahr, insgesamt 800.000 €	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): -	Kumulierte THG-Einsparung (t): -
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Anzahl der begleiteten Großprojekte, eingesparte THG-Emissionen gegenüber herkömmlichen Planungen	 Weitere Wirkung -
 Synergieeffekte Aktivitätenempfehlungen: 1.2.1.1. Erarbeitung von Klimaschutz-Leitlinien, 1.2.1.4. Erprobung flächenschonender ökologischer und energieeffizienter Wohnmodelle, 2.3.1.1. Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung, Maßnahme 2.3.1	 Zielkonflikte Interessen der Projektentwickler*innen
 Breitenwirksamkeit Die Begleitung ist für alle Großprojekte möglich und bildet eine wichtige Grundlage für die Erreichung der Klimaneutralitätsziele.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

1.2.1.4 Erprobung flächenschonender ökologischer und energieeffizienter Wohnmodelle

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.2.1.4.



Erprobung flächenschonender ökologischer und energieeffizienter Wohnmodelle

Themenschwerpunkt

Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Ziel ist die Erprobung von alternativen Wohnmodellen, die flächenschonend und gleichzeitig ökologisch sowie energieeffizient sind. Besonders über die Energieeffizienz können diese Wohnmodelle einen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele leisten.

Ausgangslage

In der Stadt Köln findet das Thema neuer Wohnmodelle in Form des Mehrgenerationenwohnens Anklang, das auf gemeinschaftliche Wohnformen abzielt, die insbesondere kommunikative Strukturen und Lebensqualitäten fokussieren. In diesem Rahmen gibt es das Förderprogramm „Mehrgenerationenwohnen“ und es sind bereits einige Wohnprojekte umgesetzt worden, unter denen sich auch Pilotprojekte befinden. Die in dieser Aktivitätenempfehlung angesprochenen alternativen Wohnmodelle fokussieren sich jedoch stärker auf die Flächenschonung und Energieeffizienz. Diese Form wird mit den Wohnprojekten zurzeit nicht abgedeckt. Diese Themen wurden jedoch im Projekt „OptiWohn“ (<https://www.wohnen-optimieren.de>) thematisiert, welches im Jahr 2021 u.a. in der Stadt Köln gestartet ist.

Beschreibung

In der Stadt Köln wird bereits Innenentwicklung betrieben, indem gezielt Baulücken geschlossen und Aufstockungen unterstützt werden, was auch zukünftig fortgeführt werden soll.

Als dynamisch wachsende Großstadt wird die Stadt Köln auch weiterhin einem hohen Nutzungsdruck auf geeignete Neubauf Flächen ausgesetzt. Ziel muss es folglich sein, Flächen nachhaltig und umweltschonend, ökonomisch effizient und sozial gerecht zu nutzen. Hohe energetische und nachhaltige Standards bilden dabei eine wesentliche Grundlage. Darüber hinaus ist es notwendig, flächenschonende Wohnmodelle bei gleichbleibender Wohnqualität zu entwickeln, welche den Flächenverbrauch pro Kopf reduzieren und den Trend zu mehr Wohnfläche langfristig umkehren. Auf diese Weise soll der Nutzungsdruck und der Energieverbrauch im Neubau gleichzeitig reduziert werden. Konkret bedeutet dies, dass die Themen Suffizienz und Flächeneffizienz aufzugreifen sind. Flächennutzungen sind zu optimieren, der Neubaudruck zu minimieren und die Wohnfläche zu reduzieren. Daher wird die Erprobung von alternativen Wohnmodellen empfohlen, welche bspw. mithilfe von gemeinschaftlich genutzten Räumen, wie Küchen, die Wohnfläche reduzieren.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gilt es, auch das Thema der altersgerechten Nutzungsflexibilität von Infrastrukturen in den Modellen zu berücksichtigen. Dafür bieten sich bspw. Wohnmodelle in Form des Mehrgenerationenwohnens an.

Langsam wachsende, bundesweite Trends zu gemeinschaftlichen Wohnformen kommen diesen Ansätzen mittelfristig entgegen. Darüber hinaus wurden im Zuge dessen bereits diverse Wohnmodelle entwickelt und erprobt. Um die Wahrnehmung in der Stadtgesellschaft zu erhöhen, sollte ein entsprechendes Pilotprojekt in Köln umgesetzt werden. Dafür sollten im Vorfeld Best Practice-Beispiele untersucht und besichtigt werden. Ein solches Pilotprojekt könnte im Zuge eines der fachlich begleiteten Großprojekte realisiert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung und Analyse von Best Practice-Beispielen
2. Festsetzung von Qualitätsmerkmalen zukünftigen Wohnens
3. Konzipierung von Wohnmodellen
4. Erprobung eines Wohnmodells als Pilotprojekt
5. Evaluation und ggf. Anpassung des Konzeptes
6. Langfristige Umsetzung der Wohnmodelle



Akteure

z. B. Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Wohnungswesen, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren sowie andere Dienststellen aus anderen Dezernaten.



Zielgruppe

Bevölkerung, Wohnungswirtschaft



Zeitaufwand

Annahme: Begleitung von einem Pilotprojekt pro Jahr: 0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2030



Sachkosten

20.000 € externe Beratung pro Jahr, insgesamt 160.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

-

Kumulierte THG-Einsparung (t):

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Alternative Wohnmodelle wurden konzipiert, Pilotprojekte wurden identifiziert und durchgeführt, Resonanz und Einsparungen



Weitere Wirkung

Soziales: Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen



Synergieeffekte

-



Zielkonflikte

Akzeptanz der Bürgerschaft, Fachkräftemangel



Breitenwirksamkeit

Erfolgreiche Pilotprojekte können auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet und somit multipliziert werden.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

1.2.1.5 Nachverdichtung klimaneutral gestalten

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.2.1.5.



Nachverdichtung klimaneutral gestalten

Themenschwerpunkt

Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Innenentwicklung ist flächensparsamer, beispielsweise dann, wenn diese als Nachverdichtung in Form von Dachgeschoss-Aufstockungen geschieht. Über die Realisierung dieser Aufstockungen oder Baulückenschließungen bspw. in nachhaltiger Holzbauweise, können Ressourcen und Flächen effizienter genutzt werden.

Ausgangslage

In der Stadt Köln wird bereits Innenentwicklung betrieben, maßgeblich über die großen Transformationsflächen der Stadt (z. B. Mülheimer Süden, Parkstadt Süd, Deutzer Hafen), aber auch indem gezielt Baulücken geschlossen werden. Das Baulückenprogramm existiert bereits seit 1990 und wurde 2018 angepasst. Mit dem Programm werden Baulücken und größere Mindernutzungen identifiziert und den Gebäude-/ Grundstückseigentümer*innen eine Beratung angeboten. Kleinere Dachgeschoss-Aufstockungen werden aktuell nicht im Kontext der Baulückenberatung betreut.

Beschreibung

Die Stadt Köln intensiviert die Innenentwicklung. Neben der weiteren Nachverdichtung der Stadt über größere Transformations- bzw. Konversionsflächen werden dabei auch kleinteilige Innenentwicklungspotenziale, wie die Nachverdichtung von bestehenden Gebäuden in Form von Dachgeschoss-Aufstockungen in die Betrachtung genommen. Nachverdichtungen bieten Potenziale für Ressourcen- und Flächeneffizienz, wenn bei den zusätzlichen Geschossen energetische Verbesserungen und Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt werden. Im Sinne des nachhaltigen Bauens sollte der Schwerpunkt auf einer Dachgeschoss-Aufstockung in Holzbauweise liegen.

Die Umsetzung könnte in Anbindung an die bestehende Beratung im Kontext der Baulückenberatung in Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht oder bei der Bauaufsichtsberatung angebunden werden. Zudem wird ein kommunales Zuschussprogramm, ggf. in Ergänzung zu bestehenden KfW-Förderprogrammen, entwickelt und aufgesetzt. Dieses verfolgt das Ziel, jährlich zwischen 10 bis 20 Dachaufstockungen zu unterstützen. Für das Zuschussprogramm werden Richtlinien aufgestellt, welche neben Aspekten der baulichen Qualitäten (Energieeffizienz, Bauweise) auch Aspekte der Sozialverträglichkeit (Schaffung preiswerter Wohnraum) beinhalten.

Im Rahmen der Maßnahme sollen zudem die Stadtteile mit besonders guten Ausgangsbedingungen für eine Nachverdichtung durch Dachgeschossaufstockungen identifiziert werden. Bei der allgemeinen Identifikation von Nachverdichtungsmöglichkeiten sind stadtplanerische Aspekte, wie etwa das festgesetzte Maß der baulichen Nutzung, zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte die energetische Modernisierung der aufzustockenden Gebäude Bestandteil des Beratungsangebotes sein, um so die energetische Modernisierung und die nachhaltige Schaffung von Wohnraum integriert zu betrachten.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifikation von Stadtteilen
2. Konzipierung eines Dachgeschoss-Zuschussprogramms (ggf. in Ergänzung zu KfW-Förderprogrammen) inkl. Beratungsangebot für die Gebäudeeigentümer*innen
3. Durchführung des Dachgeschoss-Programmes
4. Evaluierung und ggf. Anpassung



Akteure

Amt für Stadtentwicklung und Statistik,
Bauaufsichtsamt, Stadtplanungsamt, ,
Umwelt- und Verbraucherschutzamt



Zielgruppe

Privateigentümer*innen



Zeitaufwand

2 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2030



Sachkosten

300.000 € pro Jahr
(Zuschüsse für circa 10 – 20 Dachge-
schossaufstockungen, Annahme 20%
Zuschuss)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.2.1.6 Energetische Ertüchtigung des denkmalgeschützten Gebäudebestands

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.2.1.6.



Energetische Ertüchtigung des denkmalgeschützten Gebäudebestands

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung

2023

Ziel und Strategie

Die Aktivitätenempfehlung zielt auf die Förderung der energetischen Sanierung von Denkmälern ab. Durch die zusammengeführte Betrachtung der Belange Klimaschutz und Denkmalpflege sollen Potentiale genutzt und zielorientierte Lösungsansätze zur denkmalgerechten Gebäudeertüchtigung entwickelt werden. Schließlich gilt es, durch angepasste Konzeptentwicklung Konflikte zu vermeiden.

Ausgangslage

Die in der Denkmalliste der Stadt Köln geführten Gebäude umfassen ca. 1,5-2% des städtischen Gebäudebestandes. Diese Liste wird auf Grundlage objektiv-wissenschaftlicher Verfahren entwickelt und fortgeschrieben. Die Verpflichtung zum Schutz von Denkmälern ist in Artikel 18 (2) der Verfassung des Landes NRW formuliert, während die behördlichen Zuständigkeiten und gesetzlichen Regularien mit dem Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) festgelegt werden. Innerhalb der Verwaltung der Stadt Köln ist das Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege als Untere Denkmalbehörde zuständig.

Das wichtigste Ziel der Denkmalpflege ist der Erhalt der historischen Substanz als Zeugnis der wechselhaften Stadtgeschichte, wobei die große Unterschiedlichkeit einzelner Zeitschichten und deren charakteristischen Architekturen detaillierte Betrachtungen der gebauten Strukturen erfordert. Dies bedeutet, dass der sensible Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden keine pauschalen Antworten kennt, sondern dem jeweiligen Objekt angepasste Konzepte zu entwickeln sind. Dementsprechend sieht sich das Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege nicht als reine Aufsichtsbehörde, sondern dient im Rahmen der Maßnahmenbegleitung und Vorabstimmung als beratende Instanz.

Hierbei stehen Maßnahmen der energetischen Ertüchtigung durch Eingriffe in die Struktur bzw. Konstruktion des Gebäudes und durch die Beeinträchtigung ihres Erscheinungsbildes oftmals im Widerspruch zu den Belangen des Denkmalschutzes. Um hieraus resultierende Konflikte zu vermeiden, ist grundsätzlich festzuhalten, dass auch für energetisch wirksame Maßnahmen dem Denkmal angemessene Planungen entwickelt werden müssen. Nicht ohne Grund gelten für den denkmalgeschützten Gebäudebestand Ausnahme- und Sonderregelungen in den Verordnungen und Gesetzen zur Energieeinsparung.

Es ist festzuhalten, dass Denkmalschutz als solcher durch Substanzerhalt, Vermeidung von Stoffströmen und der Konservierung der gespeicherten „grauen Energie“ stets einen Beitrag zur Nachhaltigkeit darstellt.

Beschreibung

Vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität und der damit verbundenen notwendigen Sanierungsrate und -tiefe sind die Belange des Denkmalschutzes in Verbindung mit denjenigen der Klimaneutralitätsziele konkret zu erörtern und abzuwägen. Denkmäler haben bspw. aufgrund oftmals unzureichender Fassaden- oder Dachdämmungen ein relativ hohes gebäudebezogenes Potential für energetische Sanierungen und auch die Installation von Photovoltaik-Anlagen kann dank moderner, auf Denkmäler ausgerichtete Innovationen als möglicher Weg in Betracht gezogen werden (s. hierzu. 2.1.2.1. PV-Initiative Konzern Stadt Köln).

Um die möglichen energetischen Maßnahmen zu ermitteln, die die charakteristischen Qualitäten der Denkmäler bewahren und gleichzeitig etwas für den Klimaschutz erreichen, bedarf es einer ganzheitlichen Betrachtung. Die energetische Ertüchtigung ist dabei nicht als Summe von Einzelmaßnahmen anzusehen, sondern muss darauf abzielen, energetische Maßnahmen, bauliche Veränderungen und

Bedürfnisse der Nutzer*innen denkmalgerecht aufeinander abzustimmen. Hierfür ist eine stärkere und frühere Zusammenarbeit notwendig, weshalb die nachfolgenden Projekte empfohlen werden:

Frühzeitige Beteiligung bei der Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand

Innerhalb der Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand sollte die energetische Sanierung von Denkmälern auch wegen des besonderen öffentlichen Interesses und des Verfassungsgrades der Denkmalpflege Berücksichtigung finden. Durch eine frühzeitige Beteiligung der Denkmalbehörde kann hierauf schon bei Bestandsaufnahme und Konzeptvorbereitung zielgerichtet hingearbeitet werden. Ziele sind: Klimaschutz mit Denkmalschutz und Klimaschutz durch die substanzerhaltende und reparierende Denkmalpflege.

Frühzeitige Beteiligung bei der Fortschreibung der Klimaschutzleitlinien

Für die historische Bausubstanz und ihre räumlich wirksamen Qualitäten sind geeignete Leitlinien zur energetischen Ertüchtigung zu formulieren, um den Eigentümer*innen Perspektiven aufzuzeigen und Einschränkungen zu erklären. Bei Siedlungen und Denkmalensembles mit wiederkehrenden Haustypen können hierbei übergreifende Handreichungen entwickelt werden, während Denkmäler mehrheitlich als Einzelfall zu betrachten sind. Schließlich erfordern alle Konzepte die Erlaubnisfähigkeit nach § 9 DSchG NRW, die vom Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege als Untere Denkmalbehörde geprüft wird.

Schaffung einer zentralen Anlaufstelle

Wie bereits einleitend erwähnt, stellen die geltenden Denkmalschutzgesetze und -anforderungen häufig eine Herausforderung dar und schränken die Möglichkeiten der Ertüchtigung ein. Für die erfolgreiche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bei Baudenkmalen bedarf es daher einer spezifischen Information, Beratung und Begleitung der Gebäudeeigentümer*innen. Es gilt, aus dem Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen ein auf das Einzelgebäude angepasstes ganzheitliches Konzept zu entwickeln. Die Erstellung dieser Konzepte ist als komplexe Planungsleistung anzusehen, die neben der reinen Beratung auch die Kommunikation und Abstimmung mit verschiedenen geeigneten Fachplaner*innen erfordert. Dafür wird die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle empfohlen, welche die Themen energetische Sanierung und Denkmalpflege zusammenführt, weitere Informations- und Beratungsangebote vermittelt und gemeinsam objektspezifische Lösungen erarbeitet. Dabei sind die Inhalte der Angebote mit dem Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege zu entwickeln, um trotz der gegebenen Einschränkungen ein angemessenes Maß der Effizienzsteigerung zu erreichen. Die Anlaufstelle könnte in der Serviceagentur für Gebäudemodernisierung (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 1.3.1.3) oder bei der Unteren Denkmalbehörde angesiedelt werden. Entscheidend ist, Konflikte zu vermeiden, indem für Eigentümer*innen der Abwägungsprozess zwischen Klimaschutz und Denkmalpflege bereits mit dem Beginn der Beratung nachvollziehbar wird und schnell praktikable Lösungen gefunden werden.

Studie zur Systematisierung der Energieeffizienzpotentiale

Für einen strukturierten Umgang mit Denkmälern und den jeweiligen Potentialen bedarf es einer Studie zur Systematisierung der Energieeffizienzpotentiale an Denkmälern in der Stadt Köln, welche die Entscheidungsgrundlagen des Amtes für Denkmalschutz und Denkmalpflege aufzeigt und den Bürger*innen als Handreichung zur Verfügung gestellt werden kann. Orientierung bietet hierfür beispielsweise die Studie des österreichischen Bundesdenkmalamtes (https://www.bda.gv.at/dam/jcr:544db343-26b3-44ad-bcb7-e619703ead8f/Standards%20Energieeffizienz%20am%20Baudenkmal%202021_final_BF.pdf), die Handreichungen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (<https://www.vdl-denkmalpflege.de/klimaschutz>) sowie die Leitfäden des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland (https://denkmalpflege.lvr.de/de/service/leitfaeden/leitfaeden_1.html).

Erweiterung des Förderprogramms „Energieeffizienz und Gebäudesanierung“

Basierend auf den Ergebnissen der Studie zur Systematisierung der Energieeffizienzpotentiale von Denkmälern sollten die Fördermöglichkeiten überprüft und ggf. erweitert werden. Die in Förderrichtlinien formulierten Ziele sind im denkmalgeschützten Bestand oft nicht zu erreichen, so dass Eigentümer*innen keine Möglichkeit der Förderung geboten wird. Um einen zusätzlichen Anreiz zur Sanierung zu bieten und auch die Potentiale dieser Gebäude zu nutzen, sollten entsprechende Aspekte des Denkmalschutzes bereits in der nächsten Novellierung des Förderprogramms aufgegriffen werden (s. hierzu 1.3.1.2. Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude).

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Ausschreibung und Beauftragung der Studie zur Systematisierung der Energieeffizienzpotentiale
 2. Frühzeitige Beteiligung des Amtes für Denkmalschutz und Denkmalpflege
 3. Konzipierung entsprechender Angebote für die zentrale Anlaufstelle
 4. Erweiterung des Förderprogramms
-



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verbraucherzentrale



Zielgruppe

Stadtverwaltung der Stadt Köln, Eigentümer*innen von Denkmälern



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

langfristig etablieren



Sachkosten

Studie zur Systematisierung der Energieeffizienzpotentiale an Denkmälern: 60.000 €

Zzgl. Budget zur Erweiterung des Förderprogramms



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.3 Klimafreundliche Bestandssanierung

1.3.1 Modernisierung selbstgenutzter oder privat vermieteter Wohngebäude

1.3.1.1 Köln Paket für die klimafreundliche Bestandssanierung

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.1.1.



Köln Paket für die klimafreundliche Bestandssanierung

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe des Köln-Paketes soll die energetische Sanierung im privaten Gebäudebestand in Köln forciert werden.

Ausgangslage

Der Kölner Wohngebäudebestand bietet ein sehr hohes energetisches Sanierungspotenzial. Die jährliche Sanierungsquote ist hingegen gering und insbesondere im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt Köln nicht ausreichend. Gleichzeitig leistet man mit einer energetischen Sanierung einen Beitrag zum Werterhalt eines Gebäudes sowie zur Erhöhung der Behaglichkeit im Winter als auch im Sommer. Neben den zu bewerbenden energetischen Maßnahmen an der Gebäudehülle (Dach, Fassade, Fenster, Tür) gehören auch Maßnahmen im Bereich der Haustechnik hierzu (Heizungsanlage, Heizkörper, hydraulischer Abgleich...), ebenso wie das Heizverhalten. Informationen u. a. zum Thema Sanierung sind auf der Homepage der Stadt zu finden. Im Rahmen des bestehenden Förderprogramms „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – klimafreundliches Wohnen“ werden u. a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung für Bestandsgebäude von der Stadt gefördert.

Beschreibung

Um die jährliche Sanierungsquote zu steigern, wird die Konzipierung und Erprobung eines sogenannten Köln-Paketes empfohlen. Wesentliche Bestandteile des Köln-Paketes können sein:

- Proaktive Ansprache und Incentivierung der Gebäudeeigentümer
- Qualifizierte Vor-Ort-Ansprechpartner – Gründung eines One-Stop-Shops
- Sanierungspartner koordinieren
- Fachliche Begleitung von Gesamt- und Einzelmaßnahmen
- Qualitätssicherung im Betrieb

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Ausgestaltung des Köln-Paketes für die klimafreundliche Bestandssanierung und Planung der Erprobungsphase
2. Kurzfristige Durchführung der Erprobungsphase
3. Evaluierung und ggf. Anpassung des Köln-Paketes



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Dezernat VI – Planen und Bauen, Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, ggf. Projektgruppe Gebäude, Handwerkskammer, Architektenkammer



Zielgruppe

Private Einfamilienhausbesitzer*innen, Wohneigentümergeinschaften und private Vermieter*innen, Verbraucherzentrale, Energieberater*innen etc.



Zeitaufwand

- 3 Vollzeitäquivalente bei der Stadt Köln
- Leitung der Initiative und Abstimmung mit Partnern, Betreuung One-Stop-Shop: 1 Vollzeitäquivalent
 - Durchführung der Initiative, Betreuung One-Stop-Shop, Akquise und Betreuung der externen Energieberater und Sanierungsbegleiter (Erfahrungsaustausch, Qualitätssicherung): 1 Vollzeitäquivalent
 - Abrechnung und Terminkoordination bei angenommenen Beraterpool von 20 Personen und 225 Beratungen pro Jahr pro Berater: 1 Vollzeitäquivalent (Verwaltungsfachkraft) (zweimalige Abrechnung pro Berater und Jahr, Zeitaufwand 2,5 Tage pro Abrechnung = 120 Tage für Abrechnung pro Jahr)



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023-2031, ggf. verlängern



Sachkosten

- Entwicklung Konzeption einschl. Aktivierung und Zusammenarbeit der vorhandenen Akteure und strategischen Partner (z.B. Verbraucherzentrale, Handwerkskammer, Architektenkammer, Mieterbund, Haus und Grund, Köln ag, Energieberater etc.): 40.000 €
- Aufsuchende kostenlose Erstberatung mit 5.000 Erstberatungen pro Jahr zu je 3h Umfang bei 100€ brutto/h: 1.500.000 € pro Jahr.
- Mit diesen 5.000 Erstberatungen pro Jahr würden im Zeitraum 2023 bis 2031 ca. 30% der privaten EFH/ZFH und Mietwohngebäude erreicht.
- Subventionierte Sanierungsbegleitungen mit 500 Begleitungen mit je 20h Umfang pro Jahr zu je 1.500 € (anteilige Beteiligung Eigentümer in Höhe von 500€): 750.000 € pro Jahr
- Sachkosten für Ausstellungen, Stadtteillaktionen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit etc.: 5 räumlich fokussierte Aktionen pro Jahr: 200.000 € pro Jahr
- Insgesamt 38.490.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel
ggf. Drittmittel (z. B. Förderung Beratung und Qualitätssicherung, Sponsoring Öffentlichkeitsarbeit)



THG-Einsparungen

Annahme: 5.000 Erstberatungen pro Jahr im Zeitraum 2023 bis 2031. Davon führen 2/3 eine Sanierung durch: 3750 Beratungsfälle pro Jahr, davon 75% EFH mit je 120 qm und 25% MFH mit rd. 8WE zu je 76 qm, Reduktion von 140 kWh/qm auf 100 kWh/qm

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

68.500 t/a CO₂eq

Kumulierte THG-Einsparung (t):

273.800 t CO₂eq (unter Berücksichtigung sich verändernder Emissionsfaktoren)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Köln-Pakt wurde konzipiert und wird kurzfristig umgesetzt, Anzahl durchgeführter Beratungen / Begleitungen, Anzahl umgesetzter Sanierungen in Folge von Beratungen, Entwicklung der THG-Emissionen



Weitere Wirkung

Ökonomie: ggf. regionale Wertschöpfung durch Umsetzung von Aktivitäten durch regionale Unternehmen resultierend aus der begleitenden Unterstützung



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlung: 1.3.1.2. Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude



Zielkonflikte

Fachkräftemangel, ggf. höherer Aufwand bei der Anwendung nachweisbasierter Methoden



Breitenwirksamkeit

Die Konzipierung des Köln-Paketes als wichtiger Bestandteil der Bürgeransprache richtet sich an alle privaten Gebäudeeigentümer*innen. Je nach personeller und finanzieller Ausstattung kann so eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Die weitere Konzeption sollte bereits mit den vorhandenen personellen Ressourcen begonnen werden.

1.3.1.2 Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.1.2.



Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe eines Förderprogramms sollen die Eigentümer*innen des privaten Wohngebäudebestandes bei der energetischen Sanierung unterstützt werden, um so die Sanierungsquote zu steigern.

Ausgangslage

Die Stadt Köln hat im Jahr 2018 ein Förderprogramm zur Altbausanierung und Energieeffizienz beschlossen, welches u.a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung für Bestandsgebäude fördert und seit dem 01.10.2018 umgesetzt wurde. Im März 2022 hat der Rat der Stadt Köln das neue Förderprogramm „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“ beschlossen. Die darin enthaltenen Förderungen ergänzen zum einen die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Zum anderen beinhaltet dieses Köln-spezifische Fördertatbestände, welche losgelöst vom BEG betrachtet werden.

Beschreibung

Auch die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass ein unkompliziertes Förderprogramm mit einfachem Antragsverfahren von den Bürger*innen sehr gut angenommen wird und die Sanierungsrate deutlich erhöht wird. Gleichzeitig profitiert das lokale Handwerk von zusätzlichen Aufträgen.

Ziel ist die Weiterführung des Förderprogramms unter der Zielsetzung, die Sanierung von einem Drittel des privaten Wohngebäudebestandes bis 2031 zu initiieren und die durch die Erstberatungen (s. Köln-Paket) erreichte Sanierungstiefe weiter zu erhöhen. Das Förderprogramm zielt auf den Gebäudestandard KfW 40/55 und wird im Zuge der nächsten Novellierung in Richtung nachweisorientiertem Klimaschutz unter Beachtung der Wohnkostenbelastung weiterentwickelt. Es umfasst Stufenfahrpläne für gebäudeindividuelle kostengünstige Klimaneutralität mit Kopplung an Wärmenetze. Über die Einführung von Boni soll die Kombination von Maßnahmen und somit eine größere Sanierungstiefe angereizt werden. Darüber hinaus können so verschiedene Maßnahmen und Förderaktivität in ihrer Attraktivität ein zweites Mal erhöht werden. Es entsteht ein Sogeffekt. Ebenso wird dem Anspruch des ressourcenschonenden Bauens eine größere Bedeutung eingeräumt. Gefördert werden könnten ebenfalls Aufstockungsmaßnahmen zusammen mit der Installation einer PV- oder Solarthermie-Anlage. Auch weiterhin sollten Abweichungsregelungen für Denkmäler wegen ihrer herausragenden kulturellen Bedeutung berücksichtigt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Anpassung, Erweiterung, Überarbeitung und Vereinfachung der bestehenden Förderrichtlinie
2. Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung des Förderprogramms
3. Evaluierung
4. Ggf. Weiterentwicklung

**Akteure**

Koordinationsstelle Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Dezernat VI – Planen und Bauen, Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Zielgruppe**

Private Einfamilienhausbesitzer*innen, Wohneigentümergeinschaften und private Vermieter*innen

**Zeitaufwand**

Abgeschätzt 5.000 Anträge pro Jahr (3.700 EFH, 1.300 MFH), Bearbeitung pro Antrag 0,5 Tage, rd. 12 Vollzeitäquivalente Antragsbearbeitung

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

2023 - 2031

**Sachkosten**

Annahme: Sanierung von 1/3 der ca. 34 Mio. qm privater Wohnfläche bis 2031 (je 50 % der Sanierungen erreichen den Gebäudestandard KfW40 bzw. KfW55)
Förderung von 300 € pro qm private Wohnfläche (KfW 40) und 150 € pro qm private Wohnfläche (KfW55): 2.590 Mio. €, linear 292 Mio. € pro Jahr

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel, dort wo möglich unterstützt durch Bundes- und Landesförderprogramme

**THG-Einsparungen**

Annahme: Sanierung von einem Drittel des privaten Wohngebäudebestandes (Senkung um rd. 50 kWh/qm bzw. 40 kWh/qm bei ca. 11 Mio. qm)

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Ca. 126.700 Tonnen CO₂eq/a (vorläufige Berechnung)

Kumulierte THG-Einsparung (t):

500.700 t CO₂eq (unter Berücksichtigung sich verändernder Emissionsfaktoren)

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Anzahl der Förderungen und Summe der ausgeschütteten Förderung pro Jahr;
Erzielte Energie- und THG-Einsparung insgesamt;
pro genehmigten Förderantrag ausgelöste Investition pro 1 Euro Förderung

**Weitere Wirkung**

Ökonomie: Förderung der regionalen Wertschöpfung

Ökologie: Ressourcenschonung durch nachhaltige Baustoffe

Soziales: Beachtung der Sozialverträglichkeit

**Synergieeffekte**

Aktivitätenempfehlungen: 1.3.1.1. Köln Paket für die klimafreundliche Bestandssanierung, 1.2.1.2. Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand, 1.3.1.3. Etablierung zielgruppenspezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote, 1.3.1.5. Sonderinitiative Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung

**Zielkonflikte**

Hoher personeller und finanzieller Aufwand, Fachkräftemangel



Breitenwirksamkeit

Das Förderprogramm lässt sich mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen auf die gesamte private Wohnfläche ausweiten.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Aktuelles Förderprogramm ist bereits zum 01.04.2022 in Kraft gesetzt.

1.3.1.3 Etablierung zielgruppenspezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.1.3.



Etablierung zielgruppenspezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe von gezielten Beratungs- und Unterstützungsangeboten sollen die privaten Gebäudeeigentümer*innen für eine Sanierung sensibilisiert sowie die Sanierungsquote gesteigert werden. Darüber hinaus zielt die Aktivitätenempfehlung auf eine Akzeptanzsteigerung innerhalb der gesamten Zielgruppe ab.

Ausgangslage

Während Informationen zum Thema Sanierung etc. auf der Homepage der Stadt zu finden sind, werden keine zielgruppenspezifischen Beratungs- und Unterstützungsangebote beworben.

Beschreibung

Ergänzend zum Beratungsangebot im Rahmen des Köln-Paketes für die klimafreundliche Bestandssanierung (s. Aktivitätenempfehlung 1.3.1.1) bedarf es weiterer zielgruppenspezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote. Der Schwerpunkt der Angebote liegt dabei auf den Gebäudeeigentümer*innen, wobei die Mieter*innen ebenfalls angesprochen werden. Für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen zunächst die Bedarfe seitens der Zielgruppen ermittelt werden. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Klimaneutralität und den damit verbundenen Zielsetzungen und notwendigen Modernisierungen im privaten Gebäudebestand.

Vor dem Hintergrund des hohen Mietwohnbestandes sowie dem hohen Anteil an Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) werden insbesondere Angebote für diese beiden Zielgruppen empfohlen.

Serviceagentur für Gebäudemodernisierung

Da das Beratungsangebot des Köln-Paketes sich auf eine spezielle Zielgruppe und Themenstellung fokussiert, wird für die zielgruppenspezifischen Beratungs- und Unterstützungsangebote mit sehr diversen Zielgruppen und Fragestellungen die Gründung einer Serviceagentur für **Gebäudemodernisierung** empfohlen. Dabei handelt es sich um eine zentrale, bündelnde und neutrale Anlaufstelle, welche die unterschiedlichen Dienstleistungen anbietet oder auf andere bestehende Beratungsangebote vermittelt. Die nachfolgend beschriebenen Angebote sollten von der Serviceagentur konzipiert und durchgeführt werden.

Entwicklung von standardisierten Unterstützungsangeboten für Wohneigentümergeinschaften

Das Unterstützungsangebot zielt darauf ab, die WEGs über potenzielle Sanierungsmaßnahmen zu informieren und zu beraten. Dazu zählen bspw. Informationsvorträge bei Eigentümer*innenversammlungen, in denen ein Überblick über energetische Sanierungsmaßnahmen für die Immobilien gegeben wird. Gesamtkonzepte sollten auch vorgestellt und empfohlen werden. Die Stadt Köln sollte dieses Unterstützungsangebot, welches sowohl eine reine Information als auch eine Beratung beinhaltet, unter den Hausverwalter*innen bewerben. Durch eine zusätzliche Präsentation von Best Practice-Bespielen im Rahmen der Bewerbung durch die Stadt, könnte das Interesse am Thema energetische Sanierung geweckt werden.

Da in WEG viele unterschiedliche Einzeleigentümer*innen vertreten sind, wird eine Erweiterung des Angebotes um eine unabhängige Moderation und Mediation empfohlen. Auf diese Weise kann der Entscheidungs- und Einigungsprozess sowohl fachmännisch beraten als auch begleitet werden. Dies

soll den Umfang und die Qualität der energetischen Sanierung steigern.

Informationskampagne Mieter*innen

Im Zuge einer Informationskampagne sollen Mieter*innen über die notwendigen und geplanten Sanierungsmaßnahmen seitens der Gebäudeeigentümer*innen informiert werden. Neben den Klimaschutzaspekten sollte der Fokus auf den aus den Maßnahmen resultierenden Vorteilen für die Mieter*innen liegen, um die Akzeptanz zu erhöhen. Dazu zählen bspw. die Steigerung der Wohnqualität, finanzielle Vorteile durch geringere Energiebedarfe etc. Diese Informationskampagne dient als Ergänzung zu den in Handlungsfeld 5 beschriebenen Aktivitätenempfehlungen zu Verhaltensänderungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs. Sofern diese Informationskampagne erfolgreich durchgeführt wird, sollte diese auf die Mieter*innen von gewerblich vermieteten Wohngebäuden ausgeweitet werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Ermittlung der Beratungs- und Unterstützungsbedarfe
2. Auswahl und Konzipierung entsprechender Angebote
3. Bewerbung und Umsetzung
4. Evaluierung und ggf. Weiterentwicklung bzw. Ausbau der Angebote



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Dezernat VI – Planen und Bauen, Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Handwerkskammer/ Kreishandwerkerschaft, Verbraucherzentrale



Zielgruppe

Gebäudeeigentümer*innen und Mieter*innen



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 – 2031



Sachkosten

- Entwicklung Konzeption 30.000 €
- Subventionierte Sanierungsbegleitungen mit 330 Begleitungen mit je 20h Umfang pro Jahr zu je 2.500 € (anteilige Beteiligung Eigentümer in Höhe von 500€): 825.000 € pro Jahr
- Sachkosten für Ausstellungen, Stadtteilaktionen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit etc.: 5 räumlich fokussierte Aktionen pro Jahr: 50.000 € pro Jahr

Insgesamt 7.905.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: 330 MFH/a mit rd. 8WE zu je 76 qm, Reduktion von 140 kWh/qm auf 100 kWh/qm

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Ca. 17.200 Tonnen CO₂eq/a (vorläufige Berechnung)

Kumulierte THG-Einsparung (t):

68.800 t CO₂eq (unter Berücksichtigung sich verändernder Emissionsfaktoren)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Angebote wurden konzipiert, Inanspruchnahme der Angebote und Resonanz, Anzahl an Projekten, die aus den Angeboten resultieren



Weitere Wirkung

Ökonomie: ggf. regionale Wertschöpfung durch Umsetzung von Aktivitäten durch regionale Unternehmen resultierend aus der begleitenden Unterstützung

Ökologie: Ressourcenschonung durch Auswahl nachhaltiger Baustoffe, Reduktion lokaler Luftschadstoffe

Soziales: Unterstützung der Eigentümer*innen bei der Konsensbildung, Akzeptanzbildung bei Mieter*innen



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlungen: 1.3.1.2. Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude, 1.3.1.5. Sonderinitiative Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung



Zielkonflikte

Akzeptanz, Entscheidungsfindung in heterogenen Zielgruppen (WEG)



Breitenwirksamkeit

Die Angebote bilden eine strukturelle Grundlage für die zielgruppenspezifische Ansprache, welche auf weitere zielgruppenspezifische Themen ausgeweitet werden können. Die ermöglicht somit die Ansprache einer breiten Öffentlichkeit.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Mit der Umsetzung der Aktivitätenempfehlung sollte bereits mit den vorhandenen personellen Ressourcen begonnen werden.

1.3.1.4 Qualitätsnetzwerk klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.1.4.



Qualitätsnetzwerk „klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung“

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2023

Ziel und Strategie

Ziel des Qualitätsnetzwerkes ist es, den Aspekt der Klimaneutralität in der gängigen Praxis der Wohngebäudemodernisierung zu etablieren und die planenden und ausführenden Gewerke dabei zu unterstützen.

Ausgangslage

Der Anspruch einer klimaneutralen Gebäudemodernisierung ist bisher bei den planenden wie auch den ausführenden Gewerken in seiner letzten Konsequenz noch nicht in der Breite diskutiert, geschweige denn in der Baupraxis als Regel umgesetzt worden. Dies gilt bundesweit und nicht nur für die Stadt Köln.

Beschreibung

Um das Thema der Klimaneutralität in der Gebäudemodernisierung zu verankern, wird die Gründung eines Qualitätsnetzes „Klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung“ empfohlen. Dieses richtet sich an in der Stadt Köln tätige Unternehmen im Bereich der planenden und ausführenden Gewerke, wie bspw. Architekt*innen, Energieberater*innen und Handwerker*innen.

Als ein Schwerpunkt sollte eine gewerkeübergreifende Weiterbildungsinitiative mit kontinuierlichem Erfahrungsaustausch etabliert werden. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt auf der umfangreichen Information zur Komplexität und der Notwendigkeit von klimaneutralen Gebäudemodernisierungen. Durch praktische Umsetzungen bzw. Erfahrungen mit bspw. neuen Techniken, ressourcenschonenden Baustoffen etc. sollen die Teilnehmer*innen zusätzlich weitergebildet werden. Auf diese Weise sollen potenzielle Hemmschwellen gemindert und die Qualität bei der Verwendung neuer Techniken oder ressourcenschonender Baustoffe sichergestellt werden. Darüber hinaus kommt diese Qualifizierung auch den Gebäudeeigentümer*innen zugute, da diese fachlich besser beraten werden können.

Bei den ressourcenschonenden Baustoffen ist insbesondere auf die Themen des Recyclings sowie der Nachhaltigkeit hinzuweisen. Auf Grund der engen thematischen Verknüpfung sollten die Unterstützungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten des Qualitätsnetzwerkes gemeinsam mit den Projekten der Sonderinitiative „Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung“ (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 1.3.1.5) entwickelt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzeptionierung des Netzwerkes
2. Ansprache der planenden und ausführenden Gewerke
3. Durchführung von Veranstaltungen mit begleitender Öffentlichkeitsarbeit
4. Evaluierung
5. Ausweitung des Netzwerkes und der Angebote



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Handwerkskammer/
Architektenkammer Kreishandwerkerschaft,



Zielgruppe

Planende und ausführende Gewerke



Zeitaufwand

1 Vollzeitäquivalent



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 – 2035



Sachkosten

20.000 € Konzeption einmalig
30.000 €/a Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, externe Unterstützung, insgesamt 410.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.3.1.5 Sonderinitiative Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.1.5.



Sonderinitiative Nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung

Themenschwerpunkt

Klimafreundliche Bestandssanierung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Sonderinitiative ist die Steigerung der Wahrnehmung des Themas nachhaltiges Bauen in der energetischen Gebäudemodernisierung sowie die Senkung der Hemmschwellen für eine Umsetzung.

Ausgangslage

Nachhaltiges Bauen ist in der energetischen Gebäudemodernisierung insbesondere im Bereich der Mehrfamilienhäuser häufig noch ein Randthema.

Beschreibung

Für einen klimaneutralen Gebäudebestand gilt es die Thematik des nachhaltigen Bauens in der gängigen Praxis zu verankern. Mit einer Sonderinitiative soll die Wahrnehmung gestärkt und die Hemmschwellen zur Umsetzung gesenkt werden. Elemente der Sonderinitiative können dabei sein:

- Gezielte Informationsveranstaltungen für Gebäudeeigentümer*innen im Rahmen der Kölner Beratungsinitiative
- Gezielte Weiterbildungsveranstaltungen im Qualitätsnetzwerk klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung
- Besondere Förderung im Förderprogramm für die energetische Sanierung privater Wohngebäude
- Lernen an gebauten Beispielen

Ein inhaltlicher Fokus sollte auf den ressourcenschonenden Baustoffen liegen, da neben der Energieeffizienz weitere Kriterien für ein nachhaltiges Bauen erfüllt sein müssen. Neben der grauen Energie sollten insbesondere Baustoffe auf Basis nachwachsender Rohstoffe sowie die Kreislauffähigkeit thematisiert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Inhaltliche Konzipierung der Sonderinitiative
2. Gezielte Ansprache der Gebäudeeigentümer*innen
3. Durchführung der Sonderinitiative
4. Evaluation



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Kreishandwerkerschaft, Handwerkskammer, Architektenkammer



Zielgruppe

Planende und ausführende Gewerke, private Gebäudeeigentümer*innen

	Zeitaufwand 0,5 Vollzeitäquivalente		Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 - 2030
	Sachkosten 30.000 €/a Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, insgesamt 240.000 €		Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
	THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):	Kumulierte THG-Einsparung (t):	
	Erfolgsindikatoren/Meilensteine Themen wurden identifiziert und Initiativen durchgeführt, Inanspruchnahme und Resonanz, Anzahl an Projekten, die aus den Initiativen resultieren, Entwicklung der verwendeten Baustoffe		Weitere Wirkung Ökologie: Ressourceneffizienz
	Synergieeffekte Aktivitätenempfehlung: 1.3.1.4. Qualitätsnetzwerk klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung		Zielkonflikte Fachkräftemangel, Akzeptanz bei Gebäudeeigentümer*innen (Materialien, Kosten)
	Breitenwirksamkeit Über die finanzielle und personelle Ausstattung kann die Reichweite der Initiative beliebig skaliert werden.		sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

1.3.2 Modernisierung gewerblich vermieteter Wohngebäude

1.3.2.1 Initiative zur Erhöhung der Sanierungsquote für die Kölner Wohnungswirtschaft

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.2.1.



Initiative zur Erhöhung der Sanierungsquote für die Kölner Wohnungswirtschaft

Themenschwerpunkt

Klimafreundliche Bestandssanierung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Die Sanierungsquote und -tiefe soll mithilfe der Initiative im gewerblichen Mietwohnungsbau unter Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit gesteigert werden.

Ausgangslage

Mit der Arbeitsgemeinschaft der Kölner Wohnungsunternehmen existieren bereits Strukturen, die für eine verstärkte Kooperation mit der gewerblichen Wohnungswirtschaft auch zur Umsetzung der Klimaneutralitätsstrategie für die Stadt förderlich sind.

Beschreibung

Die Initiative für die Kölner Wohnungswirtschaft sollte zwei thematische Schwerpunkte behandeln. Zum einen gilt es mithilfe zielgruppenspezifischer Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz für eine anstehende Sanierung bei den Mieter*innen zu steigern. Die Sozialverträglichkeit der Modernisierungen ist insbesondere bei Bestandsgebäuden von hoher Relevanz, dessen Bewohner*innen auf geringe Kalt- oder Warmmieten angewiesen sind. Ein Klimabonus-Modell (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 1.3.2.4) würde u. a. zur Akzeptanzsteigerung beitragen.

Der zweite Schwerpunkt sollte auf den Gebäudeeigentümer*innen liegen. Im Rahmen der Initiative sollte ein regelmäßiger Wissens- und Erfahrungsaustausch etabliert werden. Durch eine Vorstellung und Analyse von Maßnahmen, welche bspw. von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft der Kölner Wohnungswirtschaft an ihrem Gebäudebestand durchführt bzw. geplant wurden, sollen die anderen Unternehmen profitieren. Daraus können ggf. weitere Projekte abgeleitet werden, welche im Kölner Geschosswohnungsbau multipliziert werden können. Darüber hinaus soll die Initiative dafür genutzt werden, Lösungsansätze für eine sozialverträgliche Sanierung bspw. unter Berücksichtigung des seriellen Sanierens (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 1.3.2.3) zu entwickeln und erproben. Über die Ergebnisse des Erfahrungsaustausches sowie die laufenden Projekte der Initiative kann im Rahmen des Wohnungsbauforums berichtet werden. Die mögliche Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen sollen ebenfalls diskutiert werden. Darüber hinaus sollte die Erweiterung der Initiative um Vertreter*innen für WEG, Kapitalmodelle und kommunale Gebäude in sozialen Brennpunkten geprüft werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Zusammenstellung relevanter Informationen
2. Konzipierung der Initiative und direkte Ansprache der Wohnungswirtschaft
3. Öffentlichkeitswirksame Begleitung
4. Evaluierung und ggf. Anpassung der Angebote



Akteure

Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Verbraucherzentrale, Mieterverein Köln e.V., Wohnungsbauforum, Wohnungsbauleitstelle



Zielgruppe

Gewerblich-professionelle Vermieter*innen, ggf. WEG, Kapitalmodelle Gebäudewirtschaft der Stadt Köln



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 - 2027



Sachkosten

15.000 €/a, insgesamt 75.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

1.3.2.2 „Allianz klimaneutrales Wohnen im Bestand“ - Kooperationsvereinbarung mit der gewerblichen Wohnungswirtschaft

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.2.2.



„Allianz für klimaneutrales Wohnen im Kölner Bestand“ – Kooperationsvereinbarung mit der gewerblichen Wohnungswirtschaft

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt und der Wohnungswirtschaft soll die gewerbliche Wohnungswirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt und gleichzeitig das Wohnumfeld in den Quartieren verbessert werden.

Ausgangslage

Die langfristige Werthaltigkeit von Mietwohnbeständen wird auch durch die Qualität des Wohnumfeldes und die Attraktivität des umgebenden Quartiers bestimmt. Trotz des angespannten Mietwohnmarktes in Köln, in dem eine Vermietung der angebotenen Wohnungen aus Sicht des Vermieters weitestgehend unproblematisch ist, wird eine langfristig ausgerichtete Strategie der kontinuierlichen Verbesserung der Wohnquartiere und damit eine Steigerung der Lebensqualität in enger Verbindung mit Investitionen in den Gebäudebestand zur Klimaneutralität vorgeschlagen.

Im Jahr 2017 wurde das „Kölner Wohnungsbündnis“ u.a. von der Stadt Köln sowie Akteur*innen der Kölner Wohnungswirtschaft unterzeichnet, welche bis zum Jahr 2030 gilt.

Beschreibung

Um die klimaneutrale Gebäudesanierung in der gewerblichen Wohnungswirtschaft zu forcieren, wird die Gründung einer „Allianz für klimaneutrales Wohnen im Kölner Bestand“ empfohlen. Einen wesentlichen Bestandteil bildet dabei die Kooperationsvereinbarung, welche gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft erarbeitet wird. Die möglichen Inhalte sind dabei vielfältig, sollten jedoch sowohl die Stadt als auch die gewerbliche Wohnungswirtschaft in die Pflicht nehmen, sodass Aktivitäten im jeweiligen Handlungsspielraum kombiniert umgesetzt werden. So kann bspw. vereinbart werden, dass die Stadt Köln auf die Verbesserung des Wohnumfeldes in den Quartieren hinwirkt, während die gewerbliche Wohnungswirtschaft ihren Gebäudebestand entsprechend der Zielsetzung saniert. Auf diese Weise soll eine dauerhafte Vermietbarkeit und Werthaltigkeit der Bestandsgebäude erreicht werden. Um eine Überschneidung sowie die Bildung von Doppelstrukturen zu vermeiden, sollte geprüft werden, ob und wie das Thema der Klimaneutralität im Zuge einer Überarbeitung und Fortschreibung des Wohnungsbündnisses integriert werden kann. Ein wesentliches Ziel der Kooperationsvereinbarung sollte zudem der Erhalt und die Förderung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Quartieren sein, welche es im Rahmen der Vereinbarung genauer zu definieren gilt. Die Fachämter, wie bspw. das Amt für Stadtentwicklung und Statistik, sind frühzeitig in die Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung einzubeziehen, um diese in die gesamtstädtischen Bestrebungen zu integrieren.

Ergänzend zu den Kooperationsvereinbarungen sollte ein sogenannter Debattenort geschaffen werden, um bauspezifische Schwerpunktthemen kooperativ voranzubringen. Der Debattenort bildet ein Forum zur fachlichen Diskussion und zur gemeinsamen Meinungsbildung. Neben der Stadt Köln und der gewerblichen Wohnungswirtschaft sollten Planer*innen und bauausführende Gewerke als weitere wichtige Akteur*innen beteiligt werden. Zunächst sollte der Fokus auf dem klimaneutralen Wohnen im Bestand liegen und bei positiver Resonanz auf den klimaneutralen Neubau als Ergänzung zum vorgesehenen Erfahrungsaustausch (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 1.4.1.2) ausgeweitet werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Gezielte Ansprache der Wohnungswirtschaft
2. Gemeinsame Entwicklung der Kooperationsvereinbarung
3. Kontinuierliche Unterstützung
4. Schaffung eines Forums für den Diskurs
5. Evaluation und Monitoring



Akteure

Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen, Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wohnungsbauleitstelle, Handwerkskammer / Kreishandwerkerschaft, Wohnungsbauforum



Zielgruppe

gewerbliche Wohnungswirtschaft, Planer*innen, bauausführende Gewerke



Zeitaufwand

s. Aktivitätenempfehlung 1.3.2.1



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 - 2030



Sachkosten

s. Aktivitätenempfehlung 1.3.2.1



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Verbesserung der Sanierungsrate im Bereich der gewerblichen Wohnungswirtschaft um 0,5%

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

4.200 t/a CO₂eq

Kumulierte THG-Einsparung (t):

16.700 t CO₂eq (unter Berücksichtigung sich verändernder Emissionsfaktoren)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Bildung einer Allianz inkl. Kooperationsvereinbarung, Entwicklung der THG-Emissionen und Sanierungsquote der teilnehmenden Wohnungsunternehmen; Entwicklung des Wohnumfeldes



Weitere Wirkung

Ökonomie: ggf. regionale Wertschöpfung
Ökologie: ggf. ökologische Aufwertung der Freiflächen
Soziales: Leistet einen Beitrag zur Entwicklung eines lebenswerten gesunden Wohnumfeldes



Synergieeffekte

Verbesserung des Lebens- und Aufenthaltsqualität in Quartieren
Aktivitätenempfehlung: 1.2.1.1. Erarbeitung von Klimaschutz-Leitlinien



Zielkonflikte

Entwicklung der Mietpreise



Breitenwirksamkeit

Die Kooperationsvereinbarung soll neben den Klimaschutzleitlinien als strukturelle Grundlage für die Wohnungswirtschaft dienen.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Mit der Vorbereitung des Prozesses zur Entwicklung der Kooperationsvereinbarung kann bereits mit den vorhandenen personellen Ressourcen begonnen werden.

1.3.2.3 Modellprojekt Serielles Sanieren („Energiesprung“¹)

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.2.3.



Modellprojekt Serielles Sanieren („Energiesprung“)

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2024

Ziel und Strategie

Im Rahmen eines Modellprojektes soll das serielle Sanieren von Mehrfamilienhäusern in Köln erprobt werden, um so die jährliche Sanierungsquote zu steigern.

Ausgangslage

Die dena führt derzeit das Projekt „Serielle Sanierung von Mehrfamilienhäusern“ durch.

Mit der Arbeitsgemeinschaft der Kölner Wohnungsunternehmen existieren bereits Strukturen, die für eine verstärkte Kooperation mit der gewerblichen Wohnungswirtschaft auch im Hinblick auf Modellprojekte förderlich sind.

Beschreibung

Um der großen Herausforderung der Gebäudemodernisierung im gewerblich vermieteten Wohngebäudebestande zu begegnen und technische Lösungsmöglichkeiten zu erproben, wird die Durchführung eines Modellprojektes zum seriellen Sanieren empfohlen. Häufig wurden benachbarte, gewerblich vermietete Gebäude im gleichen Zeitraum errichtet, wodurch der Sanierungsbedarf in der Regel vergleichbar ist. Mithilfe des seriellen Sanierens können Synergien genutzt werden und so bspw. die Sanierungsdauer verkürzt und die Kosten gesenkt werden.

Zur Erprobung und Anpassung des Ansatzes an die Gegebenheiten in Köln sollte zunächst ein Modellprojekt umgesetzt werden. Im Rahmen dessen sollte die Teilnahme an dem Projekt der dena „Serielle Sanierung von Mehrfamilienhäusern“ geprüft werden. Bei erfolgreicher Umsetzung sollte gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft eine Strategie zur Ausweitung auf den geeigneten Gebäudebestand entwickelt werden. Dies sollte in Abstimmung mit den weiteren Aktivitätenempfehlungen der Maßnahme 1.3.2 Modernisierung gewerblich vermieteter Wohngebäude erfolgen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Ansprache der gewerblichen Wohnungswirtschaft
2. Gemeinsame Identifizierung eines Pilotraumes
3. Gemeinsame Umsetzung des Modellprojektes
4. Evaluierung
5. Ggf. Anpassung des Vorgehens und Ausweitung auf weitere Gebäude



Akteure

Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen, Handwerkskammer / Kreishandwerkerschaft



Zielgruppe

Gewerbliche Wohnungswirtschaft

¹ Weitere Informationen: <https://www.energiesprung.de>

 Zeitaufwand nicht quantifizierbar	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2024 - 2030
 Sachkosten nicht quantifizierbar	 Finanzierungsansatz
<div data-bbox="188 506 483 539">  THG-Einsparungen </div> <div data-bbox="256 562 1070 591">Sanierung von 100 Wohnungen pro Jahr und Reduktion um 70 kWh/qm</div> <div data-bbox="256 609 719 712"> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 890 t/a CO₂eq </div>	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Pilotprojekt wird durchgeführt	 Weitere Wirkung Ökonomie: Kostendegression durch Standardisierung von energetischen Modernisierungsmaßnahmen Soziales: Minimierung von Mieterhöhungen
 Synergieeffekte Maßnahme 1.3.2	 Zielkonflikte Fachkräftemangel, Investitionskosten vs. steigende Mieten, Identifizierung geeigneter Piloträume vs. unterschiedliche Interessen/Positionen der Wohnungswirtschaft
 Breitenwirksamkeit Die im Modellprojekt gesammelten Erfahrungen können auf weitere Gebäudegruppen übertragen werden.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

1.3.2.4 Klimabonus-Modell (Anreiz zur energetischen Modernisierung von Wohnraum für einkommensschwache Haushalte)

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.3.2.4.



Klimabonus-Modell

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimafreundliche Bestandssanierung

2024

Ziel und Strategie

Ziel des Klimabonus-Modells ist die Schaffung von Anreizen zur energetischen Modernisierung von Wohnraum für einkommensschwache Haushalte.

Ausgangslage

Ein Klimabonus-Modell wurde bereits im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Teilbereich Energie aus dem Jahr 2012 vorgeschlagen. Bislang wurde kein entsprechendes Förderangebot in der Stadt Köln umgesetzt.

Beschreibung

Das Ziel der Klimaneutralität erfordert hohe energetische Standards, woraus in der Regel höhere Investitionskosten für die Gebäudeeigentümer*innen resultieren. Demgegenüber kommt der sozialverträglichen Modernisierung eine immer wichtiger werdende Rolle zu. Um Gebäudeeigentümer*innen, welche ihren Wohnraum an einkommensschwache Haushalte vermieten, einen Anreiz zur Modernisierung auf einen hohen energetischen Standard zu schaffen, sollte die Einführung einer Klimakomponente im Wohngeld für die Stadt Köln in Form eines Klimabonus-Modells geprüft werden. Durch diese finanziellen Zuschüsse soll einkommensschwachen Haushalten ermöglicht werden, Wohnungen in Gebäuden mit einem niedrigen Energiekennwert anzumieten bzw. nach einer Modernisierung in der Wohnung zu verbleiben. Somit steigt die Nachfrage nach entsprechend modernisiertem Wohnraum, woraus ein Anreiz für die Gebäudeeigentümer*innen resultiert. Die Stadt Bielefeld wendet bspw. seit dem Jahr 2007 ein sogenanntes Klimabonus-Modell an.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Analyse bestehender Klimakomponenten in anderen Kommunen (bspw. Bielefeld)
2. Prüfung der Übertragbarkeit auf die Stadt Köln
3. Ggf. Umsetzung und Beschluss
4. Ggf. kontinuierliche Evaluierung und Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Dezernat VI – Planen und Bauen, Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Gebäudeeigentümer*innen



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2024 - 2030



Sachkosten

-



Finanzierungsansatz

-

1.4 Klimaneutraler Neubau

1.4.1 Nachhaltigen Neubau nicht-städtischer Wohngebäude fördern

1.4.1.1 Klimaneutraler Neubau – Unterstützungsangebote für private Baufamilien

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.4.1.1.



Klimaneutraler Neubau – Unterstützungsangebote für private Baufamilien

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaneutraler Neubau

2023

Ziel und Strategie

Ziel des Unterstützungsangebotes für private Baufamilien im Wohnungsneubau ist die verstärkte Realisierung von nachhaltigen, energieeffizienten und damit klimaneutralen Neubauten.

Ausgangslage

Derzeit bietet die Stadt Köln keine spezifischen Unterstützungsangebote für private Baufamilien an.

Beschreibung

Im Hinblick auf die angestrebte Klimaneutralität muss ein Augenmerk darauf gelegt werden, dass ein nachhaltiger und energieeffizienter Neubau entsteht, der das verbleibende CO₂-Restbudget nicht noch zusätzlich belastet. Das nachhaltige und energieeffiziente Bauen lässt sich verglichen mit Bestandsmodernisierungen im Neubau leichter realisieren. Insbesondere privaten Baufamilien fehlt jedoch häufig das Wissen über die vielfältigen Optionen. Daher wird die Konzipierung eines neutralen Unterstützungsangebotes für private Baufamilien empfohlen, welches Informations-, Beratungs- und Begleitungsangebote enthalten soll. Diese Angebote können bspw. im Rahmen einer thematischen Erweiterung der Serviceagentur [Gebäudemodernisierung](#) (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 1.3.1.3) strukturell angesiedelt werden. Auf diese Weise würden auch private Baufamilien eine zentrale Anlaufstelle erhalten. Die Grundlage für das Beratungsangebot bilden die „Kölner Leitlinien zum Klimaschutz in der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben“. Dennoch sollten im Sinne der Klimaneutralität und Nachhaltigkeit weiterführende Maßnahmen beworben werden. Folgende Bausteine sollten darüber hinaus in das Unterstützungsangebot integriert sein:

- Bonus-Zuschüsse für nachhaltiges Bauen im Rahmen eines Förderprogramms, um zusätzlich Bauvorhaben zu erreichen, die nicht durch die Energieleitlinien der Stadt für nicht-städtische Neubauvorhaben erreicht werden
- Umsetzungsberatung für ressourcen- und energieoptimiertes Bauen
- Etablierung eines Qualitätsnetzwerks klimaneutraler und nachhaltiger Wohnungsneubau als Erweiterung des Qualitätsnetzwerks „Klimaneutrale Wohngebäudemodernisierung“

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzipierung der Informations- und Beratungsangebote inklusive Ermittlung der Bedarfe
2. Konzeption eines entsprechenden Förderprogrammes für nachhaltiges Bauen
3. Öffentlichkeitswirksame Bewerbung des Angebotes
4. Evaluierung und ggf. Anpassung der Inhalte an die Bedürfnisse der privaten Baufamilien

 Akteure Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Handwerkskammer, Kreishandwerkerschaft, Verbraucherzentrale	 Zielgruppe Private Baufamilien, planende und ausführende Gewerke
 Zeitaufwand 1 Vollzeitäquivalent (Steuerung sowie Abwicklung Förderung Erstberatungen)	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 - 2025
 Sachkosten Aufsuchende kostenlose Erstberatung mit 530 Erstberatungen pro Jahr zu je 3h Umfang bei 100€ brutto/h: Insgesamt 477.000 €.	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
<div data-bbox="188 828 1362 1034">  THG-Einsparungen 50% der beratenen Neubauwilligen bauen KfW40-Standard. <div> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 700t/a CO_{2eq} </div> <div> Kumulierte THG-Einsparung (t): 1.400 t CO_{2eq} </div> </div>	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Inanspruchnahme des Angebotes, Baustandard der Neubauten	 Weitere Wirkung Ökonomie: ggf. regionale Wertschöpfung Ökologie: Ressourcenschonung durch Auswahl nachhaltiger Baustoffe
 Synergieeffekte Aktivitätenempfehlung: 1.2.1.1. Erarbeitung von Klimaschutz-Leitlinien	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit Je nach personeller und finanzieller Ausstattung kann eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Mit der Konzipierung der Unterstützungsangebote kann bereits mit den vorhandenen personellen Ressourcen begonnen werden.

1.4.1.2 Mietwohnungsneubau zukunftsfähig gestalten – Kooperationsvereinbarung und Erfahrungsaustausch mit der Wohnungswirtschaft

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral / 1.4.1.2.



Mietwohnungsneubau zukunftsfähig gestalten - Kooperationsvereinbarung und Erfahrungsaustausch mit Wohnungswirtschaft

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaneutraler Neubau

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Kooperationsvereinbarung und dem damit verbundenen Erfahrungsaustausch mit der Wohnungswirtschaft ist die Unterstützung bei dem Bau nachhaltiger und klimaneutraler Neubauten im Mietwohnungsmarkt sowie die Forcierung des Ziels der Klimaneutralität.

Ausgangslage

Mit den „Leitlinien zum Klimaschutz in der Umsetzung nicht-städtischer Neubauvorhaben in Köln“ existieren konkrete technische Anforderungen an die Klimaschutzqualität auch neuer Mietwohnungsgebäude. Deren Umsetzung und Weiterentwicklung hinsichtlich Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bei gleichzeitig sozialer Ausgewogenheit soll im Rahmen eines kooperativen Prozesses begleitet werden.

So ist in den Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards (BQA) des Amtes für Wohnungswesen festgeschrieben, dass neue Projekte nur noch im Passivhausstandard errichtet werden dürfen.

Als Beispiel kann bereits das Projekt „Wohnquartier am Grafenmühlenweg“ in Köln-Dellbrück genannt werden. Hier handelt es sich um ein Grundstück im Besitz der Stadt Köln, das mit zwei alten Sozialhäusern bebaut ist, die durch fünf Mehrfamilienwohnhäuser im öffentlich geförderten Wohnungsbau ersetzt werden sollen. Die Planstudie untersucht für dieses Grundstück eine bestmögliche Lösung, um neuen geförderten Wohnungsbau im nachhaltigen Standard zu schaffen. Dies umfasst u. a. die Umsetzung des Passivhausstandards in Hybridbauweise, die Umsetzung der neuen Stellplatzverordnung der Stadt Köln und ein Versickerungskonzept mit nachhaltiger Regenwassernutzung. Für das Energiekonzept der Wohnanlage soll u. a. ein Lüftungssystem mit Wärmerückgewinnung aus Abluft, Wärmepumpe + Fußbodenheizung sowie Strom durch eine PV-Anlage mit Speicher untersucht werden.

Beschreibung

Eine nachhaltige und klimaneutrale Bauweise im Neubau ist auch in der Wohnungswirtschaft zu verankern. Daher wird die Erstellung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Wohnungswirtschaft bzw. einzelnen Wohnungsgesellschaften, -genossenschaften, Investor*innen etc. empfohlen. Es sollte geprüft werden, ob die im Folgenden genannten Inhalte im Rahmen einer Erweiterung und Fortschreibung des Kölner Wohnungsbündnisses integriert werden können. Dabei sollten neben den bisher beteiligten Akteur*innen der Wohnungswirtschaft auch bspw. einzelne Gesellschaften oder Genossenschaften involviert werden. Neben konkreten Zielsetzungen kann die Vereinbarung Inhalte zum fachlichen Erfahrungsaustausch sowie Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten beinhalten. Weitere mögliche Inhalte, welche unter Einbeziehung der relevanten Fachbereiche entwickelt werden sollten, können sein:

- Gemeinsame Entwicklung von Leitlinien für klimafreundlichen und sozialen Wohnungsbau
- Modellvorhaben zu nachhaltigem und klimaneutralem Mietwohnungs-Neubau
- Wissens- und Erfahrungsaustausch zum Thema nachhaltiges Bauen (DGNB-Vorgaben, Bewer-

tungssystem "Nachhaltiger Wohnungsbau" etc.) etablieren

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Gezielte Ansprache der Wohnungswirtschaft
2. Gemeinsame Entwicklung der Kooperationsvereinbarung
3. Kontinuierliche Unterstützung
4. Evaluation und Monitoring



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wohnungsbauleitstelle, Wohnungsbauforum



Zielgruppe

Wohnungswirtschaft



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 - 2035



Sachkosten

-



Finanzierungsansatz

2. Klimaneutrale Energieversorgung erreichen

2 Klimaneutrale Energieversorgung erreichen

2.1 Energieversorgung im kommunalen Einflussbereich

2.1.1 Dekarbonisierung der Wärmeversorgung des Konzerns Stadt Köln

2.1.1.1 Identifizierung EE-Wärme und Abwärmepotenziale für Gebäude des Konzerns Stadt Köln

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.1.1.1.



Identifizierung der EE-Wärme und Abwärmepotenziale für Gebäude des Konzerns Stadt Köln

Themenschwerpunkt

Energieversorgung im kommunalen Einflussbereich

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Durch die Identifizierung und Ausschöpfung der Potenziale im Bereich der erneuerbaren Wärme und Abwärme soll ein Beitrag zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung für die Gebäude des Konzerns Stadt Köln geleistet werden.

Ausgangslage

Die RheinEnergie AG ist bereits im engen Austausch mit den Konzerntöchtern, um Bedarfe für eine dekarbonisierte Fernwärme zu identifizieren. Darüber hinaus hat die RheinEnergie AG bereits erste Potenzialermittlungen durchgeführt.

Beschreibung

Ergänzend zu den Bestrebungen der RheinEnergie AG wird die Ermittlung der Potenziale im Bereich der erneuerbaren Wärme und Abwärme im Zuge einer strategischen Energieplanung empfohlen. Da die Gebäudesanierung eine wichtige Rolle bei der Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme zur Deckung der Wärmebedarfe spielt, sollte der energetische Zustand der Gebäude im Konzern erhoben werden. Dabei sind sowohl der Energiebedarf als auch die bereits durchgeführten Sanierungen relevant. Für zehn städtische Gebäude pro Jahr sollte ein Energiekonzept erstellt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung der EE-Wärme- und Abwärmepotenziale
2. Erhebung des Gebäudezustandes
3. Erarbeitung von Energiekonzepten
4. Umstellung der Wärmeversorgung der Gebäude im Konzern



Akteure

Stadt Köln – Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, Berufsfeuerwehr, Amt für Feuer-
schutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Sportamt, Amt für Wohnungswesen, Kämmerei (203/2 Stiftungsverwaltung), Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Ateliers, Probenräume, Bühnen der Stadt Köln, Beteiligungsmanagement, Konzerntöchter, RheinEnergie AG



Zielgruppe

Konzern Stadt Köln (Gebäudewirtschaft, Konzerntöchter, RheinEnergie AG)



Zeitaufwand

1 Vollzeitäquivalent bis 2035



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Mind. bis 2035, langfristig etablieren



Sachkosten

1.300.000 € für 10 Energiekonzepte pro Jahr zu je 10.000 € bis 2035



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Umsetzung von jährlich 10 Energiekonzepten

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Ca. 15.600 t/a CO₂eq

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Ca. 98.400 t CO₂eq



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Potenziale wurden identifiziert, Energiekonzept wurde erstellt, Entwicklung der verwendeten Energieträger sowie der THG-Emissionen des Konzerns in der Raumwärme



Weitere Wirkung

-



Synergieeffekte

-



Zielkonflikte

-



Breitenwirksamkeit

-



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Vorbildfunktion des Konzerns Stadt Köln

2.1.2 Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung des Konzerns Stadt Köln

2.1.2.1 PV-Initiative Konzern Stadt Köln

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.1.2.1.



PV-Initiative Konzern Stadt Köln

Themenschwerpunkt

Energieversorgung im kommunalen Einflussbereich

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe einer gezielten PV-Initiative soll die Realisierung von PV-Anlagen auf Flächen und Gebäuden des Konzerns Stadt Köln vorangebracht werden, um im Sinne der Vorbildwirkung einen Beitrag zur Hebung des bestehenden Potenzials zu leisten.

Ausgangslage

Die Stadt Köln verfügt über ein großes PV-Potenzial bei den konzerneigenen Gebäuden und Flächen, welches bislang nur in einem geringen Ausmaß ausgeschöpft wird. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln hat bereits ihre Gebäude im Hinblick auf PV-Eignung untersucht. Gemeinsam mit der RheinEnergie AG werden nun 115 PV-Anlagen realisiert, sofern dies statisch möglich ist. Verträge je Dachfläche bzw. Liegenschaft wurden im Vorfeld gemeinschaftlich entwickelt. Die RheinEnergie AG hat zudem bereits Potenzialermittlungen für den Ausbau von PV-Freiflächenanlagen auf den Liegenschaften der Stadt Köln durchgeführt.

Beschreibung

Die PV-Initiative richtet sich an den gesamten Konzern Stadt Köln, um den PV-Ausbau auf den kommunalen Gebäuden und Freiflächen voranzutreiben. Die Aktivitätenempfehlung bündelt daher unterschiedliche Projekte, um das Potenzial zu heben.

Hebung des PV-Potenzials auf den kommunalen Dächern der Stadt Köln

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ist bereits aktiv im PV-Ausbau tätig, bspw. durch die kommende Realisierung von 115 PV-Anlagen in Kooperation mit der RheinEnergie AG. Weitere Dienststellen der Stadt verwalten Liegenschaften mit PV-Potenzialen. Die Bestrebungen der Stadtverwaltung sollten in den kommenden Jahren zur Wahrnehmung ihrer Vorbildfunktion weiter ausgebaut werden, um das bestehende Potenzial auf den kommunalen Gebäuden vollständig zu heben.

Potenzialermittlung und Hebung des PV Potenzials auf den Dachflächen aller Liegenschaften des Konzerns Stadt Köln

Ergänzend zu den Gebäuden, welche durch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln bewirtschaftet werden, verfügt der Konzern über zahlreiche weitere Liegenschaften. Für diese sollte sobald wie möglich eine detaillierte PV-Potenzialermittlung durchgeführt werden. Basierend darauf gilt es den Ausbau auf geeigneten Dachflächen zu forcieren. Im Zuge dessen sollte geprüft werden, ob und welcher Unterstützungsbedarf bei den relevanten Akteuren besteht.

PV-Freiflächenpotenzial Konzern Stadt Köln

Neben dem PV-Dachflächenpotenzial besteht auch auf den Freiflächen, die sich im Eigentum des Konzerns Stadt Köln befinden, weiteres PV-Potenzial. Vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität gilt es auch dieses, sofern möglich, zu heben. Zunächst sollte geprüft werden, ob die Potenzialermittlung der RheinEnergie AG sowohl Flächen innerhalb als auch außerhalb der EEG-Flächenkulisse berücksichtigt. Um den Ausbau zu ermöglichen, sollte die Stadt Köln aktiv unterstützen und sich dabei bspw. für bessere energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene einsetzen.

PV vor Denkmalschutz

Die Stadt Köln verfügt auch über viele denkmalgeschützte Gebäude. Der Denkmalschutz bildet häufig einen Zielkonflikt mit dem Ausbau von Dachflächen

photovoltaik. Um dieser Herausforderung zu begegnen sollte die Vereinbarkeit der Themen geprüft werden. Im Zuge dessen sollten Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und eine Vereinbarung getroffen werden. Darüber hinaus wird bspw. eine gemeinsame Priorisierung der Gebäude mit dem Amt für Denkmalschutz empfohlen.

Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen für PV durch politische Unterstützung durch den Rat der Stadt Köln

Es bedarf einer Verbesserung der politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau von PV auf Bundes- und Landesebene. Darauf sollte die Stadt Köln mit politischer Unterstützung durch den Rat sowie öffentlicher Unterstützung aktiv hinwirken.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung von Unterstützungsbedarfen und Konzipierung entsprechender Angebote
2. Entwicklung einer Strategie zur Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen
3. Potenzialermittlung und Realisierung von PV-Anlagen inkl. Abstimmung mit dem Denkmalschutz



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Solarkoordinierungsstelle, Rat der Stadt Köln, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerchutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Sportamt, Amt für Wohnungswesen, Kämmerei (203/2 Stiftungsverwaltung), Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Ateliers, Probenräume, Bühnen der Stadt Köln, Beteiligungsmanagement, RheinEnergie AG, Konzerntöchter



Zielgruppe

Konzern Stadt Köln



Zeitaufwand

1,5 Vollzeitäquivalente für Betreuung der Anlagenrealisierung



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

9.000.000 € investiv bei Realisierung von 200 Anlagen mit durchschnittlich 30 kW und 1.500 €/kW Investition



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, ggf. Fördermittel



THG-Einsparungen

Über die Laufzeit werden auf insgesamt 200 Gebäuden Solaranlagen mit einer durchschnittlichen Leistung von 30 kWp installiert.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

1.731 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

5.319 Tonnen CO₂eq (unter Berücksichtigung veränderter Emissionsfaktoren im bundesdeutschen Strommix)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Vereinbarung mit dem Denkmalschutz wurde getroffen, Potenzialermittlung auf Dach- und Freiflächen, Installierte PV-Anlagen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlungen: 2.2.1.1. Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln



Zielkonflikte

Ggf. Konflikte mit Solarthermie, Denkmalschutz und Statik, Dachbegrünung, Fachkräftemangel



Breitenwirksamkeit

Durch die Initiative soll der Prozess des PV-Ausbaus im gesamten Konzern angestoßen und forciert werden.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Die ersten Anlagen werden bereits auf den Dachflächen errichtet. Diese Entwicklungen können als Grundlage für die weitere Entwicklung im Konzern sowie die Vorbildfunktion genutzt werden.

2.2 Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms

2.2.1 Ausbau der Photovoltaik auf Wohn- und Nichtwohngebäuden

2.2.1.1 Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.1.1.



Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln

Themenschwerpunkt

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe der Solarkoordinierungsstelle bei der Stadt Köln soll der PV-Ausbau gezielt strategisch gesteuert und operativ koordiniert und so ein Beitrag zur Treibhausgasminde rung durch den Ersatz von konventionellem Strom durch Photovoltaik geleistet werden. Darüber hinaus wird mit der Solarkoordinierungsstelle das Thema Solarenergie zentral an einer Stelle in der Kölner Stadtverwaltung koordiniert werden.

Ausgangslage

Im Kölner Stadtgebiet besteht ein großes PV-Potenzial. Darüber hinaus stellt PV eine wirtschaftliche Alternative zu konventionellem Strom dar.

Beschreibung

Um das große Solarpotenzial in Köln zukünftig besser als bisher zu heben, wird die Einrichtung einer Solarkoordinierungsstelle bei der Stadt Köln empfohlen. Diese soll sowohl mit externen Akteur*innen zusammenarbeiten als auch den Austausch mit relevanten Akteur*innen und Zielgruppen initiieren. Die Hauptaufgabe besteht jedoch in der Koordination des gesamten Themenfelds der Solarenergie. Da an dieser Stelle die Aktivitäten koordiniert werden, geht von dieser ein personeller und finanzieller Ressourcenbedarf aus.

Zu den wesentlichen Koordinierungsaufgaben zählen

- Schaffung von koordinierenden Ansprechpartner*innen zur Ausweitung des PV-Ausbaus in Köln (z. B. Aktivierung von Akteur*innen, Koordination von Investorenanfragen, Beförderung PV Ausbau auf städt. Liegenschaften)
- Akteursübergreifende Koordination der Aktivitäten großer Multiplikator*innen/Stakeholder in Köln (IHK, Handwerkskammer, RheinEnergie AG, Verbraucherzentrale, stadtverwaltungsinterne Akteur*innen und Beteiligungsgesellschaften etc.)
- Aktivierungskampagne Teilbereich Wohngebäude
- Aktivierungskampagne Teil GHD/Industrie
- Konzeption von städtischen Förderprogrammen

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Bildung einer Koordinierungsstelle
2. Austausch mit den relevanten Akteur*innen über Bedarfe und Struktur
3. Aufbau der Öffentlichkeitsarbeit
4. Koordinationsprozess in Kombination mit den weiteren PV-Maßnahmen des Aktivitätenportfolios

5. Monitoring

**Akteure**

Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, RheinEnergie AG, Köln Business, Handwerkskammer, Energieversorger, Genossenschaften, IHK, Verbraucherzentrale, Immobilienwirtschaft, weitere externe Akteur*innen

**Zielgruppe**

Unternehmen, Konzern Stadt Köln

**Zeitaufwand**

3 Vollzeitäquivalente

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

Bis 2035

**Sachkosten**

Sachkosten sind in den jeweiligen Aktivitätenempfehlungen ausgewiesen

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel, ggf. Personalförderung von Klimaschutzmanager*in durch Bund

**THG-Einsparungen**

Keine unmittelbare THG-Minderung durch die Aktivitätenempfehlung erzielbar. Mittelbare Wirkung durch verstärkte Wahrnehmung des Themas. Wirkungsentfaltung erfolgt über die nachfolgenden Aktivitätenempfehlungen

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Gründung der Solarkoordinierungsstelle, initiiert PV-Ausbau und daraus resultierende Emissionseinsparungen

**Weitere Wirkung**

Ökonomie: Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung

**Synergieeffekte**

Aktivitätenempfehlungen: 2.1.2.1. PV-Initiative Konzern Stadt Köln, 2.2.1.2. Aktivierungsoffensive PV, 2.2.1.3. Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungsinstrumente für den PV-Ausbau, 2.2.1.3. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung, 2.2.1.5. Fokusthema: Ausbau von Mieterstrom, 2.2.2.1. Fokusinitiative PV auf Freiflächen ausbauen

**Zielkonflikte**

Nutzflächenkonflikte für PV-Freiflächen und Agri-PV, Verpachtung von Dachflächen, Fachkräftemangel

**Breitenwirksamkeit**

Die Solarkoordinierungsstelle bildet die wesentliche strukturelle Voraussetzung, um das Solarpotenzial der Stadt zu heben sowie für die Umsetzung der nachfolgenden Aktivitätenempfehlungen in den Maßnahmen 2.2.1 und 2.2.2.

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

Durch die Gründung der Koordinierungsstelle wird die Grundlage für die Umsetzung der nachfolgenden Aktivitätenempfehlungen in den Maßnahmen 2.2.1 und 2.2.2 geschaffen.

2.2.1.2 Aktivierungsoffensive PV (Stadtverwaltung Köln mit Partner*innen aus Unternehmen, Finanzinstitutionen etc.)

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.1.2.



Aktivierungsoffensive PV (Stadtverwaltung Köln mit Partner*innen aus Unternehmen, Finanzinstitutionen etc.)

Themenschwerpunkt

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe der Aktivierungsoffensive PV sollen Kölner Privatpersonen, Unternehmen, Vereine, Wohneigentümergeinschaften, Mieter*innen, Institutionen, Pächter*innen/Anlagenbetreiber*innen für das Thema PV sensibilisiert und zur Realisierung von Anlagen aktiviert werden, um die PV-Potenziale zu heben.

Ausgangslage

Die Gesamtstadt Köln verfügt über ein großes PV-Potenzial auf Dachflächen von ca. 3.800 MWp Leistung, welches bislang nur in einem geringen Ausmaß ausgeschöpft wird. Derzeit sind ca. 60 MW Leistung auf Kölner Dachflächen installiert.

Die Stadtverwaltung informiert bereits auf der kommunalen Homepage über das Thema Solarenergie und verweist dabei sowohl auf das Solardachkataster des Landes NRW als auch auf Beratungs-, Informations- und Fördermöglichkeiten.

Beschreibung

Kern der Aktivierungsoffensive PV ist eine zielgruppenorientierte Ansprache der Kölner Privatpersonen, Unternehmen, Vereine, Wohneigentümergeinschaften, Mieter*innen, Institutionen, Pächter/Anlagenbetreiber, um die Angebote bestmöglich auf die Bedürfnisse der Zielgruppen anpassen zu können. Daher wird die Aktivierungsoffensive in zwei Teilbereiche gegliedert: einerseits in den Teilbereich Wohngebäude und andererseits in den Teilbereich GHD und Industrie.

Ein wichtiger Bestandteil der Offensive sind die Beratungsangebote in Wohn- und Gewerbequartieren. Diese ermöglichen eine auf die jeweiligen Problemlagen zugeschnittene Beratung der Gebäudeeigentümer*innen. Ein inhaltlicher Bestandteil der Beratungsangebote sollten die Vorteile einer Kombination der Realisierung einer PV-Anlage mit einer Dachdämmung darstellen.

Die Öffentlichkeitsarbeit bildet den zweiten Kernbaustein der Aktivierungsoffensive, welche es ebenfalls zielgruppenspezifisch auszugestalten gilt. Diese kann Kampagnen, Ansprachen und aktivierende Maßnahmen beinhalten, wie bspw. Infoveranstaltungen, Plakatkampagnen, Testimonials, persönliche Ansprachen sowie Internetpräsenz. Konkret bieten sich u. a. folgende Umsetzungsmöglichkeiten und Kampagnen an:

- Teilnahme an dem Wattbewerb (www.wattbewerb.de)
- Leitkampagne (z. B. Arsch huh – Sonn vum Daach)
- Solar-Spezial-Termin nur für Eigentümergemeinschaften
- Kompass zur eigenen PV-Anlage
- Online-Seminare
- Solarkampagne
- PV-Beratung
- Balkon Module
- Bewerbung des Solarberatungszentrum „Solartreff“ der Stadt Köln, RheinEnergie AG und HWK

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollten verstärkt Best Practice-Beispiele in Köln öffentlich beworben und in die unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten integriert werden. Auf diese Weise sollen zum einen Akteur*innen zur Nachahmung animiert und zum anderen ein Wissensaustausch angestoßen werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Ermittlung der Potentiale für PV-Dachflächen (räumliche und zielgruppenspezifische Differenzierung)
2. Aktivierung strategischer Partnerschaften für Beratungsangebote (VZ, IHK, Solarberatungszentrum, Innungen, Mieterbund etc.)
3. Sondierung und Entwicklung von akteursspezifischen Aktivierungskampagnen
4. Identifizierung geeigneter Quartiere
5. Konzeption und Durchführung der Beratungen und Öffentlichkeitsarbeit
6. Evaluation



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Solarkoordinierungsstelle, Solarmanagementteam, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, externe Akteur*innen wie bspw. Finanzinstitute



Zielgruppe

Privatpersonen, Unternehmen, Vereine, Wohneigentümergeinschaften, Mieter*innen, Institutionen, Pächter*innen/Anlagenbetreiber*innen



Zeitaufwand

- 1,5 Vollzeitäquivalente für
- Ermittlung und Steuerung des Potentials
 - Etablierung von Partnerschaften und Koordination
 - Öffentlichkeitsarbeit



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 - 2030



Sachkosten

Beratungsaktivitäten durch strategische Partner/Multiplikator*innen in ausgewählten Wohn- und Gewerbequartieren: 500 Beratungen mit je 4h: 200.000 € pro Jahr bis 2030, insgesamt 1.600.000 €
Zzgl. Kosten für Kommunikation und Partizipation (siehe hierzu geplante gesamtstädtische Kampagne)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Wirkung entsteht in Verbindung mit der Aktivitätenempfehlung 2.2.1.4. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung und ist dort angegeben



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Aktivierungsoffensive wurde konzipiert
Installierte Leistung
Partnerschaften zur Erreichung der Zielgruppen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk
Soziales: Die Offensive richtet sich an alle Hauseigentümer*innen und unterstützt diese bei der Realisierung einer PV-Anlage.



Synergieeffekte

Hinweis auf die Kombination mit Gründächern bietet neben ökologischen auch Vorteile für die Erträge der PV-Anlage etc.
Aktivitätenempfehlungen: 2.2.1.1. Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln und 2.2.1.3. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung



Zielkonflikte

Ggf. Konflikte mit Solarthermie, Denkmalschutz, Begrünung, Investitionskosten vs. steigende Mieten und Kapazitäten im Handwerk



Breitenwirksamkeit

Durch die Aktivierungsoffensive wird die gesamte Kölner Akteurslandschaft angesprochen. Die zielgruppenspezifische Herangehensweise hat zudem positive Wirkung auf die Erfolgsgröße der Offensive.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Mit der Entwicklung der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit kann bereits während der Konzipierung der Quartiersberatung begonnen werden. Dies beschleunigt die Anlaufphase der Quartiersberatung.

2.2.1.3 Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungsinstrumente für den PV-Ausbau

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.1.3.



Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungsinstrumente für den PV-Ausbau

Themenschwerpunkt

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe fördernder Strukturen soll die Realisierung von PV-Anlagen in der Stadt Köln unterstützt werden, um die bestehenden Potenziale zu heben. Auf diese Weise kann ein nennenswerter Beitrag zur Treibhausgasminde rung durch den Ersatz von konventionellem Strom durch Photovoltaik geleistet werden.

Ausgangslage

Die Stadt Köln verfügt über ein großes PV-Potenzial auf Dachflächen von ca. 3.800 MWp Leistung, welches bislang mit ca. 60 MWp nur in einem geringen Ausmaß ausgeschöpft wird.

Beschreibung

Ergänzend zu der Aktivierungsoffensive und der Solarkoordinierungsstelle bedarf es weiterer struktureller Elemente in der Stadt Köln, um den PV-Ausbau zu forcieren. Wesentliche Elemente stellen das Solarberatungszentrum „Solartreff“, eine Ausbildungsoffensive sowie ein Solarfonds dar.

Solarberatungszentrum „Solartreff“

Das Solarberatungszentrum, das voraussichtlich Ende Mai 2022 fertiggestellt wird, ist eine Kooperation von der Stadt Köln und der RheinEnergie AG gemeinsam mit der HWK. Zukünftig werden sich die Kölner Bürgerschaft, Vereine, Unternehmen und Wohnungseigentümergeinschaften im „Solartreff“ rund um die Themen Photovoltaik, Solarthermie, Wärmepumpen und Elektromobilität kostenlos und unabhängig beraten lassen können. Digital können die Beratungsangebote bereits unter folgendem Link eingesehen werden: www.solartreff.de

Ausbildungsoffensive

Wie in diversen anderen Bereichen herrscht auch im Bereich des PV-Ausbaus ein Handwerker*innenmangel. Daher gilt es die Weiterbildung zu Solarteuren zu fördern. Die HWK Köln bietet bspw. entsprechende Kurse an. Diese Weiterbildungskurse gilt es prominenter zu bewerben, um ausreichend Handwerker*innen und insbesondere Nachwuchs zu generieren. Da für die Weiterbildung bei der HWK bestimmte abgeschlossene Ausbildungen vorausgesetzt werden, wird eine direkte Ansprache von Unternehmen im Rahmen einer Werbekampagne empfohlen. Für diese gilt es entsprechende Informations- und Beratungsangebote zu konzipieren. Darüber hinaus sollte sich eine Kampagne an Schulen richten, um bereits in der Orientierungsphase das Interesse bei den Schüler*innen für den Beruf des Solarteurs zu wecken. Im Zuge dessen sollen auch die dafür notwendigen Grundausbildungen beworben werden.

Solarfonds Köln

Ergänzend zu der Förderung im Rahmen der Richtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – klimafreundliches Wohnen“ sollte die Erstellung eines Solarfonds Köln geprüft werden. Dieser Fonds ist ein Bestandteil des Klimafonds (s. Aktivitätenempfehlung 6.1.2.3).

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Bewerbung des Solarberatungszentrums „Solartreff“

2. Konzipierung und Umsetzung einer Ausbildungsinitiative und des Solarfonds
3. Ggf. Ermittlung weiterer notwendiger, fördernder Strukturen
4. Evaluierung und ggf. Anpassung und Erweiterung der Angebote



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Solarkoordinierungsstelle, RheinEnergie AG, Handwerkskammer zu Köln, externe Akteur*innen wie bspw. Finanzinstitute, Arbeitsagentur, planende und ausführende Gewerke



Zielgruppe

Privatpersonen, Schüler*innen, Handwerker*innen, Unternehmen, Vereine, Gebäudeeigentümer*innen, Pächter*innen / Anlagenbetreiber*innen



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Langfristig etablieren



Sachkosten

Für Bewerbung Solartreff, Ausbildungsinitiative etc. 30.000 € pro Jahr bis 2040, insgesamt 540.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Finanzierung Solartreff auch mit Drittmitteln



THG-Einsparungen

Wirkung entsteht in Verbindung mit der Aktivitätenempfehlung 2.1.1.4 Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung und ist dort angegeben



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Durchgeführte Beratungen im „Solartreff“, Entwicklung des Ausbildungsangebotes



Weitere Wirkung

-



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlungen: 2.2.1.1. Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln, 2.2.1.2. Aktivierungsoffensive PV, 2.2.1.5. Fokusthema: Ausbau von Mieterstrom, 2.2.1.3. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung, 6.1.2.3. Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren und im Prozess anpassen, 6.2.1.2. Unterstützung des Handwerks: Imagekampagne und Weiterbildungsoffensive



Zielkonflikte

Ausbildungs- und Umsetzungskapazitäten im Handwerk



Breitenwirksamkeit

Die Strukturen wirken sich positiv auf die gesamte Stadt Köln aus und tragen somit zum PV-Ausbau bei.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Der „Solartreff“ bietet seit Sommer 2022 seine Beratungsleistung an. Mit den weiteren Projekten kann bereits mit den vorhandenen personellen Ressourcen begonnen werden.

2.2.1.4 Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.1.4.



Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms 2023

Ziel und Strategie

Mithilfe des 2.2.1.3. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung soll die Realisierung von PV-Anlagen unterstützt werden, um die PV-Potenziale zu heben.

Ausgangslage

Die Stadt Köln verfügt über ein großes PV-Potenzial von ca. 3.800 MWp Leistung, welches bislang nur in einem geringen Ausmaß ausgeschöpft wird. Im Frühjahr 2022 sind erst ca. 60 MW Leistung auf Kölner Dachflächen installiert.

Die Stadt Köln fördert die Installation von PV-Anlagen im Rahmen des Förderprogramms „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“ mit 250 €/kWp.

Beschreibung

Ein weiteres wesentliches Element stellt die Konzeption, Einrichtung, Erweiterung und Bewerbung des Förderprogramms dar, welches den Ausbau von PV-Anlagen auf privaten und gewerblichen Gebäuden (Neubau und Bestandsbebauung) fördern soll. Es wird die Ausgliederung des Fördergegenstandes PV aus dem bestehenden Förderprogramm empfohlen. Ziel des eigenständigen PV-Förderprogrammes ist sowohl die Ansprache einer breiten Öffentlichkeit als auch eine hohe Inanspruchnahme und somit Installation zahlreicher PV-Anlagen. Bis 2030 soll damit 50 % des derzeit nicht gehobenen PV-Potenzials ausgeschöpft werden, was einem Ausbau von ca. 1.840 MW Leistung entspricht.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Analyse der finanziellen städtischen Möglichkeiten
2. Entwicklung eines eigenständigen Förderprogramms
3. Politischer Beschluss
4. Umsetzung und öffentlichkeitswirksame Bewerbung des Förderprogramms und Erfolgsmonitoring



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Solarkoordinationsstelle, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, externe Akteur*innen wie bspw. Finanzinstitute



Zielgruppe

Privatpersonen, Unternehmen, Vereine, Wohneigentümergeinschaften, Mieter*innen, Institutionen, Pächter*innen/Anlagenbetreiber*innen



Zeitaufwand

1,5h pro Antrag, bei 11.500 Anträgen pro Jahr (pro PV-Anlage durchschnittlich 20 kW) rd. 10 Vollzeitäquivalente für Bearbeitung der Förderanträge



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023-2030



Sachkosten

Förderprogramm Solar allgemein oder PV für Anlagen bis 50 kWp: 34.500.000 € pro Jahr bis 2030 bei Förderung von 150 € pro kW, insgesamt bis 2030 276.000.000 €
Zzgl. Kosten für Kommunikation (siehe hierzu geplante gesamtstädtische Kampagne)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: Hebung von 50% des nicht ausgeschöpftem PV-Potenzials (ca. 1.840 MW Leistung)

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Ca. 531.000 Tonnen CO₂eq/a²

Kumulierte THG-Einsparung (t):

1.959.200 Tonnen CO₂eq (unter Berücksichtigung veränderter Emissionsfaktoren im bundesdeutschen Strommix)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Förderprogramm wurde konzipiert
Installierte PV-Anlagen und kWp nach Inanspruchnahme



Weitere Wirkung

Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk
Soziales: Das PV-Förderprogramm mit Breitenwirkung richtet sich an alle Hauseigentümer*innen und unterstützt diese bei der Realisierung einer PV-Anlage.



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlungen: 2.2.1.1. Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln, 2.2.1.2. Aktivierungsoffensive PV, 2.2.1.3. Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungsinstrumente für den PV-Ausbau, 2.2.1.5. Fokusthema: Ausbau von Mieterstrom



Zielkonflikte

Ggf. Konflikte mit Solarthermie, Denkmalschutz, Begrünung, Investitionskosten vs. steigende Mieten, Kapazitäten im Handwerk



Breitenwirksamkeit

Durch das 2.2.1.3. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung wird die gesamte Kölner Bevölkerung angesprochen.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Mit der Entwicklung der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit kann bereits während der Erweiterung des Förderprogramms begonnen werden. Dies beschleunigt die Abrufe des Förderprogramms.

² Für alle Berechnungen der THG-Einsparungen wird als Emissionsfaktor für Strom der Bundesstrommix aus dem Jahr 2021: 370 g CO₂eq/kWh zugrunde gelegt.

2.2.1.5 Fokusthema: Ausbau von Mieterstrom

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.1.5.



Fokusthema: Ausbau von Mieterstrom

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms 2023

Ziel und Strategie

Um das bestehende PV-Potenzial der Stadt Köln zu heben, bedarf es des Ausbaus von Mieterstrom, da ein großer Teil des Gebäudebestandes und somit des PV-Potenzials in Köln auf Mehrfamilienhäuser entfällt. Durch gezielte Beratungs-, Informations-, Förderungs- und Unterstützungsangebote sollen die bestehenden Hemmnisse gemindert werden. Durch die Kombination dieser vier Elemente soll die Anzahl an Mieterstromprojekten in der Stadt Köln und so der Anteil an erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung in den nächsten Jahren deutlich gesteigert werden.

Ausgangslage

Bislang gibt es nur wenige Mieterstromprojekte in Köln. Dies ist bspw. durch größere Komplexität und einen hohen bürokratischen Aufwand sowie die langfristige Finanzierung begründet.

Beschreibung

Aufgrund der hohen Anzahl an Mietwohngebäuden in Köln nehmen der Mieterstrom und PV-Betriebskonzepte auf Mehrfamilienhäusern eine bedeutende Rolle im PV-Ausbau ein. Trotz vieler Vorteile stehen Mieterstromprojekten und PV-Betriebskonzepten auf Mehrfamilienhäusern unterschiedliche Hemmnisse entgegen, weshalb bislang wenig Projekte realisiert wurden. Diese Hemmnisse können nicht allein auf Ebene der Stadt Köln abgebaut werden, dennoch können diese durch Aktivitäten der Stadt Köln gemindert werden. Zur Minderung der Hemmnisse und Förderung des Mieterstromausbaus bedarf es daher unterschiedlicher struktureller Elemente in Köln, welche in dieser Aktivitätenempfehlung gebündelt betrachtet werden. Dazu zählen die Einrichtung einer Servicestelle Mieterstrom, einer Aktivierungsoffensive sowie getrennte Förderprogramme, einerseits für die Projektvorbereitung und andererseits für die Projektrealisierung. Ergänzend dazu bedarf es einer Verbesserung der Rahmenbedingungen auf Bund- und Landesebene für einen erfolgreichen Ausbau von Mieterstrom und PV-Betriebskonzepten auf Mehrfamilienhäusern.

Servicestelle Mieterstrom und PV-Betriebskonzepte auf Mehrfamilienhäusern

Als wesentliches Element wird die Gründung einer Servicestelle Mieterstrom und PV-Betriebskonzepte auf Mehrfamilienhäusern empfohlen, welche als unabhängige, zentrale und bündelnde Anlaufstelle zur Information und Beratung von Gebäudeeigentümer*innen rund um das Thema Mieterstrom agiert. Das Angebot umfasst alle dafür erforderlichen zentralen Dienstleistungen oder vermittelt bei Bedarf ergänzende Dienstleistungen. Zu den relevanten Themen zählen bspw.:

- Betriebskonzepte für Mieterstrom und PV-Betriebskonzepte auf Mehrfamilienhäusern
- Rechtliche Fragen und Genehmigungsprozess
- Netzanschluss inkl. frühzeitiger Kontaktaufnahme mit dem Netzbetreiber
- Zählertechnik und Abrechnungssysteme

Ergänzend zur fachlichen Beratung bietet sich die Begleitung des konkreten Planungs- und Umsetzungsprozesses mit Mieterstromanbieter sowie Installateur*innen an. Die Servicestelle könnte ggf. in das Solarberatungszentrum „Solartreff“ integriert werden.

Förderung der Projektvorbereitung von PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern

Die technische Eignung des Gebäudes bildet die Grundvoraussetzung für die Realisierung einer PV-Anlage. Auskunft über die grundsätzliche Eignung der Dachflächen sowie eine erste Einschätzung zum

theoretischen Potenzial liefert das landesweite, onlineverfügbare Solardachkataster. Weitere Aspekte im Rahmen der Eignungsprüfung, wie bspw. Statikprüfungen, erfordern eine gebäudespezifische Untersuchung mit einer entsprechenden Energieberatung.

Um private Eigentümer*innen von Mehrfamilienhäusern bereits im Vorfeld einer potenziellen Realisierung einer PV-Anlage zu unterstützen, bedarf es eines städtischen Förderprogrammes für die Projektvorbereitungsphase für Mieterstromprojekte und PV-Betriebskonzepte auf Mehrfamilienhäusern. Das Förderprogramm zielt auf die technische Prüfung der Gebäudeeignung ab und umfasst bspw. die Prüfung der Statik, Elektroinstallation sowie Zähler- und Zählerschrankinfrastruktur.

Pro Projekt ist eine Förderung von z. B. 50 % der anfallenden Kosten oder mittels Pauschalbetrags vorgesehen. Darüber hinaus wird die Förderung unabhängig von der Realisierung der Photovoltaikanlage empfohlen. Durch dieses Förderprogramm soll ein Anreiz geschaffen werden, sein Gebäude zu prüfen. Durch einen niederschweligen Antrags- und Genehmigungsprozess soll die Inanspruchnahme der Förderung zusätzlich sowohl auf Seiten der privaten Gebäudeeigentümer*innen als auch der Stadt Köln erleichtert werden. Die Stadt Stuttgart verfügt bspw. über ein Förderprogramm mit u. a. vergleichbaren Fördergegenständen.

Förderung der Umsetzung von Mieterstromprojekten

Ergänzend zur Förderung der Projektvorbereitung soll die Realisierung von PV-Anlagen als Mieterstromprojekt inkl. begleitender Maßnahmen, wie bspw. die Einrichtung des Zählerplatzes oder das Stellen eines Baugerüsts, für private Wohngebäudeeigentümer*innen niederschwellig gefördert werden. Die Förderung bildet zudem eine Ergänzung zum „PV-Förderprogramm mit Breitenwirkung“ (s. Aktivitätenempfehlung 2.2.1.4), welches jedoch an derselben Stelle in der Stadtverwaltung angesiedelt werden sollte. Auf diese Weise soll ein Anreiz bei den privaten Eigentümer*innen von Mehrfamilienhäusern geschaffen werden, da diese Projekte sich für die privaten Eigentümer*innen trotz des Mieterstromzuschlags häufig nicht rentieren. Dies ist u. a. durch den Vertrieb, durch Messkonzepte sowie durch die Abrechnungen entstehenden zusätzlichen Aufwände begründet.

Die Berücksichtigung von bspw. Wärmepumpen und Energiespeichern sollte bei der Konzipierung des Förderprogramms geprüft werden. Diese könnten in Kombination mit einer PV-Anlage zu einem Förderbonus führen.

Aktivierungsoffensive

Ein wesentliches Element ist die zielgruppenspezifische Aktivierungsoffensive, durch welche die zuvor beschriebenen Aktivitätenempfehlungen öffentlichkeitswirksam beworben werden sollen. Dabei sind unterschiedliche Medien möglich, wie bspw. Kampagnen, Ansprachen und aktivierende Maßnahmen, wie bspw. Infoveranstaltungen, Plakatkampagnen, Testimonials, persönliche Ansprachen sowie Internetpräsenz. Die Offensive sollte sich dabei sowohl an die Gebäudeeigentümer*innen als auch Mieter*innen richten. Ziel der Aktivierungsoffensive für die Mieter*innen ist die Steigerung der Teilnahme an den Mieterstromprojekten ihrer Vermieter*innen. Geringe Beteiligungen der Mieter*innen hemmen ebenfalls die Bestrebungen der Vermieter*innen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Gründung einer Servicestelle Mieterstrom und öffentlichkeitswirksame Bewerbung
 2. Analyse der kommunalen Potenziale und der finanziellen städtischen Möglichkeiten
 3. Entwicklung möglichst passgenauer Förderprogramme (in Einklang mit PV-Förderprogramm mit Breitenwirksamkeit)
 4. Politischer Beschluss
 5. Konzipierung und Umsetzung der Aktivierungsoffensive
 6. Umsetzung und öffentlichkeitswirksame Bewerbung der Förderprogramme und Erfolgsmonitoring
-

**Akteure**

Koordinationsstelle Klimaschutz, Solarkoordinierungsstelle, Solarberatungszentrum „Solartreff“, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, externe Akteur*innen wie bspw. Finanzinstitute

**Zielgruppe**

Gebäudeeigentümer*innen von Mehrfamilienhäusern, Mieter*innen, Anbieter*innen von Mieterstrom und anderen PV-Betriebskonzepten auf Mehrfamilienhäusern, Unternehmen, Wohnungsbau

**Zeitaufwand**

3 Vollzeitäquivalente
(Bei 1.000 Anträgen pro Jahr und 5h Bearbeitungszeit pro Antrag)

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

2023 - 2035

**Sachkosten**

2.000.000 € pro Jahr, insgesamt
26.000.000 € (50% Förderung bei 4.000 € pro Antrag und 1.000 Anträgen pro Jahr)

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Wirkung entsteht in Verbindung mit der Aktivitätenempfehlung 2.1.1.4 Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung und ist dort angegeben

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Servicestelle wurde eingerichtet, Entwicklung eines Förderprogramms, Installierte PV-Anlagen (Mieterstrom) nach Inanspruchnahme der Angebote

**Weitere Wirkung**

Soziales: Auch Mieter*innen können an der Energiewende teilnehmen.

**Synergieeffekte**

Aktivitätenempfehlungen: 2.2.1.1. Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln, 2.2.1.2. Aktivierungsoffensive PV, 2.2.1.3. Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungsinstrumente für den PV-Ausbau, 2.2.1.3. Photovoltaik-Förderprogramm mit Breitenwirkung

**Zielkonflikte**

Ggf. Konflikte mit Solarthermie, Denkmalschutz, Begrünung, Investitionskosten vs. steigende Mieten, Kapazitäten im Handwerk, Aufwändiger und bürokratischer Aufwand

**Breitenwirksamkeit**

Durch die Aktivierungsoffensive kann das notwendige Bewusstsein für Mieterstrom in der Stadtgesellschaft geschaffen werden. Durch das Förderprogramm wird ein Anreiz geschaffen. Bei ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen lässt sich das Förderprogramm in den kommenden Jahren ausweiten. Die Servicestelle unterstützt dabei die Gebäudeeigentümer*innen, um den Aufwand und die Hemmnisse zu reduzieren.

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

Mit der Konzipierung der Servicestelle und der Aktivierungsoffensive kann kurzfristig begonnen werden. Nach der Beschlussfassung des Förderprogramms kann kurzfristig mit der Antragsstellung und -bearbeitung begonnen werden.

2.2.2 Nutzung der PV-Freiflächenpotenziale

2.2.2.1 Fokusinitiative PV auf Freiflächen ausbauen

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.2.1.



Fokusinitiative PV auf Freiflächen ausbauen

Themenschwerpunkt

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Durch die Fokusinitiative soll die Akzeptanz für Freiflächenphotovoltaikanlagen gesteigert und der Ausbau unterstützt werden.

Ausgangslage

Die Stadt Köln verfügt über ein Freiflächenphotovoltaik-Potenzial von ca. 1.000 MWp Leistung, welches bislang mit ca. 0,8 MWp nur in einem sehr geringen Ausmaß ausgeschöpft wird. Auch wenn der Ausbau der Solarenergie zuerst vorrangig auf und an vorhandenen und geplanten baulichen Anlagen erfolgen soll, bedarf es zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität auch einer Realisierung von Freiflächenphotovoltaikanlagen.

Beschreibung

Die Fokusinitiative setzt sich aus drei thematischen Schwerpunkten zusammen, welche integriert betrachtet und umgesetzt den Ausbau von PV auf Freiflächen in der Stadt Köln fördern sollen. Diese werden im Folgenden erläutert.

PV-Freiflächen im Privateigentum

Ein Teil der potenziellen Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen befindet sich nicht im Eigentum des Konzerns Stadt Köln. Daher wird die direkte, zielgruppenspezifische Ansprache von den relevanten Grundstückseigentümer*innen empfohlen. Bei der Potenzialermittlung und Identifizierung geeigneter Flächen sollten sowohl Flächen innerhalb als auch außerhalb der Flächenkulisse des EEG berücksichtigt werden. Je nach Flächenkulisse gilt es die Grundstückseigentümer*innen über die Rahmenbedingungen zu informieren und bei der Planung und Realisierung zu unterstützen.

Freiflächenphotovoltaik auf Gewässern und Kiesgruben

Gewässer sowie Kiesgruben bilden weitere Flächenpotenziale zur Erreichung von Freiflächenphotovoltaikanlagen. Zunächst müssen Nutzungskonkurrenzen sowie Voraussetzungen für eine Genehmigungserteilung geprüft werden. Anschließend gilt es auch hier die entsprechenden Eigentümer*innen der geeigneten Flächen zielgruppengerecht anzusprechen und zu unterstützen. Bei Kiesgruben, die sich an noch aktiven Standorten befinden, bietet sich zudem die Möglichkeit der Eigenstromnutzung.

Steigerung der Akzeptanz für Freiflächen- und Agri-Photovoltaik

Zukünftig sind auch der Bau und die Nutzung von Agri-Photovoltaikanlagen auf Freiflächen zu prüfen. Den dritten Schwerpunkt dieser Aktivitätenempfehlung bildet daher die Öffentlichkeitsarbeit zur Schaffung der notwendigen Akzeptanz für die zukünftigen Vorhaben. Diese muss zielgruppenspezifisch ausgestaltet sein und kann Kampagnen und Ansprachen beinhalten. Um die Akzeptanz zu steigern, sollten alle relevanten Stakeholder, wie bspw. Flächeneigentümer*innen, Landwirte, Anwohner*innen und Naturschutzverbände, frühzeitig angesprochen und beteiligt werden. Diese Ansprache und Beteiligung sollten ergänzend zur breitangelegten Öffentlichkeitsarbeit konzipiert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung geeigneter Freiflächen
2. Konzipierung der Öffentlichkeitsarbeit

3. Direkte Ansprache von Flächeneigentümer*innen
4. Umsetzung der breitenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit
5. Unterstützung bei der Planung und Realisierung von Anlagen
6. Evaluation und ggf. Ansprache weiterer Flächeneigentümer*innen



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Solarkoordinierungsstelle, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Untere Naturschutzbehörde, Stadtplanungsamt, RheinEnergie AG



Zielgruppe

Grundstückseigentümer*innen, Landwirte, Naturschutzverbände, Unternehmen, Vereine, Pächter*innen und Anlagenbetreiber*innen, Anwohner*innen



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

20.000 € pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit, insgesamt 260.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Jährliche Installation von PV-Anlagen auf Freiflächen mit einer Leistung von 5 MWp (entspricht einem jährlichen Zubau von 0,5% des Potenzials)

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Ca. 18.750 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Ca. 57.600 Tonnen CO₂eq (unter Berücksichtigung veränderter Emissionsfaktoren im bundesdeutschen Strommix)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Fokusinitiative wurde konzipiert und realisiert, installierte Anlagen und Leistung



Weitere Wirkung

Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk



Synergieeffekte

Aktivitätenempfehlungen: 2.2.1.1. Solarkoordinierungsstelle (SoKo) Stadt Köln, 2.2.1.2. Aktivierungsoffensive PV, 2.2.1.3. Solartreff, Ausbildungsoffensive, Solarfonds – Unterstützungsinstrumente für den PV-Ausbau



Zielkonflikte

Fachkräftemangel, Nutzungskonkurrenzen, Belange des Naturschutzes



Breitenwirksamkeit

-



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

2.2.3 Ausbau der Windenergie

2.2.3.1 Aufhebung der Wind-Konzentrationsfläche

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.3.1.



Aufhebung der Wind-Konzentrationsfläche

Themenschwerpunkt

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Durch die Aufhebung der derzeit ausgewiesenen und scheinbar ungeeigneten Konzentrationszone wird der Ausbau der Windenergie in Köln ermöglicht.

Ausgangslage

In der Vergangenheit wurde eine Konzentrationszone für Windenergie auf Kölner Stadtgebiet ausgewiesen, welche sich im Nachhinein als ungeeignet herausgestellt hat. Daher wurde in den vergangenen 15 Jahren in dieser keine Windkraftanlage errichtet. Da von Konzentrationszonen eine Ausschlusswirkung ausgeht, konnte auch auf dem übrigen Stadtgebiet keine Windkraftanlage errichtet werden, obwohl es potentiale für Windkraft auf dem Stadtgebiet gibt.

Beschreibung

Um den Ausbau von Windkraftanlagen auf Kölner Stadtgebiet zeitnah zu ermöglichen, muss die Konzentrationszone aufgehoben werden. Darüber hinaus soll zukünftig auf die Neuausweisung von Konzentrationszonen verzichtet werden, um den Bau von Anlagen im Hinblick auf die Standortwahl zu erleichtern. Die zukünftige Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist dabei zu berücksichtigen. Die zu erwartende Regelung in der Landesbauordnung wird voraussichtlich zu einer Reduzierung der möglichen Standorte führen. Im Hinblick auf den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, gilt es die verbleibenden potenziellen Standorte für den Bau von Windkraftanlagen zu nutzen. Für diese Standorte kann die Genehmigung auch ohne eine Konzentrationszone beantragt werden. Mithilfe dieser Aufhebung der Konzentrationszone in Köln kann zudem zukünftig flexibler auf sich ändernde rechtliche Rahmenbedingungen reagiert werden.

Erste Handlungsschritte/Unteraktivitäten

1. Beschluss zur Aufhebung der Konzentrationszone
2. Änderung des Flächennutzungsplans
3. Verfolgung der rechtlichen Rahmenbedingungen
4. Ggf. Prüfung potenzieller Standorte
5. Ggf. Errichtung von Windkraftanlagen (Energieversorgern oder WKA-Betreibern)



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Bauaufsichtsamt, Umwelt- und Verbraucherschutzamt – Untere Naturschutzbehörde, Stadtplanungsamt



Zielgruppe

Energieversorger*innen, Bürgerenergiegenossenschaften



Zeitaufwand

Kein zusätzlicher Aufwand



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2022-2025



Sachkosten

Keine zusätzlichen Kosten für die Aufhebung der Konzentrationszone



Finanzierungsansatz

-



THG-Einsparungen

Keine direkte Einsparung. Einsparung resultiert aus der Errichtung neuer WKA.

Annahme: 3 WKA der 3,5-MW-Klasse:

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

15.700 t CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

31.400 t CO₂eq



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Konzentrationszone wurde aufgehoben, WKA(n) wurde(n) errichtet



Weitere Wirkung

Ökonomie: positive Auswirkung auf die regionale Wertschöpfung bei Maßnahmenumsetzung in der Region

Ökologie: ggf. negative Auswirkungen auf die Flora und Fauna

Soziales: Mitnahme und Aktivierung von Bürger*innen z. B. durch Bürgerenergie-Beteiligungsmodelle



Synergieeffekte

Mitnahme und Aktivierung von Bürger*innen z. B. bei Bürgerenergien, etc.
Aktivitätenempfehlung: 2.2.3.2. Fokusinitiative Windenergiepotenziale nutzen



Zielkonflikte

Akzeptanz der Bürgerschaft, Politische Diskussion, ggf. Umwelt-/Artenschutz, Flächenkonflikte



Breitenwirksamkeit

Durch die Aufhebung der Konzentrationszone wird die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem gesamten Stadtgebiet unter Berücksichtigung der weiteren rechtlichen Voraussetzungen ermöglicht.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans kann noch in diesem Jahr begonnen werden, sodass nach der Beschlussfassung parallel zum Änderungsverfahren mit der Identifikation von potenziellen Standorten begonnen werden kann.

2.2.3.2 Fokusinitiative Windenergiepotenziale nutzen

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.2.3.2.



Fokusinitiative Windenergiepotenziale nutzen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Steigerung des lokal und erneuerbar erzeugten Stroms 2025

Ziel und Strategie

Mithilfe einer Fokusinitiative soll der Ausbau der Windenergie in Köln vorangetrieben werden. Der Fokus der Initiative liegt auf der Schaffung der notwendigen Akzeptanz in der Stadtgesellschaft.

Ausgangslage

Aufgrund der bestehenden, scheinbar ungeeigneten Windkonzentrationszone verfügt die Stadt Köln derzeit über keine Windenergieanlagen auf dem Stadtgebiet. Die geplante Aufhebung der Windkonzentrationszone (s. Aktivitätenempfehlung 2.2.3.1) ermöglicht einen Ausbau der Windenergie in Köln.

Beschreibung

Für eine klimaneutrale Stromversorgung muss ein Teil des erneuerbaren Stroms mithilfe von Windenergieanlagen erzeugt werden. Eine wichtige Voraussetzung für den Windenergieausbau stellt die Schaffung der Akzeptanz in der Stadtgesellschaft dar. Darüber hinaus können Windkraftanlagen auf Industrieflächen einen weiteren Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Köln leisten.

Akzeptanz in der Stadtgesellschaft schaffen

Der Schwerpunkt der Fokusinitiative zur Nutzung des Windenergiepotenzials liegt auf der Akzeptanzsteigerung in der Stadtgesellschaft. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dies ein bedeutendes Hemmnis im Windenergieausbau darstellt. Um dieses Hemmnis abzubauen, gilt es die relevanten Stakeholder außerhalb der Stadtverwaltung, wie bspw. Naturschutzverbände, Bevölkerung und insbesondere Anwohner*innen, bereits frühzeitig in den Prozess einzubeziehen. Die Akteur*innen sollten bereits im Zuge der Flächenanalysen beteiligt werden. Auf diese Weise sollen potenzielle Konflikte frühzeitig identifiziert werden, um den anschließenden Genehmigungsprozess zu beschleunigen.

Potenziale der Windenergie auf Industrieflächen nutzen

Bisher werden die vorhandenen Potenziale der Windkraftanlagen auf Industrie- und Gewerbestandorten in NRW nicht genutzt. Vor dem Hintergrund stark gestiegener Energiepreise und der Notwendigkeit, alle Potenziale zu nutzen, sollten auch Industrie- und Gewerbeflächen geprüft werden, da dort die Möglichkeit des Eigenverbrauchs besteht und so die Stromkosten gesenkt werden können.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzipierung der Beteiligung zur Akzeptanzsicherung
2. Prüfung potenzieller Standorte auf Industrieflächen und direkte Ansprache der Akteur*innen
3. Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit zur Akzeptanzsicherung
4. ggf. Realisierung von Windanlagen auf Industrieflächen



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Bauaufsichtsamt, Umwelt- und Verbraucherschutzamt – Untere Naturschutzbehörde, Stadtplanungsamt, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Zielgruppe

Stadtgesellschaft (insb. Anwohner*innen), Energieversorger, Industrieunternehmen, Bürgerenergiegenossenschaften, Naturschutzverbände



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2025 - 2035



Sachkosten

20.000 €/a, insgesamt 200.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

2.2.4 Import erneuerbarer Strom

2.3 Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme

2.3.1 Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Wärmeplanung/Energienutzungsplanung

2.3.1.1 Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.3.1.1.



Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme 2022

Ziel und Strategie

Mithilfe einer kommunalen Wärmeplanung soll die Transformation der Wärmeversorgung unterstützt werden. Diese bildet eine verlässliche Planungsgrundlage für die Stadt Köln sowie die RheinEnergie AG und mögliche weitere Wärmedienstleister. Dabei werden die zentrale und dezentrale Wärmeversorgung integriert betrachtet.

Ausgangslage

Die Erarbeitung einer strategischen Energieplanung wurde bereits im Rahmen des Maßnahmenprogramms für den Klimaschutz in der Stadt Köln „KölnKlimaAktiv 2022“ vorgeschlagen. Seitdem wird u. a. an einer strategischen Wärmeplanung gearbeitet.

Beschreibung

Die Tätigkeiten im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung sollten weiter vorangetrieben werden. Die RheinEnergie AG gilt es dabei aktiv in den Erarbeitungsprozess einzubinden. Neben lokalem Wissen verfügt die RheinEnergie AG bereits über unterschiedliche Vorarbeiten, auf die die Stadt Köln aufbauen kann.

Ein inhaltlicher Fokus sollte zum einen auf der Ausschöpfung der Potenziale aus Abwärme und erneuerbaren Energien im bestehenden Fernwärmenetz liegen. Dazu zählen bspw. die Untersuchung und Bewertung von Potenzialen in den Bereichen

- industrielle Abwärme,
- thermische Speicher,
- Bioenergie aus der Abfallwirtschaft,
- Abwärme aus Kläranlagen,
- Ausbau von Solarthermie auf Freiflächen.

Zum anderen sollten Fernwärmepotenzialflächen zur Erweiterung des Fernwärmenetzes identifiziert werden.

Zur Unterstützung der Umsetzung sollte ein integriertes, kommunales Wärmeleitplanungsteam gegründet werden. Auf diese Weise sollen ausreichende personelle Ressourcen bei der Stadt sichergestellt werden. An dieser Stelle in der Verwaltung kann so die integrierte, kommunale Wärmeplanung strategisch gesteuert und operativ koordiniert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Weiterführende Analysen zur Ausgangssituation
2. Ausschreibung der Konzeption
3. Definition von Vorranggebieten, Erstellung von Ausbauplänen

 Akteure Stadt Köln – insb. Koordinationsstelle Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, RheinEnergie AG	 Zielgruppe Amt für Stadtentwicklung und Statistik, RheinEnergie AG
 Zeitaufwand 1,5 Vollzeitäquivalente	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2022 - 2023
 Sachkosten 200.000 €, ggf. Bedarf für vertiefende Studien	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Keine direkte quantifizierbare Wirkung	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Kommunale Wärmeplanung wurde erstellt, Entwicklung der THG-Emissionen im Wärmesektor	 Weitere Wirkung Ökonomie: Kostenreduktion durch Synergieeffekte bei gemeinsamen Projekten
 Synergieeffekte -	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit Die kommunale Wärmeplanung bildet eine elementare Grundlage für die Wärmewende in Köln	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Die Stadtverwaltung ist bereits in diesem Themenfeld tätig, weshalb an diese angeknüpft werden kann.

2.3.2 Dekarbonisierung der zentralen Wärmeversorgung

2.3.2.1 Erhöhung der Ausnutzung des Bioenergie-Potenzials aus kompostierbaren Abfällen

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.3.2.1.



Erhöhung der Ausnutzung des Bioenergie-Potenzials aus kompostierbaren Abfällen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme 2022

Ziel und Strategie

„Ziel muss es auch sein, die Förderung der Stromerzeugung aus Biomasse auf hochflexible Spitzenlastkraftwerke zu fokussieren. Die weitere Flexibilisierung von Biogas- und Biomethananlagen im Sinne der Flankierung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist richtig und wichtig. Die Potentiale von vorrangig aus Rest-, Abfallstoffen und landwirtschaftlichem Wirtschaftsdünger erzeugtem Biogas für die lastorientierte Stromerzeugung sind besser zu nutzen. Durch Flexibilisierung der Anlagen können hier Erweiterungen der gesicherten Leistung erbracht und damit Erdgas in begrenztem Umfang ersetzt werden.“³

Vor dem Hintergrund der notwendigen stärkeren Unabhängigkeit von Gasimporten ergibt sich daraus der Handlungsdruck die Potenziale die in den energetisch nutzbaren Abfallstoffen enthalten sind verstärkt zu nutzen.

Ausgangslage

Die AWB und AVG haben bereits eine Strategie zur Steigerung der Qualität und Quantität des Inputmaterials der Bioabfallsammlung ausgearbeitet. Dieses enthält neben Zielen konkrete Projekte, die sich zum Teil bereits in der Umsetzung befinden.

Beschreibung

Die Biotonne der Stadt Köln ist derzeit nicht verpflichtend, weshalb ein gewisser Anteil des Bioabfalls über den Restmüll entsorgt wird. Um die Menge des Bioabfalls für die Nutzung in Kompostierungs- und Vergärungsanlagen zu erhöhen, sollte die Anschlussquote der Biotonne gesteigert werden. Dabei gilt es die Einführung einer Pflicht zu prüfen.

Darüber hinaus soll die Strategie der AWB und AVG umgesetzt werden, um die Verwertung der Bioabfälle weiter zu verbessern.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Prüfung, ob die 2. Vergärungslinie auch mit den derzeitigen Sammelmengen bereits ausreichend beschickt werden kann.
2. Prüfung, wie viel Material für die Vergärung zur Verfügung steht, wenn die Pflichttonne eingeführt wird.
3. Diskussion von Maßnahmen (Aufklärungsarbeit) zur Reduktion von Fehlwurfquoten bei Einführung einer Pflichttonne für Bioabfall

³ Aus dem Beschluss des Energieministertreffen der Bundesländer vom 30. März 2022

**Akteure**

AWB, AVG, Koordinationsstelle Klimaschutz,

**Zielgruppe**

private Haushalte

**Zeitaufwand**

Nicht quantifizierbar

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

2022 - 2030

**Sachkosten**

Nicht quantifizierbar

**Finanzierungsansatz**

-

2.3.3 Dekarbonisierung der dezentralen Wärmeversorgung

2.3.3.1 Netzwerk Transformation Erdgasversorgung/Power to Gas entwickeln

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.3.3.1.



Netzwerk Transformation Erdgasversorgung/ Power to Gas entwickeln

Themenschwerpunkt

Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist die Erarbeitung von Lösungsansätzen zur Transformation der Gasversorgung, um diese klimaneutral zu gestalten und so die THG-Emissionen zu minimieren.

Ausgangslage

Die Gasversorgung wird derzeit zumeist über fossiles Erdgas realisiert.

Beschreibung

Entsprechend der Szenarien zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und Fernwärme, welche einen möglichen Weg zur Erreichung der Klimaneutralität aufzeigen (s. hierzu Kap. Band 1 Kapitel 7), muss Erdgas bis 2035 vollständig durch mit erneuerbaren Energien erzeugten Brennstoffe ersetzt werden.

Daher wird die Bildung eines Netzwerkes empfohlen, welches sich mit Transformationslösungen für die Erdgasversorgung durch alternative Brennstoffe wie Biogas, synthetisches Erdgas sowie anteiligem Wasserstoff auseinandersetzt. Neben der Stadt Köln und der RheinEnergie AG sollen weitere Akteur*innen aus der Wirtschaft und Wissenschaft in der Region eingebunden werden.

Die Ergebnisse sollten in die strategische Energieplanung aufgenommen werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung geeigneter Akteur*innen und gezielte Ansprache
2. Gründung eines Netzwerkes
3. Regelmäßige Netzwerktreffen zu bestimmten Teilaspekten
4. Kontinuierliche Rückkopplung mit der strategischen Energieplanung



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, RheinEnergie AG, Rheinische NETZGesellschaft (RNG)



Zielgruppe

Stadt Köln, RheinEnergie AG, weitere Akteur*innen aus Wirtschaft und Wissenschaft



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente zur Koordination sowie zusätzlicher Zeitaufwand bei der RheinEnergie AG und der RNG



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

Nicht quantifizierbar



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Mittel RheinEnergie AG

2.3.3.2 Kampagnen zum Ersatz fossiler Heizungen

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.3.3.2.



Kampagnen zum Ersatz fossiler Heizungen

Themenschwerpunkt

Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme 2023

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Ziel und Strategie

Die Aktivitätenempfehlung zielt auf den Ersatz fossiler Energieträger zugunsten von klimafreundlichen Versorgungsoptionen zur Treibhausgasreduktion ab. Mithilfe von Austauschkampagnen und Qualitäts-offensiven sollen die Immobilienbesitzer für dieses Thema sensibilisiert und zum Heizungstausch motiviert werden.

Ausgangslage

Derzeit entfällt der Großteil des Energieverbrauchs der Sektoren private Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistung (GHD) und Industrie auf den Energieträger Erdgas, gefolgt von Heizöl sowie Fern- und Nahwärme.

Beschreibung

Vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität müssen die fossilen Heizungen durch klima-freundlichere Anlagen auf Basis von erneuerbaren Energien ersetzt werden. Als zentrales Element wird dafür eine Austauschkampagne für Heizöl- und Erdgasheizungen empfohlen, welche durch zwei Qualitätsoffensiven zu Pelletheizungen und Wärmepumpen flankiert wird.

Austauschkampagne für Heizöl- und Erdgasheizungen

Im Rahmen der Austauschkampagne ist zwischen privaten Haushalten, GHD und Industrie zu differenzieren. Für jede Zielgruppe gilt es eine spezifische Kampagne zu konzipieren, welche Informations- und Beratungsangebote beinhaltet. Wichtig dabei ist die niederschwellige und direkte Ansprache, um eine hohe Resonanz und Austauschquote zu erreichen. Die Kampagne sollte alternative Heizungs-systeme, wie bspw. Wärmepumpen, Pelletheizungen oder ein Fern- und Nahwärmeanschluss, inkl. deren jeweiligen Vor- und Nachteile benennen und zu diesen beraten. Neben der zielgruppenspezifischen Ausgestaltung der Kampagnen sind räumliche Gegebenheiten zu beachten. In Gebieten mit Nah- und Fernwärmeversorgung gilt es zur Steigerung der Anschlussquote, den Anschluss an diese Versorgungsmöglichkeiten prioritär zu bewerben.

Neben dem Austausch der Heizungssysteme spielt die energetische Gebäudesanierung eine bedeutende Rolle. Die Reduzierung des Energiebedarfs sollte bei der Wahl und Auslegung des Heizungssystems integriert betrachtet werden. Daher sollte das Thema ebenfalls in den Kampagnen beworben und im Zuge der Beratungen forciert werden.

Qualitätsoffensive Pelletheizungen

Flankierend zur allgemeinen Austauschkampagne sollte eine Qualitätsoffensive für Pelletheizungen konzipiert werden, in der insbesondere die sinnvollen Einsatzgebiete und die Eckpunkte einer energieeffizienten und emissionsarmen Betriebsweise verdeutlicht werden. Ein Fokus sollte dabei auf der Verwendung von regionalen Brennstoffen liegen.

Qualitätsoffensive Wärmepumpen

Eine weitere Qualitätsoffensive sollte zum Thema Wärmepumpen entwickelt werden. Neben bestehenden Fördermöglichkeiten sollte bspw. über folgende Themen informiert sowie die Entwicklung eines Förderprogramms geprüft werden:

- Kombination mit PV-Anlagen und Abwärme
- Thermische Wärmespeicher und Flexibilisierung

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifikation möglichst homogener Zielgruppen
2. Konzipierung von Austauschkampagnen und Qualitätsoffensiven
3. Durchführung der Kampagnen und Qualitätsoffensiven
4. Begleitende Öffentlichkeitsarbeit
5. Evaluierung und ggf. Anpassung der Konzeptionen



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Stadtplanungsamt, Amt für Stadtplanung und Statistik, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, RheinEnergie AG



Zielgruppe

Gebäudeeigentümer*innen mit Gas- und Ölheizungen



Zeitaufwand

3 Vollzeitäquivalente zur Koordination Kampagnenarbeit



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

200.000 € jährlich als Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, insgesamt 2.600.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

jährliche Umstellung von 0,2 % der mit Erdgas und Heizöl betriebenen Heizungsanlagen in den Sektoren private Haushalte, GHD und Industrie auf die Energieträger Umweltwärme und Biomasse

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

206.100 t/a CO₂eq

Kumulierte THG-Einsparung (t):

1.682.600 t CO₂eq (unter Berücksichtigung sich verändernder Emissionsfaktoren insbesondere bei Umweltwärme)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Austauschkampagne und Qualitätsoffensiven wurden konzipiert und realisiert, Entwicklung der Energieträger, Entwicklung der THG-Emissionen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk



Synergieeffekte

-



Zielkonflikte

Restnutzungsdauer der installierten Heizungen



Breitenwirksamkeit

Die Austauschkampagne und die Qualitätsoffensiven richten sich an alle Gebäudeeigentümer*innen mit Heizsystem mit fossilen Brennstoffen. Je nach personeller und finanzieller Ausstattung kann so eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Mit der Konzipierung der Angebote kann bereits mit den vorhandenen personellen Ressourcen begonnen werden.

2.3.3.3 Informations- und Beratungsangebote zur Unterstützung des Solarthermie-Ausbaus

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.3.3.3.



Informations- und Beratungsangebote zur Unterstützung des Solarthermie-Ausbaus

Themenschwerpunkt

Steigerung der lokal und erneuerbar erzeugten Wärme

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe von gezielten Angeboten soll der Anteil an durch Solarthermieranlagen erzeugter Wärme in der Stadt Köln gesteigert und so einen Beitrag zur Dekarbonisierung der dezentralen Wärmeversorgung geleistet werden.

Ausgangslage

Derzeit nimmt die Solarthermie eine untergeordnete Rolle in der Kölner Wärmeversorgung ein. Zum Thema Solarthermie wird auch im Rahmen des „Solartreffs“ beraten.

Beschreibung

Im Rahmen der Dekarbonisierung der dezentralen Wärmversorgung werden Solarthermieranlagen einen, wenn auch vergleichsweise geringen, Beitrag leisten müssen. Daher wird die Unterstützung des Ausbaus von Solarthermieranlagen auf nicht öffentlichen Freiflächen sowie Dachflächen mithilfe von gezielten Informations- und Beratungsangeboten empfohlen.

Darüber hinaus sollte die Aufstellung eines Dachflächen-Nutzungsprogrammes geprüft werden, welches die vorrangige Nutzung von Dachflächen regeln soll. Zu betrachtende Nutzungen sind insb. Solarthermie, Photovoltaik und Dachbegrünung sowie eine Kombination dieser.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzipierung von Informations- und Beratungsangeboten
2. Prüfung der Aufstellung eines Dachflächen-Nutzungsprogramms und ggf. Erstellung
3. Öffentlichkeitswirksame Bewerbung der Angebote
4. Identifizierung geeigneter Freiflächen und direkte Ansprache der Eigentümer*innen
5. Evaluierung und ggf. Anpassung der Angebote



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Solarkoordinierungsstelle, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, RheinEnergie AG



Zielgruppe

Gebäude- und Grundstückseigentümer*innen



Zeitaufwand

In Verbindung mit Aktivitätenempfehlung 2.3.3.2 Kampagnen zum Ersatz fossiler Heizungen.



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Bis 2035



Sachkosten

In Verbindung mit Aktivitätenempfehlung 2.3.3.2 Kampagnen zum Ersatz fossiler Heizungen



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

2.4 Ausbau der Energiespeicherung

2.4.1 Ausbau von Stromspeichern

2.4.1.1 Strategie: „Batteriespeicher zur Flexibilisierung der Energieversorgung“

Klimaneutrale Energieversorgung erreichen / 2.4.1.1.



Strategie: „Batteriespeicher zur Flexibilisierung der Energieversorgung“

Themenschwerpunkt	Einführung der Aktivitätenempfehlung
Ausbau der Energiespeicherung	2024

Ziel und Strategie

Die Speicherung von Strom bietet je nach Herkunft des Stroms unterschiedliche Vorteile. Die Speicherung von lokal erzeugtem PV-Strom fördert die Flexibilität, Autarkie sowie die Selbstversorgung der Anlagenbetreiber. Demgegenüber steht die Speicherung und Nutzung von Netzstrom, wodurch Lastspitzen abgefangen werden können, welche bspw. beim Laden von Elektrofahrzeugen entstehen.

Ausgangslage

Beispielhaft in diesem Themenfeld genannt seien die folgenden Studien bzw. Projekte

Die Netzdienlichkeit ist in einem Gutachten der ef.Ruhr GmbH (2021) für das MWIDE.NRW analysiert worden und zeigt auf, dass Technikveränderungen den durch Netzbetreiber prognostizierten Netzausbau (170.000 km) massiv reduzieren können (auf 18.000 km). Link zum Gutachten: https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/asset/document/210609_nrw_verteilnetzstudie_final.pdf

Das Projekt MuLi der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, der RheinEnergie AG und der Ford-Werke GmbH veranschaulicht, wie ein Ladesystem mit integrierten Lademodulen für verschiedene Fahrzeugklassen aufgebaut sein kann. Dabei liegt der Fokus auf der Nachladung von Batteriebusen. Ergänzend ist eine skalierbare Speicherlösung vorgesehen. Kernthemen des Projektes umfassen u. a. die Mehrfachnutzung vorhandener Energieinfrastruktursysteme, Netzstabilität und Regelleistungsreserven sowie die Kostenreduktion durch Mehrfachnutzung von Hochvoltbatterien. (<https://www.now-gmbh.de/projektfinder/muli/>)

Beschreibung

Für bestehende und neue Quartiere wird die Erarbeitung einer Strategie zum Einsatz von Batteriespeichern empfohlen. Dies sollte in enger Abstimmung mit der strategischen Wärmeplanung erfolgen. Im Rahmen der Strategie sollten neben Batteriespeichern für Einfamilienhäuser auch Gemeinschaftsbatteriespeicher betrachtet werden. Ein weiterer Fokus sollte auf der Nutzung von rollenden Batteriespeichern in Elektrofahrzeugen liegen, welche über bidirektionales Laden auch eine anderweitige Nutzung des in den Fahrzeugen gespeicherten Stroms ermöglichen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Entwicklung der Strategie (teilweise in Kombination mit der Aktivitätenempfehlung 1.2.1.2 Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand)
 2. Sukzessive Umsetzung der Strategie inkl. Öffentlichkeitsarbeit
 3. Evaluation und Monitoring
 4. Ggf. Konzipierung von gezielten Unterstützungsangeboten
-

 Akteure Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, RheinEnergie AG	 Zielgruppe Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Gebäudeeigentümer*innen, RheinEnergie AG
 Zeitaufwand Abdeckung mit Vollzeitäquivalenten bei 1.2.1.2 Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand	 Dauer der Aktivitätenempfehlung Mind. bis 2035, langfristig etablieren
 Sachkosten Abdeckung mit Sachkosten bei 1.2.1.2 Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Strategie wurde entwickelt, Entwicklung der Anzahl an installierten Batteriespeichern	 Weitere Wirkung Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk Soziales: Speicher leisten einen Beitrag zur Versorgungssicherheit
 Synergieeffekte Photovoltaikausbau 1.2.1.2 Sanierungsquote erhöhen durch Integrierte Quartierslösungen im Bestand, 4.4.1.2. Förderung Elektromobilität	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit Die Strategie bildet eine wichtige Grundlage für den Ausbau von Batteriespeichern.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Mit der Ausschreibung der Strategieerstellung kann bereits kurzfristig begonnen werden.

2.4.2 Ausbau von Wärmespeichern

2.4.2.1 Strategie: „Wärmespeicher zur Flexibilisierung der Energieversorgung“

Klimaneutrale Energieversorgung und -erzeugung erreichen / 2.4.2.1.



Strategie: „Wärmespeicher zur Flexibilisierung der Energieversorgung“

Themenschwerpunkt

Ausbau der Energiespeicherung

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Mithilfe des Ausbaus und des Einsatzes von Wärmespeichern soll die Flexibilisierung der Energieversorgung vorangebracht werden.

Ausgangslage

Am Standort HKW Niehl befindet sich ein Warmwasserspeicher von 25.000 m³ Größe. Am HKW-Standort Merheim liegt ein Beschluss der RheinEnergie AG zur Errichtung eines Warmwasserspeichers vor. Für den HKW-Standort Merkenich prüft die RheinEnergie AG einen solchen Speicher.

Für dezentrale Warmwasserspeicher ist eine Ausbaustrategie noch zu entwerfen.

Beschreibung

Wärmespeicher bilden wichtige Elemente in dekarbonisierten Wärmenetzen (Abfangen von Lastspitzen, Integration Solarthermie). Um eine stabile Wärmeversorgung für die Stadt Köln sicherzustellen, wird die Erarbeitung einer Strategie zum Ausbau von Wärmespeichern empfohlen, welche in enger Abstimmung mit der strategischen Wärmeplanung und der Planung zum Ausbau von Stromspeichern erfolgen sollte.

Ziel der Strategie sollte eine Flexibilisierung der Wärmeversorgung darstellen, sodass diese über einen längeren, noch zu definierenden Zeitraum ohne externe Energiezufuhr möglich ist. Neben der reinen Bedarfsanalyse sowie Szenarienentwicklung sollten zudem konkrete Projekte umgesetzt werden. Dazu zählt bspw. die Flächenanalyse im Bestand für Standorte zur Speicherung von Wärme aus Großwärmepumpen. Darüber hinaus sollten beim Einbau von Wärmepumpen in Gebäuden eine Kombination mit Wärmespeichern forciert werden. Darauf sollte im Zuge der Austauschkampagne sowie der Qualitätsoffensive für Wärmepumpen (s. hierzu Aktivitätenempfehlung 2.3.3.2) hingewiesen werden. Hintergrund ist die Sicherstellung der Wärmeversorgung, auch wenn über eine längere Zeit kein Strom über das Netz verfügbar ist bzw. sehr teuer ist. Ergänzend dazu sollten auch dezentrale BHKW-Standorte geprüft werden. Darüber hinaus wird die Erprobung einer klimaneutralen Wärmeversorgung im verdichteten Mietwohnungsbestand im Bestand in Verbindung mit einer umfassenden energetischen Sanierung der Gebäude im Rahmen eines Modellprojektes empfohlen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Entwicklung der Strategie inkl. Identifizierung eines Modellquartiers
2. Sukzessive Umsetzung der Strategie inkl. Modellquartier und Öffentlichkeitsarbeit
3. Evaluation und Monitoring
4. Ggf. Konzipierung von gezielten Unterstützungsangeboten

 Akteure Stadt Köln – Koordinationsstelle Klimaschutz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, RheinEnergie AG	 Zielgruppe Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadtplanungsamt, Gebäudeeigentümer*innen, RheinEnergie AG
 Zeitaufwand 0,25 Vollzeitäquivalente	 Dauer der Aktivitätenempfehlung Mind. bis 2035, langfristig etablieren
 Sachkosten 100.000 € Strategieentwicklung	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen - Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Strategie wurde entwickelt, Entwicklung der Anzahl an installierten Wärmespeichern	 Weitere Wirkung Ökonomie: Regionale Wertschöpfung durch Aufträge für das lokale/regionale Handwerk Soziales: Speicher leisten einen Beitrag zur Versorgungssicherheit
 Synergieeffekte Aktivitätenempfehlung: 2.3.1.1. Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung	 Zielkonflikte Flächenbedarf
 Breitenwirksamkeit Die Strategie bildet eine wichtige Grundlage für den Ausbau von Wärmespeichern.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Mit der Ausschreibung der Strategieerstellung kann bereits kurzfristig begonnen werden.

3. Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral

3 Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral

3.1 Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften durch und im Konzern Stadt Köln

3.1.1 Nachhaltige städtische Unternehmenskultur entwickeln

3.1.1.1 Klimafreundliche Stadtverwaltung Köln bis 2030

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.1.1.1



Klimafreundliche Stadtverwaltung Köln bis 2030

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften
durch und im Konzern Stadt Köln

2022

Ziel und Strategie

Mithilfe einer Strategie und der Begleitung des Umsetzungsprozesses soll die Stadtverwaltung bei der Erreichung der Klimaneutralität unterstützt und so ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Ausgangslage

Die Stadt Köln hat mit der Gründung der Koordinationsstelle Klimaschutz, den Energieleitlinien der Stadt Köln sowie weiteren Maßnahmen bereits eine wichtige Grundlage für die Erreichung des Ziels einer klimaneutralen Stadtverwaltung im Jahr 2035 geschaffen. Neben der Koordination der Klimaschutzaktivitäten zählt u.a. die Initiierung von weiteren Klimaschutzaktivitäten zu den Aufgaben der Koordinationsstelle.

Beschreibung

Der Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Stadtgesellschaft in Köln bedarf einer deutlichen und glaubhaften Vorbildfunktion seitens der öffentlichen Hand, hier in einem ersten Schritt durch die Stadt Köln direkt beeinflussbar: die Kernverwaltung.

Als unmittelbare Sofortmaßnahme wird daher vorgeschlagen, eine Strategie für die klimaneutrale Stadtverwaltung Köln entwickeln und begleiten zu lassen.

Inhaltliche Merkmale sind:

- Start mit klarer Entscheidung von Politik und Verwaltungsvorstand zur Unterstützung
- Vorgehen in mehreren Phasen (von einzelnen Bereichen der Kernverwaltung, sukzessive Erweiterung auf alle Bereiche)
- Betrachtung der v.a. relevanten fachlichen Bereiche (Energie, Mobilität, Beschaffung)
- Verbindliche Entscheidungsleitlinien für Investitionen entwickeln

Externe Begleitung des Implementationsprozesses in den ersten 4 Jahren

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Beschluss des Ziels Klimaneutrale Stadtverwaltung Köln bis 2030 in den Gremien
2. Ausschreibung der Strategieentwicklung
3. Entwicklung der Strategie
4. Sukzessive Umsetzung der Strategie
5. Evaluation und Monitoring

 Akteure Sämtliche Einheiten und Unternehmen des Konzerns Stadt Köln	 Zielgruppe Sämtliche Einheiten und Unternehmen des Konzerns Stadt Köln
 Zeitaufwand 1 Vollzeitäquivalent (Koordination), Mitarbeit sämtlicher Mitarbeitenden	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2022 - 2030
 Sachkosten ggf. Umrüstung elektrischer Geräte und Anschlüsse ggf. Mehrkosten für klimafreundlichere Alternativprodukte	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen - Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Endenergieverbrauch Gebäude und Mobilität, Systematisierung von Beschaffungen und Konsum zu klimafreundlicheren Produkten	 Weitere Wirkung Kosteneinsparung durch geringeren Energie- und Materialverbrauch sowie klimafreundlichere Alternativprodukte
 Synergieeffekte -	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit Multiplikatorwirkung der Mitarbeitenden in den eigenen privaten Haushalt, Wirkung in die Öffentlichkeit durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Viele Einsparmaßnahmen sind unmittelbar umsetzbar und wirksam

3.1.1.2 Kommunale Wirtschaftsförderung 4.0 – Förderung regionaler Wertschöpfung

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.1.1.2



Kommunale Wirtschaftsförderung 4.0 – Förderung regionaler Wertschöpfung

Themenschwerpunkt

Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften durch und im Konzern Stadt Köln

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Ziel der „Wirtschaftsförderung 4.0“ ist die Unterstützung innovativer Wirtschaftsformen in Kommunen zur Stärkung der Resilienz und Regionalwirtschaft. Die systematische Förderung regionaler Wertschöpfung und kooperativer, gemeinwohlorientierter Wirtschaftsformen stärkt die lokale Wirtschaftsstruktur. Ziele des Klimaschutzes und ein sparsamer Umgang mit Ressourcen gehen damit einher.

Ausgangslage

Das Konzept der „Wirtschaftsförderung 4.0“ wurde bisher in den vier Städten Osnabrück, Wuppertal, Witten und Witzhausen erprobt (<https://www.wirtschaftsfoerderungviernull.de>).

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Köln hat den Mehrwert des Konzepts nachhaltiger Wirtschaftsförderung erkannt und in ihrer Dachstrategie festgeschrieben.

Beschreibung

Kommunale Wirtschaftsförderung hat sich klassisch primär um die Entwicklung von Gewerbegebieten und die Anwerbung von (größeren) Unternehmen gekümmert. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort ergibt sich nicht nur durch die Möglichkeiten, ein Unternehmen anzusiedeln. Wo sich die Menschen in ihrer Stadt wohlfühlen, tun es auch Fachkräfte, Studierende und Auszubildende. Gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Transformationen in Unternehmen für eine klimafreundliche Wirtschaft braucht es innovative Start-Ups, kreative Köpfe und kooperative Wirtschaftsformen, die durch Gemeinwohlorientierung und Nachhaltigkeit zu Lebensqualität, Klimaschutz und Resilienz beitragen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Zu Beginn steht eine Bestandsaufnahme gemeinwohlorientierter, solidarischer und nachhaltiger Start-Ups, Unternehmen und Initiativen. Im Gespräch oder durch Befragungen können konkrete Unterstützungsbedarfe ermittelt werden. Gerade bei jüngeren Unternehmungen ist der Bedarf nicht unbedingt (nur) finanzieller Art. Er kann auch darin bestehen, dass Räumlichkeiten benötigt werden oder Ausstattung, Öffentlichkeitsarbeit oder die Netzwerkarbeit unterstützt wird. Konkret kann das in Form von „Runden Tischen“, der Einrichtung von „Pop-Up-Stores“ zur Bewerbung regionaler und nachhaltiger Produkte oder entsprechende Veranstaltungsformate umgesetzt werden.



Akteure

Wirtschaftsförderung der Stadt Köln



Zielgruppe

Nachhaltig agierende und produzierende Unternehmen, Verbände, Initiativen und Organisationen in Köln



Zeitaufwand

1 Vollzeitäquivalent



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Fortlaufend



Sachkosten

Für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sollten jährlich 25.000 € Sachkosten einkalkuliert werden



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

kann nicht quantifiziert werden

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

kann nicht quantifiziert werden

Kumulierte THG-Einsparung (t):

kann nicht quantifiziert werden



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Meilensteine: Aufbau eines lokalen Netzwerks



Weitere Wirkung

Unterstützung nachhaltiger Wirtschaftsweisen, Förderung der Regionalwirtschaft



Synergieeffekte

Synergien zu weiteren Netzwerkarbeiten der Wirtschaftsförderung



Zielkonflikte

–



Breitenwirksamkeit

Breitenwirkung durch Ausweitung des Angebots nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Vielfältige Ansätze zur Nachhaltigkeit im Wirtschaften bereits vorhanden

3.1.2 Klimaschonende Beschaffung im Konzern Stadt Köln

3.1.2.1 Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung in städtischen Einrichtungen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.1.2.1.



Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung in städtischen Einrichtungen

Themenschwerpunkt

Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften durch und im Konzern Stadt Köln

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Ziel ist es, den Anteil an nachhaltigen Produkten, die soziale wie ökologische Kriterien erfüllen, in den Einrichtungen der Stadt zu erhöhen. Hierzu gehören beispielsweise besonders energieeffiziente Elektrogeräte und nachhaltig produzierte Verbrauchsmaterialien für die Büroarbeit ebenso wie Fahrzeuge und Arbeitskleidung in städtischen Unternehmen und regionale beziehungsweise kontrolliert biologisch erzeugte Produkte in Einrichtungen der städtischen Gemeinschaftsverpflegung. Grundlage für den letzteren Aspekt bildet ein Beschluss des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün der Stadt Köln, der eine signifikante Erhöhung und standardmäßige Verfügbarkeit von regionalen und nachhaltigen Lebensmitteln im Speiseangebot städtischer Verpflegungseinrichtungen vorsieht. Es besteht ein Prüfauftrag hinsichtlich der Frage, wie der Anteil an vorzugsweise regional erzeugten Bio-Produkten sowie die Anteile an regional erzeugten, saisonalen Lebensmitteln in den zubereiteten Gerichten in städtischen Kitas, Schulen und Kantinen sowie bei städtischen Veranstaltungen/Empfängen bis 2030 schrittweise erhöht werden kann. Neben Regelungen für städtische Einrichtungen soll darüber hinaus ein entsprechender Prozess für die Tochtergesellschaften der Stadt Köln (z.B. Kliniken) angestoßen und umgesetzt werden.

Beschreibung

Die Stadt Köln entwickelt und beschließt für relevante Produktgruppen Beschaffungsrichtlinien. Damit werden neben rein finanziellen Aspekten auch soziale und ökologische Kriterien für die Beschaffung festgelegt. Orientierung bietet hierfür beispielsweise der „Kompass Nachhaltigkeit“ (<https://www.kompass-nachhaltigkeit.de/ueber-den-kompass>). Im Bereich Verpflegung etwa will die Stadt Köln das Angebot an vegetarischen, veganen, regionalen, saisonalen und biologischen Gerichten in der städtisch organisierten Außer-Haus-Verpflegung ausweiten. Dabei sollen Kooperationen mit regionalen Betrieben unterstützt und ausgebaut werden.

Im Hinblick auf Verbrauchsmaterialien bieten sich zudem Richtlinien und Aufklärungsarbeit zur Minderung des Abfallaufkommens an. Hierfür kann zukünftig auch die „Zero-Waste-Strategie“, die derzeit in Erarbeitung ist, als Leitlinie gelten.

Erste Handlungsschritte/Aktivitäten

Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien sowie für die Lebensmittel-Beschaffung in den städtischen Gemeinschaftsverpflegungen.

**Akteure**

Stadt Köln: (1) Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien: Zentrale Dienste (2) Lebensmittel-Beschaffung: Amt für Kinder, Jugend und Familie; Amt für Schulentwicklung; Gebäudewirtschaft; Stabsstelle Events im Amt der Oberbürgermeisterin; Umwelt- und Verbraucherschutzamt; Kliniken der Stadt Köln; städtische Tochtergesellschaften

**Zielgruppe**

Stadt Köln, Gastronomie

**Zeitaufwand**

0,5 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre bei der Stadt Köln für die Koordination, Beteiligung der für Beschaffung zuständigen Stellen

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

3 Jahre

**Sachkosten**

16.000 € für Konzepterstellung und flankierender Kommunikation

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Als Beispiel werden die Lebensmittelbeschaffung und das Ersetzen von Mahlzeiten durch klimaschonende Alternativen verwendet. Dabei wird von einer jährlichen Umsetzungsquote von 20 % ausgegangen.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Die Einsparung nach vollständiger Umsetzung beträgt damit: 13.636 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

40.907 Tonnen CO₂eq

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Leitlinien Beschaffung

**Weitere Wirkung**

Soziales: Nachhaltigkeitskriterien beachten faire Arbeitsbedingungen bei der Produktion beschaffter Güter und Dienstleistung.
Ökologie: Umweltfreundliche Produkt- und Dienstleistungsstandards

**Synergieeffekte**

Synergien zu 3.1.2.2

**Zielkonflikte**

keine

**Breitenwirksamkeit**

Leitlinien kurzfristig auf viele Beschaffungsbereiche skalierbar

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

-

3.1.2.2 Nachhaltigkeitskriterien verbindlich umsetzen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.1.2.2.



Nachhaltigkeitskriterien verbindlich umsetzen

Themenschwerpunkt

Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften
durch und im Konzern Stadt Köln

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Das Ziel der Aktivitätenempfehlung ist die Steigerung des Anteils nachhaltiger Produkte in städtischen Einrichtungen.

Beschreibung

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitskriterien erfordert die verbindliche Vereinbarung und Kontrolle in der Umsetzung. Durch die Vielfalt an Produktgruppen, städtischen Einrichtungen und teilweise Trägerschaften von öffentlichen Einrichtungen, die nicht in städtischer Hand sind, benötigt die Einführung eine gewisse Zeit. So hat etwa das Amt für Schulentwicklung nur bei einer Minderheit der Schulen die Möglichkeit der Konzessionsvergaben und damit eine direkte Einflussmöglichkeit. Die Mehrheit der Vergaben wird über Kooperationsverträge mit den Trägervereinen geregelt, die dann beauftragend tätig werden. Hier kann das Amt für Schulentwicklung nur indirekt handeln, die Umsetzung liegt im Verantwortungsbereich der Trägervereine. Ähnliches gilt für Alten- und Pflegeheime oder Krankenhäuser. Insofern ist die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigkeitskriterien nur eingeschränkt zu kontrollieren. Im Hinblick auf nachhaltige Beschaffung aber gibt es vielfältige Vorarbeiten, Erfahrungen, Leitlinien und Online-Tools, die bei der Einführung genutzt werden können.

Erste Schritte/Teilaktivitäten

Zunächst sind die entsprechenden Leitlinien zu verfassen und zu beschließen. In einem zweiten Schritt sollte eine Datenbank eingerichtet werden, über die sämtliche Einrichtungen Zugriff auf das entsprechende Informationsmaterial und Vorlagen, wie etwa Ausschreibungshilfen, haben. Bei neuen Kooperationsverträgen sollen verbindliche Zielvereinbarungen, Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten berücksichtigt werden. Es wird zudem ein aktives Kontrollsystem entwickelt und eingeführt, um die Einhaltung der Kriterien zu überwachen.



Akteure

Stadt Köln: (1) Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien: Zentrale Dienste (2) Lebensmittel-Beschaffung: Amt für Kinder, Jugend und Familie; Amt für Schulentwicklung; Gebäudewirtschaft; Stabsstelle Events im Amt der Oberbürgermeisterin; Umwelt- und Verbraucherschutzamt; Kliniken der Stadt Köln; städtische Tochtergesellschaften



Zielgruppe

Trägervereine



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre bei der Stadt Köln



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Fortlaufend

 <p>Sachkosten</p> <p>20.000 € für Konzept Leitlinien und Aufbau Datenbank und Kontrollsystem</p>	 <p>Finanzierungsansatz</p> <p>Haushaltsmittel</p>
 <p>THG-Einsparungen</p> <p>Nicht quantifizierbar</p> <p>Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):</p> <p>Nicht quantifizierbar</p>	<p>Kumulierte THG-Einsparung (t):</p> <p>Nicht quantifizierbar</p>
 <p>Erfolgsindikatoren/Meilensteine</p> <p>Aufbau Datenbank, Entwicklung Leitlinien, Einführung Kontrollsystem</p>	 <p>Weitere Wirkung</p> <p>Soziales: Nachhaltigkeitskriterien beachten faire Arbeitsbedingungen bei der Produktion beschaffter Güter und Dienstleistung.</p> <p>Ökologie: Umweltfreundliche Produkt- und Dienstleistungsstandards</p>
 <p>Synergieeffekte</p> <p>Synergien zu 3.1.2.1</p>	 <p>Zielkonflikte</p> <p>keine</p>
 <p>Breitenwirksamkeit</p> <p>Kontrollsystem kurzfristig auf viele Beschaffungsbereiche skalierbar</p>	 <p>sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)</p> <p>keine</p>

3.2 Klimaschutz in Agrar- und Ernährungswirtschaft

3.2.1 Erzeugung, Produktion und Vermarktung im Bereich nachhaltiger Ernährung fördern

3.2.1.1 Ausbau des Anteils nachhaltig bewirtschafteter Landwirtschafts-Flächen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.2.1.1.



Ausbau des Anteils nachhaltig bewirtschafteter Landwirtschafts-Flächen

Themenschwerpunkt

Klimaschutz in Agrar- und Ernährungswirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Der Anteil nachhaltig bewirtschafteter Landwirtschafts-Flächen soll ausgebaut werden. Ziel ist die Steigerung nachhaltig bewirtschafteter landwirtschaftlicher Flächen im Stadtgebiet auf über 50% bis 2030 und über 90% bis 2035.

Beschreibung

Die landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Fläche in Köln nimmt stetig ab. Von 2000 bis 2017 hat sich die Fläche um 20% von 8.240 ha auf 6.574 ha reduziert (davon sind ca. 5600 ha Ackerfläche und ca. 1000 ha Grünland, dies entspricht 17% des Stadtgebiets). Die Kölner Liegenschaftsverwaltung hat 2.230 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von rund 2.700 ha an 91 Betriebe zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen daran ist bislang äußerst gering, der Großteil der Fläche wird konventionell bewirtschaftet. Ein Beschluss des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün der Stadt Köln sieht vor, dass die Bewirtschaftung der Agrarflächen im Eigentum der Stadt Köln sich künftig an einem Nachhaltigkeitskatalog orientieren soll. Die Agrarflächen sollen nicht weiter reduziert werden, da die Bedeutung der urbanen Landwirtschaft im Kontext der Ernährungsstrategie zunimmt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, stärkt die Beziehung der städtischen Bevölkerung zur Nahrungsmittelproduktion und leistet einen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz. Über Direkt- und Regionalvermarktungswege können die Aufwendungen für Transport, Logistik und Verpackung signifikant reduziert und damit Ressourcen und Treibhausgasemissionen eingespart werden.

Erste Schritte/Teilaktivitäten

Einflussmöglichkeiten der Stadt Köln sind:

- Einfluss auf Bewirtschaftungsarten bei der Verlängerung von Pachtverträgen. Grundlage hierfür ist der vom Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün der Stadt Köln verabschiedete Entwurf eines Kriterienkatalogs zur Verpachtung städtischer Agrar-Flächen, der in enger Abstimmung mit den Kölner Landwirt*innen weiterentwickelt wird.
- Beratungsangebote für die Umstellung von Betrieben auf nachhaltige Bewirtschaftung.
- Einbindung und Stärkung der handwerklichen Verarbeitung in lokale Wirtschaftskreisläufe (Bäcker*innen, Metzger*innen, Direktvermarkter*innen) durch Netzwerkbildung und Kampagnen.
- Einbindung in die regionale Nahversorgung von Kantinen, Schulen und Verwaltungen durch Nutzung des Nachfragepotentials des Konzerns Stadt Köln.

 Akteure Stadt Köln: Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen; Umwelt- und Verbraucherschutzamt (Untere Naturschutzbehörde)	 Zielgruppe Landwirt*innen, handwerkliche Verarbeitung, Beschaffungswesen der Stadt Köln
 Zeitaufwand 0,25 Vollzeitäquivalente über 2 Jahre	 Dauer der Aktivitätenempfehlung fortlaufend
 Sachkosten Jährlich 26.000 € für Netzwerk- und Kampagnen-arbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 153,9 Tonnen CO ₂ eq/a	Kumulierte THG-Einsparung (t): 461,7 Tonnen CO ₂ eq
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Konversion konventionell bewirtschafteter in nachhaltig bewirtschaftete landschaftliche Fläche (50% bis 2030, 90% bis 2035)	 Weitere Wirkung Ökologie: Stärkung Biodiversität und Artenvielfalt; Schutz natürlicher Ressourcen wie Boden und Wasser
 Synergieeffekte Synergien zu Aktivitätenempfehlungen der Maßnahme 3.1.2	 Zielkonflikte Evtl. Ressentiments gegen neue Bewirtschaftungsmethoden seitens landwirtschaftlicher Betriebe
 Breitenwirksamkeit -	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

3.2.1.2 Zentrale Handelsorte (Food Hub) und Märkte mit regionalen Angeboten

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.2.1.2.



Zentrale Handelsorte (Food Hub) und Märkte mit regionalen Angeboten

Themenschwerpunkt

Klimaschutz in Agrar- und Ernährungswirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Ziel ist es, bis 2030 insbesondere kleinen und mittleren nachhaltig produzierenden Landwirt*innen aus Köln und der Region Zugang zum größeren Markt in Köln zu verschaffen. Die Aktivitätenempfehlung zielt darauf ab, die Aggregation, Lagerung, Verarbeitung und Vermarktung von lokal produzierten Lebensmitteln zu erleichtern. Damit sollen vorbildliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen geschaffen werden, um die Versorgung Kölns mit regional produzierten Lebensmitteln in einem gesteigerten Umfang sicherzustellen. Hierzu werden ein Food Hub (als Frischezentrum) und (revitalisierte) Märkte mit regionalen, nachhaltigen Angeboten als zentrale Umschlag- und Weiterverarbeitungsplätze zur Optimierung der Handelsströme erschaffen und gefördert. Damit werden Verkehrsströme reduziert und THG-Emissionen eingespart. Das geplante Vorgehen ist beispielhaft und kann Strahlkraft über die Grenzen der Stadt Köln hinaus entwickeln.

Beschreibung

Zentral gelegene Handelsorte (Food Hub) und Märkte mit regionalen Angeboten sind probate Mittel, um die Versorgung Kölns mit lokal produzierten Lebensmitteln zu fördern. Kernfunktionen eines Food Hub sind:

- Zusammenstellung von Produkten verschiedener Lieferanten/Betriebe für den Vertrieb über einen einzigen Kanal (Transparenz in der Lieferkette vom Acker bis zum Teller)
- Behebung von Mängeln in der Verarbeitungs-Infrastruktur für kleinere, lokale Betriebe und damit die Verbesserung von deren Marktzugang
- Lagern von Produkten und Transport zum Kunden (signifikante Verringerung von Transportemissionen)
- Käufer finden, Produkte verkaufen und bewerben und die Markenidentität der Betriebe fördern. (Schaffung eines zuverlässigen Absatzmarkts für lokale Betriebe)
- Schaffung von Bewusstsein und Wertschätzung für die Herkunft der Lebensmittel

Erste Handlungsschritte/Teilaktivitäten

Im Rahmen der Aktivitätenempfehlung übernimmt die Stadt Köln folgende Aufgaben:

- Anschubförderung für eine interdisziplinäre Projektentwicklung sicherstellen
- städtische Koordinierung über die Einrichtung einer Personalstelle
- Akquise und Einwerbung von Fördermitteln für die Umsetzung
- Identifikation geeigneter Standorte für den zentralen Handelsort
- Gründung einer Träger - Gesellschaft
- Förderung von Märkten mit regionalen Angeboten

**Akteure**

Stadt Köln: Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, dort Marktwesen, Gebäudewirtschaft (standortabhängig); Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V. (fachliche Expertise)

**Zielgruppe**

Landwirt*innen, Händler*innen

**Zeitaufwand**

1 Vollzeitäquivalent

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

fortlaufend

**Sachkosten**

60.000 €/a für die Anmietung einer Lagerhalle (Foodhub) und 2.000 €/a für die begleitende Kampagnen- und Netzwerkarbeit
insgesamt 806.000 € bis 2035

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel, Fördermittel

**THG-Einsparungen**

Einsparungen in Aktivitätenempfehlung 6.2.2.2 „Netzwerk Regionale Vermarktung“ enthalten

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Einsparungen in Aktivitätenempfehlung 6.2.2.2 „Netzwerk Regionale Vermarktung“ enthalten

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Einsparungen in Aktivitätenempfehlung 6.2.2.2 „Netzwerk Regionale Vermarktung“ enthalten

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Umsetzung Foodhub, Anzahl teilnehmende Betriebe, Anzahl Märkte, Gründung Trägergesellschaft

**Weitere Wirkung**

Ökonomie: Förderung kleiner Betriebe bzw. Ermöglichung Marktzugang

**Synergieeffekte**

Synergien zu Aktivitätenempfehlungen 6.2.2.2; 3.1.2.1; 3.1.2.3

**Zielkonflikte**

-

**Breitenwirksamkeit**

Skalierbarkeit des Netzwerks schnell möglich

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

Märkte mit regionalen Angeboten sind im Stadtbild sichtbar

3.2.1.3 Urban Gardening in allen Stadtteilen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.2.1.3.



Urban Gardening in allen Stadtteilen

Themenschwerpunkt

Klimaschutz in Agrar- und Ernährungswirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Die Aktivitätenempfehlung zielt darauf ab, auf Erfahrungen aufzubauen, um in jedem Stadtteil Kölns mindestens einen Ort für Urban Gardening zu schaffen und den Unterhalt zu unterstützen. Die Umsetzung soll insbesondere im Rahmen von Neubau-Quartieren forciert und sichergestellt werden. Die Beschlussfassung zum Aktionsplan für die Essbare Stadt Köln sieht vor, öffentliches Grün im Stadtgebiet Kölns für Mensch und Tier ‚essbar‘ zu machen, z.B. durch Anpflanzung von Beerensträuchern und Obstbäumen. Darüber hinaus sollen Schulgärten gefördert werden, um Kindern und Jugendlichen die Freude am Gärtnern zu vermitteln.

Beschreibung

Urban Gardening ist Gärtnern in der Stadt. So entstehen kleine grüne Biotope mitten in der Stadt, die das Mikroklima verbessern und dem Wunsch vieler Menschen nach umweltschonender Produktion von Lebensmitteln, vegetarischer und veganer Lebensweise entsprechen. Urbane Gärten liefern Bienen ein Nahrungsangebot, stärken das menschliche Verständnis für die Herkunft von Nahrungsmitteln und bringen Menschen in der Stadt zusammen. Durch Projekte wie ‚Essbares Wohnumfeld‘ und ‚Gartenlabore‘ werden Aspekte des Urban Gardenings in Köln umgesetzt. Diese Projekte werden zum Teil bereits jetzt durch die Stadt Köln finanziell unterstützt. Eine Verstetigung dieser Förderung wird derzeit angedacht.

Arbeitsschritte/Teilaktivitäten

- Entwicklung von Konzepten für Gemeinschaftsgärten in Kooperation mit dem Ernährungsrat
- Identifikation und Sicherung geeigneter Flächen
- Genehmigungsrechtliche Klärung
- Organisation und Unterstützung des gemeinschaftlichen und freiwilligen Engagements zur Schaffung und Betrieb der Gärten



Akteure

Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, Umwelt- und Verbraucherschutzamt
, Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V.



Zielgruppe

Bürger*innen, Schulen, Unternehmen



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre



Dauer der Aktivitätenempfehlung

3 Jahre



Sachkosten

72.000 € für Förderung zum Anlegen gemeinschaftlicher Gärten und flankierender Öffentlichkeitarbeit



Finanzierungsansatz

Förderung, Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl urbaner Gärten, Anzahl Teilnehmende



Weitere Wirkung

Ökologie: Förderung Artenvielfalt, Biodiversität, Mikroklima

Soziales: Gemeinschaftliche Gärten sind Orte der Begegnung und fördern die soziale Teilhabe



Synergieeffekte

Synergien zu Aktivitätenempfehlungen 6.2.2.2; 3.1.2.1; 3.1.2.2



Zielkonflikte

keine



Breitenwirksamkeit

Teilnehmende werden zu Multiplikatoren



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Urbane Gärten sind sichtbar und entfalten Strahlkraft in die Bevölkerung

3.2.1.4 Verleihung eines Kölner Siegels im Bereich „Ernährung und Konsum“

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.2.1.4.



Verleihung eines Kölner Siegels im Bereich „Ernährung und Konsum“

Themenschwerpunkt

Klimaschutz in Agrar- und Ernährungswirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Ziel des Siegels ist es, die Akteure im Bereich „Ernährung und Konsum“ (z.B. Schulen und Kitas, Kantinen, Gastronomie) in einer wertschätzenden Form zu würdigen, zum weiteren Engagement zu motivieren und durch den Vorbildcharakter die weitere Verbreitung zu fördern.

Beschreibung

Siegel und Auszeichnungen sind ein wichtiges Mittel der Anerkennungskultur für nachhaltiges und klimaschonendes Handeln. Bis 2023 wird daher ein Kölner Siegel entwickelt und implementiert, um „klimafreundliche und nachhaltig handelnde Akteure“ im Bereich Ernährung und Konsum auszuzeichnen. Das Siegel soll als gemeinsame Initiative der Wirtschaftsförderung der Stadt Köln und des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes unter Einbindung des Ernährungsrates für Köln und Umgebung e.V. angelegt werden.

Erste Arbeitsschritte/Teilaktivitäten

Arbeitsschritte zur Umsetzung der Aktivitätenempfehlung sind:

- Förderung einer halben Personalstelle beim Ernährungsrat oder bei der Stadt Köln
- Das Siegel wird entworfen und die Kriterien für die Vergabe festgelegt.
- Es wird eine Kampagne zum Bekanntmachen des Siegels entwickelt und durchgeführt.
- Es wird ein Vergabeverfahren mittels einer Jury eingeführt und umgesetzt.
- Die Träger des Kölner Siegels werden im Rahmen eines stadtweiten Marketings vorgestellt.



Akteure

KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V.



Zielgruppe

Schulen und Kitas, Kantinen, Gastronomie



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

26.000 € flankierende Öffentlichkeitsarbeit



Finanzierungsansatz

Förderung, Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Einführung Siegel; Festlegung Kriterien, Anzahl verliehener Siegel



Weitere Wirkung



Synergieeffekte

Synergien zu Aktivitätenempfehlungen 6.2.2.2; 3.1.2.1; 3.1.2.2



Zielkonflikte

keine



Breitenwirksamkeit

Ausgezeichnete Einrichtungen haben Vorbildcharakter und motivieren zum Nachahmen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Siegel entfaltet sofortige Wirkung durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit

3.3 Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

3.3.1 Klimaschutz als Quartiersansatz

3.3.1.1 Einführung eines Gebietsmanagements für Klimaschutz in bestehenden und neuen Gewerbegebieten

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.2.3



Einführung eines Gebietsmanagements für Klimaschutz in bestehenden und neuen Gewerbegebieten

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Mit der Einführung eines Gebietsmanagements für Klimaschutz in Gewerbegebieten sollen bestehende Gebiete systematisch Richtung Klimaneutralität entwickelt werden. Für neue Gebiete besteht die Zielsetzung darin, sie von Beginn an klimaneutral zu konzipieren, zu planen und zu entwickeln. Neben reinen Gewerbegebieten sollte das Gebietsmanagement dabei auch als die ausführende Stelle des „Whole District Approach“ für gemischte Gebiete konzipiert werden.

Ausgangslage

Gewerbegebiete stehen vor spezifischen Herausforderungen bezüglich der Entwicklung zur Klimaneutralität. Die verschiedenen Branchen, die hier angesiedelt sein können, haben jeweils unterschiedliche Ausgangssituationen und Entwicklungsstrategien umzusetzen.

Beschreibung

Der Ansatz des Quartiersmanagements versteht sich als übergreifender Ansatz zur Umsetzung der in der Strategie beschriebenen Aktivitätenempfehlungen. Er soll die verschiedenen Ansätze bündeln und unternehmens- bzw. branchenspezifisch in bestehenden Gewerbegebieten umsetzen. Hierzu gehören neben den in diesem Handlungsfeld „Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral“ beschriebenen Aktivitätenempfehlungen auch Ansätze aus dem Handlungsfeld Energie (z.B. in 2.2.1. Maßnahme: Ausbau der Photovoltaik auf Wohn- und Nichtwohngebäuden), dem Handlungsfeld Mobilität und Logistik (z.B. in 4.3.1. Maßnahme: Wirtschaftsverkehr und betriebliche Mobilität). Zu dem Management gehören damit konkrete Klimaschutzstrategien für die bestehenden Gewerbegebiete der Stadt Köln, das Controlling der umzusetzenden Aktivitätenempfehlungen sowie das Monitoring über die Entwicklung. Hierzu gehört auch die optimale Nutzung von Flächen und bei Bedarf der Umnutzung von bestehenden Bauten und Gebieten, um den Bedarf an Neuentwicklung möglichst im Bestand realisieren zu können. Für dennoch neu zu entwickelnde Gewerbegebiete werden darüber hinaus Konzepte erarbeitet, um über Planungshilfen und Vergabeverfahren Klimaneutralität von Beginn an mitzudenken.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Beschlussfassung zur ausschließlich klimaneutral zu entwickelnden neuen Gewerbegebieten
2. Pilotprojekt zur Entwicklung eines klimaneutralen Gewerbegebiets
3. Erstellung von Teilkonzepten für bestehende Gewerbegebiete und von Konzepten zu klimaneutraler Entwicklung neuer Gebiete als Rollout
4. Einführung des Gebietsmanagements für Gewerbegebiete
5. Monitoring und Controlling

 Akteure Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, HWK, IHK, Rhein-Energie	 Zielgruppe Unternehmen in Gewerbegebieten der Stadt Köln
 Zeitaufwand 1 Vollzeitäquivalent	 Dauer der Aktivitätenempfehlung Machbarkeitsstudie: 1 Jahr Pilotprojekt: 5 Jahre danach fortlaufend
 Sachkosten Machbarkeitsstudie: 120.000 € Öffentlichkeitsarbeit: 15.000 pro Jahr	 Finanzierungsansatz Förderung über NKI ist zu prüfen Kommunaler Haushalt
 THG-Einsparungen Grundlage der Berechnung ist der Wärmeverbrauch und Stromverbrauch eines fiktiven Beispielgewerbegebietes. Aus Erfahrungswerten, wird die Annahme getroffen, dass diese Aktivitätenempfehlung insgesamt 10% CO ₂ -Einsparung erzielen kann. Minderung pro bestehendes bzw. neues Gewerbegebiet: 886 t CO ₂ eq	
 Weitere Wirkung Lokale Bindung von Unternehmen	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Durchgeführte Projekte / entwickelte Gebiete Endenergieverbrauch Unternehmen	 Synergieeffekte Synergien bestehen zu den Handlungsfeldern Mobilität, Gebäude und Energie
 Breitenwirksamkeit Pilotprojekt soll eine gewisse Breitenwirkung auf weitere Gebiete haben	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Umsetzung ist eher mittelfristig einzuschätzen

3.3.1.2 Klimaschutz als Quartiersansatz in gewerblich geprägten Gebieten – „Whole District Approach“

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.2.1



Klimaschutz als Quartiersansatz in gewerblich geprägten Gebieten – „Whole District Approach“

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Ziel des Ansatzes ist es, unterschiedliche zielgruppenspezifische Maßnahmen in gemischt genutzten Quartieren integriert zu betrachten und zu entwickeln. Anhand erster Erfahrungen in einem ausgewählten Quartier im ersten Jahr, sollte bis zum Jahr 2030 der Ansatz auf mindestens 10 relevante Quartiere ausgeweitet werden.

Ausgangslage

Die zielgruppen- und sektorspezifische Einteilung von Klimaschutzmaßnahmen ist sinnvoll, trifft aber in einer Stadt wie Köln auch auf gemischt genutzte Quartiere, in denen Wohnen und Arbeiten, öffentliche Einrichtungen, Gewerbe und Handel dicht beieinander liegen. Dementsprechend braucht es auch integrierte und quartiersspezifische Ansätze, die Potenziale der Sektorkopplung, Synergien zwischen verschiedenen Handlungsfeldern und Schnittstellen unterschiedlicher Zielgruppen berücksichtigen.

Beschreibung

Quartiersspezifische Ansätze, die für die genannten Schnittstellen von besonderer Relevanz sind, finden sich im Bereich Wärmeversorgung und Mobilität. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, auf Basis einer kommunalen Wärmeplanung (siehe 2.3.1. Maßnahme: Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Wärmeplanung / Energienutzungsplanung) die Potenziale gewerblicher Abwärme (siehe hierzu auch 3.3.2.2. Nutzung industrieller Abwärme) und deren Nutzung zur Wärmeversorgung im Quartier zu identifizieren.

Zudem ist gerade in Quartieren mit gemischter Nutzung eine Verknüpfung von betrieblichen Mobilitätskonzepten (vgl. hierzu auch 4.3.1.1. Mobilitätsmanagement) mit privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln sinnvoll.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzeption quartiersspezifischer Prozesse unter Einbindung relevanter Zielgruppen
2. Durchführung von Veranstaltungen, Beratungsgesprächen und Unterstützung zum Aufbau sowie Begleitung interner Prozesse (Anbindung an bzw. Durchführung durch die „Servicestelle vor Ort“)
3. Öffentlichkeitsarbeit



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Rhein-Energie, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, KVB



Zielgruppe

Unternehmen, Einrichtungen und Zivilgesellschaft in einzelnen Quartieren



Zeitaufwand

1 Vollzeitäquivalent



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Orientiert sich an den Laufzeiten der Maßnahmen 2.3.1. (kommunale Wärmeplanung) und 4.3.1. (Wirtschaftsverkehr und betriebliche Mobilität)



Sachkosten

Sachkosten für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit: ca. 25.000 pro Jahr



Finanzierungsansatz

Förderung z.B. über NKL oder DBU zu prüfen



THG-Einsparungen

Annahmen: Mit dieser Aktivitätenempfehlung werden 50 Unternehmen pro Jahr und eine Reduktion des Wärme- sowie Stromverbrauchs von 3% erreicht.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 1.247 t CO₂eq /a

Kumulierte THG-Einsparung (t): 5.132 t CO₂eq



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl und Teilnahme durchgeführter Veranstaltungen
Durchgeführte Quartiers-Projekte



Weitere Wirkung

Kooperation im Quartier stärken



Synergieeffekte

Synergien bestehen zum Handlungsfeldern Mobilität, Gebäude und Energie



Zielkonflikte

Bestehende Konflikte um die Flächennutzung in dicht besiedelten Quartieren sollten mit diesem Ansatz adressiert werden.



Breitenwirksamkeit

In einem Quartier kann sich eine Breitenwirkung durch die Verbindung verschiedener Sektoren ergeben.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

–

3.3.1.3 „Servicestelle vor Ort“ für Klimaschutz in Unternehmen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.1.3



„Servicestelle vor Ort“ für Klimaschutz in Unternehmen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle zur Beratung von Unternehmen aus dem Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistung zu den Themen Energie und Klimaschutz.

Ausgangslage

In Köln gibt es bislang keine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen zur Beratung in den Themen Energie und Klimaschutz. Zwar gibt es auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Beratungs- und Förderangebote, doch ist die Orientierung im „Förderdschungel“ oft schwierig.

Beschreibung

Mit der Einrichtung einer „Servicestelle vor Ort“ soll eine zentrale Anlaufstelle entstehen, die Unternehmen im Bereich des Klimaschutzes unterstützt. Hier werden die verschiedenen Angebote und Möglichkeiten – sowohl solche, die auf Bundes- und Landesebene bestehen, wie auch die in Köln bestehenden oder im Rahmen der Klimastrategie entwickelt werden – gebündelt und im Rahmen einer neutralen Beratung Fragen rund um das Thema Energie- und Klimaschutz beantwortet. Unternehmen erhalten Hilfe bei der Organisation und Durchführung von Klimaschutzaktivitäten. Im Fokus der Information sollten die generellen Vorteile sowie insbesondere die Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen stehen. Durch eine Ansiedlung der „Servicestelle vor Ort“ bei der Wirtschaftsförderung besteht bereits häufig eine direkte Verbindung zu den Unternehmen. Bestehende Strukturen, wie Öko-profit sind einzubinden. Zudem sollten ein Energie-Coaching und eine Umsetzungsbegleitung, die Einführung von Energiecontrolling und Beratung zu Förderprogrammen oder Finanzierungsmöglichkeiten, etwa über Contracting, im Portfolio sein. Für branchenspezifische homogene Zielgruppen, wie etwa Hotels und Gaststätten, Alten- und Pflegeheime oder im Einzelhandel sollten passgenaue Sonder-Initiativen und Angebote entwickelt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifizierung der Bedarfe von Unternehmen (branchenspezifisch)
2. Konzipierung des Grundkonzeptes der Beratungs- und Unterstützungsinitiative
3. Öffentlichkeitswirksame Bekanntmachung der Servicestelle vor Ort
4. Regelmäßige Evaluation und Anpassung der Angebote



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung KölnBusiness, IHK, HWK und Rheinenergie



Zielgruppe

Unternehmen auf Kölner Stadtgebiet



Zeitaufwand

2 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Fortlaufend (Die Zahlenwerte sind für einen Zeitraum von 10 Jahren berechnet worden)



Sachkosten

Öffentlichkeitsarbeit: 50.000 €



Finanzierungsansatz

Anschubfinanzierung durch ein Förderprogramm wäre zu prüfen



THG-Einsparungen

Es wird davon ausgegangen, dass diese Aktivitätenempfehlung jährlich bis 50 Unternehmen erreicht und zu Einsparungen im Wärmeverbrauch von 7% und beim Stromverbrauch 10% führen kann.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Einsparung nach vollständiger Umsetzung: 4.009 t CO₂eq /a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

17.952 t CO₂eq



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Endenergieverbrauch Unternehmen
Anzahl der Beratungen pro Jahr



Weitere Wirkung

Lokale Bindung von Unternehmen



Synergieeffekte

Die Servicestelle vor Ort kann als zentrale Anlaufstelle diverser Aktivitätenempfehlungen und Angebote die lokale Wirtschaft betreffend bündeln und entsprechend zielgerichtet Informationen vermitteln.



Zielkonflikte

–



Breitenwirksamkeit

Breitenwirksamkeit durch Ansprache diverser Branchen gegeben



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Für die Sichtbarkeit benötigt das Angebot eine entsprechende Bewerbung (s. Sachkosten)

3.3.2 Klimaschutz in energieintensiven Unternehmen

3.3.2.1 Strategieentwicklung klimaneutrale Energieversorgung für energieintensive Industrieunternehmen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.3.1.2



Strategieentwicklung klimaneutrale Energieversorgung für energieintensive Industrieunternehmen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2022

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist die sukzessive Umstellung von fossilen Energiequellen auf erneuerbare Energien und die Nutzbarmachung von grünem Wasserstoff für energieintensive Industrieunternehmen. Neben der Umstellung der externen Energieversorgung kommt der Erzeugung erneuerbarer Energie und der effektiven Energienutzung und -einsparung innerhalb des Unternehmens eine wichtige Rolle zu. Für diese Prozesse müssen die Unternehmen ihren Energiehaushalt gut kennen, um Einsparungs- und Umstellungspotenziale sowie Abwärmenutzungen (siehe Aktivitätenempfehlung 3.3.2.2) angehen zu können.

Ausgangslage

In der Stadt Köln sind zahlreiche industrielle Unternehmen, etwa aus den Teilbranchen Automobile, Chemie, Maschinenbau, Energie- und Umweltwirtschaft ansässig. Einige Vertreter*innen waren intensiv und aktiv in der „Projektgruppe Industrie“ eingebunden, um für die Strategie Klimaneutrales Köln Aktivitätenempfehlungen mit zu entwickeln und zu diskutieren. Hierbei ging es u. a. um Erzeugungspotenziale – etwa durch Photovoltaik – auf industriellen Gebäuden und Flächen, um Erzeugungs- und Anwendungsfragen von Wasserstoff, um Antriebstechnologien und -energien in der Logistik und die Beschäftigtenmobilität. Diese Ansätze bieten eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung und Konkretisierung von Strategien für eine klimaneutrale Energieversorgung von energieintensiven Industrieunternehmen.

Beschreibung

Zur Dekarbonisierung energieintensiver Industrien bedarf es besonderer Strategien: Vor dem Hintergrund der Klimaneutralität als Zielsetzung stehen die Unternehmen vor Fragen der Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, die dementsprechend berücksichtigt werden müssen. Für eine klimaneutrale Energieversorgung bedarf es ausreichend verfügbarer Energie aus erneuerbaren Quellen (vor allem großer Mengen an elektrischer Energie und grünem Wasserstoff), während die Produktionspotenziale auf Kölner Stadtgebiet limitiert sind. Demnach sind bei einer Strategieentwicklung auch Effizienzpotenziale und damit Energieeinsparung in industriellen Betrieben und Prozessen zu betrachten: Je geringer der Energiebedarf umso einfacher ist es, ihn über erneuerbare Quellen zu decken.

Viele Unternehmen haben bereits interne Energiemanagementsysteme implementiert, Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt und kennen die relevanten technologischen Möglichkeiten, die für eine Dekarbonisierung zur Verfügung stehen bzw. entwickelt werden. Dennoch ist dieser Bereich meist nicht das Kerngeschäft der Unternehmen, so dass Unterstützungs- und Beratungsleistungen von Seiten der Stadt Köln sinnvoll sind.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

In einem ersten Schritt entwickelt die Stadt Köln ein kompaktes Unterstützungspaket in Abstimmung mit anderen relevanten Unternehmen, wie etwa der Rhein-Energie. Dieses Paket sollte unterschiedliche Ausgangssituationen verschiedener Unternehmen ebenso berücksichtigen wie die diversen Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energiebedarfe, die – je nach Branche – sehr unterschiedlich

sind.

Berücksichtigt werden sollten zudem bestehende überregionale Angebote bzgl. Beratung und finanzieller Förderung, wie sie beispielsweise das „Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien“ (KEI)⁴ anbietet.

Nach der aktiven Erstansprache von Seiten der Stadt Köln werden die unternehmensspezifischen Unterstützungsbedarfe gemeinsam identifiziert und entsprechend passende Berater*innen vermittelt. Es besteht auch die Möglichkeit, die Strategieentwicklung bzw. deren Umsetzung im Rahmen einer Klimapartnerschaft zu „besiegeln“ (vgl. Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und Kölner Unternehmen).

Für die Strategieentwicklung kann ein Pilotprojekt in einem Gewerbegebiet sinnvoll sein. Hierbei sollten die Verbindungen zu anderen Aktivitäten (z.B. H2-Projekten wie HyPipCo - Wasserstoff-Pipeline) berücksichtigt werden.



Akteure

Wirtschaftsförderung, Koordinationsstelle Klimaschutz, RheinEnergie, IHK



Zielgruppe

Industrieunternehmen auf Kölner Stadtgebiet



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

3 Strategien für Unternehmen pro Jahr à 15.000 Euro: 45.000 € pro Jahr



Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt



THG-Einsparungen

Grundlage ist der Strom- und Wärmeverbrauch der gesamten Kölner Industrie. Es wird von einer Reduktion von jeweils 6% jährlich ausgegangen.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 62.105 t CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t): Wird noch quantifiziert.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl der beratenen Unternehmen
Entwicklung der Emissionen im Bereich Industrie und GHD



Weitere Wirkung

Neben Emissionsminderungen können die Strategien auch zur Verbesserung der Luftqualität beitragen, wenn die Verbrennung fossiler Energieträger vermindert wird



Synergieeffekte

Synergieeffekte bestehen zu verschiedenen Maßnahmen, die den Bereich Wirtschaft adressieren (z.B. Kooperationen)



Zielkonflikte

Konkurrenzen in der Nutzung begrenzt verfügbarer erneuerbarer Energien (z.B. Wasserstoff)



Breitenwirksamkeit

Multiplikatorwirkung im Sinne einer Vorbildwirkung auf andere Unternehmen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Strategieentwicklung kann durch begonnene kooperative Arbeiten in der Projektgruppe kurzfristig begonnen werden

⁴ siehe: <https://www.klimaschutz-industrie.de/kompetenzzentrum/>

3.3.2.2 Strategie: Smart sustainable industry – Integration der Aspekte Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.3.1.3



Strategie: Smart sustainable industry – Integration der Aspekte Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Themenschwerpunkt	Einführung der Aktivitätenempfehlung
Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten	2023

Ziel und Strategie

Mit einer „Smart sustainable industry“ Strategie“ werden die Aspekte Digitalisierung und Nachhaltigkeit verschnitten, um Effizienzpotenziale in der Industrie zu heben, Ressourcen zu schonen und den Einsatz erneuerbarer Energien zu optimieren.

Ausgangslage

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie wird eingesetzt um beispielsweise in Produktionen den Output zu erhöhen, Prozesse schneller zu gestalten und Wirtschaftskraft zu erhöhen. Nicht selten können mit diesen Entwicklungen negative ökologische Effekte verbunden sein, etwa ein erhöhter Energie- und Ressourcenverbrauch. Auf der anderen Seite aber birgt die „Industrie 4.0“ als Digitalisierungsstrategie des Sektors auch Potenziale für den Aufbau einer energieeffizienteren und ressourcenschonenderen Industrie. Diese Möglichkeiten gilt es zu identifizieren, (weiter) zu entwickeln und in Kölner Unternehmen anzuwenden.

Beschreibung

Smarte Lösungen und Anwendungen zur Förderung der Nachhaltigkeit in Kölner Unternehmen sind vielfältig:

Eine Möglichkeit etwa ergibt sich durch intelligente Systeme wie Smart Grids. Hierdurch können Daten zu Stromerzeugung, Speicherung und Verbrauch kombiniert und wichtige Netzinformationen übertragen werden. Dies kann zur effizienten Nutzung der erneuerbaren Energie und der Optimierung der Netzauslastung beitragen.

Digitale Anwendungen und Prozesse, etwa bei der Überwachung von Maschinen oder Abläufen, können die Produktion verbessern und damit die notwendigen Ressourcen schonen. Und sie können bei der Einführung eines Lifecycle-Managements von Produkten bzw. des Unternehmens eingesetzt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Durchführung von Potenzial- und Machbarkeitsstudien zu smart grids in Köln. Diese können im Rahmen anderer Aktivitätenempfehlungen integriert betrachtet werden, etwa bei der „Strategieentwicklung klimaneutraler Energieversorgung für energieintensive Unternehmen“

Vermittlung von Unterstützungs- und Beratungsleistungen bei der Entwicklung bzw. Einführung digitaler Prozesse und Anwendungen und/oder Produkten und Lifecycle Management

Unterstützung bei der Einwerbung von Fördermitteln / Initiierung von Pilotprojekten zu Themen der „Industrie 4.0“ in Verbindung mit einer klimaschonenden Industrie



Akteure

Wirtschaftsförderung



Zielgruppe

Industrieunternehmen auf Kölner Stadtgebiet

**Zeitaufwand**

0,5 Vollzeitäquivalente

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

Machbarkeitsstudie: 2023

Beratung: fortlaufend

Pilotprojekt(e): ca. 3-5 Jahre (2023 - 2026 / 2028)

**Sachkosten**

Machbarkeitsstudie: 120.000 €

Beratungsleistungen (extern): 30.000 € pro Jahr

Umsetzungsprojekte: Sachkosten sollten bei der Einwerbung von Fördermitteln mit beantragt werden

**Finanzierungsansatz**

Kommunaler Haushalt, Fördermittel

**THG-Einsparungen**

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Einsparungen sind extrem abhängig von den spezifischen Anwendungen und können vor diesem Hintergrund hier nicht quantifiziert werden

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Einsparungen sind extrem abhängig von den spezifischen Anwendungen und können vor diesem Hintergrund hier nicht quantifiziert werden

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Erfolgreiche Anträge zur Umsetzung von Pilotprojekten

**Weitere Wirkung**

Digitale Anwendungen und Prozesse können ggf. Arbeitsplätze ersetzen oder Tätigkeitsbereiche verändern. Dies sollte bei der Einführung frühzeitig mit bedacht werden (s. auch Synergien und Zielkonflikte)

**Synergieeffekte**

Smarte Anwendungen können hohe Synergien zu Themen der Kreislaufwirtschaft haben.

Synergien entstehen, wenn durch digitale Prozesse fehlende Arbeitskräfte kompensiert werden können.

**Zielkonflikte**

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, es sollte sichergestellt sein, dass durch die Anwendungen keine Mehrverbräuche entstehen.

Wenn digitale Prozesse bestehende Arbeitsplätze ersetzen, sollte frühzeitig durch Weiterbildung und neue Einsatzbereiche die Weiterbeschäftigung gesichert werden.

**Breitenwirksamkeit**

Digitale Anwendungen und Prozesse können sehr spezifisch sein, die Breitenwirkung ist darum eher gering einzuschätzen

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

Die Umsetzbarkeit wird eher mittelfristig eingeschätzt.

3.3.2.3 Förderung der Wasserstoffnutzung

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.3.2.1



Förderung der Wasserstoffnutzung

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist die Unterstützung der lokalen Produktion und Anwendung von grünem Wasserstoff.

Ausgangslage

Das Thema Wasserstoff ist ein hoch aktuelles und wird auf verschiedenen Ebenen und Programmsträngen gefördert. Die Einsatzbereiche für „grünen“ Wasserstoff sind vielfältig: in der Industrie, dem Flugverkehr, in Kraftwagen, zur Wärmeversorgung. In Energie- und Klimaszenarien für Deutschland werden dementsprechend Nutzungskonkurrenzen und teilweise hohe Importbedarfe gesehen. Ob aber die entsprechenden Kapazitäten im Ausland in dem geschätzten Umfang entstehen werden, ist unklar. Es gilt also, auch Deutschland als Produktionsstandort weiterzuentwickeln und entsprechende Anwendungsmöglichkeiten zu erproben. Bereits bestehende Initiativen und Netzwerke in Köln und Umgebung sind beispielsweise „HyCologne – Wasserstoff Region Rheinland e.V.“ und „H2R – Wasserstoff Rheinland“. H2R hat im Rahmen des NRW-Förderwettbewerbs Modellregion Wasserstoffmobilität eine Roadmap zum Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft erarbeitet. Sie umfasst ca. 80 Akteure mit über 100 Projektsteckbriefen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Auf Basis der Roadmap bereitet ein Konsortium unter Einbeziehung der Stadt Köln und städtischer Tochterunternehmen eine Bewerbung im Bundesförderprogramm HyLand in der Kategorie HyPerformer vor.

Beschreibung

Grüner Wasserstoff hat ein hohes Umweltentlastungspotenzial. Aufgrund der vielfältigen Einsatzbereiche erscheint es sinnvoll, eine Wasserstoffstrategie für die Stadt Köln zu entwickeln, in der spezifische Anwendungsfelder identifiziert werden. Standortvorteil der Region Köln ist die gute Verfügbarkeit von Nebenproduktwasserstoff, der den Markthochlauf gerade zu Beginn unterstützen kann. Die PG Industrie sieht ein wesentliches Anwendungsfeld etwa in der Logistik von Industrieunternehmen. Diesen Ansatz kann die Stadt Köln als einen ersten Ansatz wesentlich unterstützen, indem sie als Partnerin in entsprechenden F&E Vorhaben der Industrie beiseite steht in Richtung „Wasserstoff als Baustein zur kommunalen Klimaneutralität: Logistik in der Industrie“. Industrielogistik auf Basis von H2-Technologien ergänzt vertiefend die H2-Aktivitäten, die das Feinkonzept H2R Wasserstoff Rheinland einschließlich der zentralen Rolle einer H2-Pipeline (HyPipCo) perspektivisch aufgezeigt hat.

Das Projekt sollte als Ankerpunkt für eine kommunale Wasserstoffstrategie gesehen werden bzw. in eine solche eingebettet sein. Diese wiederum ist als ein Bestandteil der übergreifenden Dekarbonisierungsstrategie zu verstehen. Neben dem erwähnten Pilotprojekt ist das übergreifende Ziel der Aufbau der noch fehlenden Infrastruktur vor Ort. Es müssen somit zentrale, dezentrale und regionale Produktionskapazitäten eruiert und regionale Märkte bzw. Anwendungsfelder identifiziert werden, wie sie auch in der Roadmap H2R als zentraler Bestandteil erkannt wurden.

Die Stadt kann zudem das Pilotprojekt zum Einsatz von Wasserstoff in der industriellen Logistik unterstützen, indem sie ein F&E-Projekt mit der PG Industrie, interessierten Einzelunternehmen und / oder den bestehenden Initiativen einwirbt. Ein kontinuierlicher Austausch von städtischen Dienststellen, SWK-Gesellschaften und Branchenakteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Netzwerken dient der Verzahnung und Unterstützung der H2-Aktivitäten.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Aufbau einer städtischen H₂-Taskforce und übergreifenden Arbeitsstruktur
2. Entwicklung einer lokalen Wasserstoff-Strategie
3. Einwerbung von Fördermitteln / Initiierung von Pilotprojekten
4. Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Bau einer Pipeline um Köln
5. Auf- bzw. Ausbau des lokalen Wasserstoff-Netzwerks



Akteure

Stadt Köln, KölnBusiness Wirtschaftsförderung, SWK und Konzerngesellschaften, Projektkonsortium HyPipCo, Industrieunternehmen



Zielgruppe

Industrieunternehmen auf Kölner Stadtgebiet



Zeitaufwand

3 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Strategie-Entwicklung und Einwerbung von Fördermitteln: 1 Jahr
Projektlaufzeit: 3 Jahre
Netzwerk: fortlaufend



Sachkosten

Pilotprojekt: 500.000 € pro Jahr von 2023 bis 2026 (Eigenanteil im Rahmen der Förderung).
Netzwerkarbeit: 15.000 € pro Jahr



Finanzierungsansatz

Fördermittel
Kommunaler Haushalt



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Quantifizierung erst auf Basis Potenzialanalyse / konkreter Projekte / Einsatzbereiche möglich

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Quantifizierung erst auf Basis Potenzialanalyse / konkreter Projekte / Einsatzbereiche möglich



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Einwerbung von Fördermitteln
Menge der lokalen Wasserstoffproduktion
Anteil Wasserstoff am Energieverbrauch



Weitere Wirkung

Steigerung der Energieversorgungssicherheit in Unternehmen
Verbesserte Luftqualität durch Minderung der Verbrennung fossiler Energieträger, z.B. beim Einsatz in der Logistik / Mobilität



Synergieeffekte

Synergien zur „Strategieentwicklung klimaneutraler Energieversorgung für energieintensive Unternehmen“



Zielkonflikte

Konkurrenzen um Anwendung von Wasserstoff durch begrenzte Produktionskapazitäten



Breitenwirksamkeit

Durch die bisher begrenzten Produktionskapazitäten ist eine kurzfristige Skalierbarkeit nicht anzunehmen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Auf- und Ausbau von Produktion und Infrastrukturen eher mittel- mit langfristig

3.3.2.4 Nutzung industrieller Abwärme

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.3.2.2



Nutzung industrieller Abwärme

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Ziel ist die umfängliche Nutzung industrieller Abwärme.

Ausgangslage

Die industrielle Abwärme in Kölner Unternehmen wird teilweise bereits genutzt, etwa zur Wärmeversorgung des eigenen Unternehmens, es bestehen aber weitere, bisher ungenutzte Potenziale.

Beschreibung

In urbanen Gebieten sind die Potenziale zum Ausbau erneuerbarer Energien geringer als in weniger dicht besiedelten Gebieten. Umso wichtiger ist, vorhandene Energiequellen konsequent zu nutzen. Hierzu gehört auch die industrielle Abwärme. Sie kann entweder für die Wärmeversorgung im eigenen Betrieb eingesetzt werden, über Nahwärmenetze Gebäude in der näheren Umgebung mit Wärme versorgen oder in ein Fernwärmenetz eingespeist werden. Die Fernwärme des regionalen Energieversorgers RheinEnergie speist sich derzeit noch teilweise durch rheinische Braunkohle. Die Umrüstung des Heizkraftwerks Block 6 soll bis 2025 abgeschlossen sein. Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Kohleausstiegs 2030 sind Lösungen zur Bestandssicherung des FW-Netzes zu überlegen, zu dem industrielle Abwärme einen Beitrag leisten kann.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Bestandsaufnahme zum Potenzial und derzeitigen Nutzung von industrieller Abwärme

Gezielte Strategieentwicklung in Kooperation mit den Unternehmen zur Nutzung oder Nutzbarmachung der Abwärme

Umsetzung eines Pilotprojekts für zunächst ein noch zu bestimmendes Gewerbegebiet als Blaupause für weitere Projekte



Akteure

Stadt Köln, KölnBusiness Wirtschaftsförderung, Industrieunternehmen



Zielgruppe

Industrieunternehmen auf Kölner Stadtgebiet



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Abfrage Unternehmen: 6 Monate
Pilotprojekt: 3 Jahre
Nutzungskonzepte und Umsetzung: 5 Jahre



Sachkosten

Machbarkeitsstudie für Pilotprojekt (extern vergeben): 150.000









Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt
Fördermittel für Pilotprojekt



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): -	Kumulierte THG-Einsparung (t): -
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Erhebung potenziell nutzbarer Abwärme Umsetzung Pilotprojekt Anteil genutzter Abwärme	 Weitere Wirkung -
 Synergieeffekte Unterstützung der Dekarbonisierungsstrategie der RheinEnergie Synergien zur „Strategieentwicklung klimaneutrale Energieversorgung für energieintensive Unternehmen“	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit Skalierbarkeit ergibt sich auf Basis des Pilotprojekts	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Technologische Voraussetzungen zur eigenen Nutzung oder Einspeisung von Abwärme sind gegeben.

3.3.3 Förderung von Klimaschutz in Unternehmen

3.3.3.1 Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung bei Nichtwohn-Gebäuden

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.1.1



Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung bei Nichtwohn-Gebäuden

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Fördermittel für Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten im Nicht-Wohngebäudebereich lösen Investitionen in vielfacher Höhe des zur Verfügung gestellten Förderbudgets aus. Oft reichen schon kleine finanzielle Anreize, um einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Minderung der energiebedingten THG zu leisten. Zudem wird dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt.

Ausgangslage

In vielen GHD-Branchen spielen Energiekosten bei der Bewirtschaftung der Nichtwohngebäude nur eine untergeordnete Rolle. Vor diesem Hintergrund sind die bislang unerschlossenen Energieeffizienzpotenziale hoch. Dies betrifft die Gebäudehülle ebenso, wie auch die technische Ausstattung. Fördermittel können ein Vielfaches an Investitionen auslösen (ca. das 7- bis 11-fache) und sind damit ein gutes Mittel, gewünschte Entwicklungen anzustoßen. Bei den Aspekten der Anpassung an den Klimawandel, konkret der Begrünung von Gebäuden und Flächen, gibt es das bereits etabliertes Förderprogramm in Köln „Grün hoch 3“, das auch von KMU in Anspruch genommen werden kann.

Ausgangsvoraussetzungen

Voraussetzung für ein gutes Förderprogramm ist, dass es zielgenau fördert, mit den rechtlichen Vorgaben (etwa De-minimis) im Einklang steht und von den Zielgruppen angenommen wird. Gerade im GHD-Bereich muss ein Förderprogramm daher mit wenig administrativem Aufwand für die Antragsteller*innen verbunden sein.

Beschreibung

Das Förderprogramm könnte sich vornehmlich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, gemeinnützige Organisationen, wie bspw. Vereine oder Kirchen richten. Zudem wäre es denkbar, dass branchenspezifische Förderaspekte adressiert werden, wie beispielsweise Solarthermie für Friseurbetriebe mit hohem Warmwasserbedarf.

Mögliche Förderbestände können sein:

- a. Beratung und Qualitätssicherung
- b. Wärmedämmung von Teilen der Gebäudehülle (auch sommerlicher Schutz hinsichtlich Klimaanpassung)
- c. Anlagentechnik / Anlagenoptimierung (etwa hydraulischer Abgleich)
- d. Anlagen zur regenerativen Strom- oder Wärmeerzeugung
- e. Klimaschutzmaßnahmen die auch einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel leisten (etwa PV-Verschattungselemente für Südfassaden, Minderung des Kühlbedarfs und Steigerung der Energieeffizienz durch Begrünungsmaßnahmen).

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzeptionierung der Förderbestandteile im iterativen Prozess mit potenziellen Empfänger*innen (etwa über IHK, Wohlfahrtsverbände, Innungen) und im Abgleich mit bestehenden Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene zur Entwicklung einer komplementären Förderstrategie
2. Festlegung und Sicherung eines Budgets
3. Erstellung, Veröffentlichung und Bewerbung des Förderprogramms, der erforderlichen Unterlagen/Förderanträge
4. Durchführung, Evaluation und ggf. Weiterentwicklung



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Verbände, Finanzinstitute (Sparkasse)



Zielgruppe

KMU, gemeinnützige Organisationen



Zeitaufwand

3 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

3 Jahre mit Verlängerungsoption



Sachkosten

Fördersumme pro Jahr: 1.000.000 € pro Jahr, 3.000.000 für eine dreijährige Laufzeit mit Option auf Verlängerung / Aufstockung



Finanzierungsansatz

Fördermittel des Landes und des Bundes kommunaler Haushalt



THG-Einsparungen

Grundlage ist der durchschnittliche Verbrauch eines Unternehmens in Deutschland sowie die Anzahl an Unternehmen in Köln. Für die Umsetzung dieser Aktivitätenempfehlung wird davon ausgegangen, dass jährlich 1% der Unternehmen erreicht werden können und Einsparungen von 2% im Wärmeverbrauch und 3% im Stromverbrauch möglich sind.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 13.809 t CO₂eq /a

Kumulierte THG-Einsparung (t): 61.662 t CO₂eq



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Endenergieverbrauch Unternehmen, Anzahl der geförderten Unternehmen



Weitere Wirkung

Effizienz und Begrünung können das Innenraumklima und damit Arbeitsplatzbedingungen verbessern



Synergieeffekte

Auslösung zusätzlicher Investitionen in Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen



Zielkonflikte

Förderprogramm sollte mit Beratungsangeboten gekoppelt werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden



Breitenwirksamkeit

Breitenwirkung durch ergänzendes / komplementäres Angebot bestehender Angebote auf Bundes- und Landesebene



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Ansatz an bestehenden Förderprogrammen möglich

3.3.3.2 Klimaschonende Beschaffung und energiesparendes Verhalten in Betrieben

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.1.5



Klimaschonende Beschaffung und energiesparendes Verhalten in Betrieben

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in gewerblich geprägten Gebieten

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist, Unternehmen und ihre Mitarbeiter*innen rund um die Themen nachhaltige Beschaffung und energiesparendes Verhalten am Arbeitsplatz zu sensibilisieren und informieren.

Ausgangslage

In Unternehmen kommt eine Vielzahl von Produkten zum Einsatz. Aus der Vielfalt von verfügbaren Alternativen das jeweils nachhaltigste Produkt zu wählen, stellt oft eine Herausforderung dar. Ähnlich verhält es sich mit dem Wissen darüber, wo und an welcher Stelle das eigene Verhalten welchen Einfluss auf Energie- oder Ressourcenverbräuche hat. Klimaschonende Verhaltensoptionen reichen vom Umgang mit elektronischen Geräten, der Einstellung von Heizungs-, Kälte- und Lüftungsanlagen bis hin zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen.

Beschreibung

Nicht nur in den städtischen Einrichtungen sind eine nachhaltige Beschaffung (vgl. 3.1.2.1 Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung in städtischen Einrichtungen) und energiesparendes Verhalten am Arbeitsplatz relevante Themen für klimafreundliches Wirtschaften. Die Informationen, Richtlinien und Erfahrungen, die innerhalb des Konzerns Stadt gemacht werden, können dabei Grundlage zur Unterstützung entsprechender Strukturen in Unternehmen sein, die selbst nicht die Kapazitäten haben, sich diesen Handlungsfeldern zu widmen. Durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote können diese unterstützt werden. Hierzu gehören im Bereich der Beschaffung beispielsweise Informationen über die verschiedensten Produktgruppen, von der Ausstattung des Unternehmens mit Mobiliar und Geräten über Bürobedarf bis zu Materialien, Rohstoffen und Produkten für das eigene Angebot, Aufklärung über Umweltstandards und Nachhaltigkeits-Label. Energiesparendes Verhalten kann sowohl über Informationsmaterial als auch über Beratungsleistungen vor Ort adressiert werden.

Das Angebot kann über die „Servicestelle vor Ort“ (siehe 3.4.1.3) im Sinne einer Servicestelle für Nutzerprojekte im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen koordiniert werden. Im Rahmen der Sonderinitiativen für Unternehmen (siehe 3.4.1.4) kann eine spezielle Initiative "Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz" implementiert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Erstellung von Informationsmaterial und Entwicklung von Beratungsangeboten für energiesparendes Verhalten und nachhaltige Beschaffung im gewerblichen Bereich
2. Durchführung von Beratungsgesprächen und Unterstützung zum Aufbau sowie Begleitung interner Prozesse
3. Öffentlichkeitsarbeit



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, HWK, IHK



Zielgruppe

Unternehmen auf Kölner Stadtgebiet

**Zeitaufwand**

0,25 Vollzeitäquivalente

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

3 Jahre, jährliche Neuauflage der Initiative, danach ggf. Verlängerung

**Sachkosten**

Sachkosten sind durch Aktivitätenempfehlung 3.4.1.4 mit abgedeckt

**Finanzierungsansatz**

(Anschub-)Finanzierung durch Fördermittel wäre zu prüfen
Kommunaler Haushalt

**THG-Einsparungen**

nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar, Einsparungen durch vermiedene Importe außerhalb des Kölner Stadtgebiets

Kumulierte THG-Einsparung (t):

nicht quantifizierbar, Einsparungen durch vermiedene Importe außerhalb des Kölner Stadtgebiets

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Anzahl beratener Unternehmen

**Weitere Wirkung**

Förderung fair gehandelter und nachhaltig produzierter Waren durch verstärkte Nachfrage

**Synergieeffekte**

Synergien zu Beschaffungsrichtlinien der Stadt, die hier als Leitfaden dienen können

**Zielkonflikte**

Nachhaltige Produkte sind oft teurer als konventionelle Alternativen. Die Minderung des Verbrauchs sollte darum als Ziel mit verfolgt werden, um die Beschaffung letztlich kostenneutral umzustellen

**Breitenwirksamkeit**

Multiplikatorwirkung durch die Beschäftigten in ihre privaten Haushalte

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

Bestehende Informationen und Ansätze zur Beschaffung können genutzt werden.

3.4 Kreislaufwirtschaft

3.4.1 Kreislaufwirtschaft auf- und ausbauen

3.4.1.1 Second Use & Second Life – Studie und Pilotprojekte zur Entwicklung zirkulärer Märkte in Köln

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.5.1.1



Second Use & Second Life – Studie und Pilotprojekte zur Entwicklung zirkulärer Märkte in Köln

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Kreislaufwirtschaft

2023

Ziel und Strategie

Ziel einer „Second Use & Second Life“ Strategie ist die Entwicklung zirkulärer Märkte in Köln und Umgebung. Als langfristiges Ziel der Aktivitätenempfehlung wird die Entwicklung eines lokalen und regionalen Marktes für rezyklierte Produkte und Materialien gesehen. Durch die Weiternutzung und Wiederverwendung von Stoffen und Materialien vor Ort können Abbau und Transportwege von Rohstoffen vermieden und vermindert werden. Die Aktivitätenempfehlung unterstützt damit die langfristige Sicherung der regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung. Für die Unternehmen kann die Produktion bzw. der Einsatz zirkulärer Materialien und Produkte den Vorteil haben, dass sie unabhängiger von globalen Lieferketten werden, flexibler im Einsatz von Materialien für eigene Produkte und damit resilienter gegenüber möglicher Rohstoffknappheit.

Ausgangslage

Second Use / Second Life von Produkten und Materialien sind in verschiedenen Bereichen möglich. Was es aber auf der anderen Seite auch braucht, ist ein Markt, in dem diese Produkte und Materialien eine Anwendung finden. Dieser ist in Köln (und nicht nur dort) noch relativ wenig entwickelt. Zum Aufbau eines regionalen Marktes für zirkuläre Produkte braucht es demnach

- Beschaffung / Bezugsquellen wiederaufzubereitender und rezyklierbarer Produkte und Materialien
- Technologische (Weiter-)Entwicklung zur Wiederaufbereitung und Recycling von Produkten und Materialien (anbieterseitig)
- Technologische (Weiter-)Entwicklung zum Einsatz wiederaufbereiteter und rezyklierter Produkte und Materialien (abnehmerseitig)
- Entwicklung von Geschäftsmodellen und Einsatzgebieten für wiederaufbereitete und rezyklierte Produkte und Materialien

Beschreibung

Die hier vorgeschlagene Aktivitätenempfehlung sieht die Entwicklung einer Sondierungsstudie vor, die die Möglichkeiten einer Marktentwicklung eruiert. Inhaltlich sollten dazu spezifische Anwendungsfelder betrachtet werden. Die PG Industrie hat bspw. Batterierecycling und chemisches Recycling als interessante Felder identifiziert. Eine Sondierungsstudie sollte aber in einem ersten Schritt weitere Bedarfe, Möglichkeiten und Ansätze für marktwirtschaftlich interessante Bereiche zur Entwicklung von Second Life / Second Use betrachten und die Potenziale der örtlichen Wirtschaft insgesamt in den Blick nehmen.

Inhaltlich sollte darüber hinaus betrachtet werden, wie die KölnBusiness zukünftig konkret aktiv unterstützen kann, etwa hinsichtlich der Ansiedelung von Unternehmen, im Aufbau von Kooperationen zwischen in Köln ansässigen Betrieben, die rezyklierte Produkte und Materialien produzieren, und lokalen bzw. regionalen Unternehmen und Start Ups, die diese Produkte und Materialien vertreiben bzw. selbst (weiter) nutzen u.a.

Ziel der Studie sollte es sein, auf der Basis die Entwicklung eines kreislauforientierten lokalen und regionalen Marktes zu befördern und anzustoßen, etwa durch das Einwerben von F&E Fördermitteln, mit denen entsprechende Pilotprojekte umgesetzt und erprobt werden können.

Für eine entsprechende Marktentwicklung fehlen bisher noch in großem Maßstab Infrastrukturen, Angebote und Einsatzgebiete - und nicht zuletzt personelle Kapazitäten bei der KölnBusiness. Da die Entwicklung eher als Langfriststrategie zu verstehen ist, sollte sie und dementsprechend zeitnah angegangen werden.

Ausgehend vom Spezialisierungsgrad der angestrebten Potenzialanalyse mit Fokus auf den Anwendungsfeldern Batterie- und Chemierecycling wird zur Vorbereitung der externen Vergabe im ersten Schritt die Ermittlung geeigneter, in diesen Feldern ausgewiesener Gutachter erforderlich.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Ermittlung geeigneter Anbieter für die Durchführung der Studie, externe Vergabe Erarbeitung der Studie (ca. 1 Jahr)
2. Einwerben von Fördermitteln zur Durchführung von Pilotprojekten in (einigen der) identifizierten Schwerpunktbereichen

 Akteure Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung	 Zielgruppe Industrieunternehmen, Gewerbeunternehmen,
 Zeitaufwand 0,25 Vollzeitäquivalente	 Dauer der Aktivitätenempfehlung Durchführung der Studie: ca. 1 Jahr Initiierung und Durchführung von Pilotprojekten: ca. 5 Jahre Ausbau der Kreislaufwirtschaft: langfristig
 Sachkosten Sondierungsstudie (extern): 120.000 € Eigenanteil Pilotprojekt: 250.000 €	 Finanzierungsansatz Förderung Kommunaler Haushalt
 THG-Einsparungen - Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Erstellung Sondierungsstudie Einwerbung Fördermittel für Pilotprojekt(e)	 Weitere Wirkung Resilienzförderung von Unternehmen durch verminderte Ressourcenimportabhängigkeit
 Synergieeffekte Förderung der lokalen Wertschöpfung	 Zielkonflikte Wirtschaftliche Aspekte der Umstellung von Prozessen, Materialien oder Produkten sind zu berücksichtigen
 Breitenwirksamkeit Breitenwirkung wird sich eher langfristig einstellen	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

3.4.1.2 Branchenspezifische Aufbereitung von Ansätzen und Beratung zur Kreislaufwirtschaft

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.5.1.2



Branchenspezifische Aufbereitung von Ansätzen und Beratung zur Kreislaufwirtschaft

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Kreislaufwirtschaft

2023

Ziel und Strategie

Mit den branchenspezifischen Ansätzen zur Kreislaufwirtschaft wird das Ziel verfolgt, die verschiedenen Möglichkeiten in unterschiedlichen Branchen systematisch für die Kölner Wirtschaft aufzubereiten und ihren Ausbau zu befördern.

Ausgangslage

Kreislaufwirtschaft ist bisher als gering entwickelt einzustufen. Es gibt eine Reihe von Ansätzen, die bisher aber nur selten konsequent umgesetzt wurden. Für einzelne Branchen kann die Stadt durch gezielte Beratung für die Potenziale und Chancen, die in einer Kreislaufwirtschaft liegen, sensibilisieren und ihre Einführung befördern.

Beschreibung

Bauwirtschaft, Lebensmittel, Kleidung oder elektronische Geräte sind nur einige Beispiele für die vielfältigen Bereiche, in denen Kreislaufwirtschaft sehr unterschiedliche Ansätze braucht. Diese Ansätze mit ihren spezifischen Maßnahmen, ggf. technologischen Anwendungen und auch Einsparpotenzialen und den Mehrwert für Unternehmen systematisch zusammenzustellen und in Informationsmaterialien wie auch Beratungsangeboten den Kölner Unternehmen zur Verfügung zu stellen, umfasst diese Aktivitätenempfehlung. Unterstützung können hierbei der Auf- und Ausbau digitaler Prozessketten bieten.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Branchenspezifische Aufbereitung der Ansätze zur Kreislaufwirtschaft
2. Erstellung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien
3. Organisation und Durchführung von Informations- und Beratungsangeboten



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, HWK, IHK, Effizienzagentur NRW



Zielgruppe

Unternehmen aus Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistung



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Aufbereitung und Konzeption der Informationen und der Beratung: 1 Jahr
Durchführung: fortlaufend



Sachkosten

Informationsmaterial: 12.000 € (Aktualisierung ca. alle drei Jahre)
Veranstaltungen: 15.000 € pro Jahr



Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt



THG-Einsparungen

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t): nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl und Teilnahme an Veranstaltungen
Beratene Unternehmen und Umsetzung



Weitere Wirkung

Resilienzförderung von Unternehmen durch verminderte Ressourcenimportabhängigkeit



Synergieeffekte

Förderung der lokalen Wertschöpfung



Zielkonflikte

Wirtschaftliche Aspekte der Umstellung von Prozessen, Materialien oder Produkten sind zu berücksichtigen



Breitenwirksamkeit

Breitenwirkung wird sich eher langfristig einstellen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

3.4.2 Kreislaufwirtschaft im Baugewerbe ausbauen

3.4.2.1 Recycling von Baustoffen fördern

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.5.3.1



Recycling von Baustoffen fördern

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Kreislaufwirtschaft

2023

Ziel und Strategie

Das Recycling von Baustoffen soll auf der einen Seite den Einsatz rezyklierter Stoffe und Materialien steigern und auf der anderen Seite strategische und technologische Entwicklungen unterstützen zum Wiederverwenden, Aufbereiten und Rezyklieren von Bauteilen und Materialien.

Ausgangslage

Die Baubranche gehört zu den ressourcenintensiven Wirtschaftszweigen. Hier fallen außerdem mehr als die Hälfte aller Abfälle an, von denen bisher nur wenige einer qualitativ hochwertigen Wiederverwendung zugeführt werden. Die Potenziale der Ressourcenschonung sind damit gerade im Baubereich immens. Die Bauteilbörse in Köln wurde allerdings im Jahr 2011 geschlossen.

Beschreibung

Die Wiederverwendung von Bauteilen und Baustoffen kann durch unterschiedliche Ansätze befördert werden. So werden mit der Planung von baulichen Konstruktionen die Möglichkeiten der Reparierbarkeit definiert, der Austausch einzelner Bauteile und die sortenreine Trennung verschiedener Stoffe ermöglicht oder erschwert. Die Wahl der Materialien und der Anteil rezyklierter bzw. recyclingfähiger Baustoffe sind ein weiterer Aspekt. Hierfür aber ist es notwendig, dass überhaupt ein Angebot an entsprechenden aufbereiteten Bauteilen, wiederverwendbaren Materialien oder rezyklierter Baustoffe besteht. Dementsprechend umfasst die Förderung Informations- und Weiterbildungsangebote für die relevanten Branchen, eine gezielte Förderung von entsprechenden Angeboten (Wiederaufnahme und Professionalisierung Bauteilbörse) und technologischen Verfahren im Baustoff-Recycling.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Strategie zur Entwicklung einer zirkulären Bauwirtschaft in Köln
2. Entwicklung von Informationsmaterialien und Weiterbildungsangeboten
3. Initiierung von Pilotprojekten



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, IHK, HWK, ggf. GAG für Pilotprojekt



Zielgruppe

Unternehmen im Bereich der Bauwirtschaft



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Aufbereitung und Konzeption der Informationen und der Beratung: 1 Jahr
Durchführung: fortlaufend



Sachkosten

Strategieentwicklung (extern): 120.000 €
Informationsmaterial und -veranstaltungen: 15.000 € pro Jahr



Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt
Förderung für Pilotprojekte ist zu prüfen



THG-Einsparungen

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar.

Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Strategie ist entwickelt
Anzahl und Teilnahme Veranstaltungen
Initiierte Pilotprojekte



Weitere Wirkung

Steigerung der Resilienz in der Bauwirtschaft durch geringere Importabhängigkeit von Roh- und Baustoffen



Synergieeffekte

Förderung der lokalen Wirtschaft



Zielkonflikte

Kosten für zirkuläres Bauen sind bisher noch teurer als konventionelles Bauen



Breitenwirksamkeit

Pilotprojekte können über Öffentlichkeitsarbeit für das Thema Zirkularität in der Bauwirtschaft sensibilisieren



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Pilotprojekte werden eher mittelfristig umgesetzt werden

3.4.2.2 Nachwachsende Rohstoffe als Baustoffe in die Verbreitung bringen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.5.3.2



Nachwachsende Rohstoffe als Baustoffe in die Verbreitung bringen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Kreislaufwirtschaft

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist die Sensibilisierung für den ökologischen Nutzen nachwachsender Rohstoffe in der Bauwirtschaft, die Initiierung und Umsetzung entsprechender Pilotprojekte.

Ausgangslage

Rohstoffmangel und Ressourcenknappheit hat längst auch den Baubereich erreicht. Hier werden in großen Mengen Stoffe verarbeitet, die nur in begrenzten Mengen verfügbar sind. Nachwachsende Rohstoffe dagegen, wenn sie nachhaltig eingesetzt und genutzt werden, können hier die Verfügbarkeit von Baustoffen und -materialien langfristig sichern.

Beschreibung

Nachwachsende Rohstoffe können im Baubereich sowohl konstruktiv (z.B. Holz), als Dämmmaterialien (Flachs, Zellulose, u.v.a.), im Innenausbau (als Bodenbelag oder Anstriche) zum Einsatz kommen. Um die Vielfalt der Produkte und Einsatzmöglichkeiten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, kann die Stadt Köln ein Pilotprojekt als „Gläserne Baustelle“ initiieren und begleiten, also ein Bauprojekt, das in seiner Planung und Entstehung öffentlichkeitswirksam begleitet wird. Zudem umfasst diese Aktivitätenempfehlung auch darüber hinausgehende Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit zur Nutzung von nachhaltigen Baustoffen sowie in Kooperation mit der Handwerkskammer, der Hochschule Köln und ggf. der Architektenkammer NRW zur Intensivierung der Schulungen und Weiterbildungsangeboten im Handwerk und in der Planung.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Entwicklung von Informations- und Kampagnenmaterialien
2. Initiierung und Umsetzung eines Pilotprojekts „Gläserne Baustelle“
3. Kooperations-Netzwerk mit der Handwerkskammer, Hochschule Köln, Architektenkammer NRW zur Entwicklung von Weiterbildungsangeboten und Schulungen



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, HWK, Hochschule Köln (für Schulungen), ggf. GAG für Pilotprojekt



Zielgruppe

Unternehmen im Bereich der Bauwirtschaft



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Aufbereitung und Konzeption der Informationen und der Beratung: 1 Jahr
Durchführung: fortlaufend



Sachkosten

Informationsmaterial: 15.000 € (Aktualisierung ca. alle drei Jahre)
Öffentlichkeitsarbeit zur „Gläserne Baustelle“: 30.000 € pro Jahr (3 Jahre begleitend von der Planung bis zur Fertigstellung)



Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt
Förderung Pilotprojekt „Gläserne Baustelle“ ist zu prüfen



THG-Einsparungen

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar.

Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Fertigstellung Informationsmaterial
Initiierung und Begleitung „Gläserne Baustelle“



Weitere Wirkung

Förderung der Resilienz in der Bauwirtschaft, wenn die Rohstoffe aus der Region oder dem nahen Ausland kommen durch Minderung der Abhängigkeit von Importen über globale Lieferketten



Synergieeffekte

Förderung der regionalen Wirtschaft, wenn einheimisch Rohstoffe zum Einsatz kommen



Zielkonflikte

NaWaRo sind meist teurer als konventionelle Baustoffe



Breitenwirksamkeit

Multiplikatorwirkung durch intensive Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der „Gläsernen Baustelle“ gegeben



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Hohe Sichtbarkeit bei intensiver Öffentlichkeitsarbeit auf der „Gläsernen Baustelle“

3.4.3 Bioabfallsammlung für das gesamte Stadtgebiet erhöhen

3.4.3.1 Ausweitung der braunen Tonne bis 2030

Klimaschonendes Arbeiten und Wirtschaften / 3.5.2.1.



Ausweitung der braunen Tonne bis 2030

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Kreislaufwirtschaft

2023

Ziel

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist der Ausbau und die flächendeckende Verwertung organischer Abfälle. Bis 2030 soll die Anschlussquote der Biotonne auf mindestens 80% gesteigert werden. Bis 2035 ist die bedarfsdeckende Bioabfallsammlung für das gesamte Stadtgebiet sichergestellt.

Beschreibung

Die braune Tonne dient der Entsorgung von organischem und kompostierbarem Abfall. Dazu gehören unter anderem Küchenabfälle, Gartenabfall oder verdorbene Speisen ohne Verpackung. Bioabfälle werden in der Regel auf zwei Wegen verwertet: Sie werden kompostiert oder in einer Biogasanlage zu Biogas umgewandelt. Die AVG Köln betreibt bereits Kompostier- und Vergärungsanlagen. Das so gewonnene Biomethan wird z.B. für den Betrieb des eigenen Fuhrparks eingesetzt.

Erste Schritte, Teilaktivitäten

Bisher ist der Einsatz der braunen Tonne freiwillig. Hauseigentümer, Wohnungsgesellschaften und Unternehmen entscheiden selbst darüber, ob sie eine Biotonne bestellen. Die Stadt Köln mit ihren Konzerntöchtern AWB, AVG startet eine Kampagne, um den Anteil der Biotonnen zu steigern. Sollten die Anschlussziele nicht erreicht werden, wird ein Anschluss- und Benutzungszwang für braune Tonnen in der Satzung für Abfallentsorgung der Stadt Köln aufgenommen.



Akteure

Stadt Köln, AWB, AVG



Zielgruppe

Hauseigentümer, Wohnungsgesellschaften, Unternehmen



Zeitaufwand

22 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2022-2035



Sachkosten

5 Müllwägen für 1,3 Mio. € (je 260.000€)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen







Bei einer Anschlussquote der Biotonne von 80% bis 2030 werden die Einsparungen aus der Biogasnutzung für Wärme und Strom für diese Aktivitätenempfehlung berechnet.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

659 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

2.968 Tonnen CO₂eq

 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Anteil Biomüll steigt Neue Fahrzeuge gekauft	 Weitere Wirkung Ökologie: Bessere Auswertung regionaler Stoffpotenziale, Erhöhung der regionalen Stromerzeugung
 Synergieeffekte 2.3.2.1 Erhöhung der Ausnutzung der Bioenergie-Potenzials aus kompostierbaren Abfällen	 Zielkonflikte 5.1.3.2 Lebensmittelverschwendung reduzieren
 Breitenwirksamkeit -	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Anteil

3.5 Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft

3.5.1 Klimaschutz-Kooperation zwischen Stadt Köln und Unternehmen

3.5.1.1 Sonderinitiative „Begleitung von Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität“

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.1.4



Sonderinitiative „Begleitung von Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität“

Themenschwerpunkt

Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Diese Sonderinitiative soll Unternehmen dazu motivieren, eine besonders ambitionierte Zielsetzung im Bereich Klimaschutz zu verfolgen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen, so dass sie bis 2030 Klimaneutralität erreichen.

Ausgangslage

Energie- und Klimaschutzmaßnahmen, sowohl investiver als auch organisatorischer Art, gehören in den meisten Unternehmen nicht zum Kerngeschäft. Oft werden einzelne Maßnahmen schrittweise umgesetzt. Es kann aber sinnvoll sein, im Sinne einer umfassenden Gesamtstrategie, verschiedene Maßnahmen auf einmal anzugehen und dadurch Synergien zwischen verschiedenen Einzelmaßnahmen zu nutzen.

Beschreibung

Im Rahmen dieser Sonderinitiative sollen Vorreiterunternehmen, die sich das Ziel gesetzt haben, bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen, durch ein intensives begleitendes Angebot in ihrem Vorhaben unterstützt werden. Eine entsprechende Begleitung sollte von der Konzeption, einer individuellen Fachberatung, passenden Sonderförderungen von Investitionen bis zur Umsetzungsbegleitung als ein „Angebot aus einer Hand“ konzipiert sein. Ergänzt werden kann die Initiative durch die Aufbereitung von Erstellung von Branchenenergiekonzepten und der Initiierung branchenspezifischer Austauschformate. Die Motivation kann durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit und damit Vermarktung des Engagements zusätzlich unterstützt werden. Förderung der energetischen Sanierung von Betrieben, energiesparendes Verhalten, Beschäftigtenmobilität, Ausbau und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Beschaffung und Themen zur Kreislaufwirtschaft sollten dabei zu einem möglichst umfassenden Programm zusammengestellt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Bewerbung, ggf. im Rahmen eines Wettbewerbs, der Sonderinitiative bei Unternehmen
2. Erstellung von Maßnahmenplänen mit den Unternehmen zur Erreichung der Klimaneutralität und entsprechenden Finanzierungsplänen (inkl. Fördermittel und Contracting-Angeboten für bestimmte Gewerke)
3. Umsetzungsbegleitung und Bilanzierung der Emissionsminderung

 Akteure Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, IHK, HWK, Rhein-Energie	 Zielgruppe Unternehmen auf Kölner Stadtgebiet
 Zeitaufwand 0,5 Vollzeitäquivalente	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 3 Jahre, jährliche Neuauflage der Initiative
 Sachkosten Externe Beratung von 10 Unternehmen pro Jahr: 120.000 € Öffentlichkeitsarbeit: 15.000 € pro Jahr	 Finanzierungsansatz (Anschub-)Finanzierung durch Fördermittel wäre zu prüfen
<div data-bbox="188 761 486 795">  THG-Einsparungen </div> <div data-bbox="255 817 1316 907"> <p>Auf Grundlage des Energieverbrauchs eines durchschnittlichen deutschen Unternehmens und der Annahme, dass 10 Unternehmen jährlich erreicht werden, erzielt diese Aktivitätenempfehlung eine Einsparung im Wärme- und Stromverbrauch von 65%.</p> </div> <div data-bbox="255 929 1204 985"> <div> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 1.802 t CO₂eq /a </div> <div> Kumulierte THG-Einsparung (t): 3.300 t CO₂eq </div> </div>	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Endenergieverbrauch Unternehmen Anzahl der begleiteten Unternehmen pro Jahr	 Weitere Wirkung Lokale Bindung von Unternehmen
 Synergieeffekte Synergien ergeben sich zum Handlungsfeld Mobilität / Beschäftigtenmobilität	 Zielkonflikte Hemmnisse und Risiken
 Breitenwirksamkeit Die Vorbildwirkung der begleiteten Unternehmen kann eine Multiplikatorwirkung entfalten	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Begleitende Öffentlichkeitsarbeit führt zu Sichtbarkeit und fördert die Multiplikatorwirkung

3.5.1.2 Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und Kölner Industrieunternehmen

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.3.1.1



Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und Kölner Industrieunternehmen

Themenschwerpunkt

Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Ziel ist es, über Klimapartnerschaften zwischen der Stadt und Industrieunternehmen erfolgreiches Wirtschaften gezielt klima- und ressourcenschonender zu gestalten. Der systematische Austausch zwischen Stadt und Industrie für den Klimaschutz soll gefördert und Engagement honoriert werden. Der Austausch erfolgt über die Formierung von Arbeitsgruppen (z.B. zu effektivem Mobilitätsmanagement), die Formulierung von Selbstverpflichtungen und / oder Kooperationen beim Umweltrecht. Die Einführung eines städtischen Umweltsiegels (vgl. [Hamburg/Brandenburg](#)) kann das Engagement attraktiver machen. Von Seiten der Stadt sollen Umweltmanagementsysteme beworben werden.

Die Kooperationen und umgesetzte Maßnahmen sollten darüber hinaus öffentlichkeitswirksam von Seiten der Stadt Köln präsentiert und kommuniziert werden und so weitere Unternehmen und andere Akteure zu mehr Klimaschutz zu motivieren.

Ausgangslage

Im Rahmen der Entwicklung der Strategie Klimaneutrales Köln wurden mit der „Projektgruppe Industrie“ Maßnahmen und Aktivitätenempfehlungen diskutiert, die in die vorliegende Gesamtstrategie Eingang gefunden haben. Diese sehr konstruktive Zusammenarbeit kann Ausgangsbasis für erste Klimapartnerschaften sein.

Beschreibung

Fast 40% der THG-Emissionen in der Stadt Köln entstehen im industriellen Sektor. Gleichzeitig verfügt die Stadt in diesem Bereich über ein vergleichsweise beschränktes Instrumentarium und Einflussmöglichkeiten mit gering initiierender oder unterstützender Wirkung. Offizielle Klimapartnerschaften zwischen örtlich ansässigen Unternehmen und der Stadt Köln aber können diese Möglichkeiten ergänzen.

Im Rahmen solcher Partnerschaften bietet es sich an, in thematischen Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen zu identifizieren, öffentliche Selbstverpflichtungen von Seite der Unternehmen zu entwickeln und die Erfolge im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt zu kommunizieren.

Die offizielle Ansprache sollte dabei von Seiten der Oberbürgermeisterin erfolgen bzw. die Maßnahme als Projekt der Oberbürgermeisterin dargestellt werden. Die Unternehmen verpflichten sich dabei öffentlich, bestimmte Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen bzw. jährliche Zielwerte zu erreichen. Auf der anderen Seite erfolgt eine offensive öffentlichkeitswirksame Vermarktung des Klimaschutzengagements dieser Unternehmen durch die Stadt. Die Partnerschaft kann dabei gleichzeitig die Basis für weitere kooperative Aktivitäten zwischen Stadt und Unternehmen bilden (siehe beispielsweise 3.3.1.2. Strategieentwicklung klimaneutrale Energieversorgung für energieintensive Industrieunternehmen und 3.3.1.3. Smart sustainable industry)

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

In einem ersten Schritt kann auf den bereits begonnenen Austausch im Rahmen der „Projektgruppe Industrie“ aufgebaut werden.

Im Sinne der Vorbildfunktion der Stadt sollten außerdem auch Konzerntöchter wie die Rhein-Energie oder die GAG beteiligt werden.

Wichtig ist die professionelle Umsetzung in Konzeption, Ansprache und Beteiligung der Unternehmen, begleitender Öffentlichkeitsarbeit und prominenter Darstellung. Hierbei kann beispielsweise ein lokales Umwelt- oder Klimaschutz-Siegel eine Rolle spielen.



Akteure

Oberbürgermeisterin, Wirtschaftsförderung Stadt Köln, Stadtverwaltung für inhaltlichen Input und Öffentlichkeitsarbeit, Rheinenergie



Zielgruppe

Industrieunternehmen auf Kölner Stadtgebiet



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Fortlaufend



Sachkosten

Öffentlichkeitsarbeit: 5.000 € pro Jahr



Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt, Sponsoring der beteiligten Unternehmen (z.B. für Veranstaltungen)



THG-Einsparungen

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Keine direkten Einsparungen, unterstützende Aktivitätenempfehlung der umzusetzenden Aktivitäten in Unternehmen

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Keine direkten Einsparungen, unterstützende Aktivitätenempfehlung der umzusetzenden Aktivitäten in Unternehmen



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl der eingegangenen Partnerschaften
CO₂ / Energieeinsparung der Partnerschaften.



Weitere Wirkung

Unterstützung örtlicher Unternehmen durch Werbewirksamkeit der Partnerschaften



Synergieeffekte

Unterstützende Aktivitätenempfehlung zu diversen weiteren umzusetzenden Aktivitäten in Kölner Unternehmen



Zielkonflikte

Auswahl / Kriterien für eingegangene Partnerschaften sollten transparent sein, um Lobbyismus-Vorwürfen vorzubeugen



Breitenwirksamkeit

Multiplikatorwirkung durch öffentliche Wahrnehmung, Sensibilisierung für Themen des Klimaschutzes in der Bevölkerung und anderen Unternehmen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Etablierte Zusammenarbeit in der Projektgruppe Industrie kann weitergeführt werden

3.5.2 Klimaschutz-Netzwerke in der Wirtschaft

3.5.2.1 Netzwerkarbeit der Wirtschaftsförderung zur Umsetzung von Pilotprojekten in der Kreislaufwirtschaft

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.5.1.3



Netzwerkarbeit der Wirtschaftsförderung zur Umsetzung von Pilotprojekten in der Kreislaufwirtschaft

Themenschwerpunkt

Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist es, in unterschiedlichen Bereichen Pilotprojekte im Bereich der Kreislaufwirtschaft zu initiieren und umzusetzen.

Ausgangslage

Projekte, die im Bereich der Kreislaufwirtschaft anzusiedeln sind, gibt es bisher kaum in Köln. Einzuordnen sind hier zwar eine Vielzahl von Second Hand Geschäften, doch von einer tatsächlich umfassenden Kreislaufwirtschaft ist die Stadt noch weit entfernt. Einen wesentlichen Beitrag kann hierzu die in Entwicklung befindliche „Zero Waste“ Strategie der Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) leisten.

Beschreibung

Um auf der einen Seite ein Bewusstsein für die Ansätze der Kreislaufwirtschaft zu schaffen und auf der anderen Seite die notwendigen Transformationen des Wirtschaftsstandorts Köln anzustoßen, werden die Initiierung und Umsetzung von Pilotprojekten in unterschiedlichen Bereichen vorgeschlagen. Dies kann ein „Cradle to Cradle“ Gebäude sein, wie das Stadthaus in Venlo (siehe: <https://c2cvenlo.nl/de/stadtverwaltung-venlo/>), geschlossene Kreisläufe für bestimmte Wertstoffe (z.B. Kunststoff) oder die Einführung digitaler Prozessketten, die eine Erfassung von Stoffströmen ermöglichen. Um Ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden, sollte sich die Stadt Köln zudem als „Circular City“ strategisch aufstellen. Der Ansatz der Stadt Amsterdam kann hierzu Anregungen liefern: (<https://www.amsterdam.nl/en/policy/sustainability/circular-economy/>).

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Identifikation passender Pilotprojekte in der Stadt Köln im Austausch mit lokalen Unternehmen
2. Planung und Umsetzung von Pilotprojekten
3. Evaluation der Projekte
4. Öffentlichkeitsarbeit



Akteure

Koordinationsstelle Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, AWB, HWK, IHK



Zielgruppe

Unternehmen aus Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistung



Zeitaufwand

1 Vollzeitäquivalent



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Identifikation und Anstoßen von Pilotprojekten: 1 Jahr
Durchführung: fortlaufend



Sachkosten

Netzwerkarbeit: 15.000 €



Finanzierungsansatz

Kommunaler Haushalt
Förderung für Pilotprojekte



THG-Einsparungen

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar.

Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine



Weitere Wirkung



Synergieeffekte



Zielkonflikte



Breitenwirksamkeit

Multiplikatorwirkung durch öffentliche Wahrnehmung, Sensibilisierung für Themen des Klimaschutzes in der Bevölkerung und anderen Unternehmen



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Begleitende Öffentlichkeitsarbeit führt zu Sichtbarkeit und fördert die Multiplikatorwirkung

3.5.2.2 Identifikation von Qualifizierungs-Bedarfen und Aufbau eines Qualifizierungs-Netzwerkes

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.3.3.1



Identifikation von Qualifizierungs-Bedarfen und Aufbau eines Qualifizierungs-Netzwerkes

Themenschwerpunkt

Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist es, die Attraktivität von industriellen und handwerklichen Berufen zu stärken, die duale Ausbildung zu befördern und letztendlich Arbeitskräfte für Handwerk und Industrie akquirieren zu können. Dafür soll der Austausch zwischen Bildungsstätten (Schulen, Hochschulen) und Industrie und Handwerk über konkrete Kooperationsprojekte gefördert werden. Die personellen Kapazitäten in Industrie und Handwerk sind für die Umsetzung sehr vieler Aktivitätenempfehlungen in der vorliegenden Klimastrategie und damit für das Erreichen der Klimaziele unerlässlich.

Ausgangslage

Der Fachkräftemangel betrifft auch Köln, 60% der Unternehmen im IHK-Bezirk bezeichnen ihn als ihre größte Herausforderung. Industrielle Jobs müssen daher bekannter und attraktiver werden. Da mittelfristig dennoch Fachkräfte fehlen werden und die technologischen Entwicklungen weiter voranschreiten, ist es wichtig vorhandenes Wissen zu teilen. Durch die „Ausbildung durch Umsetzung“ können Klimaschutzmaßnahmen vor Ort genutzt werden, um Fachkräfte gezielt aus- bzw. weiterzubilden.

Beschreibung

Zur Erreichung der Ziele soll ein Qualifizierungsnetzwerk aufgebaut werden. Der Austausch zwischen Forschung, Entwicklung, industriellen und handwerklichen Berufen soll dabei die Attraktivität relevanter Ausbildungsberufe befördern und eine Antwort auf den Fachkräftemangel liefern. So könnten bspw. im Zuge des „Stellentausches“ interessierte Mitarbeiter*innen von teilnehmenden Unternehmen in einen gegenseitigen fachlichen Austausch treten und sich praktisches Wissen aneignen und bei akuten Problem helfen.

Weitere Ansätze sind Formate, wie sie die IHK Köln beispielsweise am 11.04.2019 ein Dialogforum angeboten hat: „Vom Hörsaal in die Werkstatt“. Perspektiven für Studierende und Studienaussteiger*innen im Handwerk. Solche Formate könnten regelmäßig angeboten werden und weitere Stakeholder einbezogen werden, wie z.B. die Umsteigen-Karriereberatung der Handelskammer oder die regionale Wirtschaftswochen in Unis und Schulen (mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit: der ökologische Umbau braucht people-power)

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Identifikation zentraler Qualifizierungsbedarfe; Umsetzung (auch innovativer, experimenteller) Bildungskonzepte; Kooperationsprojekte (z.B. zwischen Hochschule und Handwerk) zur Beförderung dualer Ausbildung; „Stellentausch“ im Sinne temporärerer Austausch interessierter Mitarbeiter*innen zwischen unterschiedlichen Unternehmen (z.B. produzierendes Unternehmen und IT-Unternehmen)



Akteure

IHK, HWK, Stadt Köln, KölnBusiness
Wirtschaftsförderung, Hochschule Köln,
Agentur für Arbeit



Zielgruppe

Unternehmen auf Kölner Stadtgebiet

**Zeitaufwand**

1 Vollzeitäquivalent

**Dauer der Aktivitätenempfehlung**

Abfrage Unternehmen: 6 Monate
Nutzungskonzepte und Umsetzung: 5 Jahre

**Sachkosten**

externe Beauftragung der Umfrage:
25.000 Euro

**Finanzierungsansatz**

Kommunaler Haushalt

**THG-Einsparungen**

-

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Umfrage zu Qualifikationsbedarfen
Vermittelte Qualifikationen
Anzahl und Teilnahme an Netzwerk-Aktivitäten

**Weitere Wirkung**

Fachkräftemangel auf der einen, Abbau von Arbeitsplätzen in nicht nachhaltigen Produktionen und Dienstleistungen auf der anderen Seite können helfen, strategische Weiterbildung und Umschulungsmaßnahmen frühzeitig anzubieten und Arbeitsplatzverluste zu kompensieren.

**Synergieeffekte**

Synergien zu Smart sustainable industry, der Sanierungs- und PV-Offensive und Ansätze zu Integration im Arbeitsmarkt (für Geflüchtete, schwer Vermittelbare, etc.) können hier mit konzipiert werden

**Zielkonflikte**

Konkurrenz um Fachkräfte kann Kooperationen erschweren

**Breitenwirksamkeit**

Erste Pilotprojekte können als Blaupause für weitere dienen, auch über die Stadtgrenzen hinaus

**sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)**

Durch begonnene Kooperation in der Projektgruppe können erste Pilotprojekte zeitnah umgesetzt werden

3.5.2.3 Unternehmensnetzwerk mit Informations- und Beratungsangeboten unterschiedlicher Intensität

Arbeiten und Wirtschaften erfolgen klimaneutral / 3.4.1.2



Unternehmensnetzwerk mit Informations- und Beratungsangeboten unterschiedlicher Intensität

Themenschwerpunkt

Kooperation und Förderung von Klimaschutz in der Wirtschaft

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Aufbau und Etablierung eines Unternehmensnetzwerks mit Informations- und Beratungsangeboten als zentrale Anlaufstelle zur Vernetzung und gezielten Beratung von Unternehmen aus dem Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistung (GHD) zu den Themen Energie und Klimaschutz.

Ausgangslage

Der Austausch von Unternehmen untereinander kann einen Anreiz zur Umsetzung von Maßnahmen bieten. Vielfach sind Unternehmen durch ihr Kerngeschäft so stark beansprucht, dass sie nicht die Zeit haben, sich zu Fördermöglichkeiten zu informieren und vor den bürokratischen Prozessen einer Fördergeldbeantragung kapitulieren. Gezielte Informationen mit Beratung, die bis hin zu konkreter Hilfestellung bei der Beantragung von Fördergeldern und Maßnahmenumsetzung geht, kann eine große Hilfe sein.

Ausgangsvoraussetzungen

Voraussetzung für ein gutes Informations- und Beratungsangebot ist, dass es den Bedürfnissen interessierter Unternehmen entspricht. Gerade im GHD-Bereich muss ein solches Angebot daher mit wenig Aufwand verbunden sein und einen erkennbaren Mehrwert (etwa durch die Vernetzung und durch Hilfestellung) bieten. Zudem sollte eingeplant werden, dass dies auch mit dem konkreten Aufsuchen und einer aktiven sowie gezielten Ansprache von Unternehmen verbunden sein wird.

Beschreibung

Das zu erstellende Angebot könnte sich vornehmlich an bestimmte Branchen richten, für die das Thema Energie eine zunehmende Bedeutung spielt und die wegen ihrer Größe bislang kaum Kapazitäten haben, um den mit der Realisierung von Effizienzmaßnahmen verbundenen Aufwand auf sich zu nehmen. Mit gezielten, beispielsweise branchenspezifischen Informations- und Beratungsangeboten, kann in unterschiedlicher Intensität Hilfestellung gegeben werden. Kleinere Wirtschaftlichkeitsanalysen, Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln und die gezielte Branchenvernetzung zum Austausch über gelungene Effizienz- und Klimaschutzmaßnahmen in Betrieben sind sinnvolle Bestandteile dieser Aktivitätenempfehlung. Hierzu sollte zunächst analysiert werden, welche Unterstützungsangebote und Branchennetzwerke es bereits gibt. Dazu bedarf es auch einer physischen Anlaufstelle und Institutionalisierung. Hier könnte sich anbieten, diese bei der IHK oder HWK anzuschließen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Analyse des Informations- und Beratungsbedarfs sowie bestehender Netzwerke
2. Konzeptionierung des Angebots
3. Konsultation der potentiellen Teilnehmer*innen (etwa über IHK, Wohlfahrtsverbände und Innungen) zur Bedarfsanalyse
4. Kalkulation des möglichen Aufwands (Personalkosten, Raummiete, Werbung, Veranstaltungen...)
5. Durchführung, Evaluation und ggf. Weiterentwicklung

 Akteure Koordinationsstelle Klimaschutz, Verbände	 Zielgruppe KMU, gemeinnützige Organisationen
 Zeitaufwand 0,5 Vollzeitäquivalente	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 10 Jahre
 Sachkosten 15.000 € für Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Kommunaler Haushalt, ggf. Beiträge der beteiligten Unternehmen
 THG-Einsparungen <p>Auf Grundlage des Energieverbrauchs eines durchschnittlichen deutschen Unternehmens und der Annahme, dass 30 Unternehmen jährlich erreicht werden, erzielt diese Aktivitätenempfehlung eine Einsparung im Wärmeverbrauch von 10% und im Stromverbrauch 15%.</p> <div> <div data-bbox="256 842 719 898"> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 3.547 t CO₂eq /a </div> <div data-bbox="850 842 1316 898"> Kumulierte THG-Einsparung (t): 15.839 t CO₂eq </div> </div>	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Analyse des Beratungsbedarfs Branchenspezifische Aufbereitung von Informationsmaterial Endenergieverbrauch Unternehmen	 Weitere Wirkung Finanzielle Entlastung von Unternehmen durch Energieeinsparung
 Synergieeffekte -	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit Breitenwirkung durch Vielzahl von KMU gegeben	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

4. Mobilität und Logistik werden klimaneutral

4 Mobilität und Logistik werden klimaneutral

4.1 Mobilität im kommunalen Einflussbereich

4.1.1 Konzern Stadt Köln als Vorbild

4.1.1.1 Mobilität in Verwaltung, kommunalen Unternehmen und kommunalen Einrichtungen

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.1.1.1



Mobilität in Verwaltung, kommunalen Unternehmen und kommunalen Einrichtungen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Mobilität im kommunalen Einflussbereich

2023

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist die Reduzierung, Verlagerung und möglichst klimaschonende Abwicklung der Verkehre, die mit den Tätigkeiten der Kölner Verwaltung, der kommunalen Unternehmen und der kommunalen Einrichtungen verbunden sind, beziehungsweise in ihrem Einflussbereich liegen. Wege, die dabei derzeit mit Fahrzeugen mit konventionellem Verbrennungsmotor zurückgelegt werden, sollen zukünftig verstärkt mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes oder mit Fahrzeugen mit CO₂-armem oder CO₂-freiem Antrieb zurückgelegt werden.

Ausgangslage

Bereits heute werden in der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen der Stadt entsprechende Maßnahmen des (betrieblichen) Mobilitätsmanagements durchgeführt. Dies ist beispielsweise die Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder des Fahrrads auf dem Weg zum Arbeitsplatz für die Beschäftigten von Verwaltung und kommunalen Unternehmen oder die Umstellung der Fahrzeuge in den kommunalen Flotten, bei denen Verfügbarkeit und Anforderungsprofil dies ermöglichen, auf alternative Antriebe, vor allem auf Batterie-elektrische Fahrzeuge.

Mehrere Konzepte greifen bereits mögliche Maßnahmen zur klimaschonenderen Mobilität in kommunalem Einflussbereich auf. Dies sind beispielsweise das *Klimaschutzteilkonzept Verkehr* und die Studie *KölnKlimaAktiv*. Das Bauverwaltungsamt hat Ende 2021 – wie in der Zielvereinbarung zwischen OBin und Dez. III festgelegt – eine Verwaltungsvorstandsvorlage zum Thema Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Stadtverwaltung (organisatorische Anbindung, personelle Ausstattung und weiteres Vorgehen) gefertigt.

An neu errichteten Schulen und Kitas in Köln wird bereits ein Mobilitätsmanagement mit dem Schwerpunkt der Sicherung der Erschließung der Standorte durchgeführt.

Beschreibung

Diese Aktivitätenempfehlung zum betrieblichen Mobilitätsmanagement im Konzern Stadt Köln adressiert alle im Rahmen der Arbeit der Verwaltung und der kommunalen Unternehmen der Stadt Köln entstehenden Verkehre. Dies sind die Beschäftigtenmobilität, das heißt, die Mobilität auf dem Weg zum Arbeitsplatz, die dienstliche Mobilität, Besucher*innenverkehre und die Beschaffung und Nutzung der Fahrzeuge der kommunalen Flotte. Dabei geht es um die Entwicklung und Umsetzung integrierter Konzepte, da die genannten Elemente sich zum Teil wechselseitig beeinflussen. Da entsprechende Maßnahmen teilweise bereits umgesetzt werden fokussiert die Aktivitätenempfehlung neben der Entwicklung und Umsetzung neuer Maßnahmen auch auf die Fortsetzung und Vertiefung beste-

hender Aktivitäten.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Für klimaschonendere Mobilität im kommunalen Einflussbereich bieten sich der Stadt Köln mehrere Handlungsansätze. Dies sind unter anderem die Attraktivierung des Job Tickets, die Elektrifizierung der städtischen Fahrzeugflotte, Mobilitätsmanagement im Konzern Stadt Köln und Mobilitätsmanagement in Kitas, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Mobilitätsmanagement in der Stadtverwaltung Köln: Es wird ein integriertes Konzept für das Mobilitätsmanagement in der Verwaltung entwickelt und umgesetzt. Für die Beschäftigtenmobilität werden die Rahmenbedingungen für die Anreise zum Arbeitsplatz ohne Pkw verbessert und die Vermeidung von Verkehr gefördert. Hierzu wird das Jobticket für alle Beschäftigten des Konzerns Stadt Köln kostenfrei bereitgestellt, um die Nutzung des ÖPNV auf dem Weg zur Arbeit und auf Dienstreisen in Köln zu attraktivieren. Zudem werden die Bedingungen zur Fahrradnutzung dort wo möglich durch komfortable, diebstahl- und witterungsgeschützte Abstellmöglichkeiten einschließlich Duschen, Umkleieräumen und Spinden sowie durch das Angebot von Diensträdern/pedelecs, verbessert. Ein nutzerfreundliches Fahrgemeinschaftsportal attraktiviert gemeinsames Pendeln, kostenpflichtige Pkw-Stellplätze (Ausnahme Fahrgemeinschaften und Fahrzeuge mit emissionsfreiem Antrieb) deattraktivieren den Arbeitsweg mit dem Pkw. Zur Aktivierung und Routineänderung werden individuelle Mobilitätsberatung und Mobilitätstage angeboten - mit der Möglichkeit, Pedelecs, Lastenräder u.a. wochenweise zu testen. Koordiniert werden kann der Prozess der Ausweitung der bereits bestehenden Aktivitäten zum Mobilitätsmanagement durch die in *KölnKlimaAktiv* bereits beschriebene Einrichtung der Stelle eines Mobilitätsmanagements. Zudem wird die Nutzung privater Pkws für Dienstfahrten erschwert. Zur Verkehrsvermeidung werden die Möglichkeiten mobilen Arbeitens basierend auf den Erfahrungen aus der Covid-Pandemie weiterentwickelt. Neben Homeoffice werden auch Bürotausch-Lösungen mit öffentlichen Verwaltungen und Betrieben in anderen Kommunen geprüft und dort wo möglich umgesetzt.

Elektrifizierung der städtischen Fahrzeugflotte: Um eine schnelle Elektrifizierung des kommunalen Fuhrparks zu erreichen, werden ab 2023 sämtliche neu angeschaffte Pkw als Batterie-elektrische Fahrzeuge beschafft; bei Nutzfahrzeugen werden dort, wo die Marktverfügbarkeit und das Anforderungs- und Nutzungsprofil dies zulassen werden, nur noch Batterie-elektrische Fahrzeuge erprobt und bei Eignung angeschafft. Bedarfsgerecht werden dort, wo Elektromobilität keine Option ist, auch mögliche Alternativen zu Elektrofahrzeugen angeschafft, beispielsweise Schwerlast-Fahrräder oder Brennstoffzellen-Lkws. Zudem wird die hierfür notwendige Versorgungs- beziehungsweise Ladeinfrastruktur auf Parkplätzen der Verwaltung und kommunaler Unternehmen aufgebaut. Bei den für die Flotte des Konzerns Stadt Köln genutzten Parkplätzen, die sich nicht im Besitz der Stadt befinden, wird auf einen Ausbau der Ladeinfrastruktur hingewirkt.



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, Mobilitätsmanager*innen, Fuhrparkleiter*innen, Beschäftigte des Konzerns Stadt Köln



Zielgruppe

Beschäftigte des Konzerns Stadt Köln



Zeitaufwand

12 Vollzeitäquivalente insgesamt, davon acht für BMM im Konzern Stadt Köln



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

500 Euro für jeden zweiten Beschäftigten einmalig für Fahrradabstellmöglichkeiten, Spind u.ä., bei 23.000 Beschäftigten der Stadt Köln insgesamt 5.750.000 Euro.

Kosten zur Flottenumstellung: 3.000 Euro Mehrkosten je elektrischem Fahrzeug, Ladeinfrastrukturkosten können (noch) nicht abgeschätzt werden.

Kostenfreies Jobticket: 70 Euro im Monat pro Beschäftigten, insgesamt 19.320.000 Euro jährlich (Tarifanpassung nicht berücksichtigt).



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, dort wo möglich unterstützt durch Bundes- und Landesförderprogramme



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Diese können an dieser Stelle nicht abgeschätzt werden. Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Verkehr aus dem Jahr 2011 wurden jedoch bereits Wirkungsabschätzungen von Maßnahmen für eine klimaschonendere Beschäftigten- und betriebliche Mobilität der Verwaltung und städtischer Eigenbetriebe durchgeführt.

Kumulierte THG-Einsparung (t):

siehe Minderung jährliches Emissionsniveau



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Modal Split im Beschäftigtenverkehr der Einrichtungen des Konzerns Stadt Köln
Zusammensetzung der Fuhrparke des Konzerns Stadt Köln nach Antriebsart der Fahrzeuge

Verkehrsmittelwahl von Schüler*innen und im elterlichen Bring- und Holverkehr zu/von Schulen und Kitas



Weitere Wirkung

Ökonomie: fittere Mitarbeiter*innen, weniger genutzte / angemietete Parkflächen, geringere Fuhrparkkosten.

Nachhaltige betriebliche Mobilitätsgestaltung wirkt sich neben der CO₂-Einsparung, positiv auf Schadstoffe, Lärm und Lebensqualität aus, Rad- und Fußverkehr fördert die Gesundheit.



Synergieeffekte

Beschäftigtenmobilität ohne Auto, dabei insbesondere aktive Mobilität bewirkt gesündere Mitarbeiter*innen und damit einhergehend weniger krankheitsbedingte Fehlzeiten.



Zielkonflikte

Diese sind nicht zu erwarten



Breitenwirksamkeit

Die Kommunikation von erfolgreich implementierten Maßnahmen des Mobilitätsmanagements in Einrichtungen des Konzerns Stadt Köln kann in Köln ansässige oder aktive Unternehmen für die Belange klimaschonenderer (und dabei kostengünstiger) betrieblicher Mobilität sensibilisieren und zur Durchführung eigener Maßnahmen motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Kommunale E-Fahrzeugflotte ist in der Öffentlichkeit als Vorbild sichtbar.

4.1.1.2 Mobilität in Schulen und Kitas

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.1.1.2



Mobilität in Schulen und Kitas

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Mobilität im kommunalen Einflussbereich

2023

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist die Reduzierung, Verlagerung und möglichst klimaschonende Abwicklung der Verkehre, die in Köln mit dem Betrieb von Schulen und Kitas verbunden sind. Elterliche Bring- und Holfahrten, die dabei derzeit mit Fahrzeugen mit konventionellem Verbrennungsmotor zurückgelegt werden, sollen zukünftig verstärkt mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes oder mit Fahrzeugen mit CO₂-armem oder CO₂-freiem Antrieb zurückgelegt werden. Zudem soll die eigenständige Mobilität der Kinder auf dem Weg zur Schule gefördert werden, so dass Kinder, die derzeit noch von ihren Eltern gebracht werden, diese Wege zunehmend selbstständig mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen.

Ausgangslage

An neu errichteten Schulen und Kitas in Köln wird bereits ein Mobilitätsmanagement mit dem Schwerpunkt der Sicherung der Erschließung der Standorte durchgeführt.

Beschreibung

Diese Aktivitätenempfehlung adressiert alle im Rahmen der Tätigkeit der Schulen und Kitas in Köln entstehenden Verkehre. Dies sind vor allem die von den Kindern eigenständig oder in Begleitung zurückgelegten Wege zur Kita und zur Schule. Ein Mobilitätsmanagement für Kitas und Schulen soll zum einen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass elterliche Hol- und Bringdienste reduziert werden oder nicht motorisiert erfolgen. Zudem soll beispielweise durch die Erstellung von Schulwegplänen ein sicherer Schulweg gewährleistet werden, so dass Kinder ihre Wege selbstbestimmt und ohne elterliche Begleitung zurücklegen können. Da entsprechende Maßnahmen in Köln teilweise bereits umgesetzt werden fokussiert die Aktivitätenempfehlung neben der Entwicklung und Umsetzung neuer Maßnahmen auch auf die Fortsetzung und Vertiefung bestehender Aktivitäten.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Mobilitätsmanagement in Kitas, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen ermöglicht klimaschonendere Mobilität. Der Stadt Köln bieten sich mehrere Handlungsansätze.

Mobilitätsmanagement in Kitas, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen: In allen Kitas, Schulen und Bildungseinrichtungen in Trägerschaft der Stadt Köln wird ein Mobilitätsmanagement umgesetzt. Hierzu werden die Einrichtungen mittels einer Beratung und der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen ertüchtigt. Ein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche zu Fuß, mit dem Rad oder ÖPNV zur Kita beziehungsweise Schule kommen oder gebracht werden. Elterliche Bring- und Holfahrten sollen verstärkt nicht-motorisiert erfolgen. Hierzu werden Schulstraßen eingerichtet, bei denen eine Sperrung für den MIV in der Zeit um den Schulbeginn erfolgt, Walking/Cycling-Bus-Angebote geschaffen, Schulwegpläne erarbeitet, Mobilitätstrainings für Kinder ausgebaut und Informationstage zum Schulweg umgesetzt. Zudem werden die Bedingungen für die Fahrradnutzung und das Zufußgehen verbessert, etwa durch die Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und die Verbesserung der Zuwegung der Standorte aus dem öffentlichen Straßenraum. Zugleich werden die Bedingungen für die Pkw-Nutzung für diese Wegezwecke insbesondere an den Schul- und Kita-Standorten deattraktiviert, beispielsweise durch die Einrichtung von ausgedehnten Halteverbotszonen um Kita- und Schulstandorte und die konsequente Ahndung von Verstößen.

 Akteure Verwaltung der Stadt Köln	 Zielgruppe Lehrer*innen, Erzieher*innen, Eltern
 Zeitaufwand 4 Vollzeitäquivalente für BMM an Schul- und Kitastandorten	 Dauer der Aktivitätenempfehlung Dauerhaft und kontinuierlich
 Sachkosten MM an Schulen und Kitas: 200 Euro pro Kind/Schüler für Fahrradabstellmöglichkeiten und Schulwegmobilität: 38.400.000 Euro (42.000 Kita-Kinder, 150.000 Schüler*innen in Köln)	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel, dort wo möglich unterstützt durch Bundes- und Landesförderprogramme
 THG-Einsparungen Diese können an dieser Stelle nicht abgeschätzt werden. Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Diese können an dieser Stelle nicht abgeschätzt werden.	
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Verkehrsmittelwahl von Schüler*innen und im elterlichen Bring- und Holverkehr zu/von Schulen und Kitas	 Weitere Wirkung Rad- und Fußverkehr fördert die Gesundheit.
 Synergieeffekte Kinder, die nicht mit dem Auto zur Kita oder zur Schule gebracht werden, kommen so frühzeitig mit Alternativen zum Auto in Berührung. Dies kann sich positiv (im Sinne nachhaltiger Mobilität) auf das eigene spätere Mobilitätsverhalten, beziehungsweise die eigene spätere Verkehrsmittelwahl auswirken.	 Zielkonflikte Diese sind nicht zu erwarten
 Breitenwirksamkeit Die Kommunikation von erfolgreich implementierten Maßnahmen des Mobilitätsmanagements in Kölner Kitas, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen kann in Köln ansässige oder aktive AkteureInnen in diesem Arbeitsfeld für die Belange klimaschonenderer Mobilität sensibilisieren und zur Durchführung eigener Maßnahmen motivieren.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Insbesondere Schulweg- und Kita-Mobilität ohne Auto führen im Umfeld der Standorte zu einer besonderen Sichtbarkeit und prägen die Wahrnehmung nachhaltiger Mobilität auch bei den Eltern.

4.2 Personenverkehr

4.2.1 Förderung ÖPNV

4.2.1.1 Quantitativer Ausbau des bestehenden ÖPNV- und SPNV-Angebotes

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.2.1.1



Quantitativer Ausbau des bestehenden ÖPNV- und SPNV-Angebotes

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Personenverkehr

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist die verstärkte Verlagerung von Pkw-Fahrten auf öffentliche Verkehrsmittel. Durch den quantitativen Ausbau des ÖPNV- und SPNV-Angebotes und der Ausweitung der Kooperation mit den Kommunen in der Region sollen Fahrten, für die derzeit in Köln noch das Auto genutzt wird, zukünftig mit Bus und Bahn zurückgelegt werden. Ziel ist es, den Modal Split-Anteil der mit dem ÖPNV zurückgelegten Wege bis 2035 auf rund 25% zu erhöhen.

Ausgangslage

Der Modal Split-Anteil des ÖPNVs am Personenverkehr in Köln betrug 2017 21%. Während mit 93% Erschließungsquote weite Teile des Stadtgebietes insgesamt schon eine gute ÖPNV-Erschließung aufweisen, bestehen insbesondere bei der Anbindung an die Schiene immer noch Erschließungslücken, die einer höheren ÖPNV-Nutzung derzeit noch im Wege stehen können. Auch die SPNV-Anbindung Köln an die Region sowie die innere Erschließung Kölns durch den SPNV kann als gut beschrieben werden. Das Netz bedarf eines quantitativen Ausbaus, da es zu bestimmten Tageszeiten bereits jetzt an seine Kapazitätsgrenzen stößt und so eine weitere Taktverdichtung bestehender und die Einrichtung neuer Angebote kaum mehr möglich ist.

Beschreibung

Um den Anteil öffentlicher Verkehrsmittel am Modal Split des Personenverkehrs in Köln zu erhöhen, werden die Maßnahmen aus der ÖPNV-Roadmap⁵ beschleunigt realisiert, so dass die Umsetzung bis zum Jahr 2035 abgeschlossen ist. Um die ambitionierten Klimaschutzziele für Köln auch im Verkehrsbereich zu erreichen, werden die Ziele der ÖPNV-Roadmap zudem ausgeweitet. Dies betrifft sowohl eine Erweiterung des in der Roadmap vorgesehenen Ausbaus des Liniennetzes als auch der Taktverdichtung. Hierzu werden die Personalkapazitäten für Planung und Umsetzung erhöht und Planungsabläufe beschleunigt.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Beschleunigte Umsetzung der ÖPNV-Roadmap: Die in der ÖPNV-Roadmap enthaltenen quantitativen Ausbaumaßnahmen, d.h. die Verlängerung bestehender und die Einrichtung neuer Bus- und Bahnlinien werden bis 2035 umgesetzt. Hierfür ist es notwendig, Genehmigungs-, Planungs- und Umsetzungsprozesse zu priorisieren und beschleunigt abzuwickeln.

Erweiterung des ÖPNV-Netzes und Taktverdichtung über die Pläne der ÖPNV-Roadmap hinaus: Die Maßnahmen der ÖPNV-Roadmap allein werden aller Voraussicht nach noch nicht ausreichen, um den für eine klimaneutrale Mobilität notwendige Erhöhung des ÖPNV-Anteils in ausreichendem Maße zu

⁵ Die Roadmap beinhaltet die wichtigsten Aus- und Neubauvorhaben für das Kölner Stadtbahnnetz

bewirken. Daher werden zusätzlich zu den in der Roadmap bereits enthaltenen weitere Ausbaumaßnahmen umgesetzt, die eine Netzverdichtung und Taktverdichtung beinhalten. Alle größeren Siedlungsgebiete sollen an das Schienennetz von KVB und S-Bahn angebunden, Netzlücken im Schienennetz geschlossen, Strecken in Richtung von Nachbarkommunen verlängert und Ergänzungsrouten zur Kapazitätsentlastung hochfrequentierter Strecken geschaffen werden.

Im Sinne einer beschleunigten Umsetzung werden bis zum Erreichen des Ausbauziels auch temporäre Lösungen forciert - z.B. (Metro- oder Schnell-)Buslinien, die später durch Stadtbahnlinien ersetzt werden, sowie die Einrichtung von Wasserbuslinien.

ÖPNV-Ausbau in Gewerbegebieten: Gewerbe- und Industriegebiete generieren Berufspendelverkehre, die in Köln mehr als 20% aller Wege ausmachen und bei denen der Pkw-Anteil zudem überdurchschnittlich hoch ist. Daher wird ein besonderer Fokus auf die Verbesserung der Anbindung und inneren Erschließung dieser Gebiete für öffentliche Verkehrsmittel gelegt. Mögliche Bausteine dieser Verbesserung sind ein (gegebenenfalls automatisiertes Binnen-ÖPNV-Angebot in größeren Industrie- und Gewerbegebieten, ein überbetriebliches Mobilitätsmanagement, die Verknüpfung der Angebote mit Car- und Bikesharing sowie weiteren On demand-Angebote und die Verbesserung des Rad- und des Fußverkehrs als ÖV-Zu- und Abbringer. Die Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit den Aktivitätenempfehlungen zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement (vgl. Aktivitätenempfehlung „Förderung betrieblichen Mobilitätsmanagements“).

Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, Kölner Verkehrsbetriebe, VRS, DB Regio, weitere in Köln aktive Nahverkehrsbetriebe, Anbieter*innen von Ride-Sharing-Angeboten, in Köln ansässige Unternehmen

Zielgruppe

Pkw-Nutzer*innen, die derzeit noch aus Gründen eines fehlenden oder nicht ausreichenden Angebotes öffentliche Verkehrsmittel nicht oder nur in geringem Maße nutzen, ÖPNV-Nutzer*innen

Zeitaufwand

25 Vollzeitäquivalente insgesamt, davon 9 im Bereich Bauvorbereitung und Bauleitung, 7 im Bereich der Planung, 4 im Bereich der Administration, 4 im Bereich der Baustellengenehmigung und -kontrolle sowie eine im Bereich der Verkehrstechnik

Dauer der Aktivitätenempfehlung

2022 - 2035

Sachkosten

224 Euro pro Bürger*in und Jahr, insgesamt 224.000.000 Euro jährlich (Basis ÖPNV-Förderung in Wien)

Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Regionalisierungsmittel, GVFG, NRW-Landesförderung

THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Eine Erhöhung des Modal Split-Anteils auf 25% zu Lasten des MIVs bis 2035 würde im Jahr 2035 eine CO₂-Einsparung von etwa 58.000 Tonnen bedeuten.

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Mit der Erhöhung des aktuellen Modal Split-Anteils des ÖV zu Lasten des MIV auf dann 25 Prozent könnten bis 2035 insgesamt etwa 413.000 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ eingespart werden.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung der Fahrgastzahlen
Entwicklung Modal Split ÖV und MIV
Entwicklung des Angebotsumfangs (Länge des ÖPNV-Streckennetzes (Bus/Schiene), Taktung,...)
ÖPNV-Erschließungsquote



Weitere Wirkung

Ökonomie: Mit der Reduzierung des Pkw-Verkehrs wäre eine geringere Abnutzung der Verkehrsinfrastruktur und somit ein geringerer Aufwand zur Wartung und Reparatur dieser Infrastruktur notwendig.
Ökologie: Weniger Pkw-Verkehr bedeutet weniger verkehrsbedingte Luftschadstoffe und weniger Verkehrslärm.
Soziales: Ein flächendeckendes und auch in den nachfrageschwachen Räumen und zu nachfrageschwachen Zeiten verfügbares ÖV-Angebot reduziert die Notwendigkeit, mit dem Pkw mobil sein zu müssen und verbessert die Mobilitätsmöglichkeiten der Menschen in Köln, die keinen Pkw nutzen können oder möchten. Durch Reduzierung des Pkw-Verkehrs sinken die Unfallzahlen und damit verbundene Gesundheitsschäden.



Synergieeffekte

Durch die bauliche, organisatorische und tarifliche Verknüpfung des konventionellen ÖV-Angebotes mit weiteren Mobilitätsangeboten werden neue Wegeketten ohne eigenes Auto möglich.



Zielkonflikte

Diese sind dann zu erwarten, wenn es innerhalb des Umweltverbundes zu konkurrierenden Ansprüchen an den (nur begrenzt) zur Verfügung stehenden Verkehrsraum kommt.
Konflikte mit Anwohnenden sind bei Ausbau des Schienennetzes möglich.



Breitenwirksamkeit

Durch seine gute Sichtbarkeit im öffentlichen Raum kann ein attraktives Angebot öffentlicher Verkehrsmittel Pkw-Nutzer*innen für die Belange nachhaltiger Mobilität sensibilisieren und zum Umstieg motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Diese ist durch die Verortung des Angebotes (Fahrzeuge und Haltestellen) im öffentlichen Raum gewährleistet. Verbesserungen werden so schnell und einfach wahrgenommen.

4.2.1.2 Attraktivierung des ÖPNV-Angebots

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.2.1.2



Attraktivierung des ÖPNV-Angebotes

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Personenverkehr

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist es, die Nutzung des bestehenden ÖPNV-Angebotes durch die Verbesserung seiner Qualität und die flankierende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Lasten des Pkws zu erhöhen. Ziel ist es, den Modal Split-Anteil der mit dem ÖPNV zurückgelegten Wege bis 2035 auf rund 25% zu erhöhen.

Ausgangslage

Der ÖPNV-Gesamtbericht der Stadt Köln 2019 weist für den Zeitraum 2015 bis 2019 eine nur durchschnittliche Zufriedenheit der Nutzer*innen mit der Qualität des ÖPNV-Angebotes der Kölner Verkehrsbetriebe aus. Dies betrifft vor allem die Zufriedenheit hinsichtlich der Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit des Angebotes, jedoch auch die Schnelligkeit der Beförderung wurde durch die Fahrgäste für diesen Zeitraum schlechter bewertet. Mit der bereits durchgeführten oder in Planung befindlichen Einstellung zusätzlichen Fahrpersonals, der Optimierung von Werkstattabläufen, der Beschaffung von Niederflurstadtbahnfahrzeugen, der Auslieferung neuer Hochflurstadtbahnwagen und neuer Elektrobusse soll die Qualität des Angebotes verbessert werden. Zur Verbesserung der Pünktlichkeit des Angebots sind bereits zahlreiche Maßnahmen in Köln umgesetzt worden. So ist die Bevorrechtigung des Schienenverkehrs bereits fast flächendeckend umgesetzt. Für den Busverkehr stellt sich die Situation schwieriger dar. Auch hier wurden in der Vergangenheit bereits verschiedene Maßnahmen zur Beschleunigung / Bevorrechtigung ausprobiert, die erreichten verkehrlichen Wirkungen waren bislang jedoch eher gering.

Beschreibung

Durch die Verbesserung der Qualität des bestehenden Angebotes (Erhöhung der Pünktlichkeit, Sauberkeit, Sicherheit), und durch den Abbau von Zugangshemmnissen sollen Pkw-Nutzer*innen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel motiviert werden. Bereits jetzt den ÖPNV nutzende Menschen sollen in ihrer Verkehrsmittelwahl bestärkt werden. Hierzu wird auch die Kommunikation insbesondere bei Störungsfällen verbessert, die bauliche und organisatorische Barrierefreiheit erhöht und die Zuwegung der Haltestellen verbessert. Auch werden neue Ansätze für die dauerhafte Finanzierung eines verbesserten Angebots entwickelt.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Für die Erhöhung der Qualität des bestehenden Angebotes öffentlicher Verkehrsmittel bieten sich der Stadt Köln, den Kölner Verkehrsbetrieben und dem Verkehrsverbund mehrere Handlungsansätze, die parallel verfolgt werden sollen:

Ein Begrüßungspaket für Neubürger*innen, das ein kostenfreies Schnupperticket für den ÖPNV enthält, kann aus der Gruppe der neu nach Köln gezogenen Personen neue Nutzer*innen gewinnen.

Eine Ausweitung und Verstetigung der Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit kann die Qualität des Angebotes kommunizieren und Wissens- und Informationsdefizite über das bestehende Angebot reduzieren. Zudem können Ausprobierangebote wie Schnuppertickets für den ÖPNV eine verstärkte Nutzung anregen, die zielgruppenspezifisch vergeben werden, beispielsweise an Berufspendler*innen, die bisher in erster Linie das Auto nutzen.

Die Verbesserung von Sauberkeit und Sicherheit kann die Bürger*innen als Kund*innen gewinnen, die bisher aus tatsächlichen und subjektiv wahrgenommenen Defiziten in diesen Bereichen öffentliche Verkehrsmittel nicht oder nur in geringem Umfang genutzt haben.

Die Pünktlichkeit kann gesteigert werden, indem Fahr- und Betriebsablaufpläne angepasst und indem die Bevorrechtigung des ÖPNV gegenüber dem Straßenverkehr weiter ausgebaut wird. Während die Bevorrechtigung im Schienennetz bereits nahezu flächendeckend erfolgt ist, stellt sie sich im Busverkehr schwieriger dar. Mögliche Optionen zur Verbesserung der Schnelligkeit wären die Einrichtung zusätzlicher ÖPNV-Spuren im Straßenraum und eine beschleunigte Netzmodernisierung und -digitalisierung. Fahrgastleitsysteme können den Nutzungskomfort insbesondere beim Umsteigen erhöhen. Generell ist zur Verbesserung der Pünktlichkeit auch eine (weitere) Neuverteilung des Straßenraums zu Gunsten öffentlicher Verkehrsmittel sinnvoll. Zur Steigerung von Sicherheit und Sauberkeit wird zusätzliches Personal in den Fahrzeugen eingesetzt.

Die Erhöhung der Barrierefreiheit beispielsweise durch die Nachrüstung von Haltestellen mit Rolltreppen und Fahrstühlen kann insbesondere mobilitätseingeschränkten Menschen, Menschen mit Gepäck und Familien mit Kinderwagen den Zugang zum Angebot öffentlicher Verkehrsmittel erleichtern.

Günstiges und einfaches Tarifsysteem: Niedrigere Fahrpreise können Anreize zur Nutzung des ÖPNV schaffen. Hierzu gehören ein deutlich vergünstigtes Jahresabo nach dem Vorbild des 365-Euro-Tickets in Wien, stärker vergünstigte Sozialtickets sowie flexible Jobtickettarife, die Vergünstigungen bei Teilzeit und mobilem Arbeiten ermöglichen. Stadt und KVB setzen sich beim VRS für diese Möglichkeiten ein, die Stadt setzt sich über den Städtetag auf Bundesebene für weitere Fördermittel und die Möglichkeit einer Nahverkehrsabgabe ein.



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, Kölner Verkehrsbetriebe, VRS



Zielgruppe

Pkw-Nutzer*innen, die derzeit noch aus Gründen fehlenden Wissens über das bestehende Angebot oder Vorbehalten gegenüber der Qualität des Angebotes öffentliche Verkehrsmittel in Köln nicht oder nur in geringem Maße nutzen, ÖPNV-Nutzer*innen



Zeitaufwand

12 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

224 Euro pro Bürger*in und Jahr, insgesamt 224.000.000 Euro jährlich (Basis ÖPNV-Förderung in Wien)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Regionalisierungsmittel, GVFG, NRW-Landesförderung



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Eine Erhöhung des Modal Split-Anteils auf 25% zu Lasten des MIVs bis 2035 würde im Jahr 2035 eine CO₂-Einsparung von etwa 58.000 Tonnen bedeuten

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Mit der Erhöhung des aktuellen Modal Split-Anteils des ÖV zu Lasten des MIV könnten bis 2035 insgesamt etwa 413.000 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ eingespart werden



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung der Fahrgastzahlen
Entwicklung Modal Split ÖV und MIV
Anteil barrierefreier Haltestellen
Pünktlichkeitsquote



Weitere Wirkung

Ökonomie: Mit der Reduzierung des Pkw-Verkehrs wäre eine geringere Abnutzung der Verkehrsinfrastruktur und somit ein geringerer Aufwand zur Wartung und Reparatur dieser Infrastruktur notwendig.
Ökologie: Weniger Pkw-Verkehr bedeutet weniger verkehrsbedingte Luftschadstoffe und weniger Verkehrslärm.
Soziales: Ein barrierefreieres und insgesamt leichter zu nutzendes ÖV-Angebot reduziert die Notwendigkeit, mit dem Pkw mobil sein zu müssen und verbessert die Mobilitätsmöglichkeiten der Menschen in Köln, die keinen Pkw nutzen können oder möchten.



Synergieeffekte

Durch die bauliche, organisatorische und tarifliche Verknüpfung des konventionellen ÖV-Angebotes mit weiteren Mobilitätsangeboten werden neue Wegeketten ohne eigenes Auto möglich.



Zielkonflikte

Diese sind dann zu erwarten, wenn es innerhalb des Umweltverbundes zu konkurrierenden Ansprüchen an den (nur begrenzt) zur Verfügung stehenden Verkehrsraum kommt.



Breitenwirksamkeit

Durch seine gute Sichtbarkeit im öffentlichen Raum kann ein attraktives Angebot öffentlicher Verkehrsmittel Pkw-Nutzer*innen sensibilisieren und zum Umstieg motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Diese ist durch die Verortung des Angebotes (Fahrzeuge und Haltestellen) im öffentlichen Raum gewährleistet. Verbesserungen werden so schnell und einfach wahrgenommen.

4.2.2 Förderung Nahmobilität

4.2.2.1 Förderung Fußverkehr

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.2.2.1



Förderung Fußverkehr

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Personenverkehr

2022

Ziel und Strategie

Durch die Verbesserung der infrastrukturellen, rechtlichen, organisatorischen und administrativen Rahmenbedingung für den Fußverkehr sollen Wege vom Pkw insbesondere im Kurzstreckenbereich auf das Zufußgehen verlagert werden. Der Fuß- und der Radverkehr sollten bis 2035 zusammen einen Anteil von mindestens 50% am Modal Split erreichen. Die Anteile des Fuß- und des Radverkehrs am Modal Split sollen weiter erhöht werden. Zudem soll das Zufußgehen in Köln sicherer werden. Die Anzahl der Unfälle mit Beteiligung von Zufußgehenden soll ganz erheblich reduziert werden, ebenso die Schwere der Unfälle.

Ausgangslage

Die Bedingungen für den Fußverkehr sind in Köln vielfach noch nicht optimal. Insbesondere in Quartieren mit viel Fußverkehrsaufkommen sind die Gehwegbreiten für ein komfortables und sicheres Zufußgehen oftmals nicht ausreichend. Ampelschaltungen sind aufgrund langer Warte- und Querungszeiten häufig fußgänger*innenunfreundlich. Von den Wegen bis fünf Kilometern Länge werden derzeit noch ein Viertel mit dem Pkw zurückgelegt⁶.

Beschreibung

Die Bedingungen für das Zufußgehen werden weiter verbessert, so dass zukünftig Wege in fußverkehrstauglicher Distanz, für die derzeit noch der Pkw genutzt wird, zu Fuß zurückgelegt werden. Hierzu wird der Straßenraum zugunsten des Fußverkehrs umverteilt, die Fußwege attraktiviert, die Straßenquerung erleichtert und beschleunigt und das Zufußgehen sicherer gemacht.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Grundlegend für eine Erhöhung des Anteils des Zufußgehens am Modal Split ist die qualitative Verbesserung der bestehenden Infrastruktur und deren quantitativer Ausbau. Diese Aktivitätenempfehlung umfasst folgende Unteraktivitäten:

- Umsetzung einer Vision-Zero-Strategie zur Vermeidung von Verkehrstoten in Köln
- Entwicklung und Umsetzung einer Fußverkehrsstrategie für die Gesamtstadt und von Fußverkehrskonzepten für alle Stadtbezirke unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards
- qualitativer und quantitativer Ausbau von Fußwegen, insbesondere in Gebieten mit besonderer Problemlage und besonders ausgeprägten Defiziten für das Zufußgehen. Dabei wird eine Gehwegbreite von 2,50 Meter vorgesehen
- Erhöhung der Barrierefreiheit für den Fußverkehr durch niveaugleiche Absenkung von Bordsteinkanten, Beseitigung von Stolperfallen, Schaffung von Rampen, durchgängigen taktilen Leitsystemen, konsequentem Abschleppen von Falschparker*innen und Ahndung weiterer Verstöße bei illegalem Gehwegparken, Ausweisung von Abstellflächen für Fahrräder und Rollern abseits des Gehwegs sowie der Schaffung hinreichender Sitzgelegenheiten im gesamten

⁶ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=733929&type=do>

Gehwegenetz

- Erleichterung der Straßenquerung unter anderem durch geänderte Ampelschaltungen zur Beschleunigung (schnelleres Fußgänger*innengrün, Querung in einem Zug, längere Umlaufzeiten für Zufußgehende), die Schaffung von Gehwegnasen (Verkürzung der Querungsstrecke, Erhöhung der Sichtbarkeit) sowie mehr Zebrastreifen
- Verbesserung der fußläufigen Erreichbarkeit von ÖPNV-Haltestellen, beispielsweise durch fußgänger*innenfreundliche Ampelschaltungen und Einsatz von Ampeln mit Direktanforderung nur noch in Ausnahmefällen
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums durch Begrünung, Kunst im öffentlichen Raum, attraktive Anlehn- und Sitzgelegenheiten und Aufenthaltsorte sowie Informationen und Themenrouten zu Kultur und Geschichte
- Erhöhung der Reinigungsaufwände
- Förderung des Zufußgehens im Schüler*innenverkehr, beispielsweise durch Walking busses
- Qualifizierung des Planungspersonals für die besonderen Belange des Fußverkehrs



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln



Zielgruppe

Pkw-Nutzer*innen



Zeitaufwand

14 Vollzeitäquivalente, davon zehn für den Fußverkehr, vier weitere für die Schulwegmobilität



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

15 Euro pro Bürger*in und Jahr, insgesamt 15.000.000 Euro (eigene Schätzung auf Basis von Überlegungen zur Radverkehrsförderung in Berlin)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Mit einer Erhöhung des Modal Split-Anteils des Zufußgehens bis 2035 auf 28 Prozent wäre eine CO₂-Minderung in 2035 von 2.200 Tonnen verbunden

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Mit der Erhöhung des aktuellen Modal Split-Anteils des Zufußgehens zu Lasten des MIV um ein Prozent könnten bis 2035 insgesamt etwa 16.000 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ eingespart werden.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Modal Split des Fußverkehrs
Anteil barrierefreier Gestaltung im Fußwegenetz
Entwicklung der Anzahl von Unfällen mit Personenschäden



Weitere Wirkung

Ökonomie: Die Substitution von Autofahrten in fußverkehrstauglicher Distanz durch das Zufußgehen reduziert die Abnutzung der Verkehrsflächen des Pkws und reduziert so auch den finanziellen Aufwand der Stadt Köln für die Wartung und Reparatur dieser Infrastruktur.

Ökologie: Neben weniger CO₂-Emissionen bedeutet die Förderung des Zufußgehens auch weniger Emissionen von verkehrsbedingten Luftschadstoffen und von Verkehrslärm.

Soziales: Ein gut ausgebautes Fußverkehrsnetz bietet vor allem im Kurzstreckenbereich Mobilitätsmöglichkeiten auch für die Kölner Bürger*innen, die keinen Zugang zu einem Pkw haben. Zufußgehen beugt zudem Bewegungsmangel vor und fördert so die Gesundheit. Gute Bedingungen zum Zufußgehen ermöglichen insbesondere Kindern und älteren Menschen eine selbstständige gefahrenärmere Mobilität.



Synergieeffekte

Eine Zunahme des Fußverkehrs und eine damit einhergehende Belebung des öffentlichen Raums kann zur Revitalisierung von Wohn- und vor allem von Geschäftsbereichen in der Stadt beitragen.



Zielkonflikte

Bevorrechtigungs- und Beschleunigungsmaßnahmen für den Fußverkehr können sich auch negativ auf die Angebotsqualität des ÖPNVs auswirken, beispielsweise wenn fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen Rotphasen für den ÖPNV verlängern und so zur Verlängerung der Reisezeiten beitragen.



Breitenwirksamkeit

Durch seine gute Sichtbarkeit im öffentlichen Raum kann das Zufußgehen Nutzer*innen sensibilisieren und zum Umstieg motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Eine fußgänger*innenfreundlich gestaltete Stadtplanung, eine steigende Anzahl von Fußgänger*innen und ein gleichzeitiger Rückgang beim Pkw-Verkehr werden schnell im Kölner Stadtbild sichtbar. Dies kann insbesondere bei den Kölner Bürger*innen, die noch nicht für die Möglichkeiten einer Nahmobilität ohne Auto sensibilisiert sind, zur Motivation beitragen, Wege im Kurzstreckenbereich, für die bisher das Auto genutzt wurde, zukünftig verstärkt zu Fuß zurückzulegen.

4.2.2.2 Förderung Radverkehr

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.2.2.2



Förderung Radverkehr

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Personenverkehr

2022

Ziel und Strategie

Durch die Verbesserung der infrastrukturellen, rechtlichen, organisatorischen und administrativen Rahmenbedingung für den Radverkehr sollen Wege, deren Distanz und Wegezweck das erlauben, vom Pkw auf das Fahrrad, Pedelecs und E-Bikes verlagert werden. Rad- und Fußverkehr sollten bis 2035 zusammen einen Anteil von mindestens 50% am Modal Split erreichen. Zudem soll das Radfahren in Köln sicherer werden, Die Anzahl der Unfälle mit Beteiligung von Radfahrenden soll ganz erheblich reduziert werden, ebenso die Schwere der Unfälle.

Ausgangslage

In den vergangenen Jahren wurden sukzessive Radverkehrskonzepte für die einzelnen Stadtbezirke entwickelt und mit deren Umsetzung begonnen. Dennoch ist die Radverkehrsinfrastruktur bislang noch weitgehend in einem verbesserungswürdigen Zustand und die in den bisherigen Konzepten vorgesehenen Infrastrukturen sind für einen perspektivisch deutlich steigenden Radverkehrsanteil nicht immer ausreichend dimensioniert.

In Köln besteht trotz hoher Zuwächse in der jüngeren Vergangenheit insbesondere beim Radverkehr immer noch ein hohes und noch nicht vollständig gehobenes Potenzial für eine Nahmobilität ohne Auto. 71 % der durch die Kölner*innen zurückgelegten Wege sind nicht länger als zehn Kilometer. Von den Wegen bis fünf Kilometern Länge werden derzeit noch ein Viertel mit dem Pkw zurückgelegt⁷, bei den Wegen zwischen fünf und zehn Kilometern 46 Prozent⁸.

Beschreibung

Die Bedingungen für die Nutzung des Fahrrads in Köln werden weiter verbessert, so dass zukünftig mehr Wege, für die derzeit noch der Pkw genutzt wird, mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Hierzu wird das Radverkehrsnetz gemäß der bereits bestehenden Radverkehrskonzepte auf Bezirksebene ausgebaut und diese Konzepte sowohl qualitativ als auch quantitativ erweitert.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Grundlegend für eine Erhöhung des Anteils des Fahrrads am Modal Split des Personenverkehrs in Köln ist die qualitative Verbesserung der bestehenden Infrastruktur und deren quantitativer Ausbau. Diese im Rahmen einer Angebotsplanung umzusetzenden Maßnahmen umfasst somit folgende Bausteine:

- Schaffung eines durchgängigen, ausreichend dimensionierten, barrierefreien und sicheren Radnetzes in Köln, das die einfache und komfortable Nutzung durch alle Altersgruppen von Kindern bis zu Senioren ermöglicht.
- Umsetzung und Erweiterung der Radverkehrskonzepte in den Bezirken bis zum Jahr 2035 bei Berücksichtigung höherer Qualitätsstandards, bei Bedarf entsprechende Anpassung der Konzepte und Berücksichtigung der Möglichkeiten für verschiedenen Maßnahmen, wie die Öffnung weiterer Einbahnstraßen für den Radverkehr oder die Einrichtung von Fahrradstraßen. Hierzu gehören unter anderem eine Mindestbreite im Vorrangnetz von 2,50 Meter, im Ergänzungsnetz von 2 Meter; geschützte Radfahrstreifen mit physischen Barrieren zum Autoverkehr an Straßenabschnitten mit hohem Konfliktpotenzial, und sichere Kreuzungsgestaltung,

⁷ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=733929&type=do>

⁸ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=733929&type=do>

sowie der Ausbau von Radabstellanlagen. Hierzu ist bei Bedarf der Straßenraum umzuverteilen.

- Um eine Beschleunigung zu ermöglichen, werden zentrale Verbindungen des Radnetzes als temporäre Radwege bereits vor ihrer baulichen Umsetzung bereitgestellt.
- Es erfolgt ein qualitativen und quantitativen Ausbau von Radwegen in Gebieten mit besonderer Problemlage, so in Innenstadtlagen mit hohem Verkehrsaufkommen oder in Gewerbegebieten mit fehlender Radverkehrsinfrastruktur.
- Es erfolgt ein Netzlückenschluss für mittlere und lange Distanzen, um schnelle überbezirkliche Verbindungen zu schaffen. Zudem werden abschnittsweise kreuzungsfreie beziehungsweise mit grüner Welle ausgestattete Radschnellwege auf relevanten Routen eingerichtet.
- Maßnahmen zur Bereitstellung von Radwegen werden vorgezogen, auch wenn sie noch nicht den vollständig angestrebten Ausbauzustand darstellen.
- Die Barrierefreiheit für den Radverkehr wird erhöht. Dies umfasst auch die Beschleunigung für den Radverkehr an Kreuzungen durch geänderte Ampelschaltungen zu Gunsten des Radverkehrs. Bei Baumaßnahmen werden grundsätzlich geeignete Umleitungen für den Radverkehr geschaffen.
- Umsetzung einer Vision-Zero-Strategie zur Vermeidung von Verkehrstoten in Köln
- Der Ausbau des flächendeckenden Leihfahrradsystems erfolgt als Teil des ÖPNVs, ebenso die Verknüpfung des Leihfahrradsystems mit weiteren Sharing-Angeboten.
- Das Fahrradparken im öffentlichen Raum sowie auf Privatgrundstücken wird durch bauliche und organisatorische Maßnahmen verbessert, Gehwegparken wird vermieden durch ausreichende Stellflächen abseits der Gehwege; hierfür werden insbesondere Pkw-Parkflächen reduziert. Die Verbesserung des Fahrradparkens an Privatgrundstücken erfolgt beispielsweise durch die konsequente Überprüfung der Umsetzung der Stellplatzsatzung, die das Abstellen von Fahrrädern regelt sowie die Bereitstellung von mietbaren Fahrradgaragen im Straßenraum.
- Die Verknüpfung des Radverkehrs mit ÖPNV und SPNV erfolgt über den Ausbau von Bike and Ride und über Mobilstationen.
- Es erfolgt die Einbindung von Mikrodepots und City Hubs in das Vorrangnetz des Radverkehrskonzept, um den Gütertransport per Lastenrad zu fördern.



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, KVB, VRS



Zielgruppe

Pkw-Nutzer*innen



Zeitaufwand

27 Vollzeitäquivalente für Planung und Umsetzung für den Radverkehr. Für den Radverkehr sind 9 Vollzeitstellen im Bereich der Bauvorbereitung und Bauleitung erforderlich, 7 im Bereich der Planung, 4 im Bereich der Administration, 4 im Bereich der Baustellengenehmigung und -kontrolle, eine im Bereich der Verkehrstechnik und 2 bei der Straßenverkehrsbehörde. Eine halbe Stelle ist für die Vertragsbetreuung der öffentlichen Beleuchtung notwendig



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

35 Euro pro Bürger*in und Jahr, insgesamt 35.000.000 Euro (Basis Radverkehrsförderung in Kopenhagen)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Eine Erhöhung des Modal Split-Anteils des Radverkehrs auf 28 % zu Lasten des MIVs bis 2035 würde im Jahr 2035 eine CO₂-Einsparung von etwa 93.500 Tonnen bedeuten

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Mit der Erhöhung des aktuellen Modal Split-Anteils des Radverkehrs zu Lasten des MIV auf 28% könnten bis 2035 insgesamt etwa 682.000 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ eingespart werden



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Modal Split des Radverkehrs
Länge des Radverkehrsnetzes
Anzahl von Fahrradabstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum
Anzahl der Unfälle mit Beteiligung von Radfahrer*innen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Die Substitution von Autofahrten durch das Fahrrad reduziert die Abnutzung der Verkehrsflächen des Pkws und reduziert so auch den finanziellen Aufwand der Stadt Köln für die Wartung und Reparatur dieser Infrastruktur.

Ökologie: Neben weniger CO₂ bedeutet die Förderung des Radverkehrs auch weniger Emissionen von verkehrsbedingten Luftschadstoffen und von Verkehrslärm.

Soziales: Ein gut ausgebautes Radverkehrsnetz bietet im Kurz- und Mittelstreckenbereich Mobilitätsmöglichkeiten auch für die Kölner Bürger*innen, die keinen Zugang zu einem Pkw haben.

Radfahren beugt zudem Bewegungsmangel vor und fördert so die Gesundheit. Gute Bedingungen zum Radfahren ermöglichen insbesondere Kindern und älteren Menschen eine selbständige gefahrenärmere Mobilität.



Synergieeffekte

Neben der Förderung verschiedener gesundheitlicher Aspekte (eine höhere Fahrradnutzung kann Krankenstände reduzieren) bewirkt mehr Radverkehr eine Attraktivierung der Stadt und kann zur Förderung des lokalen Handels beitragen.



Zielkonflikte

Bevorrechtigungs- und Beschleunigungsmaßnahmen für den Radverkehr können sich auch negativ auf die Angebotsqualität des ÖPNVs auswirken, beispielsweise wenn radverkehrsfreundliche Ampelschaltungen Rotphasen für den ÖPNV verlängern und so zur Verlängerung der Reisezeiten beitragen.



Breitenwirksamkeit

Durch seine gute Sichtbarkeit im öffentlichen Raum kann der Radverkehr Pkw-Nutzer*innen sensibilisieren und zum Umstieg motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Eine (weiter) steigende Anzahl von Radfahrenden und ein gleichzeitiger Rückgang beim Pkw-Verkehr wird schnell im Kölner Stadtbild sichtbar und kann zusätzlich zur Motivation beitragen, vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen.

4.2.2.3 Umgestaltung MIV

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.2.2.3



Umgestaltung MIV

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Personenverkehr

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist es, die Nutzung des Pkws in Köln noch weniger attraktiv zu machen. Kölner Bürger*innen, die derzeit noch den Pkw nutzen, sollen so zum Umstieg auf den Umweltverbund motiviert werden (Push-Strategie). Weiteres Ziel ist es, im Straßenraum Vorrang und mehr Platz für nichtmotorisierten Verkehr und ÖPNV zu schaffen, um attraktive und vor allem alltags-taugliche Alternativen zur Pkw-Nutzung zu bieten (Pull-Strategie). Für die dann noch verbleibenden motorisierten Verkehre soll durch eine Verkehrsflussoptimierung der reduzierte Raum für den Kfz-Verkehr besser genutzt und eine Verringerung des spezifischen Kraftstoffverbrauchs und der Schadstoffemissionen erreicht werden. Restriktive Maßnahmen für den Pkw werden räumlich differenziert in der Form durchgeführt, dass die möglichen Restriktionen in den Teilräumen des Stadtgebietes jeweils ihre größte Wirkung entfalten.

Ausgangslage

Derzeit ist der Pkw im Personenverkehr der Kölner Bürger*innen gemessen am Modal Split noch das bevorzugte Verkehrsmittel. Viele Verkehrswege in Köln sind sehr stark auf die Nutzung des Autos ausgerichtet und erschweren somit die Nutzung anderer Verkehrsmittel wie dem Fahrrad und dem Zu Fußgehen und sie reduzieren das Potenzial des ÖPNV. Der Pkw ist zudem das Verkehrsmittel welches das Klima am stärksten belastet. 60% der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in Köln werden durch den MIV verursacht. Zwar ist der Pkw-Anteil am Modal Split in der Vergangenheit deutlich zurückgegangen (von fast 50% 1982 auf 35% in 2017), dennoch wird für ein Viertel der Wege, die nicht länger sind als fünf Kilometer und die zugleich rund zwei Drittel aller durch die Kölner*innen zurückgelegten Wege ausmachen, immer noch das Auto genutzt⁹. Auch die in erster Linie mit dem Auto durchgeführten Pendelverkehre aus der Region in die Stadt tragen in ganz erheblichem Maße zur Belastung durch den Pkw-Verkehr bei. Die Entwicklung der Zulassungszahlen für Pkws in der Stadt zeigt ebenfalls die weiterhin hohe Bedeutung. Am 31.12.2020 waren laut Kraftfahrt-Bundesamt 486.675 Pkw in Köln zugelassen. Dies bedeutet einen Anstieg der Zahl der Fahrzeuge von 2010 bis 2020 um 13,6% und einen Anstieg der Pkw-Dichte in der Stadt im gleichen Zeitraum um 5,4%. Zudem wird die Kölner Pkw-Flotte insgesamt leistungsstärker, das heißt schwerere und stärker motorisierte Fahrzeuge gewinnen an Bedeutung. Dies ist insofern relevant, als dass hiermit nicht nur eine Flächenzunahme des fließenden sondern vor allem auch des ruhenden Verkehrs mit einhergeht und die in den Wohnquartieren bereits stattfindende Reduzierung von Pkw-Stellplätzen Flächenknappheit weiter forciert.

Beschreibung

Parallel zur Verbesserung der Nutzungsbedingungen für Alternativen zum Pkw werden die Privilegien, die der Pkw gegenüber dem Umweltverbund in der Planung und der Nutzung immer noch genießt, umgehend abgebaut. Auf diese Weise soll die Nutzung des Pkws unattraktiver gemacht werden, da für viele Wege in Köln, für die derzeit noch das Auto genutzt wird, bereits jetzt vollwertige Alternativen im Umweltverbund zur Verfügung stehen. Dabei wird auf eine soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen geachtet.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Folgende Handlungsansätze (Auswahl) bieten sich an, um die Zahl der insgesamt in Köln zugelassen

⁹ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=733929&type=do>

Pkws zu reduzieren, die Nutzung der Pkws weniger attraktiv zu gestalten und Pkw-Nutzer*innen zum Umstieg auf Alternativen wie den ÖPNV, das Fahrrad oder das Zufußgehen zu motivieren:

- Die flächendeckende Einführung von Tempo 30 im Straßennetz der Stadt Köln (nach vom Bund geplanter Änderung der StVO) trägt dazu bei, dass Personen, die das Fahrrad aufgrund von Sicherheitsdefiziten durch hohe Pkw-Geschwindigkeiten nicht (mehr) nutzen (wieder) vermehrt das Fahrrad nutzen. Auszunehmen von Tempo 30 sind lediglich einzelne Haupttrou-ten innerhalb des MIV-Grundnetzes.
 - Eine Umverteilung des Straßenraums zu Gunsten der Verkehrsmittel des Umweltverbundes erfolgt für den fließenden Verkehr dort, wo die Belange eines hochwertigen Umweltverbun-des nicht erfüllt sind und dem MIV mehr als eine Spur zur Verfügung steht. Zudem wird Stra-ßenparkraum für Pkw reduziert und in Flächen für Fahrradparken, Abstellmöglichkeiten für Sharing-Verkehrsmittel, Mobilstationen, Grünflächen, Aufenthaltsflächen, Außengastronomie und ausgewiesene Lieferzonen für Lastenräder und Lieferfahrzeuge umgewandelt. Halbseiti-ges Gehwegparken soll dort entfallen, wo die Restgehwegbreite zwei Meter unterschreitet. Hierdurch wird Pkw-Parkraum verknappt, zugleich werden die Bedingungen für den Umwelt-verbund verbessert. Die Straßenraumumverteilung im ruhenden und fließenden Verkehr er-folgt in Abstimmung mit den Konzepten für ÖPNV, Fuß- und Radverkehr und Sharing-Angeboten sowie Mobilstationen (vgl. Aktivitätenempfehlungen 2, 3, 4 und 5).
 - Die Erhöhung der Parkgebühren (auch für Anwohner*innenparken) im Rahmen des Park-raummanagements und die konsequente Überwachung und Ahndung von Verstößen
 - Die Einrichtung von P&R und B&R-Hubs zum Umstieg von MIV auf den SPNV und ÖPNV in der Region und/oder am Stadtrand
 - Entwicklung einer mittelfristigen Strategie für intelligente Verkehrssteuerungsinstrumente in Verbindung mit der Internalisierung externer Kosten.
 - Durch die in Köln bereits stattfindende räumliche Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden zukünftig auch die Parkplätze im öffentlichen Raum bewirtschaftet, deren Nutzung derzeit noch kostenlos ist. Dies wurde im Masterplan Parken bereits beschlossen.
 - Beim fahrzeugspezifischen Anwohner*innenparken orientieren sich die Gebühren an der Größe/ Motorisierung der Fahrzeuge als auch an der Anzahl der Fahrzeuge je Haushalt. Ein Konzept, das auch Kriterien wie die räumliche Lage des Quartiers in der Stadt oder die ÖPNV-Erschließungsqualität berücksichtigt, befindet sich derzeit in Arbeit.
 - Um Parksuchverkehr zu vermeiden, soll die Förderung des digitalen Parkleitsystems *Smart Parking* bis 2030 auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden. Ebenfalls mit dem Ziel der Reduzierung von Parksuchverkehren soll im Rahmen des Parkraummanagements die An-zahl von Quartiersgaragen erhöht werden. Auf versenkbare Poller zur Vermeidung von Fehl-nutzungen dieser Quartiersgaragen soll nach Möglichkeit verzichtet werden.
 - Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit zur Nahmobilität ohne Auto informiert Kölner Bür-ger*innen über die Möglichkeiten, ohne Auto mobil zu sein, kommuniziert die Vorteile und sensibilisiert für die Belange nicht-motorisierter Mobilität.
 - Die Prüfung und gegebenenfalls der Verzicht auf den Ausbau von MIV-Infrastruktur unter Be-rücksichtigung der zukünftigen Belange klimaschonender Wirtschaftsverkehre verbessert dauerhaft die Nutzungsbedingungen für Alternativen zum Auto.
 - Temporäre und räumliche Zufahrtsbeschränkungen (unter Berücksichtigung der Belange des Wirtschaftsverkehrs) verbessern die Bedingungen für das Radfahren und Zufußgehen in den entsprechenden städtischen Teilräumen. Modalfilter vermeiden dabei Durchgangsverkehre.
 - Parallel und verkehrlich abgestimmt zum Abbau der Privilegien des MIVs werden die noch verbleibenden Pkw-Verkehre durch eine kapazitätsorientierte Verkehrsbeeinflussung und eine verkehrsabhängige Steuerung verstetigt.
 - Für Einpendler*innen aus der Region werden die Umstiegsangebote im Umland/am Stadtrand verbessert und ausgeweitet.
-



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, private Parkgaragenbetreiber



Zielgruppe

Bisherige Pkw-Nutzer*innen



Zeitaufwand

Der Zeitaufwand wird auf 54 Vollzeitäquivalente geschätzt. Nicht enthalten sind die Aufwände für die Durchführung beziehungsweise Ausweitung der Verkehrsüberwachung.



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

Für das digitale Parkleitsystem *Smart Parking* wären nach grober Schätzung 20 Millionen Euro zu investieren.



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Eine jährliche Minderung des Pkw-Verkehrs um 0,5 Prozent würde in 2035 gegenüber heute rund 38.600 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ einsparen

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Insgesamt ließen sich im Zeitraum 2022 bis 2035 rund 400.000 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ einsparen.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung des Modal Splits im Personenverkehr
Entwicklung der Zahl der in Köln zugelassenen Fahrzeuge
Anteil der Straßenkilometer in Köln mit Tempo 30
Streckenlänge umgestalteter Straßenraum



Weitere Wirkung

Ökonomie: Sinkende Ausgaben für Kraftstoff stärken die Kaufkraft der Kölner Haushalte und tragen damit zur Stärkung der lokalen und regionalen Wertschöpfung bei. Durch die Lärminderung werden Wohnquartiere aufgewertet.

Ökologie: Neben weniger verkehrsbedingtem CO₂ bedeutet weniger Pkw-Verkehr in Köln auch weniger verkehrsbedingte Luftschadstoffe und weniger Verkehrslärm.

Soziales: Bessere Bedingungen ohne Auto in Köln mobil zu sein verbessern insbesondere für die Kölner Bürger*innen, die nicht über einen Pkw verfügen (können oder wollen), die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und ermöglichen insbesondere Kindern und älteren Menschen eine selbständige gefahrenärmere Mobilität.



Synergieeffekte

Diese bestehen zu sämtlichen weiteren Aktivitätenempfehlungen zur Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes.



Zielkonflikte

Diese sind dann zu erwarten, wenn die Nutzungsbedingungen für das Auto deattraktiviert werden.



Breitenwirksamkeit

Eine Umgestaltung des MIVs ist (in verschiedenen Ausprägungen) im gesamten Stadtgebiet (und über die Stadtgrenzen hinaus) möglich.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Sowohl Maßnahmen zur Verbesserung der Nutzungsbedingungen für den Umweltverbund als auch für den Abbau der Privilegien des Pkws werden schnell und deutlich wahrnehmbar im Stadtbild sichtbar.

4.3 Wirtschafts- und Güterverkehr

4.3.1 Wirtschaftsverkehr und betriebliche Mobilität

4.3.1.1 Förderung betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.3.1.1



Förderung betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Wirtschafts- und Güterverkehr

2024

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist die Unterstützung der in Köln ansässigen Unternehmen bei der klimaschonenden Abwicklung der mit ihren Aktivitäten einhergehenden Verkehre. Beschäftigtenverkehre (d.h. die Fahrten der Mitarbeiter*innen zur Arbeitsstätte), die dienstliche Mobilität, die Nutzung der Fuhrparks der Unternehmen sowie die Mobilität von Besucher*innen soll mit geringeren verkehrsbedingten Energieverbräuchen und CO₂-Emissionen erfolgen. Ein hohes Maß an betrieblicher Mobilität soll mit möglichst wenig Verkehr realisiert werden.

Ausgangslage

Betrieblich verursachte Mobilität, also die Beschäftigtenmobilität auf dem Weg zur Arbeit oder zur Ausbildungsstätte, Dienstreisen, Besucher*innen- und Lieferverkehre, macht einen relevanten Anteil des Verkehrs in Köln aus. Allein 17 Prozent der Wege der Kölner Bürger*innen sind Wege zur Arbeit, weitere zehn Prozent sind dienstliche und sieben Prozent Ausbildungswege. Insbesondere trägt die Pendler*innenmobilität zu Belastungsspitzen des Verkehrsnetzes zu Beginn und Ende der Werktage bei, was zu hohen Zeitverlusten führt. Mit 336.000 Einpendler*innen und 162.000 Auspendler*innen (IT.NRW 2020) weist Köln ein hohes Pendelverkehrsaufkommen aus. Dabei wird der Pkw besonders häufig genutzt: In der Region Köln/Bonn nutzen 59% der Pendler*innen das Auto für den Weg zur Arbeit (ILS 2019: Befragung zur Zukunft der Mobilität in der Region Köln/Bonn).

Die IHK Köln bietet den Zertifikatslehrgang „Betriebliche/-r Mobilitätsmanager/-in“ als Weiterbildung an. Sie ist Teil des IHK-Netzwerkbüros Betriebliche Mobilität NRW. Außerdem bietet die IHK ihren Mitgliedsunternehmen in Kooperation mit dem VRS-Zukunftsnetz eine Mobilitätsberatung an.

Beschreibung

Ergänzend zum Mobilitätsmanagement in den Unternehmen des Konzerns Stadt Köln wird ein kontinuierliches zielgruppen- und standortbezogenes betriebliches Mobilitätsmanagement (BMM) für Kölner Unternehmen und Betriebe als kommunale Aufgabe institutionalisiert. Dazu wird in der Verwaltung eine Stelle geschaffen, die Kölner Unternehmen und Betriebe bei der Etablierung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements inhaltlich und organisatorisch unterstützt, kostenfreie Beratungsangebote für die Unternehmen zu ermöglichen. Dabei erfolgt eine enge Kooperation mit dem Zukunftsnetz Mobilität NRW, das Beratungen dieser Art bereits anbietet.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

- Einrichtung der 2019 beschlossenen Stelle für betriebliches Mobilitätsmanagement bei der Kölner Stadtverwaltung: Aufgabe ist es, Kölner Unternehmen und Betriebe anzusprechen, für die Belange und die Wichtigkeit betrieblichen Mobilitätsmanagements zu sensibilisieren und bei der Entwicklung und Durchführung konkreter Maßnahmen zu unterstützen. Hierzu gehören unter anderem ein Workshopprogramm zum BMM, individuelle Beratungsangebote sowie Mobilitätstage für Unternehmen mit von der Stadt bereitgestellten Probierangeboten. Die Beratung findet in Kooperation mit IHK, Handwerkskammer, dem Zukunftsnetz Mobilität NRW und anderen relevanten Organisationen und Verbänden statt.

- Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit: Pro-aktive Ansprache der Kölner Unternehmen in Abstimmung mit IHK und Zukunftsnetz Mobilität NRW.
- Umfassende Analyse, Beratung und Umsetzungsbegleitung zum Mobilitätsmanagement: Die Stadt Köln finanziert für jährlich 15 Betriebe ein professionelles BMM- Beratungsangebot, welches Analyse, Maßnahmenentwicklung und Umsetzungsbegleitung umfasst, in den Bereichen Beschäftigtenmobilität, Fuhrpark und Dienstreisen. Die Betriebe erklären sich zugleich zur Umsetzung von Maßnahmen bereit.
- Kampagne und Beratung zu Beibehaltung und Weiterentwicklung von Homeoffice und Mobilem Arbeiten in Kölner Betrieben auch nach der pandemiebedingten Homeofficepflicht; Förderung von Co-Working-Spaces für wohnortnahes mobiles Arbeiten.
- Neue kostengünstige und flexible Jobticket-Modelle der KVB zur Attraktivierung von ÖPNV-Pendeln und Kombination mit mobilem Arbeiten.



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, IHK, Zukunftsnetz Mobilität NRW, KölnBusiness Wirtschaftsförderung (als Multiplikator), KVB, VRS



Zielgruppe

In Köln ansässige Unternehmen



Zeitaufwand

6 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

Pro beratenem Unternehmen werden 10.000 Euro veranschlagt. 15 pro Jahr beratene Unternehmen bedeuten somit Kosten von insgesamt 150.000 Euro jährlich.



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Unter der Annahme, dass jährlich 15 Betriebe mit je 1000 Beschäftigten beraten werden und dort jeweils fünf Prozent der Mitarbeiter*innen vom MIV auf Rad und ÖV umsteigen, können bei durchschnittlichen Wegelängen von rund 17,7 Kilometer für Arbeitswege 1,9 Millionen Personenkilometer verlagert werden und 1.200 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Eine Förderung von Homeoffice würde (unter der Annahme, dass 20 Prozent der Kölner Arbeitnehmer*innen an drei von fünf Tagen von zu Hause aus arbeiten) jährlich etwa 23.400 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ einsparen.

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Bis zum Jahr 2035 wären so CO₂-Einsparungen von insgesamt 120.000 Tonnen möglich. Mehr Arbeiten im Homeoffice würde bis 2035 zusätzlich insgesamt 297.500 Tonnen verkehrsbedingtes CO₂ einsparen



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

- Anzahl der teilnehmenden Betriebe an BMM
- Anzahl der Unternehmen mit Jobticket
- Umfang der Veränderung des Mobilitätsverhaltens (quantitativ: Modal Split, Verkehrsmenge, qualitativ: Absatz von Jobtickets, Auslastung Fahrradabstellanlagen in teilnehmenden Betrieben,...)
- Kommunikationsaktivitäten: Anzahl Besuche Website, Anzahl Teilnehmer*innen an Aktionen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Unternehmen können Einsparungen erzielen, wenn sie Kosten für das Vorhalten von Beschäftigtenparkplätzen reduzieren können. Zudem kann der Krankenstand in den Unternehmen sinken, wenn mehr Beschäftigte mit dem Fahrrad anstatt mit dem Auto zur Arbeit kommen.

Ökologie: Weniger Pkw-Nutzung im Beschäftigtenverkehr bedeutet immer auch weniger verkehrsbedingte Luftschadstoffe und weniger Verkehrslärm.

Soziales: Gute Bedingungen für die Fahrt zum Arbeitsplatz ohne Auto erhöhen die Beschäftigungschancen für die Menschen, die keinen Zugang zu einem Auto haben.



Synergieeffekte

Flankierende Aktivitätenempfehlungen sind die Förderung nachhaltiger Mobilität im Konzern Stadt Köln sowie die Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zur nachhaltigen Mobilität.



Zielkonflikte

Diese sind nicht zu erwarten



Breitenwirksamkeit

Es sind Multiplikatoreffekte auf das private Mobilitätsverhalten der adressierten Beschäftigten zu erwarten. Das heißt ein Umstieg vom Pkw im Beschäftigtenverkehr kann einen Umstieg auch für andere (weitere) Wegezwecke bewirken.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Es ist eine hohe Umsetzbarkeit zu erwarten, da diese Aktivitätenempfehlung an eine ganze Reihe von schon laufenden Aktivitäten anknüpfen und diese ausweiten und verstärken kann.

4.3.1.2 Optimierung urbaner Wirtschaftsverkehre

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.3.1.2



Optimierung urbaner Wirtschaftsverkehre

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Wirtschafts- und Güterverkehr

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist es, Wirtschafts- und Güterverkehre durch einen Wechsel bei den Antriebstechnologien, die Verlagerung von Transporten auf CO₂-arme und CO₂-freie Transportmittel sowie die Reduzierung des Fahrtenaufkommens und der zurückgelegten Distanzen klimaschonender zu gestalten. Dabei sollen die Mobilitätsangebote im Wirtschafts- und Güterverkehr gesichert und in der Form weiterentwickelt werden, dass Köln weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt.

Ausgangslage

Wirtschafts- und Güterverkehre mit leichten und schweren Nutzfahrzeugen verursachten 2019 in Köln mit 657.000 Tonnen rund 26% der verkehrlichen CO₂-Emissionen. Von diesen Emissionen entfielen 74% auf Lkws über 3,5 Tonnen und 26% auf leichte Nutzfahrzeuge bis 3,5 Tonnen.

Beschreibung

Bei den im Wirtschafts- und Güterverkehr eingesetzten Fahrzeugen dominiert derzeit noch der Dieselantrieb. Alternative Antriebskonzepte, vor allem der Batterie-elektrische Antrieb bieten jedoch inzwischen vor allem für den Bereich der leichten Nutzfahrzeuge eine Alternative zu den konventionell betriebenen Fahrzeugen, da für dieses Fahrzeugsegment zunehmend auch elektrische Fahrzeuge angeboten werden. Diese Aktivitätenempfehlung umfasst daher den Wechsel hin zu Batterie-elektrisch angetriebenen Fahrzeugen, wo die Anforderungs- und Nutzungsprofile sowie die Marktverfügbarkeit dies ermöglichen, und die Umstellung der Antriebe von in Kölner Unternehmen eingesetzten Flurförderfahrzeugen.

Mit dem Ziel einer Verkehrsreduzierung und einer Verlagerung auf klimaschonendere Verkehrsmittel sollen zudem innerstädtische Wirtschaftsverkehre durch intelligente Logistikkonzepte und optimierte Lieferprozesse neu organisiert werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Antriebswende im Wirtschafts- und Güterverkehr: Die Stadt Köln wirkt auf eine Antriebswende im Wirtschafts- und Güterverkehr hin. Hierzu führt sie eine integrierte Informations- und Beratungsoffensive zur Flottenumstellung, zum Aufbau von Ladeinfrastruktur und zur PV-Stromerzeugung durch, bietet individuelle Beratungen für Unternehmen und stellt eigene Fördermittel bereit.

Der Betrieb von Lkws und Flurförderfahrzeugen mit grünem Wasserstoff in den Kölner Häfen mit dem Ziel für 2030 von 20 Lkws und zwölf Flurförderfahrzeugen und für 2040 von 100 Lkws und 14 Flurförderfahrzeugen sowie die vollständige Umrüstung der Staplerflotte des Logistikpartners der Koelnmesse auf Brennstoffzellenantrieb bis 2030 soll durch einen Wechsel bei den Antriebstechnologien zur CO₂-Minderung beitragen. Hierbei sind auch weitere Alternativen der CNG-Antrieb zu berücksichtigen für den Fall, dass die Brennstoffzelle nicht für alle Fahrzeuge eine geeignete Alternative zum konventionellen Verbrennungsmotor darstellt.

Ein Förderinstrument soll zudem bis 2035 den Einsatz von emissionsarmen Baumaschinen fördern und es soll geprüft werden, ob die Lokomotiven der in Köln ansässigen Logistikunternehmen vom Diesel- auf elektrischen Antrieb (Oberleitung, Batterie, Brennstoffzelle) umgestellt werden können.

Die Unteraktivitäten werden mit den Aktivitäten zur Förderung der Elektromobilität abgestimmt.

Verkehrsvermeidung und -verlagerung: Die Einrichtung von fünf innerstädtischen Güterverteilzentren (City Hubs) bis 2030 und 20 City Hubs bis 2040 soll vor allem innerstädtische Lieferverkehre reduzie-

ren und auf klimaschonende Verkehrsmittel verlagern. Die Einrichtung eines Logistik Hubs für den Logistikpartner der Koelnmesse soll insbesondere die mit dem Betrieb der Messe verbundenen Güterverkehre reduzieren. Der bereits als Sofortmaßnahme aufbereitete Bau von 20 Mikro-Hubs bis 2030 und 40 Mikro-Hubs bis 2040 soll vor allem in den Wohnquartieren Lieferfahrten bündeln und verlagern. Die Verbesserung der Nutzbarkeit von Lade- und Lieferzonen soll ebenfalls Lieferfahrten reduzieren, wobei die Ladezonen technisch und organisatorisch gegen Fehlnutzung abgesichert werden. Dort wo dies möglich ist sollen zudem Container- und Trailertransporte auf die Schiene verlagert werden. Hierzu wird die Reaktivierung oder der Neubau von Gleisanschlüssen bei Kölner Unternehmen durch die Stadt Köln unterstützt, indem Potenziale ermittelt und Unternehmen zu Fördermöglichkeiten informiert / beraten werden. Das Schienennetz der KVB soll auf Möglichkeiten zur Nutzung für den Gütertransport geprüft werden. Anbieterneutrale Paketstationen und sonstige Paketübergabeeinrichtungen sowie Konsolidierungszentren am Stadtrand für Lieferungen beispielsweise von Büromaterialien an Großabnehmer wie die Verwaltungen, Konzernzentralen, Behörden und ähnliche Einrichtungen, tragen ebenso zur Minderung des Verkehrsaufkommens im Lieferverkehr bei.

Insgesamt ist es die Aufgabe der Stadt sicherzustellen, dass die für die vorgesehenen Maßnahmen sofern verfügbar auch die notwendigen Flächen zur Verfügung gestellt werden können. Dies gilt auch für eine mögliche Erhöhung der Kapazität des Hafens und den Bau eines dritten rechtsrheinischen Güterverkehrsterminals.



Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, Koelnmesse, Kölner Häfen und weitere Kölner Unternehmen mit eigenen Fahrzeugen



Zielgruppe

In Köln ansässige Unternehmen mit Lkw, Nutzfahrzeugen, Flurförderfahrzeugen; Bauunternehmen, Unternehmen der KEP- und Logistikbranche



Zeitaufwand

14 Vollzeitäquivalente, davon fünf für die Einrichtung und die Überwachung von Ladezonen, drei für die Beratung Kölner Unternehmen und sechs für die Einrichtung und den Betrieb von Cityhubs und Mikrodepots



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2022 - 2035



Sachkosten

420.000 Euro für die Errichtung und den Unterhalt von 20 Mikrodepots (ohne Kosten für den ggf. notwendigen Erwerb der Flächen von dritten), Fördermittel in Höhe von 1.000.000 Euro, 500.000 Euro Investitionskosten für Lade- und Lieferzonen, Betriebskosten hierfür 50.000 Euro jährlich



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Abgeschätzt werden kann an dieser Stelle insbesondere die Wirkung der Aktivitätenempfehlungen, die auf die Nutzung leichter Nutzfahrzeuge abzielen. Gelingt es, die Verkehrsleistung leichter Nutzfahrzeuge gegenüber heute bis 2035 um 10% zu mindern und die Umstellung auf Elektromobilität zu beschleunigen, dann beträgt die CO₂-Einsparung in 2035 gegenüber dem Referenzfall 22.300 Tonnen.

Kumulierte THG-Einsparung (t):

2022-2035: 174.000 Tonnen



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung der Verkehrsleistung im Wirtschafts- und Güterverkehr
Entwicklung der Antriebe im Wirtschafts- und Güterverkehr



Weitere Wirkung

Ökonomie: (Insbesondere schwere) Nutzfahrzeuge nutzen die Verkehrsinfrastruktur um ein vielfaches stärker ab als andere Fahrzeuge. Eine Reduzierung dieser Verkehre und ihre Verlagerung beispielsweise auf die Schiene schont die Verkehrsinfrastruktur und reduziert den Aufwand (der Stadt Köln) zum Erhalt dieser Infrastruktur.

Ökologie: Eine Reduzierung von Wirtschafts- und Güterverkehren und eine Förderung der Antriebswende hin zu elektrischen Antrieben und weiteren Alternativen zu konventionellen Verbrennungsmotoren reduziert neben verkehrsbedingtem CO₂ auch die Emissionen von Luftschadstoffen und Verkehrslärm.

Soziales: Die Reduzierung von Lkw im Straßenraum durch Verlagerung im Güterverkehr senkt die Gefährdung im Straßenverkehr, zusammen mit der Antriebswende senkt sie zudem Gesundheitsschäden durch Verkehrslärm und Luftschadstoffe.



Synergieeffekte

Die Reduzierung von Wirtschafts- und Güterverkehren erhöht die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und kann so zur Revitalisierung von Versorgungs-, Dienstleistungs- oder Freizeitstandorten beitragen.



Zielkonflikte

Diese sind dann zu erwarten, wenn aus den verschiedenen Bereichen der Förderung nachhaltiger Mobilität miteinander konkurrierende Ansprüche an den öffentlichen Raum gestellt werden.



Breitenwirksamkeit

Eine gute Sichtbarkeit neuer Formen des nachhaltigeren Wirtschaftens kann auch die Kölner Bürger*innen für die Belange nachhaltiger Mobilität sensibilisieren, die dies bisher noch nicht waren. Auch können neue und klimaschonendere Formen von Lieferverkehren dazu beitragen, dass Konsumgewohnheiten kritisch hinterfragt und im Sinne der Nachhaltigkeit geändert werden.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Beispielsweise tragen Mikrodepots in Wohnquartieren zur Sichtbarmachung einer neuen und nachhaltigeren Form von Lieferverkehren bei.

4.4 Übergreifende Maßnahmen

4.4.1 Verbesserung von Effizienz und Antrieben

4.4.1.1 Förderung Elektromobilität

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.4.1.1



Förderung Elektromobilität

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Übergreifende Maßnahmen

2022

Ziel und Strategie

Eine der zentralen Strategien für ein klimaschonenderes Verkehrssystem ist die Antriebswende. Fahrzeuge mit konventionellen Verbrennungsmotoren werden dabei durch Fahrzeuge mit kohlenstoffarmen und kohlenstoff-freien Antrieben ersetzt. Der Fokus der Antriebswende liegt dabei auf dem Ausbau der Elektromobilität. Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist die Beschleunigung der Substitution von Fahrzeugen mit konventionellem Verbrennungsmotor durch Batterie-elektrisch angetriebene Fahrzeuge.

Ausgangslage

Ende 2020 waren in Köln 486.675 Pkws zugelassen. Die Zahl der zugelassenen Pkws stieg im Zeitraum 2010 bis 2020 um 13,6%, die Pkw-Dichte im gleichen Zeitraum um 5,4%. Dabei wird die Kölner Pkw-Flotte insgesamt leistungstärker.

Benzin- und Dieselfahrzeuge dominieren bei den zugelassenen Pkw derzeit noch als Antriebsarten, bei Neuzulassungen gewinnen Batterie-elektrische Fahrzeuge (BEV) und Plug in-Hybride (PHEV) jedoch stark an Bedeutung, Verbrenner verlieren. BEV hatten Ende 2020 einen Anteil an der Gesamtflotte aller in Köln zugelassenen Pkws von 0,65%, PHEV einen Anteil von 1,11 Prozent. Der Anteil der BEV liegt dabei im Bundesdurchschnitt, der von PHEV darunter. Der rapide Zuwachs an BEV und PHEV zeigt die Notwendigkeit eines rascheren Aufbaus von Ladeinfrastruktur, sowohl im privaten wie im öffentlichen Raum.

Derzeit sind im öffentlichen Raum in Köln bereits 660 Ladepunkte vorhanden. Für die Stadt Köln besteht eine quantitative Zielvorgaben zum Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum. Das Ausbaziel sind 3.200 Ladepunkte bis zum Jahr 2030 und 12.800 Ladepunkte bis 2040.

Die Stellplatzsatzung der Stadt Köln sieht vor, dass zehn Prozent der Stellplätze, die im Rahmen von Baumaßnahmen bereitgestellt werden müssen, für das Laden elektrischer Fahrzeuge geeignet sein müssen. Dies sieht jedoch noch nicht die entsprechende technische Ausstattung vor, sondern lediglich die Vorbereitung für eine Bereitstellung zu einem späteren Zeitpunkt.

Beschreibung

Um die Antriebswende von kommunaler Seite zu unterstützen, kann die Stadt Köln neben den Aktivitäten im eigenen Fuhrpark und bei ÖPNV-Flotten vor allem bei der Konzeption, Planung und Bereitstellung der notwendigen Ladeinfrastruktur aktiv werden. Zudem kann die Stadt mit Information, Kommunikation und proaktiver Beratung gewerblicher Flottenbetreiber und den Pkw nutzende Kölner Bürger*innen auf eine Beschleunigung der Antriebswende hinwirken.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Die von der KVB bereits begonnen Antriebswende im ÖPNV wird nach Möglichkeit beschleunigt, so dass bei Neuanschaffungen nur noch batterie-elektrische Busse beschafft werden. Sofern eine Versorgungsinfrastruktur vorhanden und ihr Einsatz operativ sowie wirtschaftlich sinnvoll ist, können auch

Brennstoffzellenbusse eine mögliche Option darstellen.

Die Förderung von EcoTaxis umfasst die Unterstützung der Taxiunternehmen bei der Beschaffung von Taxis, die innerorts weniger als 145 Gramm CO₂ je Kilometer emittieren¹⁰. Perspektivisch sollen nur noch E-Fahrzeuge als EcoTaxis unterstützt und bevorrechtigt werden.

Der Ausbau von öffentlicher, halb-öffentlicher und privater Ladeinfrastruktur ist eine der Grundvoraussetzungen für die Akzeptanz von Elektromobilität bei Fahrzeugnutzer*innen. Die Stadt Köln fördert dies durch Weiterentwicklung ihres Ladeinfrastrukturkonzepts, das auf eine bis 2030 zu einem Drittel elektrifizierte Pkw-Flotte ausgerichtet ist und verschärft ihre Ausbauziele. Für den öffentlichen Raum kann die Stadt Köln beispielsweise Flächen bereitstellen, für halb-öffentliche kann eine Kombination aus Kommunikations- und Fördermaßnahmen die Besitzer solcher Flächen motivieren, Ladeinfrastruktur für potenzielle Nutzer*innen bereitzustellen. Die Förderung von Ladeinfrastruktur auf Privatgrundstücken sowie die integrierte Beratung und Unterstützung bei den dafür notwendigen Prozessen kann die Kaufentscheidung der Bürger*innen, die auch zukünftig automobil sein möchten, ebenfalls in Richtung der Anschaffung eines elektrischen Fahrzeugs lenken. Hierzu weitet auch die RheinEnergie AG als Anbieterin von Ladeinfrastruktur ihre Aktivitäten aus, um den hohen Bedarf an Lademöglichkeiten im öffentlichen Raum und auf privaten Flächen zu decken.

Die Entwicklung und Kommunikation von Ausbauziele für halböffentliche Ladeinfrastruktur kann dabei die Besitzer solcher Flächen (beispielsweise Parkplätze von Versorgungs- Dienstleistungs- und Freizeitangeboten) zusätzlich motivieren, ihre Flächen entsprechend mit Ladeinfrastruktur auszustatten.

Die Stellplatzsatzung, die bislang nur für zehn Prozent der Stellplätze die Vorbereitung für Ladeinfrastruktur (LIS) vorsieht, wird dahingehend ergänzt, dass sie konkrete Vorgaben enthält, welche Maßnahmen zur Vorbereitung sowie darüber hinaus zum tatsächlichen Aufbau von LIS verpflichtend durchgeführt werden müssen. Die Quote für die Vorbereitung wird auf 30% erhöht, für zehn Prozent der Plätze wird eine tatsächliche Umsetzung vorgeschrieben.

Kommunale Wohnungsunternehmen statuen sukzessive die Pkw-Stellplätze ihrer Mieter*innen mit Lademöglichkeiten für elektrische Autos aus. Bis 2030 werden 50 Prozent der Stellplätze mit LIS ausgestattet.

Die Förderung von E-Carsharing unterstützt die Stadt Köln durch die Privilegierung solcher Fahrzeuge bei der Nutzung öffentlicher Parkplätze und durch die Nutzung entsprechender Angebote von Drittanbietern für ihre eigene dienstliche Mobilität.

Die Umstellung des Busbetriebs auf elektrische Antriebe sollte sich nicht auf die Flotte der Kölner Verkehrsbetriebe beschränken, sondern auch die Flotten der im Auftrag der KVB fahrenden Unternehmen mit einschließen. Auch hier kann der Brennstoffzellenantrieb eine mögliche Option sein, sofern die Rahmenbedingungen hierfür gegeben sind.

Durch intensiv kommunizierte Beratungsangebote und Informationen sowie Austauschformate zur beschleunigten Umsetzung von Elektromobilität in Betrieben kann die Stadt Köln darauf hinwirken, dass auch die nicht in ihrer Zuständigkeit liegenden Flotten elektrifiziert werden. Dies gilt zudem auch für die Elektrifizierung des Teils der Beschäftigtenmobilität der in Köln ansässigen Unternehmen, für den derzeit noch in erster Linie konventionelle Verbrennerfahrzeuge genutzt werden.

In einem proaktiv kommunizierten Beratungs- und Informationsangebot zur Elektromobilität und zur Ladeinfrastruktur werden private Autonutzer*innen in Köln adressiert. Damit sollen Vorteile von E-Fahrzeugen kommuniziert, Wissensdefizite und etwaige Vorbehalte gegen den Umstieg auf Elektromobilität ausgeräumt und somit die Flottenwende beschleunigt werden.

Aufgrund der sinnvollen Nutzung von Synergien wird die Beratung und Information mit den Aktivitäten verzahnt, die die Förderung des PV-Ausbaus und der Eigennutzung des selbsterzeugten Stroms zum Ziel haben.

Sämtliche Aktivitäten der Stadt Köln zum Ausbau der Elektromobilität münden in der Ausformulierung eines ambitionierten Gesamtplans. Dieser adressiert die Flotten des Konzerns Stadt Köln, in Köln ansässige und aktive Unternehmen sowie die Kölner Bürger*innen. Der Plan benennt konkrete und verbindliche Ausbauziele für Ladeinfrastruktur und setzt quantitative Ziele für die Flottenumstellung.

¹⁰ Diese Aktivitätenempfehlung wurde im Rahmen der Erstellung der Gesamtstrategie auch als Sofortmaßnahme aufbereitet



Akteure

Energieversorger, (kommunales) Verkehrsunternehmen, Verwaltung, Verkehrs- und Umweltverbände



Zielgruppe

Verkehrsunternehmen, Fuhrparkmanager*innen des Konzerns Stadt Köln, in Köln ansässige und aktive Unternehmen, Bürger*innen, die auch zukünftig ein Auto nutzen möchten, Energieversorger



Zeitaufwand

20 Vollzeitäquivalente Für Infrastrukturplanung, Infrastrukturaufbau und Beratung



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft bis zur vollständigen Substitution fossiler Antriebstechnologien in den in Köln zugelassenen Flotten



Sachkosten

Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum: 3670 Ladesäulen mit jeweils zwei Ladepunkten wären bis 2035 noch bereitzustellen, um die Ausbauziele der Stadt Köln zu erreichen. 22.000 Euro sind für den Kauf und die Installation einer Ladesäule mit zwei Ladepunkten im öffentlichen Raum einzuplanen. Dies entspricht Investitionskosten bis 2035 von insgesamt 80,7 Millionen Euro. Hierzu kommen jährliche Betriebskosten von 20.000 Euro je Ladesäule.



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Elektromobilitätsförderung NRW und Bund



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Verstärkung der Elektrifizierung der Pkw-Flotte in Köln: Minderung in 2035 gegenüber Baseline-Entwicklung 3.500 Tonnen

Kumulierte THG-Einsparung (t):

2022 – 2035 gegenüber Baseline-Entwicklung: 169.000 Tonnen



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Zahl der Ladepunkte im öffentlichen und halb-öffentlichen Raum sowie auf privaten Flächen

Zahl der in Köln zugelassenen Elektrofahrzeuge (differenziert nach BEV/PHEV, Pkw/Nutzfahrzeugen sowie nach privaten/gewerblichen Zulassungen)



Weitere Wirkung

Ökonomie: Eine Abkehr vom Verbrennungsantrieb reduziert die Ausgaben der Bürger*innen für Kraftstoff, die zu großen Teilen abfließen, nicht in der Region verbleiben und somit nicht zur lokalen / regionalen Wertschöpfung beitragen.

Ökologie: Eine Umstellung auf Elektromobilität reduziert neben den verkehrsbedingten CO₂-Emissionen auch die Emissionen von Luftschadstoffen und Lärm



Synergieeffekte

Die zunehmende Elektrifizierung der Mobilität kann mit der Erzeugung von regenerativem Strom vor Ort verknüpft werden. Auch die Integration elektrischer Autos und der Ladeinfrastruktur in die Sektorkopplung kann zum Ausbau der Erzeugung erneuerbaren Stroms beitragen und dabei den Aufwand zur Ertüchtigung des Stromverteilnetzes gering halten oder sogar unnötig machen.



Zielkonflikte

Diese sind nicht zu erwarten



Breitenwirksamkeit

Elektromobilität kann vom kommunalen Energieversorgungsunternehmen als neues Geschäftsfeld etabliert werden und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens verbessern. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen kann zudem verbessert werden, in dem eine Elektrifizierung der Unternehmensflotte Betriebskosten reduziert.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit

Eine schnelle beziehungsweise zeitnahe Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist zum einen über den Aufbau der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur gegeben. Auch der Rückgang des Verkehrslärms trägt zur bewussteren Wahrnehmung der Elektrifizierung des Verkehrs bei.

4.4.2 Verkehrsintegration und übergreifende Maßnahmen

4.4.2.1 Ausbau von Sharing-Angeboten und Multimodale Integration

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.4.2.1



Ausbau von Sharing-Angeboten und Multimodale Integration

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Übergreifende Maßnahmen

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist es, den Umweltverbund zu attraktivieren und zu ergänzen und multi- und intermodale Mobilität zu vereinfachen. Auf diese Weise sollen Pkw-Wege auf der gesamten Wegekette durch das Angebot von attraktiven, intelligenten und verknüpft nutzbaren Mobilitätsangeboten ersetzt werden.

Ausgangslage

Bereits jetzt sind in Köln und der Stadtregion einzelne Mobilstationen als physische Verknüpfungspunkte der Verkehrsmittel des Umweltverbundes und neuer innovativer Mobilitätsangeboten realisiert. Zudem bestehen unter anderem mit dem NVR-Mobilstationenkonzept Pläne zur Ausweitung des bestehenden Angebotes. Auch verfügt Köln bereits über Car- und Bikesharing-Angebote. Bisher besteht jedoch noch kein stadtweites Netz aus Mobilstationen, und Fahrradverleihsystem sowie Carsharing-Angebote sind teilweise auf Innenstadtgebiete fokussiert. Zur Ausweitung des Carsharings (auf das gesamte Stadtgebiet) bereitet die Stadt derzeit ein Carsharing-Konzept vor.

Beschreibung

Sharing-Angebote in Köln und der Region werden im gesamten Stadtgebiet ausgebaut und über Mobilstationen mit dem Umweltverbund und zusätzlichen Mobilitätsangeboten organisatorisch, baulich, und tariflich optimal miteinander verknüpft. Auf diesem Wege werden in Köln flächendeckend verfügbare Angebote für die gesamte Wegekette geschaffen, die eine vollwertige Alternative zur Nutzung des (privaten) Pkws bieten. Zudem werden Sharing-Angebote ergänzt, um verschiedenen Wegezwecken und Nutzer*innenbedarfen zu entsprechen. Ergänzend zum ÖPNV werden zudem On-Demand-Angebote ausgebaut.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Der Ausbau bis hin zum flächendeckenden und verknüpften Angebot umfasst mehrere Komponenten. Ein flächendeckend ausgebautes Netz von Mobilstationen in Stadt und Region ist die physische Schnitt- beziehungsweise Übergangsstelle zwischen den miteinander verknüpften Angeboten. Bis 2030 sollen 100 Stationen errichtet sein, bis 2035 soll das Angebot flächendeckend sein. Die Stationen umfassen je nach Standort eine ÖPNV-Anbindung, Car- und Bikesharing-Stationen und witterungs- sowie diebstahlgeschützte Radabstellplätze (auch für Lastenfahrräder und Fahrradanhänger), ergänzend Lasten- und Kinderradsharing, Smart Locker, Paketstationen und weitere Ausstattungselemente. Je nach Situation vor Ort sollte auch Mikromobilität in die Stationen integriert werden.

Ein flächendeckender Ausbau von Car- und Bikesharing-Angeboten bietet für die Kölner Bürger*innen die Möglichkeit, ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dabei unterstützt die Stadt Köln Bikesharing-Anbieter*innen sowie die Carsharing-Anbieter*innen, um auch in unwirtschaftlich zu bedienenden Gebieten ein Basisangebot zu schaffen. Die Angebote werden qualitativ verbessert und diversifiziert, um im Bikesharing neben konventionellen Fahrrädern auch Pedelecs und Kinderräder anzubieten, das Lastenrad-Sharing-System stadtweit auszuweiten und im Carsharing durchgängig Kindersitze anzubieten. Die Stadt Köln fördert dabei Carsharing-Angebote durch eine entsprechende Gestaltung der Bewohnerparkgebühren.

Das bestehende Ridepooling-Angebot „Isi“ der KVB wird bis 2025 flächenhaft auf die Kölner Stadtteile

ausgeweitet, in denen keine Anbindung an das Schienennetz bestehen oder das Angebot auf der Schiene in den nachfrageschwachen Zeiten ausgedünnt ist. Hierdurch wird ein attraktives Ergänzungsangebot zum liniengebundenen ÖPNV geschaffen.

Der Ausbau der Park and Ride-Möglichkeiten am Stadtrand soll den Umstieg der das Auto nutzenden Einpendler*innen aus der Region auf ÖPNV und SPNV erleichtern.

Eine intermodale App (der Stadt, der KVB und des VRS) bietet Informationen und die einfache und diskriminierungsfreie Buchung aller verfügbaren Mobilitätsdienste in Köln, deren Zulassung für den Betrieb in Köln künftig an deren App-Integration geknüpft wird.



Akteure

Verwaltung, Anbieter*innen von Mobilitätsdienstleistungen, KVB, VRS



Zielgruppe

Bürger*innen, die in Köln weniger oder gar nicht automobil sein können oder möchten



Zeitaufwand

5 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Durchführung bis zur flächendeckenden Bereitstellung entsprechender Angebote in Stadt und Region



Sachkosten

Je nach Ausstattung sind für Mobilstationen 40.000 Euro je Station zu kalkulieren. Bei der Zielmarke von 100 Stationen bis 2030 würden die Kosten somit insgesamt 4.000.000 Euro betragen



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, ÖPNV-Fahrgeldeinnahmen, Regionalisierungsmittel, GVFG, NRW-Landesförderung



THG-Einsparungen

Die CO₂-Minderungswirkung dieser Aktivitätenempfehlung basiert auf ihrem Beitrag zur Reduzierung von Pkw-Verkehren und deren Verlagerung auf den Umweltverbund. Die CO₂-Minderungen, die durch die Vermeidung und Verlagerung von Pkw-Fahrten erzielt werden können, in den entsprechenden Aktivitätenempfehlungen berücksichtigt. Eine separate Wirkungsabschätzung erfolgt daher an dieser Stelle nicht.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Kumulierte THG-Einsparung (t):



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung Modal Split im Personenverkehr

Entwicklung Anzahl Car- und Bikesha-
ring-Stationen, Sharing- Fahrzeuge, Nut-
zer*innen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Der Ausbau und die stärkere Nutzung von Sharing- und anderen neuen Mobilitätsangeboten (auch durch in Köln ansässige Unternehmen) generiert Wertschöpfung vor Ort. Die Zunahme der Nutzung des bestehenden ÖPNV-Angebotes erhöht die Fahrgeldeinnahmen, reduziert das betriebswirtschaftliche Defizit und bietet die Möglichkeit, freiwerdende Gelder an anderer Stelle (für die Belange nachhaltiger Mobilität) zu verwenden. **Ökologie:** Weniger Pkw-Verkehr reduziert neben den Emissionen von verkehrsbedingtem CO₂ auch die Emissionen von Luftschadstoffen und Verkehrslärm.

Soziales: Der Ausbau von Mobilitätsangeboten, die eine Alternative zur Nutzung des (privaten) Pkws bieten, verbessert die Mobilitätsmöglichkeiten der Kölner Bürger*innen, die keinen Zugang zu einem Pkw haben (können oder möchten) und verbessert somit auch ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe.



Synergieeffekte

Die multimodale Verknüpfung öffentlicher Verkehrsmittel mit weiteren Mobilitätsangeboten bietet Nutzer*innen die Möglichkeit, vollständige Wegeketten ohne eigenes Auto zurückzulegen.



Zielkonflikte

Diese sind nicht zu erwarten



Breitenwirksamkeit

Durch ihre gute Sichtbarkeit im öffentlichen Raum können Mobilstationen mit den dort verorteten verschiedenen Alternativen zur Pkw-Mobilität Pkw-Nutzer*innen für die Belange nachhaltiger Mobilität sensibilisieren und zum Umstieg auf die kombinierte Nutzung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Diese ist durch die Verortung der Mobilstation und ihren hohen Wiedererkennungswert im öffentlichen Raum gewährleistet. Die Stationen werden durch die Kölner Bürger*innen und so schnell und einfach wahrgenommen.

4.4.2.2 Stadt der 15 Minuten – schnelle, sichere und komfortable Wege ohne Auto

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.4.2.2



Stadt der 15 Minuten – schnelle, sichere und komfortable Wege ohne Auto

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Übergreifende Maßnahmen

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist die Verankerung des Leitbildes der Stadt der kurzen Wege in der Planungsphilosophie der Stadt Köln und die Weiterentwicklung des Leitbildes. Durch die konsequente Ausrichtung aller städtebaulichen und verkehrlichen Planungsaktivitäten in Köln an diesem Leitbild wird eine Stadtstruktur erhalten und neu geschaffen, in der Wege kurz sind und schnell, sicher und komfortabel ohne Auto zurückgelegt werden können.

Ausgangslage

Verschiedene Elemente der 15-Minuten-Stadt werden in Köln bereits umgesetzt. Hierzu gehört beispielsweise die konsequente Nutzung von Baulücken und Brachflächen, die Entwicklung innerstädtischer und innenstadtnaher Wohnquartiere sowie der Erhalt von wohnortnahe Versorgung-, Dienstleistungs-, Freizeit- und sonstigen Angeboten.

Beschreibung

Dem planerischen Leitbild, an dem sich zukünftig alle Planungsaktivitäten mit städtebaulichem und verkehrlichem Bezug in Köln orientieren sollen, liegt das verkehrliche und zugleich städtebauliche Konzept der 15-Minuten-Stadt zu Grunde. Das Ziel ist es, dass alle alltäglichen Wegeziele für die Bewohner*innen Kölns binnen 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sind. Dieses Ziel soll unter anderem durch eine hohe städtebauliche Dichte, die Mischung städtischer Funktionen, die konsequente Priorisierung der Nahmobilität ohne Auto sowie eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raums erreicht werden. In den Teilräumen der Stadt, in denen kurze Wege bereits gegeben sind, liegt der Schwerpunkt auf dem Erhalt und der Verbesserung dieser Strukturen. Dort wo neue Wohnquartiere geschaffen werden, liegt der Schwerpunkt auf der Schaffung der für kurze und autofreie Wege erforderlichen Strukturen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Nutzungsgemischte Quartiere: Im Rahmen der verkehrssparsamen Stadtentwicklung werden nutzungsgemischte Quartiere mit hoher Aufenthaltsqualität entwickelt und die Ansiedlung von Einrichtungen des täglichen Bedarfs (Einkauf, Gastronomie, Ärzte, Schulen, Arbeitsplätze, Parks, Kultureinrichtungen u.a.) dort, wo sie nicht im Umkreis von 15 Minuten erreichbar sind, gezielt gefördert. Zudem werden Gebäude mit flexiblen Nutzungskonzepten gefördert.

Verkehrsberuhigung und verkehrliche Anbindung: Superblocks umfassen ein Gebiet aus mehreren Baublocks. Der Straßenraum wird zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität umgestaltet. Verkehrsberuhigende Maßnahmen innerhalb eines Superblocks und die Reduzierung von Parkplätzen im öffentlichen Raum fördern die Nahmobilität ohne Auto. Bewohner*innen der Superblocks sollen nicht mehr als 300 bis 400 Meter zur nächsten ÖPNV-Haltestelle zurücklegen müssen. Durchgangsverkehre werden vermieden und um den Superblock herumgeführt. Sofern der rechtliche Rahmen dafür gegeben ist dürfen nur Anwohner*innen und Gewerbetreibende mit ihren Fahrzeugen in das Gebiet der Superblocks einfahren. Für Gewerbetreibende und KEP-/Lieferdienste müssen ausreichend Ladezonen je Superblock eingeplant werden. Alternativ können am Rande der Blocks eingerichtete Mikrodepots KEP-Fahrten aus den Superblocks heraushalten.

Die Stadt fördert eine generelle Nachverdichtung durch Bebauung von Brachflächen und Baulücken in bestehenden Quartieren und wirkt der oftmals stark verkehrsinduzierenden Entwicklung neuer Flächen in Stadtrandlagen und peripheren Ortsteilen entgegen.

Die Beförderung der Mischung städtischer Funktionen durch den Erhalt oder die Wiederherstellung von Versorgungs-, Dienstleistungs-, Freizeit- und sonstigen Angeboten sowie von Co-Working-Spaces kann die Länge der zur Inanspruchnahme dieser Angebote zurückzulegenden Wege reduzieren, so dass diese ((wieder) verstärkt) ohne Auto zurückgelegt werden können.

Der öffentliche Raum wird gezielt attraktiviert, indem Plätze umgestaltet werden, zusätzliche Begrünung, Aufenthaltsflächen, Spielflächen und zusätzliche Sitzgelegenheiten sowie Kunst im öffentlichen Raum geschaffen werden, um die Aufenthaltsqualität zu fördern.



Akteure

Stadtverwaltung, Verwaltungen der Stadtbezirke



Zielgruppe

Bürger*innen



Zeitaufwand

7 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich



Sachkosten

Diese können aufgrund der Vielzahl von Einzelbausteinen nicht abgeschätzt werden



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Die CO₂-Minderugnswirkung der Stadt der 15 Minuten basiert auf ihrem Beitrag zur Reduzierung von Pkw-Verkehren und deren Verlagerung auf den Umweltverbund. Dementsprechend sind CO₂-Minderungen, die durch die Vermeidung und Verlagerung von Pkw-Fahrten erzielt werden können, in den entsprechenden Aktivitätenempfehlungen berücksichtigt. Eine separate Wirkungsabschätzung ist daher an dieser Stelle nicht möglich.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Kumulierte THG-Einsparung (t):



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung der durchschnittlichen Wegelängen
Entwicklung des Modal Splits insbesondere der Nahmobilität
Entwicklung der Qualität der Nahraumversorgung



Weitere Wirkung

Ökonomie: Die Stadt der 15 Minuten kann Wohnquartiere und städtische Räume mit Versorgungsangeboten revitalisieren und so zum Erhalt bestehender und zu neuen Versorgungs-, Dienstleistungs- und Freizeitangeboten beitragen. Kaufkraft kann so vor Ort gebunden und ein Abfließen von Kaufkraft aus dem Quartier / Stadtteil verhindert werden. Ökologie: Der Erhalt oder die Rückkehr zur Stadt der kurzen Wege kann Pkw-fahrten reduzieren, indem Wegezwecke, für die vorher in vielen Fällen das Auto genutzt wurde, wieder in rad- und fußverkehrstauglicher Distanz liegen. Soziales: Gute Bedingungen zur Versorgung vor Ort und Erholungs- und Freizeitangeboten im Nahraum erleichtern deren Nutzung auch für die Menschen, die nicht über ein eigenes Auto verfügen (können oder möchten).



Synergieeffekte

Diese bestehen zu sämtlichen Aktivitätenempfehlungen, welche die Verbesserung der Nutzungsbedingungen der Verkehrsmittel des Umweltverbundes zum Ziel haben.



Zielkonflikte

Diese sind nicht zu erwarten.



Breitenwirksamkeit

Eine Zunahme beim Fuß- und Radverkehr kann auch die Kölner Bürger*innen zum Verzicht auf das Auto und zum Umstieg auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes motivieren.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Die Förderung von Nahmobilität ohne Auto führt zu einer deutlich sichtbaren Zunahme des Rad- und des Fußverkehrs und zu einer Belebung des öffentlichen Raums.

4.4.2.3 Integrierte Verkehrsplanung und Planungsbeschleunigung

Klimafreundliche Mobilität und Logistik / 4.4.2.3



Integrierte und nachhaltige Verkehrsplanung und Planungsbeschleunigung

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Übergreifende Maßnahmen

2022

Ziel und Strategie

Das Ziel ist es, zukünftig in noch höherem Maße als dies bereits der Fall ist Verkehrsplanung in der Kölner Verwaltung integriert zu denken und umzusetzen. Zudem sollen zum Erreichen der zeitlich sehr ambitionierten CO₂-Minderungsziele die Planungs- und Umsetzungsprozesse für den Umweltverbund beschleunigt werden.

Ausgangslage

Die integrierte Verkehrsentwicklungsplanung ist fester Bestandteil der kommunalen Verkehrsplanung. Die derzeit gültigen Ziele zur integrierten Mobilität in Köln sind im Strategiepapier „Köln Mobil 2025“ aus dem Jahr 2014 definiert. Die Ziele beinhalten auch, dass die Planungen bevorzugt umzusetzen sind, die dem Klima- und Umweltschutz dienen. Eine konkrete Ausgestaltung, welche Maßnahmen mit welchen Ressourcen und in welchem Zeitrahmen umgesetzt werden müssen, gibt es derzeit jedoch nicht und wurde in der Form für Köln bislang nicht ausgearbeitet. Daher wird die Erarbeitung eines nachhaltigen Verkehrsentwicklungsplans („Sustainable Urban Mobility Plans“ - (SUMP)), der vertieft auf diese Aspekte eingeht, im Strategiepapier empfohlen. Maßnahmen und Ansätze aus bestehenden Klimaschutzkonzepten wie beispielsweise dem Klimaschutzteilkonzept Verkehr und der Studie *KölnKlimaAktiv* gilt es bei der Erarbeitung des SUMP ebenso einzubeziehen wie die Berücksichtigung der gesetzten verkehrlichen CO₂-Minderungsziele. Die Erarbeitung des SUMP wurde im Jahr 2020 durch den Rat der Stadt Köln beschlossen. Der Beschluss beinhaltet unter anderem das Ziel, geeignete Strukturen auf kommunaler Ebene, u.a. zwischen den betroffenen Ämtern, zu schaffen, die eine kooperative Beratung und Umsetzung ermöglichen.

Beschreibung

Durch die integrierte Betrachtung bestehender, laufender und künftiger Planungen sowohl aus dem Bereich der Mobilität als auch anderer Fachplanungen wie dem Umwelt- und Klimaschutz werden eine Strategie sowie Maßnahmen erarbeitet, die in Köln zum Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel beitragen sollen. Der SUMP-Ansatz beinhaltet dezidiert den Anspruch, Strukturen und Verfahren zu etablieren, welche die Umsetzung seiner Maßnahmen erleichtern. Daher werden diese innerhalb der Fachplanungen der Stadtverwaltung, aber auch mit externen Institutionen und Stakeholder*innen etabliert, um letztlich auch das rechtzeitige Erreichen der verkehrlichen CO₂-Minderungsziele sicherzustellen. Eine ämterübergreifende Integration von Planungsprozessen dient zudem zur Planungsbeschleunigung, um dem Bedarf einer beschleunigten Verkehrswende zu entsprechen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Die beschleunigte Planung und Umsetzung verkehrlicher Klimaschutzmaßnahmen erfolgt anhand der SUMP-Planungsprinzipien. Der Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) ist ein Planungskonzept für Kommunen, Kreise und Regionen zur strategischen Mobilitätsplanung. Ein SUMP integriert die Verkehrsplanung thematisch und räumlich, fördert die Umstellung des Mobilitätssystems auf nachhaltige Verkehrsträger und soll zur Lösung der Probleme des urbanen Verkehrs und zum Erreichen lokaler und übergeordneter ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher verkehrlicher Ziele beitragen. Der SUMP wird einem zweistufigen Verfahren erarbeitet. Der Zielhorizont ist das Jahr 2035, sodass eine zeitliche Kongruenz mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 hergestellt ist.

Stufe 1 (2022 – 2024)

In der ersten Stufe geht es neben einer Auswertung bestehender und laufender Maßnahmen – so

auch der verkehrlichen Klimaschutzmaßnahmen – um die Analyse des Status Quo und der bestehenden Chancen und Mängel im Verkehrssystem. In einem Leitbildprozess werden eine Vision sowie Ziele und Zielindikatoren für die zukünftige Mobilität definiert. Die CO₂-Minderungsziele werden dabei prioritär berücksichtigt, hierzu zählt u.a. eine Priorisierung der Belange des Umweltverbundes vor dem Pkw-Verkehr bei Konzeption, Planung und Umsetzung. Durch die Betrachtung verschiedener Szenarien wird schließlich ein Zielszenario entwickelt, das als strategische Grundlage für Stufe 2 dient. Bei der Auswahl des Zielszenarios spielt auch das CO₂-Einsparpotenzial eine zentrale Rolle.

Stufe 2 (2024 – 2025)

In der zweiten Stufe geht es darum, Maßnahmen für ein integriertes Handlungs- und Umsetzungskonzept zusammenzustellen, das Aussagen zur Priorisierung sowie der zeitlichen Umsetzung von Maßnahmen enthält. Zu diesem Zeitpunkt wird festgelegt, in welchem Maße das Personal und die Haushaltsmittel für die Umsetzung aufgestockt werden müssen, um eine rechtzeitige Realisierung zu ermöglichen. Für die Umsetzung werden an dieser Stelle klare Zuständigkeiten und effiziente Abläufe zur zügigen Realisierung definiert.

Begleitende Beteiligung und Etablierung von Strukturen

Die Erarbeitung des SUMP wird durch eine engmaschige Beteiligungsstruktur begleitet: Auf Ebene der Verwaltung werden eine Projekt- sowie eine Lenkungsgruppe eingerichtet, die aus den zahlreichen betroffenen Ämtern besteht. Da die engen verkehrlichen Verflechtungen in der Region ein regional abgestimmtes und gemeinsames Handeln erfordern, werden bestehende Kooperationen (beispielsweise die Zusammenarbeit im Rahmen des regionalen Mobilitätsmanagements über den NVR und das Zukunftsnetz Mobilität NRW) ausgeweitet. Zudem wird – auch unter Beteiligung regionaler Akteur*innen – ein Mobilitätsbeirat zur externen Beratung und Qualitätssicherung eingerichtet. Mit diesen Gremien werden Strukturen geschaffen, die eine frühzeitige Akzeptanz der ausgewählten (verkehrlichen Klimaschutz-)Maßnahmen sicherstellen sollen und damit die Umsetzung beschleunigen können. Dies wird nicht zuletzt durch eine intensive Öffentlichkeitsbeteiligung sowie engmaschige politische Beschlussfassungen zu jeweiligen Meilensteinen des SUMP unterstützt.

Um eine Ausweitung der Planungsaktivitäten und eine Beschleunigung der Umsetzung zu erreichen, erfolgt eine Verstärkung des Verkehrsplanungspersonals und des Personals in der Bauausführung.

Wenn bestehende Strukturen und verschiedene Zuständigkeiten Planungsabläufe verhindern oder verlangsamen anstatt diese zu beschleunigen, erfolgt eine ämterübergreifende Neustrukturierung von Verkehrsplanungsabläufen.

Eine projektorientierte Bearbeitung mit allen thematisch eingebundenen Abteilungen/Ämtern sollte Standard werden. Die Umsetzungsebene sollte frühzeitig in alle Planungsprozesse eingebunden sein.

Die engen verkehrlichen Verflechtungen in der Region erfordern regional abgestimmtes und gemeinsames Handeln. Daher werden die bereits bestehenden regionalen Kooperationen (beispielsweise die Zusammenarbeit im Rahmen des regionalen Mobilitätsmanagements über den NVR und das Zukunftsnetz Mobilität NRW) ausgeweitet.

Akteure

Verwaltung der Stadt Köln, Verwaltungen der Umlandgemeinden

Zielgruppe

Kölner Bürger*innen und Bürger*innen der Region

Zeitaufwand

Die Neuausrichtung der Planung allein ist noch nicht zwingend mit der Aufstockung des Planungspersonals verbunden

Dauer der Aktivitätenempfehlung

Dauerhaft und kontinuierlich

Sachkosten

Diese fallen noch nicht an, da es sich um die Planung zur Umsetzung handelt.

Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Der SUMP-Prozess wirkt sich auf nahezu sämtliche Aspekte der kommunalen Verkehrsplanung aus beziehungsweise er bildet für diese den planerischen Rahmen. Mit dem Planungsprozess selbst ist noch keine Minderung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in Köln verbunden.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Kumulierte THG-Einsparung (t):



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Art und Umfang der fachplanungsübergreifenden Beteiligung



Weitere Wirkung

Direkte ökonomische, ökologische und soziale Auswirkungen sind mit dem Planungsprozess nach SUMP-Prinzipien noch nicht verbunden.



Synergieeffekte

Die ämterübergreifende und integrierte Verkehrsplanung kann über die Verkehrsplanung hinaus Planer*innen in der Kölner Verwaltung dafür sensibilisieren, dass auch in anderen Planungsbereichen wie der Siedlungs- oder der Flächennutzungsplanung eine stärkere Kooperation sinnvoll und zielführend ist, sofern sie nicht bereits stattfindet.



Zielkonflikte

Diese sind dann zu erwarten, wenn Belange der verschiedenen Verkehrsmittel, beispielsweise dem Pkw und dem ÖPNV nicht oder nur sehr schwer miteinander vereinbar sind.



Breitenwirksamkeit

Die abteilungsübergreifende und integrierte Planung nach den SUMP-Prinzipien kann Vorbild für die Arbeit weiterer Fachplanungen der Kölner Verwaltung über den Verkehrsbereich hinaus sein.



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Diese ist nicht zu erwarten.

5. Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern

5 Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern

5.1 Klimaschutz im Alltag – Zielgruppe privater Haushalte

5.1.1 Mitmachkampagne zur Aktivierung und Qualifizierung Kölner Bürger*innen durchführen

5.1.1.1 Mitmachkampagne klimaneutrales Köln

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.1.1.1.



Mitmachkampagne klimaneutrales Köln

Themenschwerpunkt

Klimaschutz im Alltag – Zielgruppe private Haushalte

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Die Mitmachkampagne hat zum Ziel, bis zum Jahr 2035 250.000 Kölner Bürgerinnen und Bürger zum klimaschonenden Handeln zu aktivieren und zu qualifizieren. Ein Grundprinzip der Kampagne besteht darin, den Teilnehmenden Möglichkeiten zum Testen und Ausprobieren von klimaschonenden Verhaltensweisen zu verschaffen, um so klimaschonende Verhaltensroutinen im Alltag dauerhaft zu verankern. Hierzu werden Unternehmen und Organisationen als Anbietende klimaschonender Produkte und Dienstleistungen mit privaten Haushalten als Entscheider in unterschiedlichen Formaten zusammengebracht. Die Aktivitätenempfehlung zielt damit darauf ab, die Selbstwirksamkeit bei der Realisierung klimaschonender Verhaltensweisen zu fördern. Die Kampagne ist als hybride Strategie darauf angelegt, durch kombinierte Präsenz- und Online-Angebote breite Zielgruppen zu erreichen eine hohe Skalierungsfähigkeit sicherzustellen.

Beschreibung

Die Mitmachkampagne baut auf Erkenntnissen der Verhaltens- und Kommunikationspsychologie sowie des systemischen Coachings auf. Drei Qualifizierungsebenen stecken den Rahmen für unterschiedlich ausgeprägte Bedürfnisse zur Verhaltensänderung. Die Umsetzung der Strategie leistet damit einen zentralen Beitrag zur Transformation der Bürgergesellschaft hin zum klimaschonenden Handeln. Vorbilder für dieses Kampagnenformat finden sich z.B. in der Stadt Münster (<https://www.stadt-muenster.de/klima/klimafreundlich-leben/mitmachkampagne>).

Erste Handlungsschritte/Teilaktivitäten

Die Aktivitätenempfehlung gliedert sich in fünf, aufeinander aufbauende Teilaktivitäten:

Teilaktivität 1 – Kölner*innen mischen mit: Interessierte Bürger*innen mit einem „diffusen Gefühl“ für Veränderung erhalten die Möglichkeit zur Umsetzung klimaschonender Verhaltensweisen, die individuell und ohne umfassende persönliche Vorkenntnisse erlern- und umsetzbar sind sowie in den Alltag integriert werden können. Sie erhalten so eine Richtung für klimaschonendes Handeln im Alltag. Der Einstieg erfolgt niedrigschwellig über eine Selbstverpflichtung zur Durchführung leicht umsetzbarer Klimaschutz-Maßnahmen. Für jede umgesetzte Maßnahme erhalten die Teilnehmenden KlimaPunkte. Durch den spielerischen Ansatz entfaltet die Aktivität einen Anreiz zum aktiven Mitmachen und Durchhalten. Unternehmen unterstützen als Anbietende in dieser Phase durch die Bereitstellung von Informationen, standardisierte Angebote und als Multiplikatoren. Bürger*innen können jederzeit in den

Prozess einsteigen. Für das „KlimaPunkte sammeln“ gibt es zielgruppengerechte, standardisierte prozessbegleitende Instrumente und Medien der Kommunikation.

Teilaktivität 2 - Ehrenamtlicher Trainer*innen für Klimaschutz im Alltag: Die Aktivität ist für alle Bürger interessant, die klimaschonendes Verhalten erlernen, vertiefen und verstetigen möchten. Die Ebene bietet ein ehrenamtlich getragenes, individuelles Klimatraining in Kleingruppen sowie anspruchsvolle Beratungen und Angebote zum Ausprobieren und selbst machen. Unternehmen bringen sich als Themenpatinnen ein. Sie beraten und stellen Angebote zur Verfügung. Die Trainings finden zwei- bis dreimal im Jahr über einen Zeitraum von jeweils circa vier Monaten statt. Die Kleingruppen arbeiten parallel mit eigenen Schwerpunkten. Alle Kleingruppen kommen zu einer gemeinsamen Start- und Abschlussveranstaltung zusammen. Der Prozess wird durch individuelle Angebote und Beratungen sowie einem Maßnahmen- und Trainingszirkel und einen prozessbegleitenden CO₂-Rechner unterstützt. Die ehrenamtlichen KlimaTrainer*innen werden als Prozessbegleitung im Rahmen der Teilaktivität geschult und ausgebildet. Es wird von zwei Schulungen pro Jahr ausgegangen.

Teilaktivität 3 - Kampagneninnovator - Reallabor: Das Reallabor bietet Raum für Innovationen. Hier werden neue Mitmachkampagnen für spezifischen Zielgruppen (z.B. Senior*innen, Studierende) entwickelt und getestet. Das Prinzip, Unternehmen und Nutzer*innen zusammenzubringen gilt auch in diesem Format. Anbietende erhalten einen idealen Rahmen für die Entwicklung nachhaltiger Produkte. Sie profitieren vom direkten Anwenderfeedback und den Erfahrungen aus der Anwendung im Alltag. Das Reallabor findet alle zwei Jahre statt. Für diesen Prozess werden individuelle, den Anforderungen des Reallabors entsprechende Medien eingesetzt. Sowohl Entscheider*innen als auch Anbietende profitieren von der Vernetzung: Entscheider*innen können ihren Interessen folgend Angebote testen und so klimaschonendes Verhalten ausprobieren, Anbietende können sich aktiv mit eigenen Angeboten einbringen und im Gegenzug vom Feedback aus der realen Nutzung für Neuentwicklungen und Produktverbesserungen profitieren.

Teilaktivität 4 – Digitale Lernplattform: Für die Umsetzung der Mitmachkampagne wird eine digitale Lernplattform für ein hybrides KlimaTraining entwickelt und eingeführt. Die Plattform soll die Durchführung der ehrenamtlichen KlimaTrainings und die Ausbildung von KlimaTrainer*innen erleichtern und benutzerfreundlich gestalten. Hybrid bedeutet, dass die Plattform neben reinen digitalen Angeboten auch Livetermine ermöglicht und als Begleittool für weiter stattfindende Präsenztermine sehr gut geeignet ist.

Teilaktivität 5 – Begleitende Aktivierungselemente: Ein weiteres Element der Umsetzung werden „Anstupsen für klimaschonende Entscheidungen - Konzept und Instrumente für Nudges im kommunalen Klimaschutz“. Nudging ist ein verhaltensorientierter Ansatz, um bestimmten Zielen dienliche Entscheidungen bei Menschen zu fördern. Der englische Begriff „Nudge“ bedeutet so viel wie Stupser, Impuls oder kleiner Anstoß. Die Grundidee von Nudging basiert auf der bewussten Gestaltung bzw. Optimierung der eigentlichen Handlungs- und Entscheidungssituation. Diese beginnt in der Verhaltensänderung (Entscheidungsarchitektur), die gezielt geplant und gestaltet werden muss, damit sich Menschen von sich aus für eine Verhaltensänderung entscheiden. Im Rahmen der Teilaktivität werden kommunale Leitlinien für den Einsatz von Nudges für den Klimaschutz in den Bereichen Wohnen und Energie, Konsum und Ernährung sowie Mobilität formuliert. Es wird ein Instrumentenkoffer entwickelt und in die Anwendung gebracht. Ein Instrument kann z.B. der „Kölner Footprint für klimaschonende Entscheidungen“ sein. Die Footprints sind Signets für Anbietende klimaschonender Produkte und Angebote. Sie werden als Leitsystem im öffentlichen Raum (Bürgersteig, Hausfassade) eingesetzt und "stupsen" Menschen an, diese aufzusuchen. Im Rahmen der Teilaktivität werden Grundlagen zum Einsatz von Nudgings im kommunalen Kontext entwickelt und prototypisch im Rahmen der Reallabore eingesetzt.

Handlungsschritte sind:

- Ausschreibung Kampagnenentwicklung und Erarbeitung des Realisierungskonzepts
 - Schrittweise, aufeinander aufbauende Einführung der Kampagnenelemente
 - Einbindung in das Monitoring und Controlling der Stadt Köln zur Erfolgskontrolle
-

 Akteure Stadt Köln, Koordinationsstelle Klimaschutz mit Unterstützung von Anbietern und Unternehmen klimaschonender Produkte und Angebote als Themenparten	 Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger, Anbietende klimaschonender Angebote und Dienstleistungen
 Zeitaufwand 1 Vollzeitäquivalent über 13 Jahre	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 bis 2035
 Sachkosten 847.000 € für Konzeptentwicklung, übergeordnete Kampagnenarbeit, Umsetzung der Mitmachkampagne, Reallabore und KlimaTrainings	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen - Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 56.727 Tonnen CO ₂ eq/a (endenergiebedingt) 127.000 Tonnen CO ₂ eq/a (nicht endenergiebedingt, nicht anrechenbar auf Kommunalbilanz)	Kumulierte THG-Einsparung (t): 452.933 Tonnen CO ₂ eq (endenergiebedingt) 797.560 Tonnen CO ₂ eq (nicht endenergiebedingt, nicht anrechenbar auf Kommunalbilanz)
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Anzahl Teilnehmende KlimaPunkte, KlimaTrainings, Reallabore, Umgesetzte Nudges	 Weitere Wirkung Ökonomie: lokale Wertschöpfung wird gesteigert. Ökologie: Aktivitäten führen zur Emissionsminderung von klimawirksamen Gasen und umweltschädlichen Stoffen. Soziales: Effizientes und suffizientes Energieverhaltensverhalten führt zu finanzieller Entlastung Teilnehmender. Die Vernetzung von Menschen, die eine gemeinsame Vision teilen, fördert das Gemeinschaftsgefühl und unterstützt die soziale Teilhabe.
 Synergieeffekte Synergien zu allen Handlungsfeldern	 Zielkonflikte keine
 Breitenwirksamkeit Teilnehmende werden zu Multiplikator*innen, Feedback an Unternehmen durch Reallabore und KlimaTrainings unterstützt nachhaltige und umweltfreundliche Produkt- und Dienstleistungsentwicklungen und beschleunigt Innovationsprozesse	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Nudges sind an stark frequentierten Orten sichtbar und erzeugen Aufmerksamkeit, begleitende Multi-Channel-Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Mitmachkampagne

5.1.2 Innovations- und Erfahrungsräume mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft fördern und erweitern

5.1.2.1 Neue Ideen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Köln fördern

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.1.2.1.



Neue Ideen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Köln fördern

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz im Alltag

2023

Ziel

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist, bis 2030 einen Innovationsschub für Klimaschutz und nachhaltiges Handeln zu fördern.

Beschreibung

Die Aktivitätenempfehlung fasst Beteiligungsformate, Angebote und Projektförderungen zusammen, um neue Ideen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit gezielt zu fördern. Gezielte Formate dienen dazu, Akteure der Bürgergesellschaft, Unternehmen als Anbieter und Bürger*innen als Entscheider und Konsumenten zusammenzubringen. Ideen werden vorgestellt, diskutiert und konkretisiert. Lösungen sind nicht Ergebnis eines geschlossenen, internen Entwicklungsprozesses. Vielmehr wird die Lösungskompetenz der Gruppe aktiv gebündelt. Der Vorteil: Die Teilnehmenden profitieren vom Austausch, lernen voneinander, Lösungen werden integriert bearbeitet und die Flexibilität im Denken neuer Lösungswege bleibt erhalten. Ergebnisse des Prozesses werden im Sinne einer vorbereitenden Projektentwicklung qualifiziert. => *Hier besteht eine enge Verknüpfung mit der Aktivitätenempfehlung 3.1.1.2. Kommunale Wirtschaftsförderung 4.0*

Arbeitsschritte und Teilaktivitäten

Formate, Angebote und Fördermöglichkeiten können z.B. sein:

Förderprogramm „Klima Schritte 2035“: Das Förderprogramm unterstützt bürgerschaftlich getragene Initiativen und soziale Einrichtungen bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten. Es baut auf den Erfahrungen des ausgelaufenen Förderprogramms der Stadt Köln auf, weitet dieses aus und verstärkt es. Es werden Maßnahmen gefördert, die klimafreundliches Verhalten aktivieren, sensibilisieren und zum Mitmachen einladen. Die Förderung erfolgt als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 80% der nachgewiesenen Projektkosten. Der Höchstsatz liegt bei 6.000 €. Ziel der Förderung ist es, innovative Ansätze im Klimaschutz auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene voranzubringen und damit die Transformation der Bürgergesellschaft zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu beschleunigen. Die Förderung wird aus dem Klimafonds der Stadt Köln finanziert. => [Aktivitätenempfehlung 6.1.2.3. Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren und im Prozess anpassen.](#)

Kollaborationsplattform: Ziel ist es, den regelmäßigen Austausch mit den Pionieren des Wandels zu fördern. Die Kollaborationsplattform dient als digitaler Marktplatz, um Entscheider und Anbieter zusammenzubringen. Sie ist Austauschplattform, Ort der Zusammenarbeit und Instrument für den Informations- und Wissensaustausch.

Lotzen für die engagierte und organisierte Bürgerschaft: Die Stadt Köln schafft Anlaufstellen („Lotzen“) in der Verwaltung, die „Pionieren des Wandels“ dabei unterstützen, Projekte und Initiativen zu starten, sich zu organisieren und zielgerichtet zu handeln.

Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für klimaschonende Produkte und Konzepte: In Zusammenarbeit mit Partnern aus der Kölner Hochschullandschaft wird ein Wettbewerb bzw. eine Nachwuchsförderung für klimaschonende Produkte und Konzepte im Alltag durchgeführt. Damit sollen kreative

Ideen des Nachwuchses ins Rampenlicht gerückt werden. Gefragt sind innovative Konzepte für Produkte und Dienstleistungen, die es Verbrauchern leicht machen, sparsam mit Ressourcen umzugehen.

Projektwerkstätten: Die Projektwerkstätten sind ein Beteiligungsformat für die engagierte Bürgerschaft. Die Projektwerkstätten dienen dazu, Projektideen zu entwickeln und schrittweise die Umsetzung vorzubereiten.

Umsetzungsworkshops: Anbieter und Akteure der Stadtgesellschaft werden zusammengebracht, die Forschungs- und Modellprojekte (Reallabore) in die Umsetzung bringen wollen. Anbieter bringen energie- und ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ein, die Akteure der Stadtgesellschaft liefern räumliche und zeitliche Gelegenheiten, um diese als Reallabore in die Umsetzung zu bringen.

 Akteure

Stadt Köln

 Zielgruppe

Zivilgesellschaft – Pioniere des Wandels

 Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente über 8 Jahre



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 bis 2030



Sachkosten

397.000 € für Entwicklung Kollaborationsplattform, Konzeptentwicklungen und Umsetzung Wettbewerbe, Projektwerkstätten, Förderprogramme



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung und Umsetzung Kollaborationsplattform; Anzahl Wettbewerbe, Projektwerkstätten, Umsetzungsworkshops; Anzahl innovative Konzepte durch Nachwuchs; Anzahl Projekte und Initiativen



Weitere Wirkung

Ökonomie: Lokale Wertschöpfung wird unterstützt. Produktverbesserungen und -innovationen werden gefördert.

Ökologie: Energie- und ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen.

Soziales: Partizipations- und Umsetzungsmöglichkeiten für die engagierte Bürgerschaft, Initiativen und Vereine.



Synergieeffekte

Synergien zu Aktivitätenempfehlungen 3.1.1.2. Kommunale Wirtschaftsförderung 4.0 sowie 5.1.1.1 und 5.1.2.2.



Zielkonflikte

keine



Breitenwirksamkeit

Forschungs- und Modellprojekte können nach erfolgreicher Pilotphase in die breite Anwendung gebracht werden



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Wettbewerbe, Forschungs- und Modellprojekte durch flankierende Öffentlichkeitsarbeit sofort sichtbar.

5.1.2.2 Innovations- und Erfahrungsräume für Klimaschutz und Nachhaltigkeit schaffen

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.1.2.2.



Innovations- und Erfahrungsräume für Klimaschutz und Nachhaltigkeit schaffen

Handlungsschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz im Alltag

2023

Ziel

Ziel ist es, bis 2030 Erfahrungsräume für nachhaltiges Handeln im Alltag in den Bereichen Wohnen, Energie, Ernährung und Konsum sowie Mobilität zu fördern und damit den Kölner Bürgerinnen und Bürgern gute Rahmenbedingungen zu schaffen, die Selbstwirksamkeit zu steigern.

Beschreibung

Erfahrungen sammeln durch Ausprobieren und Anwenden sind die Basis für die Entwicklung neuer Handlungsrouitinen. Dafür bedarf es passender Angebote und Gelegenheiten. Gefragt sind hier passende Erfahrungsräume und alternative Angebote, die zum Mitmachen und Kennenlernen einladen. Erfahrungsräume sind z.B.:

Erfahrungsräume für flächensparendes und gemeinschaftliches Wohnen: Neben hohen energetischen Standards ist es notwendig, flächenschonende Wohnmodelle bei gleichbleibender Wohnqualität zu entwickeln, die den Flächenverbrauch pro Kopf reduzieren und langfristig den Trend zu mehr Wohnfläche umkehren. Die Aktivitätenempfehlung bringt dies in die konkrete Anwendung. Sie bündelt z.B. Angebote zur Orientierungsberatung für Menschen, die ihre Wohnsituation ändern wollen, ein Haus bauen wollen, teilen, umziehen oder gemeinschaftlich wohnen möchten und fördert zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit zum Wohnen über alle Lebensphasen.

Erfahrungsräume für alternative Mobilität schaffen und kommunizieren: Die Teilaktivität zielt darauf ab, möglichst frühzeitig für klimaschonende Mobilität zu sensibilisieren. Dazu gehören insbesondere Möglichkeiten des Testens und Ausprobierens der Elektromobilität oder der Nutzung von E-Carsharing. Für die Kölner Bürger soll auf Quartiersebene eine Beratungs- und Ausprobierkampagne durchgeführt werden, um den Zugang zur Elektromobilität zu fördern, Fragen rund um die Elektromobilität beantworten und gleichzeitig Fördermöglichkeiten aufzeigen.

Klimashoppen Köln: Läden oder Gastronomiebetriebe in der Innenstadt schließen sich zusammen und zeigen Konsument*innen auf, wie der alltägliche Einkauf oder Café-Besuch klimafreundlich gestaltet werden kann. Über die Kölner Klima-Karte wird man für klimafreundlichen Konsum in Form eines Klimaschutz-Pakets und der Unterstützung eines Klimaschutz-Projekts belohnt. Es muss eine bestimmte Anzahl an Stempeln gesammelt werden, um ein Klimaschutz-Paket zu erhalten.

Erste Handlungsschritte und Teilaktivitäten

- Erarbeitung eines Konzepts zur Förderung und Umsetzung von Erfahrungsräumen.
- Einbindung der „Pioniere des Wandels“ in Köln, z.B. Akteure*innen Neptun Platz, Initiator*innen „Tag des guten Lebens“.
- Förderung der Umsetzung

 Akteure Stadt Köln, Pioniere des Wandels	 Zielgruppe Private Haushalte, Läden und Gastronomiebetriebe
 Zeitaufwand 0,5 Vollzeitäquivalente über 8 Jahre für Beratungsangebote	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 bis 2030
 Sachkosten 192.500 € für Konzeptentwicklungen, flankierende Öffentlichkeitsarbeit, Klimschutzpakete	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Anzahl durchgeführter Beratungen, Teilnehmende Klimashoppen	 Weitere Wirkung Ökonomie: Lokale Wertschöpfung wird durch Klimashoppen gesteigert. Ökologie: Nachhaltige Mobilität und gemeinschaftliches, flächensparendes Wohnen reduzieren THG-Emissionen. Soziales: Pioniere des Wandels werden miteinander vernetzt.
 Synergieeffekte Synergien zu Aktivitätenempfehlungen 5.1.1.1, 1.2.1.4	 Zielkonflikte keine
 Breitenwirksamkeit Netzwerk aus Pionieren des Wandels fungieren als Multiplikatoren in die Stadtgesellschaft	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Erfahrungsräume sofort sichtbar

5.1.3 Klimaschonendes und nachhaltiges Verhalten in die breite Anwendung bringen

5.1.3.1 Wünsche und Anforderungen der Bürger*innen in Bezug auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit systematisch erfragen (z. B. Panel-Befragungen)

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.1.3.1.



Wünsche und Anforderungen der Bürger*innen und Bürger in Bezug auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit systematisch erfragen

Handlungsschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz im Alltag

2023

Ziel

Ziel ist es, Wünsche und Anforderungen an den Klimaschutz in Köln sowie Fragen der grundsätzlichen Akzeptanz einzelner Maßnahmen oder Ansätze repräsentativ zu erfragen und zu analysieren. Geeignete Formate sind zum Beispiel Online-Panels.

Beschreibung

Die Transformation der Bürgergesellschaft, hin zu klimaschonendem Verhalten ist ein langfristiger Prozess. Auf diesem Weg ist es erforderlich, Bedürfnisse und Anforderungen der Bürger regelmäßig zu erfassen und die Wirkung von Maßnahmen und Angeboten zu testen. Die Aktivitätenempfehlung bündelt Empfehlungen zur regelmäßigen Bürgerbefragung.

Teilaktivität 1 - Bürgerbefragung zum klimaschonenden Verhalten über Online-Panel regelmäßig durchführen: Es werden regelmäßige Befragungen und Konzepttests geplanter Klimaschutzaktivitäten der Stadt Köln über ein Online-Panel durchgeführt. Das Online-Panel umfasst eine repräsentative Zahl Kölner Bürger*innen. Das Format ermöglicht so die systematische Auswertung im Hinblick auf Milieu, Geschlecht und Lebensstil und bietet damit eine zentrale strategische Basis für die städtischen Klimaschutzaktivitäten.

Teilaktivität 2 - Städtische Bürgerbefragungen auswerten und um Baustein Klimaschutz ergänzen: In der Stadt Köln werden bereits jetzt vielfältige Formate der Bürgerbefragung durchgeführt (z.B. meiningfuer.koeln). Die Ergebnisse bestehender Bürgerbefragungen sollen im Hinblick auf ihre Relevanz für klimaschonendes Verhalten ausgewertet und, wo sinnvoll, zukünftige Befragungen um Aspekte des klimaschonenden Verhaltens erweitert und ausgebaut werden.

Erste Handlungsschritte und Teilaktivitäten

Umsetzungsschritte:

- Konzeption einer kommunalen Online Plattform zur Bürgerbefragung
- Umsetzung und Einführung
- Analyse und Bewertung, Herausarbeiten strategischer Empfehlungen => *Schnittstelle Multiprojektmanagement der Stadt Köln*

 Akteure Stadt Köln	 Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger
 Zeitaufwand 0,25 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 bis 2035
 Sachkosten 25.000 € für Konzeptentwicklung und Umsetzung kommunale Online-Plattform	 Finanzierungsansatz Haushaltsplattform
 THG-Einsparungen Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar	 Kumulierte THG-Einsparung (t): Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Umsetzung Online-Plattform, durchgeführte Befragungen, Anzahl Teilnehmende Panel	 Weitere Wirkung Soziales: Indirekte Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten engagierter Bürgerschaft durch Befragungen
 Synergieeffekte Synergien zu Aktivitätenempfehlung 6.1.2.1	 Zielkonflikte keine
 Breitenwirksamkeit -	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

5.1.3.2 Lebensmittelverschwendung in der Außer-Haus-Verpflegung reduzieren

Klimaschonender Lebensstil und Bildung / 5.1.3.2.



Lebensmittelverschwendung in der Außer-Haus-Verpflegung reduzieren

Handlungsschwerpunkt

Klimaschutz im Alltag

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Die Aktivitätenempfehlung zielt darauf ab, die Lebensmittelverschwendung in der Außer-Haus-Verpflegung, insbesondere in den Einrichtungen der städtischen Gemeinschaftsverpflegung, zu reduzieren. Ziel ist es, die Quote der Ausgabe- und Tellerreste in den städtischen Gemeinschaftsverpflegungen bis 2030 auf höchstens 10% zu reduzieren. Darüber hinaus soll darauf hingewirkt werden, dass auch in der Gastronomie der Verschwendung von Lebensmitteln entgegengewirkt wird und der Lebensmittelhandel nicht mehr verkaufsfähige aber noch verzehrfähige Produkte an Foodsharing-Initiativen oder Tafeln weitergibt. Auch die Verbraucher*innen sollen zu gezieltem Einkaufsverhalten, der Weiterverarbeitung vermeintlicher Essensreste und generell zu einem nachhaltigeren Umgang mit Lebensmitteln animiert werden. Hier gibt es Querbeziehungen zur Aktivitätenempfehlung 5.1.1.1. Mitmachkampagne sowie zur Aktivitätenempfehlung 3.5.2.1. Ausweitung der braunen Tonne bis 2035.

Beschreibung

In Deutschland landet circa ein Drittel des aktuellen Lebensmittelverbrauchs in der Mülltonne. Eine große Rolle spielt dabei die Außer-Haus-Verpflegung oder das Wegwerfen von nicht verkauften Lebensmitteln.

Im Rahmen der städtischen Öffentlichkeitsarbeit werden für Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie Unternehmen der Außer-Haus-Verpflegung gezielte Angebote und Kampagne entwickelt und umgesetzt, die zu einem klimafreundlichen Verhalten im Bereich Ernährung aktivieren.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten sind

- Entwicklung einer Strategie gegen Lebensmittelverschwendung in Köln unter Einbeziehung der wichtigsten Akteure
- Entwicklung und Durchführung einer Kampagne zur Lebensmittelsicherung
- Schaffung von Anreizen zur Lebensmittelsicherung



Akteure

Stadt Köln: Amt für Schulentwicklung; Amt für Kinder, Jugend und Familie; Gebäudewirtschaft unter Einbeziehung des Ernährungsrates für Köln und Umgebung e.V. sowie der Verbraucherzentrale NRW



Zielgruppe

Städtische Einrichtungen, Gastronomie, Verbraucherinnen und Verbraucher












Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 bis 2030

 Sachkosten 45.000 € für Konzeptentwicklung und begleitende Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel, Kostenreduktion durch optimierten Einkauf
 THG-Einsparungen Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 5.857 Tonnen CO ₂ eq/a (nicht endenergiebedingt, daher nicht anrechenbar auf Kommunalbilanz)	Kumulierte THG-Einsparung (t): 29.287 Tonnen CO ₂ eq (nicht endenergiebedingt, daher nicht anrechenbar auf Kommunalbilanz)
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Reduktion Tellerreste	 Weitere Wirkung Ökonomie: Kostenreduktion durch optimierte, bedarfsgerechte Einkaufsmengen Soziales: Unterstützung einkommensschwacher Personen durch Foodsharing-Initiativen und Tafeln
 Synergieeffekte Synergien zu Aktivitätenempfehlungen 5.1.1.1 und 3.5.2.1	 Zielkonflikte finanzielle und personelle Kapazitäten in Schulen und KiTas
 Breitenwirksamkeit Kinder als Multiplikatoren für den Umgang mit Lebensmittelverschwendung in private Haushalte	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

5.2 Klimaschutz in Bildungseinrichtungen – Zielgruppe Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Lehrende

5.2.1 Erfahrungs- und prozessbasierte Ernährungs- und Umweltbildung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

5.2.1.1 Schulische Nachhaltigkeitsbildung zu Ernährung, Konsum und klimaschonendem Verhalten

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.2.1.1.



Schulische Nachhaltigkeitsbildung zu Ernährung, Konsum und klimaschonendem Verhalten

Themenschwerpunkt

Klimaschutz in Bildungseinrichtungen – Zielgruppe Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Lehrende

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Ziel ist die Verankerung der schulischen Nachhaltigkeitsbildung in allen Kölner Schulen bis 2030.

Beschreibung

Die Anlagen für individuelle klimaschonende Konsum- und Verhaltensentscheidungen werden bereits in jungen Jahren gelegt. Mit der Aktivitätenempfehlung werden Aspekte der Nachhaltigkeitsbildung im schulischen Handeln verankert und insbesondere in drei Lernmodulen zu Ernährung, Konsum und klimaschonendem Verhalten vertieft.

Erste Schritte/Teilaktivitäten

Die Aktivitätenempfehlung gliedert sich in vier Teilaktivitäten:

5.2.1.1.1. Klimaschutz macht Schule - BNE verankern und Ausbildung von Klimacoaches für Schulen: Die Kampagne "Schule der Zukunft - Bildung für Nachhaltigkeit" des Landes NRW bietet hierzu gute Rahmenbedingungen. Die Kampagne bietet allen Schulen in Nordrhein-Westfalen und außerschulischen Bildungspartnerinnen und -partnern Unterstützung an, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Unterricht und Schulalltag einzubeziehen. Von den mehr als 300 Schulen in Köln nehmen bisher ca. sechs Einrichtungen am Programm des Landes NRW teil. Ziel ist es, BNE in allen Schulen im Stadtgebiet im Schulprogramm zu verankern. Hierzu wird eine Informations- und Aktivierungskampagne an Kölner Schulen gestartet. Die Kampagne wird vom Schulentwicklungsamt der Stadt Köln in Kooperation mit der Bezirksregierung Köln als Trägerin der weiterführenden Schulen, dem Erzbistum Köln sowie privaten Schulträger*innen konzipiert und durchgeführt. Zusammen mit der Qualitätsanalyse der Bezirksregierung Köln wird im Rahmen eines Pilotprojekts die Aufnahme von Kriterien der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzbildung in die Qualitätsanalyse getestet.

5.2.1.1.2. Lernmodul zu Ernährungsbildung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Der Lernort Schule wird als ein Handlungsfeld für nachhaltige Entwicklung verstanden. Die Ermutigung zu mehr Selbstvertrauen bei der Entwicklung von individuellem Wissen und Fähigkeiten bildet hierzu die Basis. Fähigkeiten werden idealerweise durch das eigene Tun und die damit verbundene Erfahrung der eigenen Selbstwirksamkeit erworben. Die Teilaktivität setzt darauf, eine erfahrungs- und prozessbasierte Ernährungsbildung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit an Kölner Schulen zu implementieren und zu multiplizieren. Themenschwerpunkte des Lernmoduls sind z.B. die Reduzierung von Lebensmittelabfällen (Lebensmittelsicherung) sowie die nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und deren Klimawirksam-

keit. Im Rahmen der Teilaktivität sollen regelmäßig (mind. einmal im Jahr) konkrete Maßnahmen im Bereich Ernährung und Konsum stattfinden. Ab 2025 sollen in allen offenen Ganztagen der Schulen und in allen Kitas entsprechende Angebote umgesetzt werden. Dazu gehören z.B. die Integration außerschulischer Lernorte in die Umweltbildung, Ernährungs-Projekte, Koch AG's, Projektwochen oder digitale Bildungsangebote. Zusätzlich soll ein Klimacoaching zunächst in 20 Reallaboren für klimaschonenden Konsum und Ernährung eingeführt werden. In den Reallaboren erarbeiten Schüler*innen (z.B. im Rahmen einer Projektwoche oder AG) Interessenschwerpunkte zum Thema klimaschonender Konsum und Ernährung im Schulalltag, in Familie und Freizeit. Sie formulieren hierzu selbständig Veränderungsziele nach Interesse und eigener Selbsteinschätzung. Klimacoaches helfen bei der Identifikation der Ziele und der Erarbeitung eines Maßnahmenplans. Auf dieser Grundlage können die Schüler*innen z.B. in Kooperation mit Anbietenden klimaschonender Produkte und Dienstleistungen konkrete Angebote ausprobieren und testen. Angebote können z.B. gemeinsames Kochen oder der Besuch von Biohöfen, Unverpackt-Läden oder Repair Cafés (sein. Zu Beginn des Projekts erarbeiten die Teilnehmenden einen Foodprint. Die Teilnehmenden erhalten ein direktes Feedback über die Wirkung des Verhaltens durch die Veränderung des Foodprints.

5.2.1.1.3. Lernmodul Gärtnern in Schulen und Kitas: Fähigkeiten werden idealerweise durch das eigene Tun und die damit verbundene Erfahrung der eigenen Selbstwirksamkeit erworben. Gärten in Schulen und Kitas sind ideale Orte zum selber machen. Hier kann im Kleinen gelingen, was in Köln zur Regel werden soll: Nachhaltige und klimaschonende Ernährung von der Produktion bis zum Verzehr erfahrbar machen. Die Teilaktivität fördert die Einrichtung von Gärten in allen Kölner Schulen und Kitas. Im Lernmodul werden Prinzipien der „Essbaren Stadt“ vermittelt, indem z.B. Urban Gardening als Unterrichtsmodul eingeführt wird. Es wird ein Unterstützer*innen Netzwerk für Garten-Projekte in Schulen und Kitas gegründet, zudem engagieren sich Schulen im Rahmen von AG's und Projektwochen in Projekten des Urban Gardening im Stadtteil oder im Quartier. Zur Förderung des außerschulischen Lernens wird der Besuch von landwirtschaftlichen Betrieben gefördert. Die Teilaktivität berücksichtigt den Schulgarten-Aktionsplan sowie das Schulgarten Netzwerk.

5.2.1.1.4. Lernmodul schulische Umweltbildung zu klimaschonendem Mobilitätsverhalten: Klimaschonende Mobilität ist ein Thema, dass Schüler*innen, Eltern und Lehrende gleichermaßen betrifft. Die Teilaktivität setzt darauf, klimaschonendes Verhalten im Alltag erfahr- und erlernbar zu machen. Kern des Angebots sind ehrenamtliche Begleiter*innen des Veränderungsprozesses. Hier werden Trainer*innen als ehrenamtliche Prozessbegleiter*innen ausgebildet. Das Angebot gilt grundsätzlich für alle Kölner Schulen und Schulformen. Trainer*innen können Schüler*innen, Lehrer*innen oder Eltern im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements werden. Sie erhalten eine qualifizierte Ausbildung, um Projektwochen und Arbeitsgruppen in Kölner Schulen zum Thema klimaschonende Mobilität durchzuführen. Im Rahmen der Maßnahme werden die Trainer*innen mit einem passgenauen Schulungs- und Umsetzungskonzept ausgebildet und auf die Aufgabe vorbereitet. Es werden Trainings-Werkzeuge entwickelt und bereitgestellt und der organisatorische Rahmen sichergestellt. Die Integration der erfahrungs- und prozessbasierten Umweltbildung im Mobilitätsbereich mit Unterstützung durch die Trainer*innen in das jeweilige Schulprogramm bildet die Basis für eine nachhaltige Umsetzung.

Akteure

Amt für Schulentwicklung, Bezirksregierung Köln, Qualitätsanalyse, Umwelt- und Verbraucherschutzamt (Schulgarten-Netzwerk)

Zielgruppe

Schulen und Kitas

Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente über 8 Jahre

Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 bis 2030

Sachkosten

249.500 € für Konzeptentwicklung, Aktivierungskampagne, Ausbildung Klima-Coaches, Fahrtkosten

Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Förderprogramme



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

3.000 Tonnen CO₂eq/a (nicht endenergiebedingt, daher nicht anrechenbar auf Kommunalbilanz)

Kumulierte THG-Einsparung (t):

20.142 Tonnen CO₂eq (nicht endenergiebedingt, daher nicht anrechenbar auf Kommunalbilanz)



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl durchgeführter Reallabore, Anzahl Schulgärten, Fahrten zu Betrieben



Weitere Wirkung

keine



Synergieeffekte



Zielkonflikte

finanzielle und personelle Kapazitäten in Schulen und KiTas



Breitenwirksamkeit

Kinder und Jugendliche werden zu Multiplikatoren im eigenen Umfeld



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Schulgärten als sichtbare Zeichen für den Wandel

5.2.1.2 Aufbau eines Monitorings im Bildungsbereich: Ernährung, Energie und Mobilität

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.2.1.2.



Aufbau eines Monitorings im Bildungsbereich: Ernährung, Energie und Mobilität

Themenschwerpunkt

Klimaschutz in Bildungseinrichtungen – Zielgruppe Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Lehrende

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist, Veränderungen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes im Bildungsbereich regelmäßig zu messen und damit eine Grundlage zur Nachsteuerung zu schaffen. Die Aufnahme der Daten ist insbesondere im schulischen Umfeld im Sinne einer Transparenz wichtig.

Beschreibung

Die Aktivitätenempfehlung zielt darauf ab, konkrete Indikatoren für Ernährung, Energie und Mobilität im Bildungsbereich zu entwickeln und die Erfassung der Indikatoren unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen an Datensicherheit im schulischen Umfeld zu etablieren. Die Aktivitätenempfehlung soll in enger Abstimmung an die Aktivitätenempfehlung des digitalen Monitorings und Controllings der Stadt Köln umgesetzt werden.

Erste Arbeitsschritte

Erste Umsetzungsschritt ist daher, die Anforderungen im Bildungsbereich zu erfassen und das Monitoring prototypisch für eine Beispielschule aufzusetzen.



Akteure

Amt für Schulentwicklung, Bezirksregierung Köln, Schulträger



Zielgruppe

Schulen und Schulträger



Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 - 2025



Sachkosten

50.000 € für Konzeptentwicklung und Umsetzung sowie Evaluation eines Pilotprojekts an einer Beispielschule



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar

	Erfolgsindikatoren/Meilensteine		Weitere Wirkung
	Konzept zur Erfassung und Messung umweltrelevanter Indikatoren im schulischen Umfeld, Umsetzung Pilotprojekt		keine
	Synergieeffekte		Zielkonflikte
	Synergien zu Aktivitätenempfehlung 6.1.2.2		finanzielle und personelle Kapazitäten in Schulen
	Breitenwirksamkeit		sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)
	Kinder und Jugendliche werden zu Multiplikatoren im eigenen Umfeld		-

5.3 Klimaschutz in Kultur und Freizeit – Zielgruppe Kulturschaffende und Anbieter von Freizeiteinrichtungen als Multiplikatoren

5.3.1 Kulturschaffende und Anbieter von Freizeiteinrichtungen als Multiplikatoren für Klimaschutz und Nachhaltigkeit fördern

5.3.1.1 Leitlinien für nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 5.3.1.1.



Leitlinien für nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz in Kultur und Freizeit

2023

Ziel

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist, bis 2025 die Durchführung von Freizeitaktivitäten in Köln klimaschonend zu gestalten und Akteur*innen aus dem Bereich Freizeit und Kultur als Multiplikator*innen zu gewinnen.

Beschreibung

Veranstaltungen in Köln - inklusive Stadtfeste, Sportveranstaltungen und Bürgerfeste - sollen klimafreundlich durchgeführt werden. Bei der Durchführung von Veranstaltungen ergeben sich für die Stadt Köln zahlreiche Optionen, um auf die Nachhaltigkeit positiven Einfluss zu nehmen. Beispielsweise ließe sich der Strombedarf der Veranstaltungen aus Grünstrom decken und auf Einweggeschirr verzichtet werden. Weiterhin könnten Veranstalter zu weiteren, einzuhaltenden Kriterien verpflichtet werden.

Erste Handlungsschritte

Für die Veranstaltungen auf dem Stadtgebiet soll ein Konzept erarbeitet werden, das die Klimaschutz-Bemühungen der Stadt Köln unterstreicht. Hierzu werden Leitlinien erarbeitet und durch die Stadt Köln in eine möglichst umfassende Anwendung gebracht.



Akteure

Stadt Köln: z.B. Stabsstelle Events im Amt der Oberbürgermeisterin, Sportamt



Zielgruppe

Akteur*innen aus dem Bereich Freizeit und Kultur



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre



Dauer der Aktivitätenempfehlung

2023 bis 2025



Sachkosten

35.000 € für Konzeptentwicklung und Aktivierungskampagne









Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):	Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar	Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Aufstellen eines Maßnahmenkatalogs für nachhaltige Veranstaltungen, Anzahl nachhaltig umgesetzter Veranstaltungen	 Weitere Wirkung -
 Synergieeffekte -	 Zielkonflikte keine
 Breitenwirksamkeit -	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Aktive Kommunikation während der Veranstaltungen fördern Bewusstsein

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen

6 Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen

6.1 Transformation als kommunale Managementaufgabe

6.1.1 Transformationsstrategie für ein klimaneutrales Köln

6.1.1.1 Entwicklung und Umsetzung der Transformationsstrategie

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.1.1



Entwicklung und Umsetzung der Transformationsstrategie

Themenschwerpunkt

Transformation als kommunale Managementaufgabe

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Der stadtgesellschaftliche Transformationsprozess im Sinne klima- und ressourcenschonender Entscheidungen lässt sich aktiv gestalten und beschleunigen, aber im komplexen Gesamtprozess nicht in Gänze steuern. Die Stadt Köln kann Menschen und Organisationen durch gezielte fachliche und kommunikative Impulse aktivieren, Räume zur Zusammenarbeit schaffen, den Prozess begleiten, Akteure vernetzen und gute Rahmenbedingungen für die Transformation schaffen. Die kommunale Managementaufgabe sollte dabei nicht wie ein klassisches Projektmanagement mit klar quantifizierbaren Zielen interpretiert werden - vielmehr braucht es ein prozessorientiertes Veränderungsmanagement. An dieser Stelle kann die Stadt eine wichtige koordinierende Rolle übernehmen.

Ziele der Aktivitätenempfehlung sind: Die zielgerichtete, gewünschte strukturelle Veränderung der Stadt durch die Veränderung von relevanten kommunalen Infrastrukturen und Rahmenbedingungen auf Ebene der kommunalen Selbstbestimmung, Werteeinstellungen und Konsummustern auf Ebene der Stadtgesellschaft, Produkten und Angeboten für mehr Energie- und Ressourcenschonung, die Förderung von Innovationen und Forschung.

Ausgangslage

Der Konzern Stadt Köln stößt bereits stadtweit Klimaschutzprojekte an, vernetzt und informiert Akteur*innen und bietet mit unterschiedlichen Förderprogrammen Anreize für die Umsetzung klimafreundlicher Projekte und Verhaltensweisen. Das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 erfordert die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Strategie zur ganzheitlichen Transformation.

Beschreibung

Ziel der Transformationsstrategie ist die ganzheitliche, prozesshafte Transformation, mit ihren Handlungsebenen und Instrumenten zu entwickeln und die Umsetzung sicherzustellen. Die Strategie beschreibt eine aktive Rolle der Stadt als Akteurin und Vorbild, um positive Rahmenbedingungen für die Transformation der Stadtgesellschaft zu schaffen und möglichst vielen Bürger*innen sowie Unternehmen ressourcen- und klimaschonendes Verhalten zu ermöglichen. Dazu gehört insbesondere die Entwicklung eines lebensnahen Argumentationssets „ohne CO₂“ für Entscheidungsträger*innen. Handlungsebenen sind dabei die Aktivierung, Qualifizierung und Mobilisierung der Kölner Stadtgesellschaft. Die Governance (Steuerung durch Akteur*innen) des gesellschaftlichen Wandels setzt dabei einen systemischen Ansatz voraus. Im Mittelpunkt der Transformationsstrategie stehen vier Fragen:

- Wie wird die Umsetzung der formulierten Maßnahmen sowie die prozessorientierte Fortschrei-

bung und Anpassung als „agiles Verfahren“ sichergestellt?

- Wie kann die Stadt den Transformationsprozess aktiv begleiten und fördern?
- Wie können Unternehmen die nachhaltige Entwicklung vorantreiben?
- Wie kann die Zivilgesellschaft erreicht und mitgenommen werden?

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Konzeption querschnittsorientierter Transformationsstrategie
2. Entwicklung agiler, kommunaler Steuerungsinstrumente
3. Monitoring und Erfolgscontrolling

 Akteure

Konzern Stadt Köln

 Zielgruppe

Stadtgesellschaft, Unternehmen

 Zeitaufwand

0,5 Vollzeitäquivalente über 4 Jahre



Dauer der Aktivitätenempfehlung

4 Jahre



Sachkosten

70.000 € für die Erstellung einer querschnittsorientierten Transformationsstrategie



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Konzept mit querschnittsorientierter Transformationsstrategie



Weitere Wirkung

-



Synergieeffekte

Synergieeffekte zu allen Handlungsfeldern



Zielkonflikte

keine



Breitenwirksamkeit

-



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

6.1.1.2 Kommunikation des Transformationsprozesses

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.1.2



Interne Kommunikation des Transformationsprozesses

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Transformation als kommunale Management-
aufgabe

2022

Ziel und Strategie

Die nach innen gerichtete Kommunikation des Transformationsprozesses fördert die Verankerung der Klimaneutralitätsstrategie innerhalb der Verwaltung und der Beteiligungen im Konzern Stadt Köln. Ziele sind:

- Wünsche und Anforderungen in Bezug auf klimaschutzrelevante Themen der Verwaltung regelmäßig erfassen
- Verwaltungsinterne Kommunikation und Vernetzung fördern
- Verständnis interner Abhängigkeiten fördern
- Entscheidungsabläufe beschleunigen

Ausgangslage

Derzeit wird ein Auftrag zur Erarbeitung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie an eine Kommunikationsagentur vergeben. Auftragsgegenstände sind unter anderem die Erarbeitung einer Klima Dachmarke, unter der sich die Akteure vereinigen mit entsprechenden Informationskanälen (Internetseite, etc.)

Beschreibung

Die Aktivitätenempfehlung setzt sich aus drei Teilaktivitäten zusammen:

- Potenziale zur Verbesserung der Kommunikation und Beschleunigung von Entscheidungswe-
gen ermitteln: Die Kommunikations- und Entscheidungswege für die Umsetzung von Klima-
schutzmaßnahmen werden transparent erfasst und analysiert. Potenziale zur Beschleunigung in
einem moderierten Verfahren erarbeitet, getestet und schrittweise umgesetzt.
- Verwaltungsinterne Kommunikation und Vernetzung fördern: Der fach- und projektbezogene
Austausch soll verwaltungsintern gefördert werden, um eine gemeinsame, zielgerichtete Kli-
maschutzarbeit zu ermöglichen. Verwaltungsinterne Informations- und Kommunikationsformate
schaffen Transparenz und fördern die Aktivierung und Vernetzung relevanter Akteur*innen un-
tereinander. Ein Beispiel für eine verwaltungsinterne Informationsveranstaltung könnte ein Kli-
masalon als Instrument zur verstärkten Aktivierung der Stadtverwaltung sein. Der Klimasalon ist
eine Veranstaltungsreihe, die Mitarbeiter*innen in einem informellen Rahmen zusammenbringt.
Sie werden über die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Köln informiert und eingeladen, eigene
Ideen zu entwickeln und -ähnlich dem innerbetrieblichen Vorschlagsmanagement- einzubringen.
- Vorbildliche Projekte und Initiativen können präsentiert und Aktionen zur Aktivierung und Mobi-
lisierung durchgeführt werden. Neben der Integration klimafreundlichen Verhaltens in den je-
weiligen spezifischen Arbeitsbereich, geht es auch um die Ausbildung von Beratungskompe-
tenzen innerhalb der Verwaltung. Der Klimasalon ist eine Möglichkeit, Verbündete für Klima-
schutzthemen in den Organisationseinheiten zu identifizieren (Change Agents) und damit den
Prozess zu verankern.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Formate zur verwaltungsinternen Kommunikation und Vernetzung einführen

 Akteure Stadt Köln	 Zielgruppe Mitarbeitende Stadt Köln und städtische Beteiligungen
 Zeitaufwand 0,25 Vollzeitäquivalente über 4 Jahre zur Organisation und Durchführung der Veranstaltungen	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 4 Jahre
 Sachkosten 108.000 € für Analyse und Moderation des Prozesses durch eine externe Fachbegleitung sowie Raumkosten und Bewirtung	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Anzahl Klimasalons oder ähnlicher Formate	 Weitere Wirkung keine
 Synergieeffekte Schafft Synergien über alle Handlungsfelder	 Zielkonflikte keine
 Breitenwirksamkeit Der Teilnehmendenkreis kann schnell und flexibel innerhalb des Konzerns Stadt skaliert werden	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) keine

6.1.1.3 Kommunikationsstrategie für Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickeln und umsetzen

Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern / 6.1.1.3.



Kommunikationsstrategie für Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickeln und umsetzen

Handlungsschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Klimaschutz im Alltag

2023

Ziel

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist, bis 2024 eine Kommunikationsstrategie für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu entwickeln und umzusetzen.

Ausgangslage

Es gibt seit April 2022 eine kommunikative Begleitung der Strategie Klimaneutrales Köln. Die Aufgabe besteht in der Konzeption einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie und die darauf aufbauende Begleitung der Umsetzung zur Implementierung in die Klimaneutralitätsstrategie. Der hier formulierte Steckbrief formuliert Eckpunkte für den Konzeptionsprozess.

Beschreibung

Die Kommunikationsstrategie soll auf einer emotionalen Ebene klimaschonendes Verhalten im Alltag lebensnah vermitteln, um eine identitätsstiftende Wirkung zu entfalten. Sie zielt auf die aktive Erhöhung der Veränderungsbereitschaft, die Entwicklung alternativer Verhaltensroutinen, die Steigerung der Lebensqualität und greift Widerstände aktiv auf. Bausteine können sein:

Zielgruppen identifizieren: Für Köln spezifische Zielgruppen werden identifiziert und deren Bedürfnisse und Anforderungen erfasst und analysiert.

Kanäle und Botschaften zielgruppengerecht formulieren: Die Kommunikationsstrategie beschreibt Kanäle und Botschaften für relevante Zielgruppen in Köln.

Informelle Meinungsführer zu Verbündeten machen: Menschen mit Vorbildfunktion werden zum "Gesicht" der Kommunikation gemacht werden und dienen als Vorbilder für klimaschonendes Verhalten.

Visionsbilder entwickeln und bündeln: Visionen sind geeignet, Menschen und Organisationen in Bewegung zu setzen. Teil der Kommunikationsstrategie ist ein Prozess zur Entwicklung von Visionsbilder in Bezug auf klimaschonende Entscheidungen im Alltag.

Teilaktivitäten

Elemente einer Umsetzungsstrategie können sein:

- **Social Media Strategie:** Teil der Aktivitätenempfehlung ist eine Social Media Strategie, insbesondere für klimaschonendes Verhalten und Ressourcenschonung. Die Inhalte werden auf den städtischen Social-Media-Accounts platziert.
- **Tipp der Woche:** Tipps der Woche zeigen Möglichkeiten auf, sich klima- und ressourcenschonend zu verhalten.
- **Lokaler Footprint:** Der lokale Footprint zeigt anschaulich, welchen Einfluss das eigene Verhalten im Bereich Ernährung auf die CO₂-Emissionen haben.
- **Interaktiver Online-Klimaschutzführer:** Die Idee eines Klimaschutzführers soll als interaktives Online-Tool aufgebaut werden. Erweitert um z.B. interaktive Routeninformationen und tagesak-

tuelle Angebote, erleichtert der Online-Nachhaltigkeitsführer die alltäglichen klimaschonenden Entscheidungsprozesse. Erforderlich ist die Entwicklung des Online-Tools sowie die laufende Datenerfassung und Pflege.

- Beispiele klimaschonenden Verhaltens zielgruppengerecht aufbereiten: Lebens- und praxisnahe Beispiele klimaschonenden Verhaltens in den Sektoren Wohnen und Energie, Mobilität und Konsum und Ernährung sind wichtige Ansätze, um Verhaltensänderungen zu beeinflussen. Die Beispiele werden textlich und grafisch aufbereitet und städtischen Akteuren sowie Akteuren der Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt.

 Akteure Stadt Köln	 Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger
 Zeitaufwand 0,5 Vollzeitäquivalente über 2 Jahre	 Dauer der Aktivitätenempfehlung 2023 bis 2024
 Sachkosten 58.000 € für Konzeptentwicklung und begleitende Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Erarbeitung und Umsetzung Kommunikationsstrategie, Umsetzung Online-Klimaschutzführer, Umsetzung Footprint,	 Weitere Wirkung Sozial: Visionsbilder motivieren die Bürgerschaft. Durch geeignete Vernetzungsangebote werden Verbündete zusammengebracht.
 Synergieeffekte Synergien über alle Handlungsfelder	 Zielkonflikte Social-Media-Kanäle müssen dauerhaft gepflegt und auf kritische Kommentare reagiert werden
 Breitenwirksamkeit Social-Media-Aktivitäten sind geeignet, um schnell und überregional Aufmerksamkeit zu schaffen.	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Online-Klimaschutzführer, Footprint und Social-Media-Aktivitäten sind sofort sichtbar

6.1.2 Monitoring und Controlling mit Multiprojektmanagement im Klimaschutzprozess einrichten

6.1.2.1 Das Multiprojektmanagement verankern und vernetzen

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.2.1



Das Multiprojektmanagement verankern und vernetzen

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Transformation als kommunale Management-aufgabe

2022

Ziel und Strategie

Die zielgerichtete Weiterentwicklung der Projektorganisation schafft günstige Rahmenbedingungen, um Projekte und Aktivitäten umzusetzen und das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Ein Multiprojektmanagement ermöglicht die zielgerichtete Organisation einer großen Anzahl von Projekten und Maßnahmen bei wechselnden politischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Das Verfahren behält - in Abgrenzung zum Projektmanagement für Einzelprojekte - das Gesamtergebnis aller Vorhaben im Blick. Das Multiprojektmanagement soll in der Koordinationsstelle Klimaschutz angesiedelt werden. Für die Umsetzungsphase ist die Entwicklung und Einführung eines digitalen Monitorings- und Controllings geplant.

Ausgangslage

Die Klimaschutzarbeit der Stadt Köln ist im Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften angesiedelt. Die Koordinationsstelle Klimaschutz übernimmt die strategische Ausrichtung des gesamtstädtischen Klimaschutzprozesses und ist zentrale Ansprechpartnerin zu den Themen Klimaschutz und SmartCity Cologne. Sie initiiert und koordiniert Projekte und begleitet die Abstimmungen zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren. Das Multiprojektmanagement im Bereich Klimaschutz der Stadt Köln soll in Zukunft bei der Koordinationsstelle Klimaschutz angesiedelt werden.

Beschreibung

Multiprojektmanagement im kommunalen Klimaschutz bedeutet, ein Portfolio von Maßnahmen, Projekten und Aktivitäten im Sinne der formulierten kommunalen Klimaschutzziele zu managen und zu steuern. Im Unterschied zum Projektmanagement legt das Multiprojektmanagement den Fokus auf das gesamte Portfolio der Klimaschutzprojekte und verfolgt übergeordnete und langfristige kommunale Klimaschutzziele. Hierzu soll ein Prozess beschrieben werden, der definiert, wie Maßnahmen Teil des Portfolios werden. Möglichkeiten der Kommunikation und transparenten Darstellung des Portfolios, Statusberichte sowie Verfahren zur Erfolgs- und Prozessevaluation sollen entwickelt werden. Zu den Aufgaben gehören:

- **Transparenz und Wissensvermittlung:** Gibt Überblick über aktuelle und vergangene Aktivitäten und einen Zugang zu den gesammelten Erfahrungen. Daten, Informationen und Wissen sind aktuell. Nutzer*innen sind selbständig in der Lage auf Basis einer einheitlichen, zuverlässigen Datenbasis aussagekräftige Auswertungen zu erstellen.
- **Ideenmanagement:** Fördert neue Maßnahmen- und Projektideen durch gezielte Angebote und Formate und begleitet den Weg von der Idee zur Maßnahme.
- **Strategische Projektinitiierung und -entwicklung:** Fördert die Initiierung und Umsetzung von Klimaschutzprojekten. Unterstützt auf Prozessebene in der Startphase und der Umsetzung.
- **Monitoring und Erfolgskontrolle:** Einheitliche Datenstruktur, Transparenz über gespeicherte Daten, Informationen und Wissen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Organisations- und Managementstruktur mit Anbindung an die Dezernate der Stadt Köln identifizieren und einführen.
2. Instrumente des Multiprojektmanagements umsetzen und einführen (z.B. Projektportfolioplan als Werkzeug und zentrales Organigramm des strategischen Maßnahmenplans, digitales Monitoring und Controlling).
3. Schrittweise Implementierung und Verankerung



Akteure

Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften, Koordinationsstelle Klimaschutz



Zielgruppe

Stadt Köln



Zeitaufwand

2 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

30.000 € für die Erarbeitung und Implementierung eines Multiprojektmanagements mit Unterstützung durch externe Fachberatung



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Einsatzfähigkeit der Instrumente und Verfahrensweisen, Anzahl eingepflegter Projekte



Weitere Wirkung

keine



Synergieeffekte

Synergieeffekte über alle Handlungsfelder



Zielkonflikte

keine



Breitenwirksamkeit

-



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

6.1.2.2 Das digitale Monitoring und Controlling entwickeln, dauerhaft anwenden und begleiten

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.2.2



Das digitale Monitoring und Controlling entwickeln, dauerhaft anwenden und begleiten

Themenschwerpunkt	Einführung der Aktivitätenempfehlung
Transformation als kommunale Managementaufgabe	2022

Ziel und Strategie

Die Strategie zum Erreichen der Klimaneutralität wird durch ein Maßnahmenportfolio beschrieben. Das Maßnahmenportfolio besteht aus vier Ebenen: Handlungsfelder, Handlungsschwerpunkte, Maßnahmen und Aktivitätenempfehlungen. Das Maßnahmenportfolio ist kein starrer Plan sondern bildet einen laufenden Prozess ab – Aktivitäten kommen hinzu, abgeschlossene Aktivitäten werden aus dem Portfolio entfernt. Es ist daher besonders wichtig, dass Aktivitäten in den Handlungsfeldern und Handlungsschwerpunkten dokumentiert, der Status anhand von Indikatoren erfasst und die Umsetzungserfolge transparent evaluiert und dargestellt werden können. Gesucht wird ein digitales Organisations- und Managementinstrument mit Datenbankanbindung zur Abbildung des Maßnahmenportfolios. Es soll im Rahmen des Multiprojektmanagements bei der Stadt Köln einsetzbar und über frei konfigurierbare Eingabemöglichkeiten und Ausgabemöglichkeiten in Text und Grafik verfügen.

Ausgangslage

Das Ziel der Klimaneutralität 2035 erfordert ein passgenaues Monitoring- und Controlling-System auf unterschiedlichen Ebenen, um den Prozess transparent zu gestalten und aktiv steuern zu können. Aktuell werden Indikatoren zur Erstellung der CO₂-Bilanz erfasst.

Beschreibung

Den Zielkorridor festlegen: Es wird ein Verfahren vereinbart, das regelt, wie Ziele formuliert und vereinbart werden. Übergeordnete Klimaschutzziele und Subziele werden möglichst spezifisch und präzise auf der gesamtstädtischen Ebene, der Ebene der Handlungsfelder und der Maßnahmenebene formuliert.

Den Prozess beobachten: Der jeweilige Prozessstatus auf dem Weg zur Klimaneutralität wird durch ein passgenaues System von Indikatoren und Kennwerten beschrieben. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt nach den Kriterien der Relevanz und Verfügbarkeit. Das Indikatorensystem ist analog zum Zielkorridor in vier Ebenen aufgeteilt.

Die Wirkung überprüfen: Durch den regelmäßigen Abgleich der Indikatoren mit den formulierten Zielen und den Entwicklungspfaden zur Treibhausgasreduktion können Basisinformationen als Grundlage für die Prozesssteuerung über das Multiprojektmanagement abgeleitet werden.

Dem Prozess eine Richtung geben: Das digitale Monitoring und Controlling wird in das Multiprojektmanagement eingebunden.

Gezielte Impulse geben: Die Steuerungsinstrumente werden durch das Projekt- und Maßnahmenportfolio und das direkte und indirekte Handlungspotenzial des Konzerns Stadt Köln abgebildet.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Übergeordnete Klimaschutzziele (Leitziele) definieren und Subziele operationalisieren.
 2. Analoges Indikatorensystem einführen und Bilanzierungssystem mit BSKO-Bilanz und Nebenbilanz implementieren und verstetigen.
 3. Schnittstellen mit IT-Stadt Köln klären, Einbindung verfügbare digitale Instrumente der Stadt
-

Köln prüfen

4. Gründung einer Projektgruppe Monitoring und Digitalisierung
5. Systematisierung der Begrifflichkeiten: Vereinbarung eines einheitlichen Vokabulars für das Indikatorensystem der Klimaneutralitätsstrategie.
6. Prototypische digitale Indikatorenerfassung
7. Digitales Indikatorenerfassungssystem testen und anpassen
8. System fortschreiben und bei Stadt Köln implementieren
9. Instrumentarien und Verfahren zum Abgleich und der Darstellung der Ergebnisse entwickeln.
10. Digitale Indikatoren kontinuierlich erfassen und Soll-Ist-Werte abgleichen.



Akteure

Konzern Stadt Köln



Zielgruppe

Konzern Stadt Köln



Zeitaufwand

2 Vollzeitäquivalente über 3 Jahre zur Entwicklung und Umsetzung des Systems, danach 1 Vollzeitäquivalent fortlaufend



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

Personalkosten



Finanzierungsansatz

-



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Definierte Ziele und Subziele, Definition und Umsetzung Indikatorensystem, Gründung Projektgruppe, entwickelte Instrumente und Verfahren



Weitere Wirkung

Ökonomie: langfristige Kostenreduktion durch automatisierte Erfassung und Auswertung



Synergieeffekte

Synergien über alle Handlungsfelder



Zielkonflikte

keine



Breitenwirksamkeit

Erhöhung der Transparenz im Konzern Stadt und in der Kölner Stadtgesellschaft durch eine offene Datenschnittstelle und eine nutzerfreundliche Visualisierung (Cockpit-Funktion)



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-

6.1.2.3 Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren und im Prozess anpassen

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.2.3



Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren und im Prozess anpassen

Themenschwerpunkt

Transformation als kommunale Managementaufgabe

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Die Stadt Köln kann den Prozess zur Klimaneutralität nicht in Gänze steuern, sie kann ihn aber im Hinblick auf die Zielerreichung kontrollieren und mit geeigneten Maßnahmen direkt oder indirekt auf den Prozess einwirken. Die Aktivitätenempfehlung bündelt Teilaktivitäten zum Nachjustieren und Steuern und beschreibt damit Instrumentarien, die beim Multiprojektmanagement der Stadt Köln angesiedelt sein sollten. Ansätze zur Nachjustierung sind:

- Gestaltung der rechtlichen, planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen durch Stadt Köln
- Aktive Steuerungsmöglichkeiten des Maßnahmenportfolios mit einer Top-Down und Bottom-Up Strategie

Beschreibung und erste Handlungsschritte/Teilaktivitäten

1. Einführung eines verbindlichen Mechanismus zur Nachsteuerung

Die Einführung eines verbindlichen Mechanismus zur Nachsteuerung ist Grundlage für den Steuerungsprozess:

- Multiprojektmanagement führt jährlich Bilanzierung nach dem BSKO-Verfahren durch und ermittelt Emissionsdaten des Vorjahres.
- Soll-Istwert Abgleich für die sektorspezifischen CO₂-Emissions- und Budgetziele
- Fall1: Maximale Jahresemissionsmengen eingehalten = kein Nachsteuerungsbedarf
- Fall2: Jahresemissionsmengen in einem oder mehreren Sektoren überschritten => Nachsteuerungsbedarf
- Klimarat (halbjährlich) und Projektgruppen empfehlen Maßnahmen zur Nachjustierung
- Dezernate und städtischen Beteiligungen (halbjährlich) legen Aktivitäten zur Nachsteuerung mit direktem oder indirektem Einfluss vor.
- Kommunikation und ggf. Beschluss im Rat der Stadt Köln

2. KlimaFonds Köln

Der KlimaFonds Köln fördert über alle Handlungsfelder Investitionen und Innovationen zur Treibhausgasreduktion und Klimaanpassung in Köln. Die Höhe der Förderung für Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion orientiert sich an der Höhe eingesparter oder kompensierter Emissionen. Dadurch ergeben sich Vorteile mit einem guten Verhältnis zwischen Investitionen und Einsparungen. Zudem wird durch die Kopplung der Förderhöhe an den CO₂-Preis eine direkte Konsequenz des eigenen Handelns deutlich.

Der Klimafond besteht aus zwei Säulen:

CO₂ Einsparprämien für Investitionen: Kölner Bürger*innen, Unternehmen und Organisationen erhalten für jede nachweislich eingesparte Tonne CO₂ eine Prämie in Höhe von 180 €/Tonne. Das Prämienprogramm fördert Investitionen in den Klimaschutz, die zu einer Reduktion der jährlichen Emissionen im energetischen Bilanzrahmen der Stadt Köln führen. Die Prämie orientiert sich an den Empfehlungen des Umweltbundesamtes in Bezug auf die ersparten Schäden für Mensch und Umwelt. Unternehmen weisen die Treibhausgaseinsparung auf Basis eines (vereinfachten) Energiemanagementsystems am Ende eines Jahres nach, verbunden mit der Beschreibung der dafür umgesetzten Maßnahmen. Privathaushalte mit Wohnsitz in Köln können das Prämienprogramm durch den Nachweis der durchgeführten Maßnahme auf Grundlage eines Maßnahmenkatalogs - unter Beachtung einer Bagatellgrenze - nutzen. Sofern Maßnahmen nicht im Katalog abgebildet sind, werden diese separat berechnet. Durch die Kopplung an den CO₂-Preis werden investive Maßnahmen in einer Bandbreite von ca. 3% bis 10% der Investitionssumme gefördert. Um eine hohe Dynamik bei der Inanspruchnahme zu erreichen, soll die Förderung in einem noch festzulegenden zeitlichen Rahmen sinken. Die Förderung könnte z.B. 2023 mit 180 €/Tonne starten und sich dann jedes Jahr bis 2035 um 10% verringern. Die Höhe der Investitionsförderung soll als Steuerungsinstrument in Abhängigkeit der Ergebnisse des Monitorings flexibel anpassbar sein. Sie soll dem Prinzip folgen: Je höher der Reduktionsbedarf pro Jahr, desto höher die Investitionsförderung für das Folgejahr. Um schnell eine hohe Reduktion an Treibhausgasen zu erzielen und so das CO₂-Budget Kölns zu schonen, wäre für das erste Jahr ein Aufkauf von 5.000 Tonnen CO₂, entsprechend 900.000 €, empfehlenswert. Im zweiten Jahr müsste geschätzt eine maximale Summe von 10.000 Tonnen CO₂ aufgekauft werden.

Kompensationsfonds mit Innovationsprojekten in Köln: Kölner Unternehmen aber auch Bürger*innen können zur Kompensation ihrer CO₂-Emissionen städtische CO₂-Zertifikate aus einem Klimafonds kaufen. Die eingenommenen Mittel können durch Sponsoring erhöht werden. Es werden ausschließlich lokale (Innovations-) Projekte zur CO₂-Einsparung gefördert. Der Umfang des Fonds wird jeweils zu Jahresbeginn festgelegt und bestimmt sich aus den Projekten, die für das jeweilige Jahr bei dem Fonds „angemeldet“ werden. Gegen Ende eines jeden Jahres können Sonderaufrufe zur Unterstützung einzelner Projekte gestartet werden, die bis dahin noch nicht „ausfinanziert“ sind. Der Preis für ein Kompensationszertifikat orientiert sich an Marktpreisen (z.B. Atmosfair) und wird bei der Förderung von Projekten auf z.B. 180 € pro Tonne durch die Stadt aufgestockt.

3. Innovationsmanagement für Klimaschutz und Nachhaltigkeit einführen (Innovationsräume)

Gesellschaftliche Transformationsprozesse beginnen mit veränderungsbereiten Menschen und benötigen Raum für Innovation. Die Aktivitätenempfehlung zielt daher darauf ab, systematisch über alle Handlungsfelder hinweg Räume für Innovationen zu identifizieren und zu fördern. Hierzu führt die Stadt Köln ein Innovationsmanagement ein. Die Umsetzung der Aktivitätenempfehlung gliedert sich in die drei Phasen „Innovationsräume schaffen und fördern“, „Lösungen testen und verbessern“ sowie „Erreichbarkeit verbessern“. Die Innovationsräume werden im Sinne von Modellprojekten konkret geplant und umgesetzt, Erfahrungen evaluiert und Ergebnisse dokumentiert. Aus den Erfahrungen wird gelernt, sodass der Kreis der Akteur*innen für die Vervielfältigung und Verstetigung erweitert wird und Menschen zum Mitmachen und Wiederholen qualifiziert werden. Projekte, die in die Umsetzung gelangen, können z.B. durch den KlimaFonds Köln gefördert werden.

- Die Klimaneutralitätsstrategie mit Leben füllen: Vor dem Hintergrund der strategischen Entwicklungsziele werden Leitprojekte und mögliche Innovationsräume zusammengeführt. Hierzu werden Innovationsräume gezielt identifiziert (z.B. Innovationsraum Sanierungssatzung mit KfW 432, Innovationsraum autofreies Quartier, Quartiersstrom ...“.)
 - Verbündete Zusammenbringen: Projektpaten aus der Verwaltung, der Wissenschaft oder der Stadtgesellschaft bringen Träger und Beteiligte möglicher Innovationsprojekte frühzeitig zusammen, Ideen werden entwickelt und konkretisiert.
 - Eine kraftvolle Vision entwickeln: Vor dem Hintergrund der Ideen werden erste Prototypen entworfen, die Machbarkeit geprüft und die Wirksamkeit der Innovationen eingeschätzt.
 - Gemeinsam an der Zukunft arbeiten: Die Innovationsräume werden im Sinne von Modellprojekten konkret geplant und umgesetzt. Projekte, die in die Umsetzung gelangen, können z.B. durch den KlimaFonds gefördert werden.
-

- Lernen unterstützen: Die Erfahrungen aus den Modellprojekten werden evaluiert und die Ergebnisse kommuniziert.
- Schritt aus der Nische gehen: Aus den Erfahrungen wird gelernt. Der Kreis der Akteure für die Vervielfältigung wird erweitert und Menschen zum Mitmachen und Wiederholen qualifiziert.

4. Benchmark Beispiele

Im Bereich Konsum und Ernährung wird ein Benchmark entwickelt. Ziel ist es, Vergleichswerte für den klimaschonenden und ressourcenschonenden Umgang im Bereich Konsum und Ernährung zu erfassen und damit den „Wettbewerb“ zwischen Unternehmen zu fördern.

 Akteure	 Zielgruppe
Koordinationsstelle Stadt Köln, ggfs. Abstimmung mit Stabstelle Digitalisierung	Unternehmen, Organisationen, Initiativen, Stadtgesellschaft
 Zeitaufwand	 Dauer der Aktivitätenempfehlung
1 Vollzeitäquivalent	fortlaufend
 Sachkosten	 Finanzierungsansatz
2.700.000 € für Anfangsinvestition Klima-Fonds	Haushaltsmittel, Zertifikatehandel, KfW 432 Förderung
 THG-Einsparungen	
Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): 5.000 Tonnen CO ₂ eq im ersten Jahr 10.000 Tonnen CO ₂ eq im zweiten Jahr	Kumulierte THG-Einsparung (t): 15.000 Tonnen CO ₂ eq
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine	 Weitere Wirkung
Einführung eines KlimaFonds, Anzahl Teilnehmende, Anzahl finanzierter Innovationsprojekte Entwicklung und Einführung von Benchmarks	Ökonomie: Innovationsprojekte werden über KlimaFonds finanziert Soziales: KlimaFonds schafft finanzielle Potenziale für gesellschaftlich getragene Innovationsprojekte
 Synergieeffekte	 Zielkonflikte
Synergien zu allen Handlungsfeldern	keine
 Breitenwirksamkeit	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)
-	Innovationsräume sofort sichtbar

6.1.3 Querschnittsthemen der Klimaschutzarbeit in Köln verankern

6.1.3.1 Soziale Gerechtigkeit als zentrale Anforderung verankern – Grundlagenstudie „Armutsrisiko und Klimaschutz“

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.3.1



Soziale Gerechtigkeit als zentrale Anforderung verankern - Grundlagenstudie "Armutsrisiko und Klimaschutz"

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Transformation als kommunale Management-aufgabe

2023

Ziel und Strategie

Einkommensschwache Haushalte sind von steigenden Energiekosten besonders stark betroffen. Um der Gefahr der Energiearmut zu entgegnen und soziale Gerechtigkeit vor dem Hintergrund der Klimaschutzstrategie zu fördern, soll eine Grundlagenstudie „Armutsrisiko und Klimaschutz“ Hintergründe beleuchten, Wirkzusammenhänge aufzeigen und geeignete Handlungsoptionen und Instrumente identifizieren. Zentrale Frage ist, wie eine sozial- und klimagerechte Stadtteilentwicklung Kölns ermöglicht werden kann.

Ausgangslage

23% der Kölner*innen verfügen über ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.066€ und leben damit unter der von der Europäischen Union definierten Armutsgrenze. Besonders hoch ist der Anteil junger Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.¹¹ Gleichzeitig sind Verbraucher*innen seit Jahren Belastungen durch steigende Energiepreise für Strom und Wärme ausgesetzt. Die Stadt Köln verfolgt das Ziel, die Sanierungsquote zu erhöhen. Die Mietkostensteigerungen durch die Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten können die Gentrifizierung beschleunigen

Beschreibung

Um der Gefahr der Energiearmut aktiv zu begegnen und die soziale Gerechtigkeit vor dem Hintergrund der Klimaschutzstrategie zu fördern, wird eine Grundlagenstudie „Armutsrisiko und Klimaschutz“ durchgeführt. Die Studie analysiert wer in welchem Ausmaß von Energiearmut betroffen oder bedroht ist und welche Konsequenzen daraus entstehen. Der Einflussbereich des Konzerns Stadt Köln wird in diesem Zusammenhang beleuchtet, um Handlungsempfehlungen und Instrumente zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit ableiten zu können.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

Grundlagenstudie durchführen und Handlungsempfehlungen bzw. Steuerungsinstrumente entwickeln.



Akteure

Konzern Stadt Köln



Zielgruppe

Stadtgesellschaft



Zeitaufwand










0,25 Vollzeitäquivalente über 1 Jahr



Dauer der Aktivitätenempfehlung

1 Jahr

¹¹ https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-umfragen/erwerbst%C3%A4tigkeit_und_wirtschaftliche_lage_der_k%C3%B6lner_bev%C3%B6lkerung_um_ksn_2018_4.pdf, S.19-20

 Sachkosten	 Finanzierungsansatz
30.000 € für Grundlagenstudie	Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen	
Nicht quantifizierbar	
Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):	Kumulierte THG-Einsparung (t):
Nicht quantifizierbar	Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine	 Weitere Wirkung
Erarbeitung Grundlagenstudie und Ableitung von Steuerungsinstrumenten und Handlungsempfehlungen	Soziales: Finanzielle Entlastung einkommensschwacher Haushalte
 Synergieeffekte	 Zielkonflikte
-	keine
 Breitenwirksamkeit	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)
-	-

6.1.3.2 Digitalisierung und Klimaschutz als Querschnittsthema integrieren

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.3.2



Digitalisierung und Klimaschutz als Querschnittsthema integrieren

Themenschwerpunkt

Transformation als kommunale Managementaufgabe

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Digitalisierung und Klimaschutz sind zwei zentrale Megatrends, die die Zukunft der Stadt Köln umfassend beeinflussen werden und Auslöser und Motor für umfassende Transformationen in der Stadtgesellschaft sind. Die Aktivitätenempfehlung bündelt Digitalisierung und Klimaschutz mit dem Ziel, digitale Lösungen für den Klimaschutz in Köln zu erarbeiten und einzuführen.

Ausgangslage

Die Stadt Köln verfolgt mit der Smart City Cologne bereit einen umfassenden Ansatz, Projekte von Kölner Unternehmen, Privatleuten, Verbänden und Behörden für einen nachhaltigen und bewussten Umgang mit Energie zu bündeln. Mit SmartCity, der „intelligenten“ Stadt, reagieren die Akteure auf die Herausforderungen des Klimawandels. Im Rahmen des Projekts werden Techniken und Dienstleistungen erprobt, die umweltbewusstes urbanes Leben künftig prägen werden.

Beschreibung

Die laufenden Aktivitäten sollen verstärkt und mit den Zielen, Maßnahmen und Aktivitätenempfehlungen der Klimaneutralitätsstrategie der Stadt Köln synchronisiert und abgeglichen werden. Die Chancen der Digitalisierung sollen integriert im Hinblick auf das Maßnahmenportfolio geprüft und soweit möglich bei der Umsetzung auf dem Weg zur Klimaneutralität genutzt werden. Ein erster Ansatz ist z.B. die Aktivitätenempfehlung „Digitales Monitoring und Controlling“.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

- Nachhaltige Vernetzung des Smart City Cologne Prozesses mit der Umsetzung der Klimaneutralitätsstrategie der Stadt Köln
- Systematischer und laufender Abgleich der Maßnahmenportfolien und Sicherstellung der Vernetzung



Akteure

Konzern Stadt Köln



Zielgruppe

Konzern Stadt Köln



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente über gesamte Laufzeit



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

keine









Finanzierungsansatz

-



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):		Kumulierte THG-Einsparung (t):	
Nicht quantifizierbar		Nicht quantifizierbar	
<hr/>			
	Erfolgsindikatoren/Meilensteine		Weitere Wirkung
Aufbau digitales Controlling und Monitoring		-	
<hr/>			
	Synergieeffekte		Zielkonflikte
Synergien zu Aktivitätenempfehlungen der Maßnahme 6.1.2		-	
<hr/>			
	Breitenwirksamkeit		sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)
-		-	

6.1.4 Integration des Ziels der Klimaneutralität in die Struktur des Konzerns Stadt Köln

6.1.4.1 Klimaschutz als Transformationsthema in der Organisationsstruktur verankern

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.1.4.1



Klimaschutz als Transformationsthema in der Organisationsstruktur verankern

Themenschwerpunkt

Einführung der Aktivitätenempfehlung

Transformation als kommunale Managementaufgabe

2023

Ziel und Strategie

Klimaschutz muss als integrierte gesamtstädtische Aufgabe betrachtet werden. Vor dem Hintergrund der zeitlichen Erfordernisse zur Steuerung und Umsetzung der Klimaschutzprozesse ist zudem eine deutliche Beschleunigung von Entscheidungsprozessen erforderlich. Mögliche Ergänzungen bzw. Weiterentwicklungen der bestehenden Struktur sind z.B. die Einführung von Klimakoordinator*innen in den Geschäftsbereichen, die Bildung von Service-Plattformen oder die Gründung einer Projektgesellschaft zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten.

Ausgangslage

Aktuell ist die Klimaschutzarbeit bei der Koordinationsstelle Klimaschutz als Stabsstelle im Dezernat VIII verankert.

Beschreibung

Klimakoordinator*innen: In jedem Geschäftsbereich werden Klimakoordinator*innen eingesetzt. Die Aufgabe der Klimakoordinator*innen besteht darin, die Umsetzung der Klimaziele in den Geschäftsbereichen zu verankern. Die Klimakoordinator*innen sind Ansprechpartner*innen und Schnittstelle zwischen den Geschäftsbereichen und stellen die Umsetzung der Klimaschutzziele sicher. Die Koordination formuliert spezifische Ziele und Vorgaben für die Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten in den einzelnen Geschäftsbereichen in Abstimmung mit dem übergeordneten Multiprojektmanagement. Sie fördern hierzu die Informations- und Wissensvermittlung und begleiten ggf. erforderlichen Veränderungen und Anpassungen in den Geschäftsbereichen.

Serviceplattformen: Serviceplattformen dienen der Bündelung von Klimaschutzaufgaben zwischen verschiedenen Geschäftsbereichen und Beteiligungen der Stadt Köln. Die Serviceplattformen fördern integrierte Lösungen und stellen Dienstleistungen zur Verfügung.

Projektgesellschaft: Eine Projektgesellschaft ist insbesondere an der Schnittstelle zwischen Verwaltungshandeln und städtischen Gesellschaften denkbar. Sie wird vom Rat der Stadt Köln beauftragt, Klimaschutzprojekte zu planen und umzusetzen. Als Klimaprojektagentur könnte die Gesellschaft zudem die Aufgaben des Multiprojektmanagements übernehmen.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Klimakoordinator*innen in den einzelnen Geschäftsbereichen einsetzen
2. Serviceplattform einrichten
3. Projektgesellschaft gründen

 Akteure Konzern Stadt Köln	 Zielgruppe Konzern Stadt Köln
 Zeitaufwand 20 Vollzeitäquivalente über gesamte Laufzeit (2 Vollzeitäquivalente pro Dezernat)	 Dauer der Aktivitätenempfehlung fortlaufend
 Sachkosten Nur Personalkosten	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel und Förderung über Kommunalrichtlinie
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Implementierung Klimaschutzkoordinierende, Gründung Service-Plattform, Gründung Projekt-Gesellschaft	 Weitere Wirkung keine
 Synergieeffekte zu allen Handlungsfeldern	 Zielkonflikte keine
 Breitenwirksamkeit -	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) -

6.2 Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten

6.2.1 Nachhaltigkeitstransformation der Wirtschaft und Neuansiedlung klimaneutraler Unternehmen fördern

6.2.1.1 Inkubator Energie- und Klimaschutz: Angebote und Instrumente zur Förderung der Transformation bestehender Unternehmen und Neuansiedlung

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.2.1.1



Inkubator Energie- und Klimaschutz: Angebote und Instrumente zur Förderung der Transformation bestehender Unternehmen und Neuansiedlung

Themenschwerpunkt

Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2023

Ziel und Strategie

Die Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität erfordert nicht allein technische Effizienzlösungen, sondern vor allem eine Integration in das wirtschaftspolitische Handeln. Klimaneutralität muss ein integriertes Ziel für den Wirtschaftsstandort Köln werden, mit dem Ziel der Schaffung- und Sicherung von Arbeitsplätzen. Das erfordert gute Rahmenbedingungen sowie die Einführung von Leitplanken zur Transformation bestehender Unternehmen, die Neuansiedlung klimaneutraler Betriebe und die Förderung einer Angebots- und Produktentwicklung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Dies ist ein Beitrag zur Stärkung der Widerstandskraft des Wirtschaftsstandorts Köln und der Region.

Ausgangslage

Als dynamischer Wirtschafts-, Wissens- und Forschungsstandort erfährt Köln bereits einen Wandel der Unternehmenslandschaft, hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Diesen Wandel als Chance zu nutzen, ist bereits Teil von Initiativen in Köln. So wurden in der Zusammenarbeit von KölnBusiness Wirtschaftsförderung und SmartCity Cologne bereits Wettbewerbe zur Startup Förderung von Klimaschutzunternehmen durchgeführt. Diese Initiativen gilt es zu verstetigen und auszubauen.

Beschreibung und Teilaktivitäten

Die Förderung der Transformation und Ansiedlung wird durch verschiedene Teilmaßnahmen unterstützt:

Integrierte Umsetzungs- und Kommunikationsstrategie zur Entwicklung und politischen Verankerung von Angeboten zur Förderung und Transformation bestehender Unternehmen. Teilmaßnahmen zur Förderung können sein:

- Inkubator Energie- und Klimaschutz: Der Inkubator "Energie- und Klimaschutz" sorgt für ein optimales Klima für Start-Ups im Energie-, Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsbereich. Er begleitet Gründer*innen auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Dies fängt bei Beratung und Coaching an, geht über die Bereitstellung von Mietflächen, Büroräumen und Infrastruktur, bis zu Service- und Dienstleistungspaketen, in deren Rahmen beispielsweise ein professioneller Business-Plan erstellt werden kann. Im Rahmen der Maßnahme entstehen konkrete Angebote und Instrumente zur Förderung und Finanzierung der Gründung- und Entwick-

lungsprozesse.

- Beratung zur Einführung interner CO₂-Bepreisungen: Die Einführung des CO₂-Preises auf EU- und Bundesebene erfordert die verstärkte Berücksichtigung in unternehmensinternen Prozessen. Unternehmen können durch die Einführung eines internen CO₂-Preises Klimarisiken und -chancen aufzeigen und steuernd auf die Verbesserung von Produktionsprozessen mit dem Ziel der Klimaneutralität hinwirken. Damit erreichen sie eine größere Widerstandskraft auch bei einem stärkeren Anstieg der externen CO₂-Bepreisung. Die interne Bepreisung kann grundsätzlich individuell angesetzt werden – Voraussetzung ist eine tragfähige Bilanzierung der internen Prozesse. Erster Schritt ist die Einführung einer Bilanzierungs- und CO₂-Bepreisungsberatung, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen.
- Investitionsfonds klimaneutraler Unternehmen: Der Investitionsfonds klimaneutrale Unternehmen ist ein flankierendes Instrument zur Verbreitung des Förderprogramms.
- Compliance – Selbstverpflichtung in Bezug auf Umwelt und Klimaschutzstandards der Stadt Köln: Köln initiiert und fördert eine Kampagne zur Selbstverpflichtung Kölner Unternehmen, die Umwelt und Klimaschutzstandards nicht nur einzuhalten, sondern diese nach Möglichkeit zu übertreffen. Dazu gehört auch ein Bekenntnis zu dem Ziel der Klimaneutralität der Stadt Köln und die Selbstverpflichtung, sich auf den Weg zu Umsetzung zu machen. Eingebunden wird dies in eine Imagekampagne.
- Förderung und Einführung eines Klima- oder Umweltmanagements zur Zertifizierung: Ein Weg, die komplexen Belange des betrieblichen Umweltschutzes greifbar zu machen, ist die Entwicklung und Umsetzung eines sogenannten Umweltmanagement-Systems (UMS). Dieses System wird von einem Unternehmen selbst aufgestellt. Eine regelkonforme Zertifizierung nach EMAS oder ISO 14001 schafft dem Unternehmen sowohl juristische Sicherheit als auch einen Image Vorteil. Insbesondere die größeren Unternehmen verfügen in der Regel bereits über ein entsprechendes Instrument. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben hier ein Potenzial, problematisch sind jedoch fehlende Ressourcen zur Umsetzung. Die Stadt Köln startet in Kooperation mit geeigneten Partnern (z.B. IHK) eine Informations- und Beratungskampagne für kleine und mittlere Unternehmen zur Einführung eines Umweltmanagements.
- Beratung Corporate Carbon Footprint (CCF): Unternehmen tragen eine gesellschaftliche Verantwortung zur Reduzierung der klimarelevanten Emissionen. Ein grundsätzliches Problem ist häufig, dass keine Daten über die Emissionen vorliegen, insbesondere mit Blick auf die eigenen Lieferketten. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen verfügen hierzu weder über das Wissen noch über die Ressourcen eine entsprechende Analyse durchführen zu lassen. Das Beratungsangebot zielt darauf ab, die unternehmensspezifischen Systemgrenzen zu bestimmen, die Daten für eine Bilanzierung auf verschiedenen Unternehmensebenen zu erheben und auf dieser Grundlage den Corporate Carbon Footprint zu berechnen. Bilanziert werden in der Regel stationäre Anlagen, Mobile Anlagen, Flüchtige Gase und Prozessemissionen. Ebenso Teil der Untersuchung kann die Berechnung der Treibhausgasemissionen aus vor- und nachgelagertem Transport und Verteilung sein.
- Klima- und Energiehaus: Eine Initiative für ein zentrales Klima- und Energiehaus in den kommenden drei bis fünf Jahren in Köln als Plusenergiehaus mit passenden Betreiberstrukturen. Breitgefächertes Know-how wird unter einem Dach gebündelt.



Akteure

Stadt Köln, KölnBusiness, SmartCity Cologne



Zielgruppe

Unternehmen

 Zeitaufwand	 Dauer der Aktivitätenempfehlung
2 Vollzeitäquivalente	fortlaufend
 Sachkosten	 Finanzierungsansatz
150.000€ für Studien und Konzepte	Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen	
Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):	Kumulierte THG-Einsparung (t):
1.343 Tonnen CO ₂ eq/a	14.465 Tonnen CO ₂ eq
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine	 Weitere Wirkung
Inkubator Energie- und Klimaschutz eingeführt Beratungen interner CO ₂ -Bepreisungen durchgeführt Investitionsfonds klimaneutraler Unternehmen eingerichtet Mehr Klima-Selbstverpflichtungen im Wirtschaftssektor Einführung des Klima- oder Umweltmanagements Höhere Nachfrage an Corporate Carbon Footprint Beratungen Klima- und Energiehaus eingerichtet	Ökonomie: Mehr kommunale Steuereinnahmen Ökologie: Bessere Klimapolitische Rahmenbedingungen
 Synergieeffekte	 Zielkonflikte
Handlungsfeldübergreifend, Arbeiten + Wirtschaft, Gebäudesanierungen, Transformationsprozesse	-
 Breitenwirksamkeit	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)
-	-

6.2.1.2 Unterstützung des Handwerks: Imagekampagne und Weiterbildungsoffensive

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.2.1.2



Handwerkeroffensive

Themenschwerpunkt

Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist es, handwerkliche Berufe für Ausbildungssuchende attraktiver zu machen und handwerkliche Betriebe im Bereich klimaschonender Technologie sowie nachhaltiger Dämmstoffe zu qualifizieren.

Ausgangslage

Das Ziel der Klimaneutralität erfordert eine deutliche Steigerung der Sanierungsquote im Bestand und den konsequenten Einsatz erneuerbarer Energien in Bestand und Neubau. Gleichzeitig sind Handwerksbetriebe flächendeckend stark ausgelastet und leiden unter Personalmangel.

Beschreibung

Imagekampagne: Die Ausbildung im Handwerk sollte durch eine Imagekampagne und weitere Maßnahmen interessanter gemacht werden.

Weiterbildungsoffensive: Darüber hinaus müssen Handwerker im Umgang mit neuen Technologien oder auch Dämmmaterialien weitergebildet werden, so dass eine Verbreitung, aber auch Wartung dieser neuen Technologien sichergestellt werden kann.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Relevante Akteur*innen identifizieren und Netzwerk aufbauen.
2. Imagekampagne entwickeln und kommunizieren.
3. Gemeinsam mit relevanten Akteur*innen, wie beispielsweise der IHK, Weiterbildungsangebote entwickeln, kommunizieren und umsetzen.



Akteure

Konzern Stadt Köln, IHK, HWK



Zielgruppe

Handwerksbetriebe, Schulabsolvent*innen, Studiums-Abrecher*innen

Zeitaufwand



0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

Bestandteil Aktivitätenempfehlung „Kommunikationskampagne“



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

<p>Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): keine</p>	<p>Kumulierte THG-Einsparung (t): keine</p>
<p> Erfolgsindikatoren/Meilensteine</p> <p>Relevante Akteur*innen identifiziert Imagekampagne durchgeführt Weitere Akteure akquiriert</p> <p>Signifikante Steigerung des Ausbildungsquoten</p>	<p> Weitere Wirkung</p> <p>Ökonomie: Qualifizierte Arbeitsplätze werden zusätzlich geschaffen, Lieferengpässe werden gemindert Soziales: Weiterbildungsangebote</p>
<p> Synergieeffekte</p> <p>Querschnittswirkung über alle Handlungsfelder</p>	<p> Zielkonflikte</p> <p>-</p>
<p> Breitenwirksamkeit</p> <p>-</p>	<p> sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)</p> <p>Sofort durchführbar</p>

6.2.2 Stadt-Regionen Beziehungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickeln

6.2.2.1 Klimaneutralitätsregion Köln: Kooperation zwischen Stadt und Region bei Umsetzung gemeinsamer Klimaneutralitätsstrategien

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.2.2.1



Klimaneutralitätsregion Köln: Kooperation zwischen Stadt und Region bei Umsetzung gemeinsamer Klimaneutralitätsstrategien

Themenschwerpunkt

Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Eine Klimaneutralitätsstrategie für Köln erfordert regionales Denken und Handeln. Ziel ist es, regionale Kooperation mit den Städten und Landkreisen zu fördern, Synergieeffekte durch Kooperation („Klimaschutz-Region“) zu heben und den kontinuierlichen Austausch zu Klimaschutzthemen zu etablieren.

Ausgangslage

Klimaschutz und Klimawandelvorsorge sind bereits Themen in regionalen Kooperationen. Der Region Köln/Bonn e.V. hat z.B. bereits im Jahr 2009 die Kooperationsrunde Energie/Klima gegründet. Diese vernetzt die Klimaexperten der Mitgliedskommunen und -institutionen und bietet eine Plattform für den Austausch über gelungene Projektbeispiele und regionale Trends sowie für den Dialog zwischen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Das Stadt Umland Netzwerk (S.U.N) legt mit der Kernstadt Schwerpunkte im linksrheinischen Umland auf die Siedlungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Freiflächenentwicklung. Hier könnten Klimaschutzthemen zusätzlich integriert werden. Die Transformation des Rheinischen Reviers bietet zudem Chancen für die regionale Entwicklung zu einem zentralen Standort für erneuerbare Energien.

Beschreibung und Teilaktivitäten

Im Rahmen der Aktivitätenempfehlung sollen Initiativen und Angebote zur Integration der Klimaneutralitätszielsetzung in regionale Entwicklungskonzepte geschaffen werden. Teilaktivitäten sind:

Ansiedlungsinitiative Klimaneutrale Unternehmen

- Regionales Netzwerk mit Unternehmen („Umweltallianz“) in Kooperation z.B. mit der Region Köln/Bonn e.V.
- Klimaneutrale Ansiedlung von Unternehmen ermöglichen, Aufstellen eines regionalen „Förder- und Beratungskatalogs“
- Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung mit Energieversorgung aus regionalen Erneuerbaren Energiequellen

Regionales Qualitätssicherungsnetzwerk mit Akteuren der energetischen Gebäudesanierung

- Bspw. Architekt*innen, Energieberater*innen, bauausführende Gewerke

Gemeinsame Klimaschutz-Standards

- bei Flächenentwicklungen (Wohnen, Nicht-Wohnen) oder Sanierung und Neubau eigener Liegenschaften

 Akteure Verwaltung	 Zielgruppe Kommunale Einrichtungen
 Zeitaufwand 1 Vollzeitäquivalent	 Dauer der Aktivitätenempfehlung fortlaufend
 Sachkosten 50.000€ weiterführende Studien	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): Nicht quantifizierbar	Kumulierte THG-Einsparung (t): Nicht quantifizierbar
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Umweltallianz gegründet, Ansiedlung klimaneutraler Unternehmen in der Region, Flächenausweisung für Neuansiedlung ausschließlich klimaneutraler Unternehmen, Anzahl interkommunaler Aktivitäten zur Ansiedlung klimaneutraler Unternehmen	 Weitere Wirkung Ökologie: Klimaschutz in Unternehmen Soziales: Geringere Wohnflächennutzung
 Synergieeffekte -	 Zielkonflikte -
 Breitenwirksamkeit -	 sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung) Sofort umsetzbar

6.2.2.2 Netzwerk Regionale Vermarktung

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.2.2.2



Netzwerk Regionale Vermarktung

Themenschwerpunkt

Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Lange Transportwege und energieintensive Lagerung von Lebensmitteln erhöhen die ernährungsbedingten CO₂-Emissionen. Zur regionalen Vermarktung zwischen Verbrauchenden aus Köln und Anbietenden aus dem Rheinischen Revier wird eine Netzwerkstruktur aufgebaut. Zielgruppen auf Seite der Verbrauchenden sind regionale Gastronomiebetriebe.

Ausgangslage

Günstige Standortfaktoren für vielseitige landwirtschaftliche Erzeugung im Kölner Umland (Ackerbau und Sonderkulturen im Linksrheinischen, Viehzucht im Rechtsrheinischen) sowie ein hohes Marktpotential für regionale und/oder im ökologischen Landbau erzeugte Nahrungsmittel auf der Habenseite stehen Defiziten in den Lieferbeziehungen, den verarbeitenden und logistischen Infrastrukturen sowie den Vermarktungswegen gegenüber. Auch die bereits weit verbreitete Direktvermarktung stößt an räumliche Grenzen, da die Landwirt*innen in der Regel nur einen Stamm von Kund*innen im direkten Umfeld ihres Betriebes erreichen. Vor diesem Hintergrund besteht ein Schlüsselfaktor zur Beseitigung bestehender Defizite im regionalen Ernährungssystem in der Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette. Es gilt, netzwerkartig stabile und möglichst krisenfesten Vermarktungsstrukturen aufzubauen (Stichworte ‚landwirtschaftliche Erzeugungsgemeinschaften‘, ‚Online-Vertrieb‘, ‚Abo-Kisten‘, ‚gemeinsame Beauftragung externer Logistikdienstleistungen zur Optimierung der Fahrtwege‘).

Beschreibung

Eine saisonale und regionale Ernährung trägt zur Reduktion ernährungsbedingter CO₂-Emissionen bei. Neben der Vermeidung langer Transportwege und energieintensiver Lagerung, bspw. durch notwendige Kühlung, wird die regionale Wertschöpfung erhöht. Eine digitale Plattform soll Anbietende und Verbrauchende miteinander vernetzen und die Möglichkeit bieten, Angebote transparent zu kommunizieren und nachzufragen. Hier gibt es eine Beziehung zur Aktivitätenempfehlung „Zentrale Handelsorte und Märkte mit regionalen Angeboten“.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Gründung eines Netzwerks
2. Digitale Plattform für ein Netzwerk zur regionalen Vermarktung entwickeln und Angebote kommunizieren.
3. Regionale Anbietende und Verbrauchende akquirieren und auf der Plattform miteinander vernetzen.



Akteure

Stadt Köln: Umwelt- und Verbraucherschutzamt Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V.



Zielgruppe

Verbrauchende und Anbietende aus dem Rheinischen Revier



Zeitaufwand

0,25 Vollzeitäquivalente



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

Kosten werden vom Netzwerk getragen



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

1.667 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

24.981 Tonnen CO₂eq

Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Höherer Anteil regionaler Produkte



Weitere Wirkung

Ökologie: regionale Produkte

Soziales: Vernetzung Anbieter und Verbraucher



Synergieeffekte

-



Zielkonflikte

-



Breitenwirksamkeit

-



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

Sofort umsetzbar

6.2.3 Politische Einflussnahme für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

6.2.3.1 „Think Tank“ Energiewende (bundespolitische Rahmenbedingungen beeinflussen)

Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen / 6.2.3.1



"Think Tank" Energiewende (bundespolitische Rahmenbedingungen beeinflussen)

Themenschwerpunkt

Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten

Einführung der Aktivitätenempfehlung

2022

Ziel und Strategie

Die Aktivitätenempfehlung zielt darauf ab, regionale und überregionale Rahmenbedingungen, die das kommunale Klimaschutzhandeln hemmen, zu identifizieren und abzubauen.

Ausgangslage

Bei der Umsetzung der kommunalen Energiewende stoßen Akteur*innen vor Ort auf erhebliche Hemmnisse durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene. Diese Regelungen führen dazu, dass notwendige Klimamaßnahmen nicht wirtschaftlich dargestellt werden können.

Beschreibung

Der Think Tank untersucht die kommunalen Handlungsspielräume und Handlungsgrenzen für das Klimaschutzhandeln und formuliert konkrete Empfehlungen an den Bund. Hemmnisse durch gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sollen aufgezeigt werden. In einem zweiten Schritt soll eine interkommunale Vernetzungsstruktur aufgebaut werden, die den politischen Druck zur Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene deutlich erhöht. Aufgrund der hohen politischen Bedeutung sollte der ThinkTank beim Amt der Oberbürgermeisterin angesiedelt werden.

Erste Handlungsschritte / Unteraktivitäten

1. Vorbereitung- und Prüfung Umsetzung ThinkTank
2. Strategie für regionale Klimaschutzkooperationen entwickeln
3. Kommunale Handlungsspielräume analysieren
4. Hemmende Rahmenbedingungen identifizieren
5. Konkrete Empfehlungen an Bund und Land kommunizieren



Akteure

Konzern Stadt Köln



Zielgruppe

Kommunen, Bund, Land



Zeitaufwand

1 Vollzeitäquivalent



Dauer der Aktivitätenempfehlung

fortlaufend



Sachkosten

50.000€ Studienkosten



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

Nicht quantifizierbar

Kumulierte THG-Einsparung (t):

Nicht quantifizierbar



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Studie durchgeführt

Konkrete Empfehlungen abgeleitet



Weitere Wirkung

Ökologie: Bessere Klimapolitische Rahmenbedingungen

Soziales: interkommunale Vernetzung



Synergieeffekte

-



Zielkonflikte

-



Breitenwirksamkeit

-



sofortige Sichtbarkeit / Umsetzbarkeit (Aktivierung)

-